

# NEU

---

*Herausgegeben  
für die Friedrich-Ebert-Stiftung von  
Johannes Rau  
Heinz O. Vetter  
Hans-Jochen Vogel  
Herbert Wehner*

# Die Neue Gesellschaft 2

1982  
29. Jahrgang

---

**Redaktion:**  
Peter Glotz (Chefredakteur)  
Rainer Diehl  
Hans Schumacher (verantwortlich)  
Anschrift der Redaktion:  
Godesberger Allee 143  
5300 Bonn 2  
Telefon 37 80 21-25  
Telex: 8 85 479 a fest d

---

**Verlag Neue Gesellschaft**  
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2  
Postfach 20 01 89  
Telefon (02 28) 37 80 21-25  
Druck: Vorwärts Verlag, 5300 Bonn 2

---

**Redaktionsbeirat:**  
Helmut Schmidt (Vorsitzender)  
Bruno Friedrich (stellvertretender Vorsitzender)  
Iring Fetscher  
Martin Greiffenhagen  
Reinut Jochimsen  
Richard Löwenthal  
Susanne Millier  
Peter von Oertzen

---

---

*Die Neue Gesellschaft* erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.  
Einzelheft 6,- DM, Jahresabonnement 48,- DM zuzüglich Versandkosten. Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende.

---

Im Bezugspreis sind 6,5% Mehrwertsteuer enthalten.  
Anzeigenpreisliste Nr. 11

## Zum Inhalt

Mit dem „Forum Beschäftigung“ am 28. Januar 1982 in Bonn hat die SPD nicht nur die Reihe ihrer bewährten Diskussionsforen fortgesetzt, sondern auch ein Thema aufgegriffen, wie es – angesichts der neuerlich entfachten Diskussionen um ein Beschäftigungsprogramm der Bundesregierung – aktueller nicht hätte sein können.

Aus gutem Grund hat der Vorsitzende der Wirtschafts- und Finanzpolitischen Kommission beim SPD-Parteivorstand, Hans Apel, einleitend darauf hingewiesen, daß mit diesem Forum „kein geschlossener Block einheitlicher Meinung“ vorgeführt werden solle. Wäre dem so, wäre die Veranstaltung sicherlich höchst überflüssig, weil politisch unfruchtbar geblieben. Der NG-Redaktion erschienen die Hauptreferate des „Forums Beschäftigung“ gerade deshalb über den Tag hinaus dokumentationswürdig, weil in ihnen das offene Bestreben zum Ausdruck kommt, durchaus unterschiedliche Bewertungen, Sichtweisen und Lösungsansätze frei von aller doktrinen Besserwisseri einander anzunähern, zumal in einer – unter Wirtschaftswissenschaftlern leider nicht immer selbstverständlichen – allgemeinverständlichen Form.

Einig waren die Diskussteilnehmer denn auch in der Einschätzung, daß weder von monetaristischen Roskuren, wie sie in den USA und in Großbritannien so offenkundig gescheitert sind, noch von einem platten Neokeynesianismus, der sich allein auf die Parole „Stärkung der Massenkaufkraft“ reduziert, irgendwelche Wunder erwartet werden dürfen. Im Gegenteil: das Mißtrauen gegenüber wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Patentrezepten, so zeigen durchgehend alle Diskussionsbeiträge, ist in der Sozialdemokratie merklich gestiegen. Der „Mut zur Ehrlichkeit“, den Wolfgang Roth fordert, trifft sich hierbei mit dem Bekenntnis Hans Apels, man habe „die Weisheit nicht gepachtet“.

Der Beitrag von Anke Martiny, der sich unter anderem mit André Gorz' Buch „Abschied vom Proletariat“ und den Debatten über die Realisierung des „Rechts auf Arbeit“ auseinandersetzt, ist bereits einige Zeit vor und nicht im Zusammenhang mit dem Beschäftigungsforum entstanden. Er erschien der Redaktion aber als eine sinnvolle und notwendige Ergänzung zu den dokumentierten Reden von Hans Apel, Alois Pfeiffer, Wolfgang Roth, Hans-Jürgen Krupp, Ewald Nowotny und Reimut Jochimsen auf dem Bonner Forum.

Der Artikel Richard Löwenthals über „Identität und Zukunft der SPD“ (in NG 12/81), dem soviel Beachtung in der Presseberichterstattung zuteil geworden ist, hat eine rege Diskussion entfacht, die wir in diesem Heft fortsetzen. In seiner Antwort auf die bereits im Januarheft erschienenen Beiträge seiner Kritiker versucht Löwenthal einige Mißverständnisse aufzuklären und stellt Fehlinterpretationen richtig, die ihm seiner Auffassung nach widerfahren sind. Einige weitere Kritiker der Löwenthalschen Überlegungen (Michael Müller, Paul Saatkamp, Ulrich Lang, Bernd Schoppe) ergänzen die bisherige Diskussion.

In den vergangenen Monaten hat eine Parteineugründung in Großbritannien, die „Social Democratic Party“, Schlagzeilen gemacht, von der nicht wenige glauben, daß sie das traditionelle Zweiparteiensystem im Mutterland des Parlamentarismus aufbrechen wird. Mangels klarer programmatischer Äußerungen und aufgrund der Personenfixiertheit der bundesrepublikanischen Presse ist dieser wichtige Vorgang in seiner eigentlichen Bedeutung hierzulande bisher kaum beleuchtet worden. Das soziale, politische und organisatorische Profil, das der in London tätige deutsche Journalist Werner Volkmer von der neuen Partei zeichnet, läßt einige bereits gängige Vorstellungen darüber, wie die SPD politisch einzuordnen sei, als erheblich korrekturbedürftig erscheinen.



# INHALTS VERZEICHNIS

Seite	Autor	Titel
108	Hans Apel	Forum Beschäftigung der SPD
109	Alois Pfeiffer	Grundsätzliche Überlegungen zur Wirtschaftspolitik
114	Wolfgang Roth	Beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik
119	Hans-Jürgen Krupp	Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik
130	Ewald Nowotny	Grundsätze sozialdemokratischer Wirtschafts- und Finanzpolitik
135	Reinmut Jochimsen	Was wir zu tun haben, wissen wir schon lange – Die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik für die nächsten Jahre
138	Anke Martiny	Der Kampf um Arbeit – Klassenkampf der nachindustriellen Gesellschaft?
143	NG-Gespräch mit Klaus Bernhardt und Siegfried Maruhn	Elefantenhochzeit
149	Johannes Rau	Sozialdemokraten im Kampf um die Freiheit
157	Hans-Jochen Vogel	Das Wohnquartier in der Stadterneuerung
160	Michael Müller/ Paul Saatkamp	Das „Irrenhaus“ wird nicht mehr akzeptiert – Situation der Jugend und Identität der Partei
165	Ulrich Lang	Bemerkungen zu den Thesen Richard Löwenthals
169	Bernd Schoppe	Mehrheitsfähigkeit setzt Integrationsfähigkeit voraus
172	Richard Löwenthal	Übereinstimmungen und Grenzen
175	Gerhard Jahn	Entscheidung in den Ländern
178	Martin Schmidt (Gellersen)	„Hessisches Agrar-Reformmodell“ eine Utopie?
181	Werner Volkmer	Die Sozialen Demokraten in Großbritannien – eine Partei der rechten Mitte?
		Berichte aus europäischen Ländern
188	Europäische Gemeinschaft	Warnung vor Einmischung in Polen
187	Belgien	Stahlindustrie krankt weiter
188	Dänemark	Haltung der Versöhnung
190	Frankreich	Außenpolitische Motive
193	Griechenland	Elgener Weg
194	Großbritannien	Ein Element von Zwang
195	Irland	Unangenehme Konsequenzen
197	Italien	Endgültiger Bruch
198	Luxemburg	Ein Morgen- und ein Abendstern
200	Niederlande	Die Schuld liegt nicht nur bei der Partei
201		Kritik



## Hans Apel: Forum Beschäftigung der SPD

*Dr. Hans Apel, Jahrgang 1932, Bundesminister der Verteidigung, ist Mitglied des SPD-Bundesvorstandes und Vorsitzender der wirtschafts- und finanzpolitischen Kommission beim SPD-Parteivorstand.*

Als wir vor ca. zwölf Monaten über die Durchführung eines wirtschaftspolitischen Forums der SPD sprachen, ging es uns angesichts der damals vorgegebenen Wirtschaftsprognosen für 1981 und 1982 weniger darum, über Beschäftigungspolitik zu reden. Viel stärker bestimmte uns in den vorbereitenden Gesprächen die Überzeugung, daß die wirtschafts- und finanzpolitische Debatte insbesondere im vorpolitischen und politischen Raum nicht immer die intellektuelle Breite und Tiefe hatte, die Voraussetzung für sachbezogenes politisches Handeln ist.

Eine gewisse Ratlosigkeit zur Bewältigung komplexer wirtschaftlicher Herausforderungen angesichts einer zunehmenden Verflechtung unseres Landes in die Weltwirtschaft war sichtbar. Die Fähigkeiten, die Ursachen wirtschaftlicher Probleme zu analysieren, erschienen größer als die Fähigkeiten, Lösungswege zu finden. Das schmälerte Bereitschaft zu aktivem Handeln. Das verleitete allzu leicht, in Schlagworte oder einseitige Rezepturen zu verfallen.

Die letzten zwölf Monate haben diese Tendenz der einschichtigen Betrachtung komplexer ökonomischer Probleme und ihrer Lösungsansätze eher verstärkt. In Großbritannien und in den USA wird die Lösung akuter aber auch struktureller Wirtschaftsprobleme mit Rezepten versucht, die uns Sozialdemokraten nicht überzeugen und die bisher ja auch keineswegs erfolgreich waren.

Es soll nicht bestritten werden, daß unsere Wirtschaftspolitik des letzten Jahrzehnts auch durch Übertreibungen, durch zu spätes und damit prozyklisches Handeln gekennzeichnet war. Dennoch ist es erstaunlich, daß wir heute kaum noch bereit sind, die unbestreitbaren Erfolge unserer eigenen Wirtschaftspolitik herauszustreichen. Das Zukunftsinvestitionsprogramm zum Beispiel hat mehrere hundert-

tausend Arbeitsplätze gesichert. Natürlich können wir jetzt nicht einfach die Maßnahmen von gestern auflegen, um mit den Problemen von heute fertig zu werden.

Es kann auch kritisch angemerkt werden, daß staatliche Wirtschaftspolitik stärker die ökonomischen Rahmenbedingungen für die Unternehmenswirtschaft zu beachten habe. Wer will eigentlich die Bedeutung der Tarifpolitik für Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit leugnen?

Wir können heute auch nicht die stark zugenommenen Defizite der öffentlichen Hände übersehen und die von ihnen auch ausgehenden Einflüsse auf das Zinsniveau. Zur Verketzerung keynesianischer Politik besteht allerdings kein Anlaß. Wir müssen verhindern, daß die sehr schwierigen Aufgaben der Wirtschafts- und Finanzpolitik unseres Landes zunehmend einseitig betrachtet und einseitig beantwortet werden.

Die Finanzierungsdefizite der öffentlichen Hand zum Fixpunkt unseres Handelns zu machen, wirft ebensosehr Probleme auf wie der sorglose Umgang mit den Staatsausgaben oder der Verzicht auf Steuereinnahmen. Die mittelfristige Konsolidierung der Haushalte aller öffentlichen Hände bleibt erforderlich.

Wir befinden uns nicht nur in der großen Gefahr, daß problemorientiertes Handeln der wechselseitigen Blockade der Meinungen und Forderungen der relevanten politischen und gesellschaftlichen Kräfte erliegt. Noch gefährlicher könnte eine geistige Selbstblockade der Fachleute und der handelnden Politiker sein. Eine möglichst unvoreingenommene Debatte zu führen, ist geboten.

Zweifelsohne werden die akuten Wirtschaftsprobleme, die uns in den letzten Monaten zunehmend beschäftigen, auch diesem Forum ihren Stempel aufdrücken. Im Vorfeld der Beratungen des Jahreswirtschaftsberichtes kann es überhaupt nicht ausbleiben, daß auch über aktuelle wirtschaftliche und soziale Herausforderungen und die darauf zu gebenden Antworten heute hier in diesem Forum debattiert wird. Dennoch ist es wichtig, daß wir die Debatte, die heute vor uns liegt, nicht zu eng sehen und zu tagespolitisch anlegen.

Alle Industrienationen und damit auch die Bundesrepublik Deutschland müssen anhaltende, strukturelle Schwierigkeiten bewältigen, die durch Schnellschüsse und ökonomisches Strohfeuer nicht überwunden werden. Es stimmt, daß die hohe Arbeitslosigkeit durch keinerlei staatliche Politik schlagartig beseitigt werden kann. Nur mittelfristige Lösun-

gen helfen uns weiter.

Und damit ist die aktuelle wirtschaftspolitische Debatte dieser Monate zwangsläufig eingebettet in eine mehr grundsätzliche wirtschafts- und finanzpolitische Betrachtung und damit in einen mittelfristigen Ansatz zur Gewinnung von Lösungsmöglichkeiten und wirtschaftspolitischen Spielräumen.

Es geht heute um sozialdemokratische Wirtschafts- und Finanzpolitik. Sie ist kein geschlossener Block einheitlicher Meinung. Auch unsere Wirtschafts- und Finanzpolitik ist dem Debattenprozeß der letzten Monate unterworfen gewesen.

Es wird uns heute sicherlich nicht gelingen, gemeinsame Positionen zu formulieren und der Bundesregierung Empfehlungen an die Hand zu geben. Das ist auch nicht die Aufgabe eines Forums. Dieses Forum soll nach den Einleitungsreferaten mehr grundsätzlicher Art sein am Vormittag, am Nachmit-

tag mehr aktuellen Bezug haben, vor allem aber unterschiedliche Meinungen zur Geltung kommen lassen.

Dieses Forum soll die wirtschafts- und finanzpolitische Debatte über den sozialdemokratischen Bereich hinaus anregen und befruchten. Wir Sozialdemokraten sind offen für jede Anregung, die uns der Bewältigung unserer wirtschaftlichen und sozialen Probleme näherführt. Wir haben die Weisheit nicht gepachtet. Allerdings ist Debatte nicht Ziel der Politik. Debatte bereitet Politik und damit staatliches und privates Handeln vor.

Und wirtschaftspolitisches Handeln ist geboten. Unbegrenztes Zuwarten kann die Probleme nicht lösen, sondern sie nur verschärfen.

Ich begrüße Sie und wünsche uns einen erfolgreichen Tag wirtschafts- und finanzpolitischer Debatte, die wir dringender denn je benötigen.

## Alois Pfeiffer: Grundsätzliche Überlegungen zur Wirtschaftspolitik

*Alois Pfeiffer, geb. 1924, ist für Wirtschaftspolitik zuständiges Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Düsseldorf.*

Für mich steht die Frage, ob ich mich hier mit der aktuellen Tagesdiskussion über das Ob und Wie einer beschäftigungspolitischen Strategie auseinandersetzen soll oder ob ich unsere grundsätzlichen Überlegungen hier noch einmal darstelle. Ich habe mich zum letzteren entschlossen, weil ich sonst allzusehr auf Vermutungen, Hoffnungen und Erwartungen angewiesen wäre; denn noch ist nicht erkennbar, ob und was die Bundesregierung in Verbindung mit dem Jahreswirtschaftsbericht sagen wird. Ich will also in aller Kürze versuchen, unsere Position, d. h. die des DGB, zu verdeutlichen.

### Ausgangssituation

Man kann die für eine beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik maßgeblichen ökonomischen Ausgangsdaten gar nicht oft genug wiederholen, denn bis heute sind die für den Arbeitsmarkt entscheidenden Wirtschaftsdaten noch längst nicht bis zu allen wirt-

schaftspolitischen Entscheidungsträgern vorgedrungen – auch das war eine Erkenntnis in dem vom DGB soeben abgeschlossenen sozialen Rundum-Dialog. Die Garanten von 20 Jahren mit steigender Beschäftigung und anhaltender Vollbeschäftigung in den 50er und 60er Jahren waren nacheinander und auch nebeneinander:

- ▷ ein hohes Wirtschaftswachstum, das über gleichzeitige Produktivitätssteigerungen hinausging,
- ▷ erhebliche Arbeitszeitverkürzungen auf dem Weg zur 40-Stunden-Woche,
- ▷ eine langfristig unterbewertete Deutsche Mark als Exportdauerstütze
- ▷ sowie eine billige und überreichliche Ölversorgung.

Diese Datenkonstellation bescherte uns Vollbeschäftigung im wirtschaftlichen Selbstlauf. Diese Datenkonstellation aber gibt es heute nicht mehr. Sie hat sich teilweise in ihr Gegenteil verkehrt; d. h. heute haben wir eine Datenkonstellation, die uns im Selbstlauf nicht Vollbeschäftigung, sondern hohe und noch steigende Arbeitslosigkeit bringt.

Kennzeichnend für die heutige Situation sind

- ▷ weltweit schrumpfende Wachstumsraten, die speziell bei uns von den gleichzeitigen Produktivitätssteigerungen übertroffen werden,
- ▷ eine zeitweise stark ansteigende Zahl der inländischen Erwerbspersonen,
- ▷ schwankende Wechselkurse mit zeitweiliger Über-

bewertung der D-Mark,

- ▷ Anpassungszwänge an Ölpreisdiktate und weltweiten Strukturwandel.

Diese Datenkonstellation mündet ein in das Kernproblem unserer Beschäftigungssituation, das da lautet: *Ohne nennenswerte Arbeitszeitverkürzung kann unsere volkswirtschaftliche Gesamtproduktion mit weniger Menschen erzielt werden, während gleichzeitig auf Jahre hinaus immer mehr Menschen nach einem Arbeitsplatz suchen.* Es hat lange gedauert, bis dieses Kernproblem wenigstens einigen Wirtschaftspolitikern allmählich dämmert. Zu lange haben die meisten auf marktwirtschaftlichen Selbstlauf und konjunkturelle Aufschwünge als Schlüssel zur Lösung unseres Arbeitslosenproblems gesetzt. Bereits Mitte 1977(!) legte der DGB seine „Vorschläge zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung“ vor. In diesem Beschäftigungsprogramm kann man wörtlich folgenden Satz lesen: *„Die derzeitige Beschäftigungskrise unterscheidet sich demnach nicht nur im Ausmaß von dem Beschäftigungseinbruch 1966/67, sondern auch in der Struktur. Es ist daher leicht einsichtig, daß eine Fortschreibung dieser beschäftigungswirksamen Strukturbedingungen auf kurze, mittlere und längere Sicht zu einer weiteren Verschlechterung der Beschäftigungsperspektiven führt.“*

Unsere Analyse aus dem Jahre 1977 hat sich leider nur allzusehr bewahrheitet; denn

- ▷ Die Arbeitslosigkeit hat sich seither verdoppelt, und heute müssen wir bereits nicht mehr nur eine Million, sondern mindestens zwei Millionen zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, wenn wir uns auf mittlere Sicht der Vollbeschäftigung auch nur nähern wollen. Gut 500 000 Arbeitsplätze sind zwar vorhanden, aber infolge der augenblicklichen Konjunkturschwäche unbesetzt. Gut 500 000 Arbeitnehmer könnten also mit wieder ansteigender Konjunktur und besserer Auslastung der heute nur zu gut 75 Prozent ausgelasteten Produktionskapazitäten einen Arbeitsplatz finden. Konjunkturaufschwung und Konjunkturpolitik sind also nur noch eine Stütze der Beschäftigung, nicht aber die allein tragende Säule für Vollbeschäftigung; denn:
  - ▷ mindestens 1,5 Millionen Arbeitsplätze müssen jenseits von Konjunktur und Konjunkturpolitik geschaffen werden, um die strukturbedingte Arbeitslosigkeit zu beseitigen.
- Insgesamt zwei Millionen Arbeitsplätze schaffen – das also ist die Aufgabe einer beschäftigungsorientierten Wirtschaftspolitik heute. Man kann mit ihrer Lösung gar nicht schnell genug beginnen.

## Die DGB-Strategie

Unsere Beschäftigungsstrategie ist in den von mir bereits erwähnten „Vorschlägen des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung“ enthalten. Diese Vorschläge datieren – wie ebenfalls bereits erwähnt – aus dem Jahre 1977. Sie enthalten bis heute unverändert drei prinzipielle Ansatzpunkte einer beschäftigungsorientierten Wirtschaftspolitik. Diese Ansatzpunkte sind:

1. Die Beschleunigung des qualitativen Wachstums durch öffentliche und private Investitionen in gesellschaftlich vorrangigen Bereichen,
2. die Verkürzung der Arbeitszeit und
3. die soziale Beherrschung der Produktivitätsentwicklung.

Im Mittelpunkt der *aktuellen Diskussion* steht das Für und Wider um ein Beschäftigungsprogramm und damit unser erster Ansatzpunkt – die Beschleunigung des qualitativen Wachstums durch zusätzliche öffentliche und private Investitionen in gesellschaftlich vorrangigen Bereichen –, und darum ging es auch in unserem soeben abgeschlossenen Rundum-Dialog. Im März des vergangenen Jahres legte der DGB ein aktuelles und konkretisiertes Programm zur Beschleunigung des qualitativen Wachstums und damit zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor. Auf der Grundlage dieses Programms haben wir unsere Gespräche geführt.

Heute ist es Mode, die Wirtschaftspolitik in zwei Kategorien einzuteilen – in die Kategorie der „angebotsorientierten“ Wirtschaftspolitik einerseits und der „nachfrageorientierten“ Wirtschaftspolitik andererseits. Man kann unser Programm mit keinem dieser Modebegriffe abstempeln. Das Programm enthält vielmehr eine gemischte Strategie, die sowohl angebotsorientierte Elemente im Sinne einer Förderung privater und öffentlicher Investitionen als auch Nachfrageelemente im Sinne direkter staatlicher Betätigung umfaßt. Allerdings gehen wir von dem Grundsatz aus, daß private Investitionen nicht global unter dem (ebenfalls ein Modewort) Stichwort „Verbesserung der Rahmenbedingungen“ gefördert werden dürfen, sondern gezielt durch Konzentration auf die folgenden Bedarfsbereiche:

- ▷ „Weg vom Öl“ durch rationelle Energieverwendung;
- ▷ Behebung von Wohnungsnot, insbesondere durch Aufstockung des sozialen Mietwohnungsbaus in Ballungsgebieten;
- ▷ Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, nicht zuletzt durch Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs;

- ▷ Verstärkung des Umweltschutzes, vorrangig durch einen Ausbau der Entsorgungssysteme und durch Sanierung von Flüssen und Seen;
- ▷ Verbesserung der beruflichen Bildung, vorrangig durch ein verstärktes Angebot an Umschulungs-, Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen;
- ▷ und schließlich verstärkte Förderung von Forschung und Technologie zur Förderung und Erhaltung unserer Stellung am Weltmarkt.

Dieses Programm ist zunächst auf einen Fünfjahresabschnitt mittelfristig zugeschnitten und erfordert jährliche Finanzierungsmittel in Höhe von 10 Milliarden DM – in fünf Jahren also 50 Milliarden DM. Zur Frage der Finanzierung kann man feststellen: – Das Programm finanziert sich zu einem erheblichen Teil selbst, und zwar nicht zuletzt durch Vermeidung von Krisenkosten wie Steuer- und Beitragsausfälle sowie Arbeitslosenunterstützung. Ich brauche dies an dieser Stelle wohl nicht weiter zu erläutern.

Selbstverständlich sind mir die politisch-psychologischen Widerstände gegen eine zusätzliche staatliche Kreditaufnahme nicht fremd. Ich will auch die mit einer solchen Nettokreditaufnahme verbundenen Befürchtungen über Zinssteigerungstendenzen nicht ohne weiteres vom Tisch wischen. Aber es sei mir doch die folgende Feststellung erlaubt:

- Massenarbeitslosigkeit wird letztlich unser Wirtschaftssystem mehr in Frage stellen als die Staatsverschuldung, über die zeitweise viel heftiger diskutiert wird, und
- Staatskredite sind bei der Finanzierung von Beschäftigung allemal besser angelegt als bei der Deckung krisenbedingter Haushaltsdefizite.

Aber natürlich ist die Frage der Programmfinanzierung keine Bagatelle. Es ist schon ein Problem, das gelöst werden muß; denn

- erstens dauert es einige Zeit, bis ein solches Programm voll wirksam wird und Selbstfinanzierungseffekte auftreten. Bis dahin ist zumindest Vorfinanzierung erforderlich.
- und zweitens kann nicht unbedingt mit einer vollständigen Selbstfinanzierung gerechnet werden. Das bedeutet: Ein Teil der Finanzierungsmittel muß schon auf Dauer zusätzlich beschafft werden.
- Schließlich ist die Zinsbelastung, insbesondere des Bundeshaushaltes, stark in die Höhe gegangen, und zwar als Folge der Hochzinspolitik und auch weil in zunehmendem Maße zinsgünstige Altschulden durch hochverzinsliche Neukredite abgelöst werden müssen.

Weil wir dies alles sehen, haben wir als Finanzie-

rungsquelle eine Ergänzungsabgabe auf die Steuerschuld hoher Einkommen und eine allgemeine Arbeitsmarktabgabe für alle Erwerbstätigen vorgeschlagen. Beides zusammen würde immerhin 6 Milliarden DM jährlich in die Kasse bringen.

Auch ich sehe Koalitionszwänge und sonstige politische Hindernisse, die einer unverfälschten Verwirklichung unserer Vorstellungen im Wege stehen. Aber bis heute ist uns keine konkrete und gleichwertige Alternativkonzeption entgegengestellt worden. Die Finanzierung von Beschäftigungsmaßnahmen mit Hilfe einer Mehrwertsteuererhöhung würde auf der anderen Seite die zur Aufrechterhaltung der Nachfrage dringend erforderliche Massenkaufkraft entziehen und per saldo kaum spürbare Beschäftigungswirkungen erzielen.

Ähnliches gilt auch für die Konzeption des Bundesfinanzministers, der ein Beschäftigungsprogramm über eine allgemein höhere Besteuerung des Energieverbrauchs finanzieren will. Allerdings steckt in Hans Matthöfers Konzeption eine durchaus ernstzunehmende ökonomische Logik. Zur vorbehaltlosen Akzeptanz dieser Konzeption im gewerkschaftlichen Raum fehlt den Vorstellungen des Kollegen Matthöfer allerdings die Ergänzung durch eine überzeugende soziale Komponente.

#### Die Finanzpolitik ist nicht allein verantwortlich

Es wäre falsch, die Finanzpolitik allein für eine beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik in die Pflicht zu nehmen, und völlig falsch wäre es, diese Verpflichtung nur auf die Bundesregierung abzuladen und dabei die Verantwortung der Länderregierungen zu kooperativem Verhalten zu vergessen – der Bund kann nur Anstöße geben.

Und selbstverständlich müssen auch wir Gewerkschaften selbst unseren Beitrag leisten. Wir leisten diesen Beitrag kurzfristig dadurch, daß wir versuchen, im laufenden Jahr die Kaufkraft der Arbeitnehmer nicht weiter absinken zu lassen. Reallohnsicherung – die erklärte Zielsetzung dieser Tarifrunde – ist notwendig, damit Konsumnachfrage und Konjunktur nicht noch weiter zusammenfallen. Reallohnsicherung ist in dieser Situation genau der richtige Mittelweg zwischen dem Kosten- und dem Nachfragegesichtspunkt des Lohnes.

Aber es wäre falsch zu meinen, daß wir dadurch auch langfristig schon einen genügenden Beitrag geleistet hätten. Langfristig werden wir uns ganz intensiv auf die beiden anderen prinzipiellen Ansatzpunkte unserer Beschäftigungsstrategie besinnen müssen, und zwar

- auf die Arbeitszeitverkürzung und  
- auf die soziale Beherrschung des technischen Wandels mit dem Ziel, Arbeitszeitverkürzungen nicht in einer Intensivierung der Arbeit verpuffen zu lassen, sondern mehr Beschäftigung zu schaffen.

An dieser Stelle ist - so meine ich - eine dringende Warnung am Platze. Warnen möchte ich vor dem Glauben, nur die geburtenstarken Jahrgänge würden uns die Durststrecke am Arbeitsmarkt beschere. Es wäre ein Irrglaube zu meinen, diese Durststrecke ginge irgendwann in diesem Jahrzehnt zu Ende - und dann wären wir ein- für allemal über den Berg der Beschäftigungsprobleme hinweg. Ich bin sicher, daß diese - menschlich vielleicht sogar verständliche - Hoffnung in vielen schlummert. Ich warne vor einer solchen Haltung, und für diese Warnung gibt es zumindest zwei Veranlassungen:

1. Wir werden uns nicht unbedingt darauf verlassen können, daß es ab Ende der 80er Jahre keinen Zuwanderungssaldo von Ausländern in die Bundesrepublik mehr geben wird. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an die EG-Erweiterung um Griechenland, Portugal und Spanien einschließlich der damit später einmal verbundenen Freizügigkeit von Arbeitnehmern.

2. Heute kann kein Mensch mit Sicherheit sagen, wie sich die Schere von Wirtschaftswachstum und Produktivitätssteigerungen um die Wende dieses Jahrzehnts entwickeln wird. Einiges - und nicht zuletzt der Trend zur Spezialisierung auf immer höhere Technologien in den traditionellen Industrieländern - spricht für ein Übergewicht der Produktivitätssteigerungen im Vergleich zu den Wachstumsraten.

Nur wer sich auf diese langfristige Entwicklung rechtzeitig einstellt, ist vor bösen Überraschungen sicher. Nur der kann auch die notwendige Entschlossenheit zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufbringen. Illusionen über eine früher oder später von selbst vorübergehende begrenzte Durststrecke am Arbeitsmarkt begünstigen die Haltung des „Augen zu und durch den aktuellen Schlamassel“.

Vor diesem Hintergrund wird es nicht nur mittelfristig, sondern auch langfristig vermutlich nicht ohne Arbeitszeitverkürzung abgehen können. Wenn nicht viele Anzeichen trügen, wird Arbeitszeitverkürzung - verbunden mit laufenden Qualifizierungsmaßnahmen zur Schaffung der erforderlichen beruflichen Mobilitäten - langfristig der mitentscheidende Hebel sein zur Ausbalancierung der Freisetzungseffekte aus der „Produktivitäts-/Wachstums-Schere“.

Hier müssen die Tarifvertragsparteien mit Mut und Phantasie ihren Beitrag leisten. Und was die Ge-

werkschaften angeht, wird man auf die notwendige Einsicht auch zählen können. Die entscheidende Frage lautet: Wie lange es auf der Arbeitgeberseite dauert, bis die beschäftigungspolitisch entscheidenden wirtschaftlichen Entwicklungsprozesse tief genug in das Bewußtsein eindringen, um auch auf dieser Seite zu konkretem Handeln zu führen.

Dazu zählt dann aber auch die volle Wahrung der Tarifautonomie. Und da darf es auch nicht den Ansatz von Knebelungsversuchen geben wie zur Zeit im öffentlichen Bereich.

Abschließend noch einige Bemerkungen zur Deutschen Bundesbank: Beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik erfordert grundsätzlich ein möglichst niedriges Zinsniveau; denn die Investoren sind verständlicherweise bei hohen Kapitalmarktzinsen eher bereit, ihr Geld ertragsreich in Finanzanlagen unterzubringen als in risikobehafteten Sachinvestitionen, die darüber hinaus oft gar nicht so renditeträchtig sein können, daß sie an die hohen Finanzrenditen heranreichen.

Abgesehen davon zeigt sich aber gerade an der geldpolitischen Front die Einbettung unserer Volkswirtschaft in vielfache internationale Zwänge und weltweite Probleme. Ich nenne hier nur die Stichworte für preisbedingte Leistungsbilanzdefizite, D-Mark-Abwertung und hohes Zinsniveau in den USA.

Gleichwohl hätte sich die Bundesbank meines Erachtens bis zum Herbst vergangenen Jahres durch eine andere Strategie früher Zinssenkungsspielräume selbst eröffnen können. Ich will darauf nicht mehr eingehen, zumal dies Schnee von gestern ist.

Seit Herbst vorigen Jahres öffnet sich nun allmählich als Folge von Besserungstendenzen in der Leistungsbilanz und der D-Mark-Aufwertung ein Zinssenkungsspielraum im Inland. Dieser Zinssenkungsspielraum wird allerdings hartnäckig eng gehalten durch die weiterhin hohen USA-Zinsen und die gegenüber dem Dollar gestoppte D-Mark-Aufwertung. Ich hoffe, daß sich dieser Spielraum möglichst bald - insbesondere durch eine weitere Verbesserung unserer Leistungsbilanz und eine fortgesetzte Aufwertungstendenz - bald deutlicher öffnet, damit die Bundesbank ihre Rolle im Rahmen einer beschäftigungsorientierten Wirtschaftspolitik spielen kann. Wir werden darauf achten müssen, daß sie es dann auch tut.

Zusammenfassend ist zu sagen: Die aktuelle Tagesdiskussion um ein beschäftigungspolitisches Programm ist - ganz gleich, zu welchem Ergebnis sie führt - nur ein Teilaspekt der gesamten beschäftigungspolitischen Problematik - zumindest für dieses Jahrzehnt. Zur Lösung sind alle gefordert.



# Wohnungen - für alle?

Rund eine Million Wohnungen fehlen derzeit. Elf Millionen Wohnungen müssen von Grund auf modernisiert werden.

Wohnraum ist Mangelware. Wohnungsnot das Problem vieler. Gemeinsam können wir eine Lösung finden.

***Neue Heimat***

Ein Unternehmen der Gewerkschaften.

Lübecker Straße 1 · 2000 Hamburg 76

## Wolfgang Roth: Beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik

*Wolfgang Roth, geb. 1941, SPD-MdB, ist stellvert. Vorsitzender und wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und stellvert. Vorsitzender der wirtschafts- und finanzpolitischen Kommission beim SPD-Parteivorstand.*

Wir alle haben uns in den letzten Jahren eine Hornhaut wachsen lassen, die uns immer weniger aufnahmefähig dafür macht, was Arbeitslosigkeit für den einzelnen bedeutet, was es für die vielen Arbeitnehmer bedeutet, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind, was es für die Stellung der Arbeitnehmer im Betrieb bedeutet, wenn so viele Menschen arbeitslos sind.

Man muß sich klarmachen, daß bei einer erwarteten durchschnittlichen Arbeitslosenzahl 1982 von 1,7 Millionen Menschen in der Bundesrepublik, im Laufe dieses Jahres etwa die dreifache Zahl, einige Wochen oder einige Monate lang arbeitslos gewesen sind. Über fünf Millionen Menschen – das sind fast  $\frac{1}{4}$  aller abhängig Beschäftigten – haben in einem Jahr die Erfahrung machen müssen, daß sie vorübergehend nicht mehr gebraucht wurden, daß sie Wochen und Monate lang auf eine neue Arbeitsstelle gewartet haben. Sie wurden dazu gezwungen, weniger Einkommen, geringere Löhne hinzunehmen, längere Anfahrtsstrecken zum Arbeitsplatz zu akzeptieren, auf soziale Besitzstände zu verzichten. Über fünf Millionen Menschen sind in ihrem Selbstbewußtsein beeinträchtigt worden, viele zweifeln an ihrer Leistungsfähigkeit, nicht wenige zweifeln an sich selbst. Arbeitslosigkeit ist immer auch ein individuelles, ganz persönliches Schicksal, viele empfinden sie als persönliche Schuld. Und ich möchte jetzt nicht auch noch von denen reden, die Angst um ihren Arbeitsplatz haben und sich ein bißchen oder vielleicht sogar viel mehr gefallen lassen als noch vor ein paar Jahren. Es sind viele Millionen Arbeitnehmer.

Deshalb ist der Versuch, die heutige Arbeitslosigkeit als Ergebnis persönlicher Unzulänglichkeit darzustellen, besonders unanständig. In einem Lande, in dem vor acht Jahren – vor der Ölpreiskrise und der extremen geldpolitischen Kehrtwende – weniger als 200 000 Menschen im Jahresdurchschnitt arbeitslos waren, ist es besonders merkwürdig, daß so hartnäckig über Drückeberger als Ursache von Arbeitslosigkeit diskutiert wurde. Oder, um die geistige Qualität

der Ideologie der freiwilligen Arbeitslosigkeit schlaglichtartig deutlich zu machen: Wieviel fauler müssen eigentlich die Menschen in Ostfriesland sein, wo seit einiger Zeit die Arbeitslosigkeit weit über 10% liegt, gegenüber den Menschen im Rhein-Main-Gebiet oder im Mittleren-Neckar-Raum, wo wir jetzt noch Vollbeschäftigung haben? Die Drückeberger, Arbeitsfaulen scheinen sich – glaubt man den neokonservativen Ideologen – im Norden, im Ruhrgebiet und im Fränkischen zu häufen.

Als Franz Josef Strauß im Juli 1979 von seiner Englandreise zurückkam, rief er begeistert aus: „Ich bin der deutsche Thatcher.“

Friedrich Zimmermann, immer ein bißchen tolpatschiger als der Chef, meinte angesichts des Wahlsieges von Margret Thatcher: „Die Europäer werden kein Lehrgeld für sozialistische Experimente zahlen müssen, wenn sie sich entscheiden wie jetzt die Briten.“ Nun, wer Lehrgeld zahlen mußte, wissen wir heute: Die Arbeitslosigkeit in England hat eine Rekordhöhe von über drei Millionen erreicht. Eine Konkurswelle überschwemmt das Land, das Sozialprodukt ging real auf das Niveau von 1977 zurück. Die Regierung Thatcher, die Massenarbeitslosigkeit offensichtlich billigend in Kauf nimmt, hat aber auch ihre eigenen selbstgesteckten Ziele nicht erreichen können. Die Staatsquote ist seit ihrem Amtsantritt um mehr als 3% gestiegen, die Steuerquote um 2%, die Nettokreditaufnahme macht zur Zeit 6% des Bruttozialproduktes aus gegenüber 3,8% im Jahre 1978, von einer wirksamen Geldmengensteuerung kann keine Rede sein.

Ähnlich enthusiastisch wurde Reagans Wirtschaftsprogramm von der CDU/CSU begrüßt. Strauß meinte am 2. August 1981 in einem Interview des Südwestfunks: „Daß ich ein Reagan-ähnliches Programm, wenn auch nur mittelfristig, für richtig halte, daraus habe ich nie einen Hehl gemacht.“

Sein Helfer, der Minister für Wirtschaft und Verkehr in der bayerischen Staatsregierung, meinte, wiederum ein bißchen ungeschickter als sein Boss, im Grundsatz könnten die USA unter Präsident Reagan das Modell für eine künftige Wirtschaftspolitik der übrigen westlichen Hemisphäre werden. „Die Zukunft wird erweisen“, so Jaumann weiter, „daß diese Politik, die die bayerische Staatsregierung schon seit langem für Deutschland fordert, jeder anderen Strategie überlegen ist.“ (Bayernkurier v. 20. 6. 1981)

Dabei war bereits im Sommer abzusehen, daß Reagans Wirtschaftskonzept, wenn es überhaupt so genannt werden kann, auf sehr unsicheren Füßen stand. Der Budgetdirektor des Präsidenten, David

Stockman, gab privat bereits 1980 zu, daß es kaum möglich ist, die Verteidigungsausgaben zu steigern, die Steuern zu senken und gleichzeitig einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. David Stockman gestand weiterhin ein, daß die Angebotstheorie überhaupt keine ökonomische Theorie sei, sondern bloß eine neue Sprachregelung, um die uralte republikanische Lehre zu verbergen, daß für die Wirtschaft und für jedermann es das Beste sei, wenn Steuererleichterungen für die oberen Einkommensbezieher, den Schwerreichen und den größten Unternehmen, gewährt werden.

Während CDU/CSU auch nur die geringste Anhebung der Nettokreditaufnahme als Sündenfall gegen die Marktwirtschaft anprangerte, hat die von ihr hochgelobte Reagan-Administration ungeniert ein Haushaltsdefizit von inzwischen über 110 Mrd. Dollar „erwirtschaftet“. Als Präsident Carter im Januar 1981 seinen Etatplan für 1981/82 vorlegte, ging er noch von 27 Mrd. Dollar Haushaltsdefizit aus, Reagans Regierung steigerte sie im März auf 45 Mrd., im Herbst schätzte der Haushaltsausschuß des Senats 70 Mrd., der Haushaltsausschuß des Repräsentantenhauses 86 Mrd. voraus, bis schließlich die Regierung selber im Januar 1982 bei über 110 Mrd. Dollar Haushaltsdefizit anlangte. Das war eine Vervierfachung innerhalb von 12 Monaten.

Daß die Reagan-Administration sich von 8 Millionen Arbeitslosen im eigenen Land wenig beeindruckt läßt, daß sie sich primär für eine Einkommensumverteilung zugunsten der Reichen und Schwerreichen einsetzt, verwundert niemand in den USA. Daß die amerikanischen Gewerkschaften Ronald Reagans Regierung als die reaktionärste Regierung in den letzten 50 Jahren bezeichnet haben, wird Ronald Reagan wenig beeindrucken. Ich frage mich: wo steht die CDU/CSU heute?

Die CDU/CSU scheint vor jeder konkreten Verantwortung zurückzuweichen. Die Beschäftigungslage ist ein privates Problem; der Staat soll allein Rahmenbedingungen setzen. In der Tat ist es bestürzend zu sehen, wie im Bundestag die Opposition jeden Anstieg der Arbeitslosigkeit genüßlich als Niederlage der Regierung feiert und gleichwohl Wirtschaft als staatsfreien Bereich kultiviert. Man sympathisiert mit Reagan und Thatcher, während man Angst vor den Konsequenzen hat. Herr Leisler Kiep sagte in der Budgetdebatte am 20. Januar 1982, daß man sich in der CDU/CSU nie mit den Methoden von Thatcher und Reagan identifiziert habe. Herr Kiep hat jetzt doch ein Gespür dafür, was den Hamburgern zuzumuten ist.

### Dogmatismus führt in die Selbstblockade

Die Widersprüche im Lager der Konservativen werden in der veröffentlichten Meinung, hoffentlich nur wegen Zeitmangels für sorgfältige Analyse, hartnäckig übersehen. Im Grunde geht es um eine dramatische Frage: Wirft man das Konzept der „sozialen Marktwirtschaft“, nicht dem Etikett, sondern dem Inhalt nach, über Bord? Denn zwischen dem Konservatismus der „sozialen Marktwirtschaft“ und der Laissez-Faire-Ideologie von Friedman und seinen politischen Anhängern gibt es keine Brücke.

Das neokonservative Credo heißt „mehr Markt“, nicht mehr Wettbewerb. In der Kartellgesetzgebung ist man opportunistisch gegenüber der Macht – oder haben Sie ein Wort zur Elefantenhochzeit Springer/Burda gehört? Der Markt soll über Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialproduktes entscheiden, was – und dies ist der Kern der Sache – die Einschränkung der Macht der Gewerkschaften und den Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung für Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung zur Voraussetzung hat. Nur: die Bewertung des Produktionsfaktors Arbeit ausschließlich nach Knappheitsverhältnissen nimmt Arbeitslosigkeit billigend in Kauf. Nach dieser Philosophie entsteht Arbeitslosigkeit ohnehin nur dann, wenn die Entlohnung der Arbeit, in erster Linie aufgrund politischer und gewerkschaftlicher Einflußnahme, nicht billig genug ist. Das Überangebot an Arbeitskräften stellt das Marktgleichgewicht wieder her, indem es die Arbeit verbilligt, indem die Löhne schwächer steigen oder sinken bzw. die Lohnnebenkosten abgebaut werden. Um diesen Automatismus auszulösen, muß offenbar die Ursache der Marktstörung, die Macht der Gewerkschaften gebrochen werden.

Nur so könnte sich die Ertragslage der Unternehmen verbessern, verstärkte Investitionen folgten, das Arbeitsangebot vergrößerte sich erneut. Der steinzeitliche wirtschaftsliberale Unfug, den wir längst als überwunden angesehen hatten, kommt in der Krise wieder hervor. Im übrigen ist es schon frappierend, wie eng diese neokonservative Auffassung bei einer dogmatisch-marxistischen Vorstellung über die Systemzwänge marktwirtschaftlicher kapitalistischer Produktionsverhältnisse liegt: Orthodox-marxistischem wie neokonservativem Dogmatismus fehlt jede Hoffnung, daß diese Zwänge überwunden werden können, daß der Arbeitnehmer eben nicht nur Arbeitskraft und damit bloßes Objekt unternehmerischer Entscheidungen ist. Machtbeteiligung, Mitbestimmung, Mitverantwortung, Kompromiß- und Konsensfähigkeit, institutionalisierte Mechanismen der

Konfliktbewältigung im gegenseitigen Interesse passen nicht in das Bild dieser neokonservativen Orthodoxie, die Reformpolitik im Geiste der „sozialen Marktwirtschaft“ oder der sozialen Demokratie einfach ignoriert. Eines ist dabei vielfach übersehen worden. In der Bundesrepublik existierte bis zum Ölpreisbedingten Umbruch 1974/75 ein Konsens der Parteien über die Grundlagen und die wesentlichen Instrumente der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Das Wachstums- und Stabilitätsgesetz wurde von allen Parteien und sozialen Gruppen akzeptiert.

Der Ausdruck dieses Konsenses war der runde Tisch der Konzertierten Aktion, der dann im Kanzlerbungalow eine andere Umgebung mit gleicher Aufgabenstellung fand. Heinz-Oskar Vetter hat durch seinen Vorschlag, einen Sozialpakt gegen Arbeitslosigkeit zu schließen, diesen Konsens qualitativ zu erneuern versucht. Bisher hat er nur routinierte Ausreden und dogmatische Reaktionen provoziert.

Eines sollte jedoch klar sein: Wer den Weg zu einer neokonservativen Schule geht, wer auf die große ökonomische Reinigungskrise setzt, wer Arbeitslosigkeit als Druck- und Disziplinierungsmittel benutzen will, muß wissen, daß er die Möglichkeiten zu einem sozialen Dialog verschüttet und schließlich den sozialen Frieden zerstört. Eines können wir aus den unterschiedlichen nationalen Erfahrungen mit der Weltwirtschaftskrise seit Mitte der 70er Jahre lernen: Die Länder, die den sozialen Frieden haben bewahren können, haben auch die Wirtschaftskrise besser bewältigt; diejenigen Länder, die auf die große Reinigungskrise setzten, befinden sich nicht nur in einer destruktiven Selbstblockade der sozialen Gruppen, sondern haben auch die Wirtschaftskrise weiter verschärft.

Was sind nun die wesentlichen Ursachen für die krisenhafte Entwicklung am Arbeitsmarkt. Ich sehe vor allem sechs Faktoren:

1. Auslösend war der zweimalige kurzfristige Transfer von Realeinkommen aus den Industriestaaten an die Ölstaaten, der die „normale“ zyklische Bewegung drastisch verstärkte. Gleichzeitig kamen immer mehr Länder in Zahlungsbilanzprobleme. Während noch in den 60er Jahren der Welthandel jedes Jahr um mehr als 10% real zunahm, hat sich allmählich eine Stagnation des Welthandels eingestellt, es gab sogar Jahre der Schrumpfung.

2. Die zweite Ölpreiskrise der siebziger Jahre traf im Westen auf ungelöste Inflationsprobleme. Deshalb löste mit einem gewissen Recht insbesondere die zweite Ölpreissteigerung drastische antiinflationäre Maßnahmen aus. Da mit Ausnahme der deutschsprachigen europäischen Industriestaaten des Westens

der soziale Konsens nicht ausreichte, um eine einkommenspolitische Bekämpfung der Inflation zu erreichen, wurde ohne jede Not auf Patentrezepte zurückgegriffen, die durch die monetarische Schule seit langem angeboten werden und überall mißlingen.

Schon heute hat sich gezeigt, daß diese Politik mehr Probleme geschaffen als gelöst hat. Der risikoscheue Festgeldrentier, vom Zahnarzt bis zum Finanzchef von Großkonzernen, wird belohnt, der wegemütige Unternehmer bestraft.

3. Strukturprobleme der Volkswirtschaft tragen natürlich zur Verstärkung krisenhafter Probleme bei, obgleich ich der Überzeugung bin, daß sie in der deutschen Volkswirtschaft unter normalen (stetigen) außenwirtschaftlichen und geldpolitischen Bedingungen lösbar gewesen wären. Stahl und Textil machen deshalb große Probleme, weil Wachstumsprozesse in anderen Sektoren kaum stattfinden.

4. Arbeitsmarktpolitisch hat die Bundesrepublik Deutschland ein Problem von besonderem Gewicht, das in dieser Erscheinungsweise – soweit ich sehe – in keinem anderen großen Industrieland auftritt. Wir stellen seit Anfang der siebziger Jahre fest, daß das Wachstum der Produktivität die Zuwachsraten des Sozialprodukts übersteigt.

5. Die Arbeitsmarktproblematik wird auch durch demographische Faktoren verschärft. Bis 1985 werden jedes Jahr zwischen 120 000 und 180 000 junge Menschen zusätzlich auf den Arbeitsmarkt kommen.

Selbst bei einem dauerhaften realen Wirtschaftswachstum von 3,5% würde die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik nicht abgebaut; erst 7% Wachstum über mehrere Jahre würde Vollbeschäftigung erreichen. Schon deshalb müssen neue Überlegungen zur Beschäftigungspolitik angestellt werden.

6. Bei diesem Punkt muß man weiter ausholen. In der Bundesrepublik Deutschland als einem besonders dichtbesiedelten und industrialisierten Land drängt sich ein ungelöstes Problem mehr auf als in anderen Ländern: die ökologische Krise.

Ohne Zweifel gibt es schon heute negative Rückwirkungen auf das Wirtschaftswachstum aus ökologischen Ängsten und Widerständen. Der BDI behauptet beispielsweise, daß durch sogenannte bürokratische Investitionshemmnisse – für den BDI ein Synonym für Umweltschutzvorschriften und Möglichkeiten der Bevölkerung, bei räumlichen Planfeststellungsverfahren Einsprüche zu erheben – derzeit Investitionen im öffentlichen und privaten Bereich von 100 Mrd. DM gestaut seien. Eine gigantische Summe

angesichts einer Gesamtinvestitionssumme der privaten und öffentlichen Hand von etwa 350 Mrd. DM im Jahre 1981.

Man mag die Zahl des BDI bezweifeln. Vor allem aber muß man die Interpretation des Vorgangs als „Investitionshemmnis“ zurückweisen. Richtig bleibt, daß tradierte Investitionsprozesse zunehmend auf Widerstände der Bevölkerung stoßen, weil Umweltverschlechterungen nicht mehr wie selbstverständlich hingenommen werden. Sicher stört dieses gewandelte Verhalten den geplanten Investitions- und Wachstumsprozeß. Aber handelt es sich wirklich um außerökonomisches oder gar irrationales Verhalten?

Ich meine nicht. In Wahrheit handelt es sich um eine Veränderung der Präferenzstruktur der Menschen oder wenigstens beträchtlicher Teile der Bevölkerung. Während früher die materielle Güterproduktion ohne große Rücksicht auf die Auswirkungen für die natürlichen Lebensgrundlagen akzeptiert, sogar gewünscht wurde, wird nun – insbesondere auch aufgrund der Information über Umweltschutzgefahren – der Wunsch auf Erhaltung und Verbesserung der Umwelt stärker.

Trägt man dieser Veränderung der Bedürfnisstruktur nicht Rechnung, wird die Gefahr einer Selbstblockade der Wirtschaft immer stärker. Das traditionelle Wirtschaftswachstum gerät in eine psychologisch-ökonomische Sackgasse. Eine ökologische Vertrauenskrise kann zur Wachstumssperre werden.

Deshalb muß eine wirtschaftspolitische Strategie der Zukunft Ökologie und Ökonomie versöhnen. Was läge einer sozialdemokratischen Reformökonomie näher, als die nun empfundene Knappheit des Produktionsfaktors Natur in ihre Strategie zu integrieren? Ist es denn so undenkbar, daß man in einer Konzeption des humanen und ökologischen Wachstums die Produktivität von Natur, also von Rohstoffen, Energie und Boden ähnlich steigert, wie es historisch mit der Arbeitsproduktivität gelang und immer noch gelingt? Der Markt wird das aber nur dann lösen, wenn man Anreize schafft, wenn man die Preise für Natur erhöht, wenn man eine Versöhnung von Umwelt und Wirtschaft will.

Wir haben gesehen, daß internationale Entwicklungen die Krise ausgelöst haben und nationale Bedingungen sie verschärfen. Man muß also sowohl in der internationalen wie der nationalen Wirtschaftspolitik ansetzen. Dabei ist eine Krisenlösung undenkbar, von der aber offenbar viele im Verbandsunternehmertum träumen: Durch forcierte Reallohnsenkung soll – so wird vorgeschlagen – eine Exportoffensive gestartet werden. Aber kann diese Exportof-

fensive zum Ziel führen? Man braucht nur englische, französische, italienische Politiker zu dieser Perspektive zu befragen, um sich ein Urteil zu bilden. Der offene Protektionismus wird das Ergebnis sein, allen Bekenntnissen zum freien Welthandel zum Trotz. Denn Protektionismus wird schon jetzt zum Hauptproblem der Zukunft in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Man erzwingt ihn geradezu, wenn man die eigene Arbeitslosigkeit durch Reallohnsenkung exportieren will.

Jede internationale Wirtschaftsstrategie aber muß durch eine Vielzahl von vernünftigen Maßnahmen auf nationaler Ebene ergänzt werden. Für mich ist die französische Regierungspolitik ein unter den dortigen Bedingungen vernünftiger Neuanfang. Wegen des niedrigen Staatsdefizits hat Frankreich einen etwas breiteren Verschuldungsrahmen als wir. Die Franzosen sollten ihn nutzen. Die Politik Frankreichs wird um so erfolgreicher sein, je mehr die Einkommenspolitik die Maßnahmen der Regierung stützt.

Gibt es eine Alternative auf geldpolitischer Ebene? Sie gibt es. Notwendig ist eine binnenwirtschaftlich orientierte Geldpolitik, die die Stärkung an der äußeren Front aus der Aktivierung der Investitionstätigkeit im Inneren herbeiführt. Dazu braucht man vor allem niedrigere Zinsen. Niedrigere Zinsen sind durch niedrigere Notenbankzinsen und durch mehr Liquidität zu erreichen. Koordination in Europa kann Spekulanten, die destabilisieren, das Handwerk legen.

Die Finanzpolitik kann diese binnenwirtschaftlich orientierte Geldpolitik der Investitionsförderung nachhaltig stützen. Sie muß, wo immer das möglich ist, die öffentlichen Einnahmen, Ausgaben und Subventionen so ausrichten, daß der strukturelle Erneuerungsprozeß der Wirtschaft gefördert wird: Energiesparen, Ölersetzen, Modernisieren der Volkswirtschaft. Sowohl in der Steuer- wie in der Ausgabenpolitik müssen diese beschäftigungs- und investitionsorientierten Möglichkeiten genutzt werden. Einsparungen an der einen Seite vertragen sich durchaus mit zusätzlichen Aktivitäten an anderer Stelle.

Notwendig ist ein Bündel von aufeinander abgestimmten Maßnahmen verschiedener Entscheidungsträger. Und so sollte diese Politik aussehen:

1. Es sind mehr private und öffentliche Investitionen zur Verbesserung der Umwelt, zum Energiesparen und Ölersetzen und zur Modernisierung unserer Wirtschaft unerlässlich. Dabei erfüllt eine forcierte Investition in die Umweltverbesserung eine dreifache Funktion. Diese Investitionen schaffen Beschäftigung. Wir packen vorhandene Probleme der Siche-

rung der natürlichen Umwelt an. Schließlich können wir überzeugende Beispiele einer Versöhnung von Ökonomie und Ökologie erarbeiten.

Wir müssen einerseits heraus aus den Schützengräben der Feindseligkeit gegen die Industriegesellschaft, wir müssen andererseits heraus aus den Schützengräben der Feindseligkeit gegen Umweltpolitik. Wir können Umweltprobleme lösen, wenn wir einsehen, daß Teile des Sozialproduktes zur Sanierung unserer natürlichen Lebensgrundlagen verwendet werden müssen. Wir müssen bereit sein, dafür Opfer zu bringen. Ökologie hat einen Markt und kann Arbeitsplätze schaffen. Fangen wir mit der Luftreinhaltung und der Gewässersicherung an. In 10 Jahren darf es keine sterbenden Wälder wegen „sauren Regens“ geben; in 10 Jahren sollten keine stinkenden Flüsse durch unser Land fließen.

2. Natürlich ist die Konzentration auf den Dreh- und Angelpunkt unserer ökonomischen Anpassungsprobleme, also die Sicherung unserer Energieversorgung, nötig. Der entscheidende Lösungsansatz ist kurz- und mittelfristig die Einsparung und Substitution von Energie, in erster Linie die Drosselung unseres Ölverbrauchs, beispielsweise durch beschleunigten Ausbau unseres Fernwärmenetzes, öffentliche Förderung energiesparender und ölsubstituierender industrieller Anlagen, Bau von Blockheizkraftwerken, Nutzung des industriellen Abwärmepotentials, Fortsetzung unseres Heizenergieeinspargesetzes.

Die Entschiedenheit, mit der Bundesminister Matthöfer diese Seite unserer volkswirtschaftlichen Probleme anpackt – auch mit preislichen, also streng marktwirtschaftlichen Instrumenten –, verdient Unterstützung.

3. Wir müssen die Qualifikation der Arbeitnehmer steigern, damit wir in der internationalen Arbeitsteilung mithalten können und Wachstumsreserven erschließen können. Es ist weitgehend übersehen worden, daß sich die Qualifikationsstruktur der Arbeitnehmer nicht in dem Maße verbessert hat, wie es der internationalen Wettbewerbslage der Bundesrepublik, insbesondere dem hohen Exportanteil der Gesamtwirtschaft, entsprechen würde. Eine gewisse Vernachlässigung der beruflichen Bildung in den 60er Jahren und ein vorübergehender teilweiser Ausbildungsboykott in den 70er Jahren hat einen Mangel an Fachkräften hervorgebracht, der das Wachstum begrenzt und damit auch verhindert, daß Parallelarbeitsplätze für weniger qualifizierte Arbeitskräfte entstehen oder freigemacht werden.

Eine umfassende Förderung der beruflichen Qualifikation der Arbeitnehmer, sei es durch eine Steige-

rung der beruflichen Ausbildungszahlen in den Schlüsselbereichen, oder sei es durch innerbetriebliche Qualifizierung, hat vielleicht sogar einen höheren Beschäftigungseffekt als die Förderung der Bildung von Sachkapital. Umso mehr wäre es nötig, aufgrund der neu entstehenden Engpässe diejenigen Unternehmen zusätzlich zu belasten, die ihren Ausbildungspflichten nicht ausreichend nachkommen und diejenigen zu entlasten, die es über ihren eigenen Bedarf hinaus tun.

4. Zu einer beschäftigungspolitischen Offensive gehört, daß das Arbeitsangebot spätestens bis Mitte der 80er Jahre durch weitere Arbeitszeitverkürzung verknappt wird. Wie der Zugang am Arbeitsmarkt und der Bestand von Arbeitslosen zu Anfang der 80er Jahre zeigen, kann das Beschäftigungsproblem durch Wirtschaftswachstum allein nicht bewältigt werden. Es sei denn, es stellen sich wieder Wachstumsraten wie zu Anfang der 50er Jahre ein, wofür weder die Entwicklung des Welthandels noch die Binnenwirtschaft spricht.

Nun bestimmen die Tarifpartner weitgehend die Arbeitszeit, wenn man einmal von der Ausnahme der gesetzlichen Altersgrenze und der staatlichen Bestimmung der Bildungszeiten absieht. Hier gibt es also ein wichtiges Feld für sozialpolitische Vernunft. Der Gesetzgeber sollte schnell die Bedingungen für eine freiwillige Vorruhestandsregelung schaffen, bei der tarifliche Einkommen und Grundbeträge der Bundesanstalt für Arbeit zu einer Übergangsrente zusammengefaßt werden. Die Vorschläge der Gewerkschaft Nahrung, Genuß und Gaststätten sind vernünftig.

Noch ein Wort zur tariflichen Arbeitszeitverkürzung. Noch heute steht der Tabukatalog der Arbeitgeberverbände, durch den jede erfolgreiche Verhandlung über Arbeitszeitverkürzung unterbunden wird. Dieses Tabu der Arbeitszeitverkürzung muß weg. Es paßt nicht in eine Landschaft, in der nun nahezu 2 Millionen arbeitslos sind.

Zu einem Sozialpakt gegen Arbeitslosigkeit gehört, daß über Arbeitszeit verhandelt wird. Das Verhalten der Unternehmerverbände wird um so unverständlicher, als Gewerkschaften immer wieder die Einheit von Lohn- und Arbeitszeitverhandlungen betont haben. Ich bin sicher, daß sich die Gewerkschaften für flexible Modelle der Arbeitszeitgestaltung engagieren, wenn die Blockade der Arbeitgeber gegen Arbeitszeitverkürzung beendet wird.

Spätestens jetzt wird es wohl nötig, ein paar Worte zur Ordnungspolitik zu sagen. Warum dies so spät und so kurz geschieht, hat einen einfachen Grund.

Die ordnungspolitische Debatte ist längst entschieden. Meist wird nur noch eine Gespensterschlacht geschlagen, die ängstliche Gemüter einschüchtern soll. Der SPD soll das Etikett der Gegnerschaft zur Marktwirtschaft angehängt werden und Unternehmer sollen parteipolitisch in die Reihe gebracht werden.

Um Himmels Willen! Wir wären doch verrückt, wenn wir den Markt dort, wo er funktioniert, stören würden. Im Gegenteil: Niemals zuvor gab es so viele Starthilfen für Unternehmensgründungen, die doch alle zum Ziel haben, die Marktstrukturen zu verbessern und den Wettbewerb zu sichern. Der Markt ist ein vorzügliches und nützliches Instrument für die Wirtschaft. Er ist allerdings nie und nirgends Selbstzweck.

Man soll uns in Ruhe lassen mit einer Diskussion, die längst entschieden ist. Ich zitiere den Karl Schiller der 50er Jahre, der damals Pionier war und der in dieser Frage sozialdemokratische Geschichte geschrieben hat: „Soviel Markt wie möglich, soviel Planung wie nötig.“

Es ist wichtig, zu einem Beschäftigungsprogramm ein paar Positionen deutlich zu machen:

1. Es wäre mit der Geschichte der Sozialdemokratie und dem historischen sozialen Bündnis zwischen Gewerkschaften und der SPD unvereinbar, wenn angesichts von nahezu 2 Millionen Arbeitslosen nicht gehandelt würde.

## Hans-Jürgen Krupp: Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik

*Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp, Jahrgang 1933, ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin.*

### Die Grundorientierung sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik

Die Bedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung haben sich in den letzten Jahren grundlegend geändert; aber auch die Einstellung hierzu unterliegt einem tiefgreifenden Wandel. Dies alles gibt der Frage, von welchen Grundsätzen eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik auszugehen hat, neue Aktualität. Die Gewährleistung eines menschenwürdigen Lebens für alle Mitglieder der Gesellschaft durch solidarisches Handeln stellt den Grundwert dar, aus

2. Wenn eine beschäftigungspolitische Offensive gestartet wird, gibt es kein Lösungsmodell, das ohne Solidarität derjenigen, die Arbeit und Einkommen haben, mit denen, die arbeitslos sind oder keine Berufsperspektiven haben, verwirklicht werden kann. Das heißt: wir müssen bereit sein, den Bürgern zu sagen, daß Solidarität auch bedeutet, Opfer zu bringen.

3. Wir sind uns einig, daß es um keine kurzzeitigen Programme, sondern nur um eine dauerhafte Erhöhung der öffentlichen und privaten Investitionen geht. Natürlich gibt es hierbei auch konjunkturelle Aspekte zu beachten. Es kann doch wohl nicht ernst gemeint sein, daß die öffentlichen Hände für das Jahr 1982 eine Schrumpfung der Investitionen um real 9% planen. Unter konjunkturellen Gesichtspunkten muß man auch bereit sein, die Finanzierung der Investitionsmaßnahmen zeitversetzt vorzunehmen. Das heißt, für das Jahr 1982 darf es keine Steuererhöhung geben.

4. Aber wir brauchen eine dauerhafte Finanzierung durch nachhaltige Einnahmen, also durch Abgabenerhöhung. Solidarität kann man nicht zum Nulltarif verwirklichen. Dies muß man dem Bürger ehrlich sagen.

*Wir brauchen Phantasie, Initiative, Solidarität und den Mut zur Ehrlichkeit.*

dem die Ziele sozialdemokratischer Politik letztendlich abgeleitet werden können. Zum menschenwürdigen Leben gehört nun sicher das Recht auf Arbeit, ein Recht, das keineswegs sichergestellt ist und dessen Verletzung gerade in einer relativ reichen Gesellschaft schwer zu rechtfertigen ist. Schließlich sind hier die Mittel vorhanden, um die notwendige Zahl von Arbeitsplätzen zu schaffen.

Menschenwürdiges Leben heißt aber auch, daß in einer arbeitsteiligen Gesellschaft jeder in dem Maß am Ertrag der Produktion beteiligt wird, in dem er zu ihr beigetragen hat. Leistungsgerechtigkeit kann freilich in einer Welt, in der die Startchancen, mögen sie nun auf Begabung oder Bildung beruhen, nicht gleichmäßig verteilt sind, nicht alleiniges Verteilungskriterium sein. Zur für Sozialdemokraten unverzichtbaren Verteilungsgerechtigkeit gehören auch eine gleichmäßigere Verteilung der Startchancen und eine Mindestsicherung für jeden Bürger.

Zum menschenwürdigen Dasein gehört aber auch Sicherheit darüber, daß das Alter und die Wechselfälle des Lebens nicht zur Vernichtung der Existenzgrundlagen führen. Soziale Sicherung ist immer auch Bestandteil sozialdemokratischer Politik.

Vollbeschäftigung, höhere Verteilungsgerechtigkeit und soziale Sicherung sind in einer Welt wie der unseren nicht möglich ohne Wachstum. Die deutsche Volkswirtschaft ist nun einmal von den Weltmärkten abhängig. Dies ist die Basis unseres Wohlstands. Um unsere Position zu halten, brauchen wir Produktivitätsfortschritte. Vollbeschäftigung ist aber dann ohne Wachstum nicht erreichbar. Unterbeschäftigung ist ein Verzicht auf die Nutzung der kostbarsten Ressource, die einer Volkswirtschaft zur Verfügung steht, ein Verzicht, der einerseits die Kosten der sozialen Sicherung erhöht, andererseits die Mittel, aus denen sie finanziert werden kann, vermindert. Der für andere Zwecke nutzbare Verteilungsspielraum sinkt, wodurch die Verteilungsauseinandersetzungen an Gewicht und Schärfe gewinnen. Es läßt sich auch am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland zeigen, daß es gerade die sozial Schwachen sind, die von dem ungewollten, jedoch faktisch eingetretenen Nullwachstum betroffen sind.

Nun hängt Wachstum nicht nur mit unausgelasteten Ressourcen zusammen, es wird auf der anderen Seite auch durch die mögliche Überlastung von Ressourcen begrenzt. Die Aufgabe sozialdemokratischer Politik kann hier nur darin bestehen, durch den Einsatz neuer, ressourcenschonender Technologien diese Grenze soweit wie möglich zu verschieben. An manchen Stellen werden dabei Wachstumsverzichte unvermeidbar sein. Die Formel von der Gleichrangigkeit oder Vereinbarkeit ökonomischer und ökologischer Gesichtspunkte sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß derartige Wachstumsverzichte die Erreichung zentraler, sozialdemokratischer Zielsetzungen beeinträchtigen. Wachstumsverzicht bedeutet mehr Arbeitslosigkeit, stagnierende oder sinkende Einkommen und einen Abbau sozialer Sicherheit.

Es gibt Bevölkerungskreise, die davon kaum betroffen sind. Z. B. haben Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes nicht den Verlust ihres Arbeitsplatzes zu fürchten, und sie verfügen in vielerlei Hinsicht über eine bessere soziale Sicherung. Akademiker erhalten nach wie vor weit höhere Durchschnittseinkommen als Industriearbeiter, für die eine Verbesserung ihres Einkommens nach wie vor ein sinnvolles und begründbares Ziel ist.

Schließlich gibt es auch eine internationale Solidarität, die in einer Welt des Hungers Wachstumsver-

zichte der Industrieländer fragwürdig sein läßt. Nicht eine Politik der Wachstumsverzichte, sondern eine qualitativ andere Gestaltung des Wachstums ist notwendig.

Verglichen mit den bisher diskutierten Zielsetzungen, haben die klassischen ökonomischen Ziele Preisstabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht primär instrumentellen Charakter. Preisstabilität stellt keinen Wert in sich dar, sie ist aber wesentliche Voraussetzung für die Gewährleistung von Vollbeschäftigung, Verteilungsgerechtigkeit und Wachstum. Ähnliches gilt, wenn auch in eingeschränkterer Weise, für das außenwirtschaftliche Gleichgewicht. Störungen desselben müssen zumindest kurzfristig hingenommen werden, um notwendige Anpassungsprozesse nicht zu behindern.

Es kann nun leider kein Zweifel daran bestehen, daß die genannten, für Sozialdemokraten entscheidenden Ziele zur Zeit verletzt sind. Die Arbeitslosigkeit wird selbst im Jahresdurchschnitt 1982 über 1,7 Mio. betragen, das Wachstum stagniert, Einbußen bei der sozialen Sicherheit sind schon jetzt gegeben.

**Patentrezepte versagen, eine gemischte Strategie ist notwendig**

Die gravierende Verletzung sozialdemokratischer Ziele muß für eine Bundesregierung, an der Sozialdemokraten beteiligt sind, Anlaß sein, ihre bisherige Politik zu überdenken. Angesichts der sehr weitgehenden Veränderungen der außenwirtschaftlichen Rahmendaten ist es nichts Ehrenrühriges zuzugeben, daß bestimmte Instrumente nicht geeignet waren und daß man aus Erfahrung lernt.

Dabei muß man sich mit einer Tendenz auseinandersetzen, die heute auf nahezu allen gesellschaftlichen Gebieten zu finden ist und die versucht, der Komplexität moderner Industriegesellschaften durch die Rückbesinnung auf das einfache Leben und die einfachen Lösungen auszuweichen. Monokausale Argumentationen treten an die Stelle von Analysen, welche die Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Bereichen unseres sozialen Lebens einbeziehen. Besonders krasse Formen hat dies inzwischen in der Wirtschaftspolitik angenommen, wo man Wohl und Wehe der wirtschaftlichen Entwicklung von einzelnen Variablen abhängig macht.

So einfach liegen die Dinge aber nicht, der Aufstieg aus der Industriegesellschaft ist auch in der Wirtschaftspolitik nicht möglich. Die Versuche, dies zu tun, d. h. die Wirtschaftspolitik auf einige wenige Grundsätze zu reduzieren, die man in Großbritannien und in den USA beobachten kann, zeigen deut-



# Der politische Hintergrund

# Die Hintergrundinformation

## Bücher für NG-Abos

Folgende Bücher gibt es zur Auswahl:

- Udo Achten (Hg.):**  
Zum Lichte empor. Mai-Festzeitungen der Sozialdemokratie 1891-1914. 1980. 216 S.
- Axel Eggebrecht:**  
Volk ans Gewehr. Chronik eines Berliner Hauses 1930-1934. 3. Aufl. 1980. 255 S.
- Friedrich G. Kürbisch (Hg.):**  
Dieses Land schläft einen unruhigen Schlaf. Sozialreportagen 1918-45. Ein Lesebuch. 1981. 240 S.
- Susanne Miller / Heinrich Potthoff:**  
Kleine Geschichte der SPD. 4. Aufl. 1981. 416 S.
- Johano Strasser / Klaus Traube:**  
Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus und die Krise des Industrialismus. 1981. 410 S.

(Bitte gewünschtes Buch ankreuzen)

Ich habe einen neuen NG-Abonnenten geworben.  
Meine Anschrift:

---



---



---

Anschrift des neuen Abonnenten:

---



---



---

Hiermit bestelle ich für mindestens ein Jahr „Die Neue Gesellschaft“ ab Heft \_\_\_\_\_ „Die Neue Gesellschaft“ erscheint monatlich und kostet im Jahr 48,- DM zuzüglich von z. Z. 9,- DM Versandkosten im Inland und 9,60 DM im Ausland. Kündigung jeweils bis 30 Tage vor Jahresende.

Datum

Unterschrift des neuen Abonnenten

Neuerscheinungen  
der Verlage Neue Gesellschaft  
und J.H.W. Dietz Nachf.

Ich bestelle hiermit  
Ex. Autor/Titel

DM je Ex.

Der alljährliche Faschismus - Frauen im Dritten Reich. 224 S.	22,-
Gilberto Granados/Erik Gurgsdies: Lern- und Arbeitsbuch Ökonomie. Eine Einführung in die Probleme der westdeutschen Wirtschaftsentwicklung. 444 S.	19,80
Friedrich G. Kürbisch (Hg.): Dieses Land schläft einen unruhigen Schlaf. Sozialreportagen 1918-45. Ein Lesebuch. 240 S.	19,80
Susanne Miller/Heinrich Potthoff: Kleine Geschichte der SPD. 4. Aufl. 1981. 416 S.	19,80
Inge Störter (Hg.): Der Hunger nach Erfahrung. Frauen nach '45. 184 S.	22,-
Johano Strasser/ Klaus Traube: Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus und die Krise des Industrialismus. 410 S.	29,80

Ich wünsche Lieferung über die Buchhandlung:

Die Wahl der Lieferbuchhandlung überlasse ich dem Verlag.

Datum

Unterschrift

(Bitte genaue Anschrift auf der Rückseite eintragen)

Senden Sie an folgende Anschriften ein  
Probeexemplar:

Name: .....

Straße: .....

PLZ, Ort: .....

Name: .....

Straße: .....

PLZ, Ort: .....

Name: .....

Straße: .....

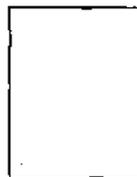
PLZ, Ort: .....

Absender:

.....  
.....  
.....  
.....

(Bitte in Druckbuchstaben oder mit  
Schreibmaschine ausfüllen.)

**Werbeantwort**



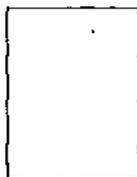
**Die  
Neue  
Gesellschaft**

— Redaktion —

Postfach 200 189

**5300 Bonn 2**

**Postkarte**



**Verlag  
Neue Gesellschaft**

Postfach 200 189

**5300 Bonn 2**

lich die Erfolglosigkeit eines derartigen Unterfangens, aber auch die schwerwiegenden Nachteile, die damit verbunden sind. Weder ein einfacher Keynesianismus, der sich darauf reduziert, private Nachfrageausfälle durch zusätzliche staatliche Nachfrage zu ersetzen, noch ein Monetarismus, der sich auf die Steuerung der Geldmenge beschränkt, noch eine Angebotspolitik, die meint, sich mit der Gestaltung angebotspolitischer Rahmenbedingungen begnügen zu können, sind Rezepte, mit deren Hilfe man die Schwierigkeiten bewältigen kann.

Dies ist natürlich auch eine Aussage über die Ursachen der Probleme, mit denen wir es heute zu tun haben. Auch hier ist es kein einzelner Tatbestand, auf den die jetzige Situation zurückgeführt werden kann. Es sind weder die Ölpreise noch die Nachfrageschwäche noch die rückläufige Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft noch unsere technologische Rückständigkeit noch die falsche Geldpolitik noch die problematische Finanzpolitik, auf die sich allein unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten zurückführen lassen. Die Gesamtheit der eben genannten Gründe ist viel eher in der Lage, zur Erklärung der heute vorhandenen Schwierigkeiten beizutragen. Es ist häufig das Zusammenwirken verschiedener Ursachenkomplexe, das es auch kaum erlaubt, den Einfluß einzelner Faktoren zu isolieren.

Eine erfolgreiche Antwort auf diese Situation kann nur eine Wirtschaftspolitik bieten, die eine Strategie entwickelt, in der die verschiedensten Elemente integriert sind. Die Wirksamkeit einzelner Instrumente ist ohnehin begrenzt. Die vor uns liegenden Probleme haben dagegen ein beachtliches Ausmaß. Nur mit einer Kombination von Instrumenten, die sich nach Möglichkeit gegenseitig verstärken sollten, sind Lösungen denkbar.

Derartigen gemischten Strategien fehlt die Schönheit, die Patentrezepten immer eigen ist. Auch in der politischen Auseinandersetzung ist die einfache Formel sehr viel brauchbarer als die integrierte, auf unterschiedliche Wirkungszusammenhänge setzende Politik. Die Popularität derart einseitiger Strategievorschläge, deren Mißerfolg inzwischen nachgewiesen werden kann, belegt dies eindrucksvoll. Und doch muß eine politische Partei, die eine ins Gewicht fallende Verbesserung der Wirtschaftsentwicklung erreichen will, den Mut haben, auf Patentrezepten zu verzichten.

#### **Wechselwirkung von Angebot und Nachfrage**

*Angebot und Nachfrage* stehen in unlösbarem Zusammenhang miteinander, sie sind sozusagen nur

zwei Seiten ein und derselben Medaille. Zu den verhängnisvollsten Irrtümern der Nationalökonomie, heute aber auch der aktuellen modischen wirtschaftspolitischen Diskussion, gehört die Meinung, daß der Wirtschaftsprozeß allein über die Nachfrage oder allein über das Angebot zu steuern sei. Für den Nationalökonom geht es hierbei darum, ob das Saysche Theorem, das behauptet, daß jedes Angebot sich seine Nachfrage selber schaffe, in der Realität moderner Volkswirtschaften unterstellt werden kann. Diese Frage hat die Geschichte der Nationalökonomie für lange Zeiten begleitet. Spätestens seit Keynes gab es eigentlich im Fach keinen Streit mehr darüber, daß man sich auf die Gültigkeit des Sayschen Theorems in der wirtschaftspolitischen Realität nicht verlassen könne. Nicht einmal diese Einigkeit ist erhalten geblieben. Es sind nicht nur marginale Außenseiter des Faches, sondern sogar der Sachverständigenrat, die für ihre Überlegungen das Saysche Theorem heranziehen, obwohl die empirischen Belege gegen die Gültigkeit dieses Theorems immer erdrückender werden.

Da man nicht damit rechnen kann, daß die Schaffung eines Angebots auch zu der entsprechenden Nachfrage führt, ist eine Politik, die nur auf die Steuerung des Angebots setzt, genauso verfehlt wie eine reine Nachfragepolitik. Es bedarf ausreichender Nachfrage und befriedigender Angebotsbedingungen, wenn die Beschäftigungssituation wieder verbessert werden soll.

Die wirtschaftspolitische Schlußfolgerung ist einfach: Auch eine durchgreifende Veränderung der Angebotsbedingungen kann nicht die erwünschten Investitionen hervorbringen, wenn die Nachfrage fehlt, d. h. die Unternehmer keine Absatzerwartungen haben. Ein rational handelnder Unternehmer investiert nur dann, wenn er erwartet, daß er die mit der geschaffenen Kapazität erzeugte Produktion auch absetzen kann. Eine nicht einseitige Wirtschaftspolitik trägt damit auch Verantwortung für eine ausreichende Nachfrage. Wenn sowohl Geld- wie Finanzpolitik bei unterausgelasteten Kapazitäten die Nachfrage reduzieren, wird auch die beste Angebotspolitik erfolglos bleiben.

Nun mag es sein, daß sich moderne Volkswirtschaften mittelfristig auch an Situationen ungenügender Nachfrage anpassen. Ja, es mag sogar sein, daß mittelfristig von einem sehr niedrigen Niveau aus wieder Wachstumsprozesse in Gang kommen. Eine einseitig angebotsorientierte Politik, die darauf setzte, bliebe dessen ungeachtet unter sozialdemokratischen Wertvorstellungen unverträglich; bedeutet sie

doch, durch hohe Arbeitslosigkeit Menschen auf Zeit, zum Teil aber auch auf Dauer ihre Erwerbsmöglichkeit zu nehmen und gewachsene soziale Strukturen zu zerschlagen. Gerade der unsichere Ausgang eines derartigen Unternehmens rechtfertigt nicht derartige Opfer.

Ohnehin gibt es einige Branchen, bei denen der Einfluß staatlicher Nachfragepolitik offenkundig ist. Als Beispiel sei auf die Bauwirtschaft verwiesen. Die Beschäftigungsschwankungen in diesem Bereich, die nun schon zum zweiten Mal zur Zerstörung von Kapazitäten führen, die mittelfristig benötigt werden, sind im wesentlichen von der Finanzpolitik verursacht. Nur eine stetige Finanzpolitik auf ausreichend hohem Niveau kann hier Abhilfe schaffen.

Schwieriger ist die Aufgabe der Nachfragesteuerung dort, wo es um die private Nachfrage geht. Hier ist es sachlich ohnehin häufig schwierig, zwischen angebots- und nachfrageorientierten Maßnahmen zu unterscheiden: So nehmen beide Seiten inzwischen das Instrument von Steuersenkungen für sich in Anspruch. Für den Angebotspolitiker werden dann die Angebotsbedingungen, der Freiraum der Privaten vergrößert, für den Nachfragepolitiker Voraussetzung für zusätzliche private Nachfrage geschaffen. Letztlich zeigt sich an dieser Stelle sehr deutlich, wie fruchtlos die Diskussion zwischen Angebots- und Nachfragepolitik ist.

In bezug auf die Nachfragewirkungen besteht freilich eine Asymmetrie der Instrumente. Die Zurverfügungstellung zusätzlicher Liquidität oder die Vergrößerung des Nettoeinkommens ist keineswegs eine Garantie für zusätzliche Nachfrage. Umgekehrt sind Entzugseffekte in der Regel mit unmittelbaren Nachfrageeinbußen verbunden.

Dies gilt insbesondere auch für die staatliche Beschäftigung. Eine Reduzierung der staatlichen Beschäftigung führt zu Einkommensausfällen, die Nachfrageausfälle zur Folge haben. An dieser Stelle sind konjunkturelle und strukturelle Effekte voneinander zu trennen. Unter strukturellen Gesichtspunkten mag es ja durchaus sinnvoll sein, öffentliche Beschäftigung zu vermindern oder neu zu gestalten. Konjunkturell ergibt sich hieraus ein unmittelbar wirkender Nachfrageausfall. Selbst wenn es in Höhe der eingesparten Personalausgaben zu anderen, neuen staatlichen Ausgaben käme, bliebe ungewiß, ob dadurch die weggefallene Nachfrage kompensiert werden kann. Zeiten extremer Konjunkturschwäche sind daher für derartige strukturelle Veränderungen denkbar ungeeignet.

Strukturell ist freilich damit die Frage angespro-

chen, welche Größe der staatliche Sektor haben soll. Ist es wirklich richtig, daß eine Reduzierung des Staatssektors Voraussetzung für sich selbst entwickelnde Wachstumsprozesse ist? Damit ist eine Grundsatzfrage angesprochen, der sich eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik nicht entziehen kann.

### Funktion des Staates

*Die Rolle des Staates* im Wirtschaftsprozeß war immer Gegenstand von Kontroversen. Für die Sozialdemokratie war eine Position, nach der der Staat als störendes Element auf ein Minimum zu beschränken sei, nie akzeptabel. Staatliche Aktivitäten vielfacher Art wurden als notwendige Voraussetzung zur Schaffung der Rahmenbedingungen des Wirtschaftsprozesses angesehen. Hierzu zählten die Bereitstellung einer angemessenen Infrastruktur, die Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs, die Verbesserung der Gleichmäßigkeit der Startchancen, die Minimierung von Schäden durch den Produktionsprozeß und die soziale Sicherung der Bürger. All dieses sind Aufgaben, die positiv zu bewerten sind.

Nun ist kein Zweifel, daß staatliche Aufgaben finanziert werden müssen und daß dieses nur durch „Belastung“ der Bürger geschehen kann. Auch wenn man historisch zeigen kann, daß es so etwas wie objektive Belastungsgrenzen offensichtlich nicht gibt, können zu starke Steigerungen der Belastung zu Reaktionen der Wirtschaftssubjekte führen, die das Wachstum tatsächlich behindern. Darüber hinaus ist es ja durchaus legitim, danach zu fragen, ob es sinnvoller ist, knappe Ressourcen beim Staat oder bei den Individuen einzusetzen. Und sicher ist es auch richtig, daß in der Vergangenheit – für die Bundesrepublik Deutschland gilt dies insbesondere für die erste Hälfte der siebziger Jahre – diese Frage nicht ernsthaft genug gestellt worden ist.

Dies alles rechtfertigt aber nicht jene hysterische Diskussion um die Staatsquote, die in der Bundesrepublik Deutschland zu beobachten ist und die die faktischen Tatbestände einfach nicht zur Kenntnis nimmt. Einmal ist eine Diskussion über die Staatsquote als solche in ihrer Globalität genauso wenig sinnvoll wie eine generelle Diskussion über das Transfersystem. Es sind die Staatsaufgaben, aus denen die Staatsausgaben begründet werden müssen. Zum andern ist es schlechthin nicht wahr, daß die Staatsquote in der Bundesrepublik Deutschland besonders hoch sei. Betrachtet man die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, die Niederlande, das Vereinigte Königreich, Dänemark und die Vereinigten Staaten von Amerika, weist die Bundesrepu-

blik Deutschland, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt, den niedrigsten Staatsverbrauch auf. Bezieht man die Sozialleistungen in die Analyse ein, haben nur die USA eine niedrigere Staatsquote als die Bundesrepublik. Es ist im übrigen auch nicht wahr, daß die Staatsquote in den letzten Jahren permanent gestiegen sei. Von 1975 bis 1979 hat sie sogar abgenommen. Erst seit 1980 kommt es wieder zu einer konjunkturell bedingten Zunahme. Global gesehen gibt es also keinen Anlaß, sich ausgerechnet in der Bundesrepublik Deutschland über eine zu hohe Staatsquote zu beklagen.

### Reform der sozialen Sicherung

Das schließt nicht aus, daß man immer wieder erneut die einzelnen Staatsaufgaben überprüft und unnötige Ausgaben einschränkt. Globale Kürzungen, die mehr oder weniger blind Gerechte und Ungerechte treffen, haben aber wenig Sinn. Dies gilt insbesondere in einer so tiefen Rezession wie der jetzigen.

In diesem Zusammenhang ist insbesondere eine glaubhafte Reform der sozialen Sicherung notwendig, von der im übrigen auch vertrauensbildende Effekte im Unternehmensbereich ausgehen würden. Eine hochentwickelte soziale Sicherung ist für Sozialdemokraten unverzichtbar. Von ihr gehen im übrigen auch positive Auswirkungen auf Produktivität und Wachstum aus. Die nach wie vor niedrigen Streikverluste, wie auch die relativ einfache Durchsetzbarkeit technischen Fortschritts sind hierfür Indikatoren. Auf der anderen Seite ist eine weitere Zunahme der Belastung durch Sozialbeiträge kaum vertretbar und bei einer Umstrukturierung von Leistungen und Beiträgen auch nicht nötig. Gerade hier kann es nicht um globale Kürzungen gehen, vielmehr ist zu überprüfen, ob relativ hohe Leistungen wirklich durch das soziale Sicherungssystem abgedeckt werden sollen. Selbstverständlich sind dabei Besitzstände zu wahren.

Es soll nicht verhehlt werden, daß manche Begleiterscheinungen staatlicher Aktivitäten – man denke nur an das Bürokratieproblem – auch für Sozialdemokraten schwer erträglich sind; dies alles kann aber kein Anlaß sein, die Staatstätigkeit generell so in Frage stellen zu lassen, wie dies zur Zeit geschieht. Letztendlich spricht vieles für die Vermutung, daß die höhere Komplexität industrieller Gesellschaften nur mit einem steigenden Staatsanteil bewältigt werden kann. Und an dieser Stelle verbinden sich ja auch neokonservative Gedankengänge mit „grünen“ Überlegungen. Der Traum von der einfachen Welt

ist auch ein Traum ohne den Staat. Der Traum von der einfachen Welt ist aber auch ein Stück Nostalgie, die mit den Realitäten moderner Industriegesellschaften nicht vereinbar ist.

### Dynamik der Privatwirtschaft

Es kann sicher kein Zweifel daran bestehen, daß wir es mit einer Abschwächung der wirtschaftlichen Entwicklung in allen westlichen Industriegesellschaften zu tun haben. Daraus kann man aber nicht schließen, daß nun auch die deutsche Volkswirtschaft ihre Dynamik verloren habe. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft kann sich nach wie vor sehen lassen. Die sich aus der Abwertung der DM ergebende zusätzliche ausländische Nachfrage hat sehr schnell und unmittelbar zu beachtlichen Produktionsanstößen geführt. Diese Entwicklung zumindest stützt die These, daß eine Verbesserung der Nachfragesituation sehr schnell zur Erhöhung der Produktion führt, eine Behauptung, die man für die Angebotspolitik nicht aufstellen kann. Trotzdem ist es sicher richtig, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die Angebotsbedingungen der Unternehmen zu verbessern und die Dynamik der deutschen Volkswirtschaft wieder zu erhöhen.

Dies ist freilich angesichts der die wirtschaftspolitische Diskussion prägenden Vertrauenskrise leichter gesagt als getan. Das Hin und Her der wirtschaftspolitischen Diskussion und die Konflikte zwischen den verschiedenen Trägern der Wirtschaftspolitik sind nicht dazu geeignet, das für ein besseres Investitionsklima erforderliche Vertrauen zu schaffen.

Wie notwendig es ist, psychologisch bedingte Hindernisse zu beseitigen, kann man am Beispiel der sogenannten Investitionshemmnisse leicht zeigen. Sicher werden diese in ihrem quantitativen Umfang in der Regel überschätzt, zum anderen zeigen sich in ihnen durchaus geänderte gesellschaftliche Wertvorstellungen, die auch bei der Gestaltung des Wirtschaftsprozesses berücksichtigt werden müssen. Nicht jede administrative Maßnahme, die Schäden durch den Wirtschaftsprozess oder eine Überbeanspruchung von Ressourcen verhindern will, ist notwendigerweise falsch. Anstatt sich nun aber auf eine Diskussion über den Umfang von Investitionshemmnissen einzulassen, wäre es weit sinnvoller, deutlich zu machen, daß man die tatsächlich vorhandenen Hemmnisse mit Entschlossenheit abzubauen bereit ist. Denn es läßt sich ja nicht leugnen, daß bei der Industrieansiedlung, dem Ausbau und der Neuanlage von Verkehrswegen Investitionshemmnisse vorhanden sind, die man auch bei Abwägung aller Kriterien

beseitigen sollte. Dieses bleibt auch dann richtig, wenn der Umfang derartiger Investitionshemmnisse weit geringer ist, als dies in öffentlichen Diskussionen behauptet wird.

Ein zweites Argumentenbündel betrifft die Kostensituation. Hier werden die verschiedensten Kostenelemente und die Möglichkeiten zu ihrer Senkung diskutiert. Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß die internationale Wettbewerbsfähigkeit sehr viel stärker vom Wechselkurs als von den binnenwirtschaftlichen Kosten beeinflußt wird. Letztlich ist es ja auch die Funktion des Wechselkurses, internationale Kostendifferenzen auszugleichen. Darüber hinaus spielt für die Höhe der Kosten auch die Produktivität eine entscheidende Rolle. Bei gegebenem Wechselkurs kann letztendlich ein hohes Lohnniveau nur durch hohe Produktivität verteidigt werden. Niemandem ist geholfen, wenn wir den Modernisierungsprozeß unserer Volkswirtschaft aufhalten, um über niedrige Löhne Vollbeschäftigung zu erreichen.

Freilich besteht an dieser Stelle ein Qualifikationsproblem. Es ist sicher richtig, daß Rationalisierungen Arbeitskräfte mit sehr niedrigen Qualifikationen freisetzen. Eine Lösung kann und muß darin liegen, durch zusätzliche Qualifikationsmaßnahmen Abhilfe zu schaffen.

Einen wesentlichen Kostenfaktor stellen auch Zinsen dar. Zu den Verbesserungen der Angebotsbedingungen gehört daher auch eine Reduzierung der Zinsen auf ein sehr viel niedrigeres Niveau als wir es heute beobachten. Dies gilt um so mehr, als die überhöhten Zinsen nicht das Ergebnis tatsächlicher Knappheitsbedingungen, sondern das Ergebnis einer einseitigen Geldpolitik sind, die darüber hinaus noch den Nachteil hatte, die notwendigen Anpassungsprozesse der Wirtschaft an geänderte weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen zu behindern.

Bei den Angebotsbedingungen ist auch die Steuerbelastung zu erwähnen. Betrachtet man die Nettobelastung des Unternehmenssektors, d. h. bezieht man die verschiedensten Arten von Subventionen mit ein, zeigt sich zunächst einmal, daß diese in den letzten zwanzig Jahren nicht gestiegen ist; auch die Bruttobelastung der Unternehmen mit direkten Steuern hat nur geringfügig zugenommen. Trotzdem ist sicher richtig, daß die Belastungswirkungen bei der Frage der Leistungsanreize berücksichtigt werden müssen. Es ist sicher auch nützlich, weitere Investitionsanreize zu geben. Der beste Investitionsanreiz liegt aber sicher nach wie vor in ausreichenden Absatzwartungen.

Eine wichtige Rolle bei der Verbesserung der

Angebotsbedingungen kann auch die Technologieförderung in ihren verschiedenen Dimensionen bieten. Gerade die Erweiterung der Produktion hängt davon ab, daß man neue Produkte anzubieten hat. Hierbei gibt es in der Bundesrepublik Deutschland, wie die Erfahrungen der letzten Jahre eindrucksvoll belegen, zahlreiche Schwierigkeiten sowohl bei der Entwicklung wie bei der Markteinführung neuer Produkte. Die Geschichte des Videorecorders, bei dem ja die eigentlichen Plonierleistungen in Europa liegen, ist hierfür ein eindrucksvolles Beispiel. Daneben sind auch Prozeßinnovationen notwendig. Bei unseren wichtigsten Wettbewerbern gibt es eine sehr umfangreiche und vielfältige Technologieförderung. Wenn wir die Zukunft bewältigen wollen, müssen auch wir neue und wirkungsvolle Wege der Technologieförderung finden.

### Arbeitszeit

Diskussionen über die Arbeitszeit sind in der Bundesrepublik Deutschland weitgehend tabuisiert. Das hat vielerlei Gründe. Einmal gibt es in einigen Bereichen tatsächlich Facharbeiterengpässe, deren Quantifizierung allerdings nach wie vor schwierig ist. Zum anderen ist eine Arbeitsumverteilung angesichts des niedrigen Qualifikationsniveaus eines Teils der Arbeitslosen wenig aussichtsreich. Schließlich wird diese Problematik mit dem zur Zeit stark diskutierten Aussteigerproblem verbunden.

Nun ist schon einleitend deutlich geworden, daß Wachstumsverzicht keine gesellschaftliche Option sein kann. Das heißt aber nicht, daß nicht so wie in der Vergangenheit ein Teil der zusätzlich geschaffenen Produktivität in Freizeit umgesetzt werden darf. Dazu kommt die Tatsache, daß in immer höherem Maße flexiblere Arbeitszeitregelungen gewünscht werden. Dieses ist ja auch insbesondere in solchen Bereichen legitim, wo die Arbeitsmarktlage derartige Lösungen als sinnvoll erscheinen läßt. Wenn gerade bei Lehrern die Bereitschaft besteht, sich mit einer niedrigeren Arbeitszeit, das heißt dann aber auch mit einem niedrigeren Einkommen, zufriedenzugeben, wenn auf der anderen Seite die Beschäftigungssituation für Lehrer ohnehin sehr schwierig ist, gibt es keinen Grund, warum man diesem Wunsche nicht nachkommen sollte.

Gerade in einer Arbeitsmarktsituation wie der unseren ist dem Individuum, das, aus welchen Gründen auch immer, meint, seinen Arbeitseinsatz an seinen „Bedürfnissen“ orientieren zu sollen, dabei zu helfen, seinen Arbeitseinsatz zu reduzieren. Gerade bei Massenarbeitslosigkeit besteht für den Staat kein

Grund, einen hohen individuellen Arbeitseinsatz zu erzwingen. Die SPD sollte keinen Zweifel daran lassen, daß sie die moderne Industriegesellschaft bejaht. Sie kann die Vorstellungen von Grünen, Alternativen und Aussteigern nicht zur Richtlinie ihres Handelns machen. Das heißt aber nicht, daß sie nicht diesen Gruppen einen Freiraum verschaffen könnte, in dem diese nach ihren Wertvorstellungen leben. Dies gilt insbesondere für die Arbeitszeit.

Allerdings ist hiermit auch das Problem angesprochen, wer die sozialen Kosten derartiger Lebensgestaltung trägt. Es geht sicher nicht an, daß der „Normalbürger“ durch Beiträge für seine soziale Sicherung sorgt, während der „Aussteiger“ von der Sozialhilfe finanziert wird. Werden flexiblere Arbeitszeitregelungen geschaffen, muß im sozialen Sicherungssystem Vorsorge getroffen werden, daß die Betroffenen die Kosten ihrer sozialen Sicherung in vollem Umfang bei ihrer Entscheidung, ihren Arbeitseinsatz zu reduzieren, berücksichtigen. In der Sozialversicherung werden dann nicht nur Mindestleistungen wie Mindestrenten, sondern auch Mindestbeiträge unverzichtbar.

Ohne Zweifel existieren strukturelle Engpässe auf dem Arbeitsmarkt. Diese müssen ohnehin beseitigt werden, da nur so die Voraussetzungen geschaffen werden können, Arbeitslose mit falscher oder unzureichender Qualifikation wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Der Ausbau betrieblicher und überbetrieblicher Qualifizierungsmaßnahmen ist unverzichtbar. Die gerade vorgenommene Reduzierung der Arbeitsförderungsmaßnahmen ist angesichts dieser Lage unverträglich.

Die dringend notwendige Diskussion um neue Formen der Arbeitszeitgestaltung könnte wesentlich entlastet werden, wenn die Qualifizierungsprobleme und die Aussteigerprobleme gelöst würden. Eine freiere Diskussion über die Arbeitszeit würde weiteren wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum schaffen.

#### Perspektiven der Wirtschaftspolitik in den achtziger Jahren

Die Probleme der achtziger Jahre werden schwierig bleiben. Die Bevölkerungsentwicklung wird auch in den nächsten Jahren zu einem zunehmenden Arbeitskräfteangebot führen. Die Produktivitätsentwicklung wird über der Wachstumsrate liegen; durch beide Vorgänge ergibt sich eine Verschärfung des Beschäftigungsproblems. Die weltwirtschaftlichen Probleme werden schwieriger werden. Die Wachstumspfade der meisten industriellen Länder bleiben

schwach, viele Probleme der Entwicklungsländer sind weiter denn je von einer Lösung entfernt. Die deutsche Volkswirtschaft kann also nicht auf eine Entlastung auf dem Rücken anderer Länder rechnen. Das binnenwirtschaftliche Lösungspotential muß voll ausgeschöpft werden.

Besonders verhängnisvoll wäre es, wenn es nicht gelänge, das Beschäftigungsproblem zumindest für die nachwachsende Erwerbsbevölkerung zu lösen. Die demographische Entwicklung wird spätestens in den neunziger Jahren dazu führen, daß die verfügbare Erwerbsbevölkerung zu klein ist. Dieses würde verstärkt werden, wenn es nicht gelingt, die sogenannten „starken“ Jahrgänge in den Erwerbsprozeß zu integrieren. Nach allen vorliegenden Erfahrungen kann man nicht damit rechnen, daß man diese Jahrgänge zunächst auf Halde legen kann, um sie dann wieder zu reaktivieren. Die Integration dieser Jahrgänge wird aber nur möglich sein, wenn man eine Verminderung des Beschäftigungsproblems erreicht.

Gerade wenn eine außenwirtschaftliche Lösung weder wahrscheinlich noch wünschenswert erscheint, ist die inländische Wirtschaftspolitik zur Verantwortung gerufen. Der auch in der Bundesrepublik Deutschland entfachte Streit zwischen angebots- und nachfrageorientierten Rezepten ist in dieser Situation verantwortungslos. Weder eine rein nachfrage- noch eine rein angebotsorientierte Strategie ist in der Lage, die hier anstehenden Probleme zu lösen. Der Streit der Dogmatiker erschwert die rasche Durchsetzung der notwendigen Maßnahmen.

Dazu kommt in der Situation der Bundesrepublik Deutschland ein verhängnisvolles „Schwarze-Peter“-Spiel, in dem sich die einzelnen wirtschaftspolitischen Institutionen gegenseitig die Verantwortung für das Geschehene weiterreichen. Dieses ist schon deswegen unnötig, weil kaum zu bezweifeln ist, daß alle hier erwähnten Zweige der Wirtschaftspolitik im Laufe der letzten zehn Jahre Fehler gemacht haben. Es gab Phasen der Lohnpolitik, in denen die Lohnsteigerungsraten über das gesamtwirtschaftlich vertretbare Maß hinausgingen. Die Gewerkschaften haben in den letzten Jahren hieraus gelernt. Es gab Phasen der Geldpolitik, in denen außenwirtschaftliche Gesichtspunkte so stark binnenwirtschaftliche Gesichtspunkte überlagerten, daß der Rezessionsprozeß durch die Geldpolitik verstärkt wurde. Die Finanzpolitik der letzten Jahre wiederum hat eindeutig prozyklischen Charakter.

Eine Lösung der hier liegenden Konflikte ist nicht möglich, wenn man bei dem zur Zeit üblichen Modell von Schulduweisungen bleibt, sie ist nur zu

erwarten, wenn alle Institutionen der Wirtschaftspolitik stärker als bisher zusammenarbeiten. Wir brauchen eine wohlhabende und integrierte Politik, bei der sich niemand seiner Verantwortung für die Volkswirtschaft, insbesondere aber für die Beschäftigung entzieht. Diese Politik muß im Kern mittelfristig und potentialorientiert angelegt sein. Antizyklische Elemente sind zwar wünschenswert, dürfen aber nicht dominierend sein, da sie ohnehin politisch nicht bewältigt werden. Eine derartige Politik muß Angebot- und Nachfrageelemente enthalten.

Der Staat muß die von ihm ausgeübte Nachfrage verstetigen. Die von ihm ausgelösten Beschäftigungsschwankungen sind unnötig und unvermeidbar. Ihre sozialen und ökonomischen Kosten sind bei weitem zu hoch. Der Staat muß auch in seiner Transfer- und Steuerpolitik stärker als bisher auf eine Verstetigung der Nachfrage achten. Die Probleme der achtziger Jahre werden sicher nicht bewältigt werden können, ohne daß ein mittelfristig angelegter Nachfragepfad beschritten wird, der zusätzliche staatliche Nachfrage einbringt. Es gibt genügend Engpaßbereiche, auf denen dieses möglich ist. Es sei an Fernwärme, Umweltmaßnahmen, Sanierung der Wohnumwelt, Innovationsförderung, insbesondere Mikroelektronik erinnert.

Die Angebotsbedingungen der Unternehmen sind zu verbessern, insbesondere bei der Industriean siedlung sind bürokratische Hemmnisse zu beseitigen. Eine deutliche Verminderung des Zinsniveaus ist notwendig. Bei der Gestaltung von Besteuerung und Subventionen ist der Gesichtspunkt der Leistungsanreize stärker als bisher zu berücksichtigen. Eine massive Investitionsförderung ist für die nächsten Jahre notwendig, selbst wenn hierbei problematische Verteilungseffekte in Kauf genommen werden müssen. Eine nicht auf die indirekte Förderung beschränkte Technologiepolitik muß dazu beitragen, daß neue Produkte und neue Produktionsverfahren stärker als bisher entwickelt werden. Zur Verbesserung der Angebotsbedingungen gehört auch eine Verbesserung der Qualifizierung von Arbeitnehmern. An dieser Stelle muß wahrscheinlich in nächster Zukunft die höchste Priorität bei der Überwindung der Beschäftigungsschwierigkeiten liegen.

Damit wird auch die Möglichkeit eröffnet, die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit und der flexiblen Gestaltung der Arbeitszeit emotionsfreier zu diskutieren. Die Gewerkschaften müssen einsehen, daß Verkürzungen der Arbeitszeit auch Einkommenseinbußen zur Folge haben können.

Die Finanzpolitik muß zu Verhältnissen kommen,

die von der Bevölkerung akzeptiert werden. Da ein an sich unproblematischer Verschuldungskurs nicht weiter akzeptiert wird, ist es notwendig, mittelfristig die Staatsfinanzen zu konsolidieren. Kurzfristig ist dies freilich in der jetzigen Konjunktursituation nicht zu verantworten. Die Konsolidierungsdiskussion darf freilich nicht global geführt werden, sie ist nur sinnvoll, wenn in den einzelnen Bereichen der Umfang der notwendigen Staatsaufgaben diskutiert wird. Dies gilt insbesondere auch für die soziale Sicherung, weil eine globale Diskussion über die Kürzung von Sozialleistungen das Vertrauen in unsere Gesellschaft untergräbt. Letztlich kann der Staat sich aber nicht der Diskussion über die Sinnhaftigkeit seiner Ausgaben entziehen. Angesichts der Schwierigkeiten der achtziger Jahre spricht freilich nicht viel für die Vermutung, daß es zu einer wesentlichen Reduzierung von Staatsaufgaben kommen kann. Wahrscheinlich bedürfen die nächsten Jahre eher zusätzlicher Aktivitäten. Bei der Erhebung der dann notwendigen zusätzlichen Staatseinnahmen ist der Gesichtspunkt der Leistungsanreize zu berücksichtigen.

Eine derartig integrierte Strategie muß mittelfristig orientiert sein, was freilich nicht heißen kann, daß sie nicht auch kurzfristige Gesichtspunkte, insbesondere die jeweilige konjunkturelle Situation, zur Kenntnis nimmt. Die primäre Aufgabe ist zunächst, den Wachstumsprozeß wieder in Gang zu setzen. Gelingt dies, werden sich auch die strukturellen Probleme besser lösen lassen. Es spricht nichts für die These, daß das Umgekehrte richtig ist.

Ob die Bundesrepublik Deutschland die Probleme in Zukunft bewältigen wird, hängt davon ab, ob es gelingt, eine derartig integrierte Strategie zustande zu bringen. Hieran müssen sich alle wirtschaftspolitischen Institutionen beteiligen. Was gefordert ist, ist eine hohe Integrationsleistung der Bundesregierung. Auch die Sozialdemokratie kann es sich nicht leisten, zugunsten ihres engeren Zielbündels diese Integrationsleistung in Frage zu stellen. Letztlich entscheidet sich wahrscheinlich gerade an dieser Stelle die Dauer sozialdemokratischer Regierungsverantwortung.

Alles in allem sind die objektiven Voraussetzungen für eine Bewältigung der vor uns liegenden Probleme nach wie vor relativ gut, auch wenn man sich darüber im klaren sein muß, daß wir Arbeitslosenquoten wie in den sechziger Jahren nicht wieder erreichen werden. Es kommt darauf an, daß die Schwierigkeit der vor uns liegenden Aufgabe erkannt wird und im Zusammenwirken aller Beteiligten eine Lösung gesucht wird.

**Wir sind immer in Ihrer Nähe.**



**Volksfürsorge**

35.000 Mitarbeiter, 95 Geschäftsstellen stehen bei uns jederzeit zu Ihrer Verfügung. Das ist praktische Kundennähe. Doch wir haben noch mehr.

**Wir setzen neue Maßstäbe.**

Mit Leistungen, die diesen Anspruch halten. Zum Beispiel:

Volksfürsorge Lebensversicherungen haben besonders niedrige Beiträge und hohe Überschubeteiligung. Und zählen deshalb zu den günstigsten auf dem Versicherungsmarkt.

Fragen Sie uns. Wir haben für alles eine Lösung: Lebens-, Sach-, Rechtsschutzversicherungen, Bausparen.

Keine Sorge-  
**Volksfürsorge**



## **Ewald Nowotny: Grundsätze sozialdemokratischer Wirtschafts- und Finanzpolitik**

*Prof. Dr. Ewald Nowotny ist Professor für Finanzwissenschaft an der Universität Linz, Österreich.*

Österreich hat für das Jahr 1981 mit einer Arbeitslosenrate von 2,4% und einer Preissteigerungsrate von 6,8% relativ günstige makroökonomische Daten aufzuweisen, wenn es auch bei uns natürlich eine Reihe von Problemen gibt. Dabei zeigt sich beim Vergleich der wirtschaftlichen Ausgangspositionen zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland sicher eine Reihe von Gemeinsamkeiten, wie etwa eine große Außenhandelsorientierung und eine annähernd gleiche Wirtschaftsstruktur (so entspricht etwa auch der Anteil des Dienstleistungssektors am Produktionswert mit 53% ungefähr dem der Bundesrepublik Deutschland), es gibt aber natürlich auch eine Reihe von Verschiedenheiten, die die Wirtschaftspolitik jedes Landes bestimmen.

Ich sehe meine Aufgabe daher auch nicht darin, hier irgendein „Modell Österreich“ anzupreisen, sondern einfach zu einem Austausch wirtschaftspolitischer Überlegungen beizutragen. Wir haben hier ja sehr enge Beziehungen. So hatten wir speziell im Bereich der wirtschaftspolitischen Beratung durch viele Jahre auch stets die Gutachten des Sachverständigenrates mit Interesse studiert – wobei ich freilich feststellen muß, daß aus der Sicht der österreichischen Nationalökonomie seit einiger Zeit diese Gutachten uns nicht mehr so sehr als analytisch interessant erscheinen, sondern eher als Dokumentation gewisser gesellschaftspolitischer Positionen.

Wenn man nun versucht, die gegenwärtige wirtschafts- und insbesondere beschäftigungspolitische Position in einem etwas grundlegenden Rahmen zu sehen, so wird meines Erachtens deutlich, daß es sich letztlich nur um eine neue Runde in der alten Diskussion handelt, wo an den linken und rechten Extremen die Position vertreten wird, ein Eingreifen des Staates in Wirtschafts- und Konjunkturpolitik sei letztlich sinnlos und/oder unnötig, weil er ja die grundlegenden ökonomischen Entwicklungstendenzen ohnedies nicht beeinflussen und jedenfalls nicht verbessern könne.

Von der linken Position einer marxistischen Ökonomie her wird ein solcher Einsatz für sinnlos erklärt, weil eben Krisen in den genuinen, unabänderlichen Kriterien eines kapitalistischen Systems

gehören. Von der rechten Seite einer konservativen Ökonomie her wird ein staatlicher Einsatz abgelehnt, weil von der Vorstellung eines in sich stabilen Marktsystems ausgegangen wird, dessen immanente Stabilität durch Staatseingriffe nur gestört wird. Diesen Extremen gegenüber stellt sich nun die Mittelposition dar, wo davon ausgegangen wird, daß eine Kombination von mikroökonomischen Marktmechanismen und makroökonomischem Einsatz staatlicher Wirtschaftspolitik sowohl nötig, wie auch fähig sind, eine annähernd ökonomisch und sozial stabile Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft zu gewährleisten.

Es ist diese analytische Mittelposition, die nach meiner Sicht eine solide theoretische Basis für eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik liefern kann – und ich möchte darauf hinweisen, daß ja diese Mittelposition auch die überwiegende Zustimmung der nationalökonomischen Fachwelt findet. Man kann wissenschaftliche Debatten sicher nicht durch Abstimmung entscheiden, aber es sei doch nicht verschwiegen, daß etwa kürzlich bei einem Symposium der fünf einschlägigen amerikanischen Ökonomie-nobelpreisträger nur einer, nämlich Milton Friedman, die Position der konservativen Ökonomie vertreten hat.

Ich möchte dabei keineswegs leugnen, daß die Diskussion zwischen – grob gesprochen – Keynesianern und Monetaristen zu wissenschaftlichen Fortschritten geführt hat, die auch von wirtschaftspolitischer Relevanz sind. Es scheint mir aber wichtig, darauf hinzuweisen, daß das, was heute in der Wirtschaftspolitik als neue konservative Ökonomie angeboten wird, vor allem einen Publizitätserfolg und nicht einen wissenschaftlichen Durchbruch darstellt. Und es scheint mir auch wichtig festzuhalten, daß das, was von manchen Wirtschaftsjournalisten und auch von manchen exponierten Ökonomen als neues wirtschaftspolitisches Credo dargestellt wird, eine Meinung ist, die keineswegs als unbestrittener Stand der Wissenschaft angesehen werden kann, sondern vielmehr nur die Stimme einer, freilich sehr lautstarken, Minderheit darstellt, eine Stimme, die freilich auch nicht mehr so glockenrein klingt, wie noch vor einiger Zeit. Dabei ist es darüber hinaus wichtig zu sehen, daß auch innerhalb des Bereiches konservativer Ökonomen sehr verschiedene Strömungen bestehen, wie sich ja derzeit speziell in den USA zeigt.

Das monetaristische Konzept, wie es in Großbritannien praktiziert wurde und wird und wie es einen Teil der amerikanischen Wirtschaftsstrategie darstellt sieht als zentrale wirtschaftspolitische Zielsetzung

den Kampf gegen die Inflation. Nun besteht kein Zweifel, daß langfristige hohe Inflationsraten ein erhebliches wirtschaftliches und vor allem gesellschaftspolitisches Problem darstellen. Der entscheidende Punkt ist aber nun nicht, ob man Inflationstendenzen bekämpfen soll, sondern es ist die Frage, wie rasch und wie radikal man vorgehen soll, ob man sich auf das *eine* Instrument der Geldmengensteuerung konzentrieren soll und welche Kosten man bereit ist, in Kauf zu nehmen.

Sowohl theoretische Überlegungen wie auch das empirische Beispiel Großbritanniens und auch anderer Staaten zeigen uns, daß es sich bei einer Stabilisierungspolitik nach monetaristischem Muster um sehr lange und schmerzhafteste Perioden mit letztlich völlig ungewissem Ausgang handelt, weil eben nie sicher ist, ob nicht der Patient stirbt, bevor die Kur des Dr. Eisenbart zu Ende ist, wobei freilich in einem demokratischen Staatswesen solche Kuren in der Regel so ausgehen, daß sie in der Mitte abgebrochen werden und dann eine zerrüttete Realwirtschaft mit einem nachgeholtten inflationären Schub kombiniert wird. Man muß gar keine sozialdemokratische, man muß nur eine pragmatische, an den gesellschaftlichen Realitäten orientierte Politik betreiben, um ein solches Experiment als zu gefährlich und als zu unsicher zu empfinden.

Nun ist dieser makroökonomisch restriktive Kurs aber nur ein Aspekt der konservativen Ökonomie, der andere Aspekt, der zwar vielfach verbunden, aber doch deutlich abhebbar ist, ist der der angebotsorientierten Ökonomie. Hier geht es im Kern um die Hoffnung, ein Zurückdrängen staatlicher Präsenz in der Wirtschaft, sei es jetzt von Steuern, sei es von anderen Formen, würde gewaltige zusätzliche Produktivkräfte durch erhöhte Investitions- und Arbeitsbereitschaft freisetzen. Nun kann es natürlich Formen staatlicher Interventionen geben, die auch unter Berücksichtigung des Nutzens in anderen Bereichen per saldo negative ökonomische Effekte aufweisen, und es ist sicherlich sinnvoll, den Blick dafür zu schärfen. In der Form, wie sie in den USA und zum Teil auch von wissenschaftlichen Gremien in anderen Staaten angeboten wird, gilt jedoch das Verdikt von Paul Samuelson, wenn er von „supply-side moon shine, for which there is no scientific basis“ spricht. Und erst kürzlich hat Budgetdirektor David Stockman in einem bemerkenswerten Interview bestätigt, daß das Ganze im wesentlichen als Camouflage, als „Trojanisches Pferd“ gedacht war, um eine Umverteilung zugunsten der hohen Einkommensgruppen zu erreichen. Und es ist zweifellos nicht unabhängig

von diesem Umverteilungsaspekt, wenn nun auf einmal konservative Ökonomen für sie so altehrwürdige Vorstellungen wie die des ausgeglichenen Budgets fallenlassen. Ich darf dazu aus einem jüngsten Artikel von Milton Friedman zitieren, wo er erklärt, „ein ausgeglichenes Budget ist nicht entscheidend. Wichtiger ist, daß der Anteil des öffentlichen Sektors am Sozialprodukt reduziert wird.“ Ich finde diesen Satz für Milton Friedman insofern bemerkenswert, als ich glaube, daß er eine imponierende Bereitschaft zeigt, sich über überlieferte Vorurteile hinwegzusetzen, wenn es gilt, (seine) höherwertigen gesellschaftspolitischen Zielsetzungen zu erreichen, und ich wünsche mir manchmal, daß auch die Sozialdemokraten diesen Mut in bezug auf ihre Zielsetzungen häufiger zeigten.

Nun darf die sozialdemokratische Gegenposition sicherlich nicht so verstanden werden, daß alles Heil von staatlichen Interventionen erwartet wird. Die Position der Sozialdemokratie war nie die eines Staatsfetischismus, und wir haben uns gerade auch im neuen Parteiprogramm der SPÖ sehr eingehend mit den Problemen und Grenzen staatlicher Einflüssen auseinandergesetzt. Aber es kann für mich kein Zweifel bestehen, daß in einer modernen, komplexen Volkswirtschaft für die Erhaltung sowohl der ökonomischen Stabilität wie darüber hinaus der gesellschaftlichen Stabilität eine Absicherung durch den öffentlichen Sektor nötig ist. Es ist zwar sicher richtig, jede staatliche Maßnahme auf ihre jeweilige Effizienz zu überprüfen, es ist aber ebenso sicher falsch, sich gerade in Zeiten wirtschaftlicher Schwäche in ein Programm der generellen Reduktion staatlicher Ausgaben hineintreiben zu lassen. Dies gilt insbesondere dann, wenn eine solche Tendenz unter dem Druck konjunkturbedingter Defizite entsteht und man damit wieder in jene alte Falle hineintappt, wo die Finanzpolitik nur geleitet wird von den Auswirkungen der Depression auf das Budget und nicht von den Wirkungen des Budgets auf die Depression.

Ich habe nun versucht, aus der Gegenüberstellung zu heutigen konservativen Tendenzen einige Ausgangspositionen für eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik und speziell Konjunkturpolitik anzu reißen. Ich möchte nun in einem zweiten Teil, auf dieser Grundlage aufbauend, *einige zentrale Fragen der heutigen Wirtschaftspolitik* anschnitten und bei der Analyse dieser Fragen die Erfahrungen Österreichs als empirische Anhaltspunkte heranziehen.

Als erster und grundlegender Punkt ist die Frage zu stellen: Wie weit ist die Wirtschaftsschwäche seit 1975 als konjunkturell, wie weit als strukturell be-

dingt zu sehen?

Es ist kein Zweifel, daß es eine Reihe von strukturellen Faktoren gibt, wie etwa die Änderungen in den Energiepreisen, die Konkurrenz der Schwellenländer und andere Veränderungen, die Strukturbrüche verursacht haben, durch die es derzeit zweifellos Kapazitäten gibt, die obsolet geworden sind und auch bei einer globalen Nachfragebelebung nicht mehr ökonomisch sinnvoll einsetzbar sind. Aber, und dies ist der entscheidende Punkt, dies ist nur ein Teil, und aus meiner Sicht der kleinere Teil der gegenwärtigen Problematik. Zwei Gesichtspunkte erscheinen mir dabei von Bedeutung.

Erstens, es gibt neben den Strukturproblemen einen breiten Bereich konjunkturbedingter Unterauslastung.

Zweitens ist die Frage zu stellen: Welche Konstellation ist für eine rasche Strukturpassung günstiger? Die einer „Reinigungskrise“ oder eine Anpassung bei Abstützung durch eine starke gesamtwirtschaftliche Nachfrage? Ich bin nun überzeugt, daß eine entsprechend starke Nachfrage für einen raschen und harmonischen Strukturwandel eine wesentlich bessere Voraussetzung bietet, weil sie zu höherer Innovationsbereitschaft, höherer Mobilität und besserer Kostenstruktur führt.

Als empirische Illustration dieser Thesen möchte ich auf das Beispiel Japans verweisen, das einen überaus starken Strukturwandel bei gleichzeitiger voller beschäftigungsmäßiger Absicherung vollbracht hat. Und in aller Bescheidenheit darf ich darauf hinweisen, daß etwa auch in Österreich bei wesentlich günstigerer Beschäftigungslage auch die Arbeitsproduktivität in der Industrie rascher gestiegen ist als in der deutschen Industrie (Zunahme der Produktion je Beschäftigten 1973–1980: Österreich 30 %, BRD 23 %). Das kann als Hinweis gesehen werden, daß eine gezielte Vollbeschäftigungspolitik auf jeden Fall keine Beeinträchtigung des Strukturwandels darstellt, wahrscheinlich sogar eine wesentliche Erleichterung.

Einen besonderen Akzent bekommt diese Diskussion schließlich in bezug auf die Einschätzung der *Arbeitslosigkeit*. Wir sehen ja zunehmend Versuche, einen immer größeren Teil der Arbeitslosigkeit als „strukturell“ wegzudefinieren. Und natürlich kann man den Anspruch an die Beschäftigungspolitik soweit herunterschrauben, daß man Arbeitslosigkeit nur mehr dann als konjunkturelles Problem sieht, wenn sie bestens ausgebildete, voll mobile, männliche Erwerbstätige zwischen 30 und 40 Jahren betrifft und alle anderen als strukturelle Problemgruppen abschiebt. Aber das ist halt nur eine semanti-

sche Lösung, denn gerade der Anspruch einer sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik müßte nach meinem Verständnis darauf ausgerichtet sein, auch die Gruppen zu erfassen, die nicht zur Elite des Arbeitsmarktes gehören, wie etwa Berufsanfänger – und die ja auch in Zeiten hoher Nachfrage voll in den Arbeitsmarkt absorbiert wurden. Das ist ja auch in der Bundesrepublik noch nicht so lange her, wenn man bedenkt, daß hier die durchschnittliche Arbeitslosenrate der Jahre 1970–74 nur 1 % betrug, und das drückt sich auch in den österreichischen Arbeitslosenraten aus.

Insgesamt ist daher aus meiner Sicht festzustellen: Es gibt zweifellos gewisse strukturelle Elemente der Arbeitslosigkeit, das sollte aber kein Hindernis sein, der konjunkturellen Komponente zu Leibe zu rücken. Mir kommt das so vor wie eine Situation, wo sich jemand den Fuß gebrochen hat und er dazu noch eine Lungenentzündung erwischt hat, und man würde nun sagen: was hat das für einen Sinn, die Lungenentzündung zu kurieren, davon wird der Fuß ja auch nicht heil. Ich glaube einfach, es ist vernünftiger, beide Übel zugleich anzugehen und nicht, mit dem Hinweis auf das eine, die Heilung des anderen zu unterlassen.

#### **Angebots- gegen nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik**

Ich habe die theoretische Seite dieser Problematik schon gestreift und möchte jetzt ganz pragmatisch die österreichische Antwort auf diese Frage darstellen. Die Antwort lautet einfach: Sowohl als auch. Grundlage ist eine Politik der deutlichen nachfrage-seitigen Abstützung. In den konjunkturpolitisch besonders kritischen Jahren richtete sie sich dabei speziell auf die binnenwirtschaftliche Nachfrage, so in den Jahren 1975 und 76 oder auch im laufenden Jahr, wo wir ein spezielles zusätzliches Programm für Wohnbau und Stadtanierung beschlossen haben.

Ich hoffe, jetzt nicht allzu unpatriotisch zu sein, wenn ich berichte, daß wir daneben durchgehend als Instrument der Nachfragestützung ein ausgebautes System der Exportförderung haben, wobei eine wesentliche Funktion des Systems darin besteht, die negativen außenwirtschaftlichen Effekte unserer Hartwährungspolitik, also der Ankoppelung des Schillings an die DM, zumindestens teilweise abzuschwächen. Ich muß freilich gleich hinzufügen, daß ich glaube, daß hier sehr wesentliche Unterschiede im wirtschaftspolitischen Spielraum eines kleinen und eines großen Landes bestehen. Für ein kleines Land genügen schon geringe Marktanteilsgewinne am Weltmarkt, um erhebliche nachfrageseitige Effek-

te zu erzielen. Ein großes Land kann sehr viel weniger als Trittbrettfahrer agieren. Hier ist es meines Erachtens unrealistisch, auf eine isolierte Exportexpansion als längerfristige Strategie zu setzen, ohne die Rückwirkungen einer solchen Strategie auf die Wirtschaftspolitik anderer Staaten zu berücksichtigen.

Die angebotsseitige Komponente der österreichischen Wirtschaftspolitik ist vor allem in einem sehr massiven System der Investitionsförderung zu sehen, was zusammen mit der nachfrageseitigen Abstützung zu einer international überdurchschnittlichen Investitionsquote geführt hat (Durchschnitt 1975/80: Österreich 26 %, BRD 22 %). Wir haben ein relativ ausgebautes System der indirekten steuerlichen Investitionsförderung. Zusätzlich wurde speziell seit 1975 auch das System der direkten ausgabenseitigen Investitionsförderung ausgeweitet, wobei die Finanzierung zum Teil durch Öffentl. Mittel der Notenbank erfolgte. Man kann gegen staatliche Investitionsförderung nun eine Reihe von Einwendungen bringen, und langfristig gibt es sicher Grenzen für den Einsatz eines solchen Systems. Mittelfristig ist es aber unter den Optionen, die wir haben, sicherlich das kleinere Übel, da bei diesen Formen sowohl der direkten wie der indirekten Investitionsförderung eben immer ein direkter Zusammenhang zwischen Förderung und Investitionstätigkeit hergestellt wird. Wenn man dagegen nach dem Konzept der klassischen Angebotstheoretiker die wirtschaftspolitische Förderung einfach auf eine an keine Bedingung geknüpfte Senkung der Gewinnsteuern und auch andere Formen der Gewinnerhöhung reduziert, so erscheint es gerade in Zeiten einer schwachen wirtschaftlichen Konjunktur und hoher Zinssätze als sehr ungewiß, ob eine bloße Gewinnerhöhung tatsächlich zu Realkapitalinvestitionen im Inland führen wird.

#### Die Finanzierung einer expansiven Konjunkturpolitik

Die dritte Frage betrifft die Finanzierungsseite einer expansiven Konjunkturpolitik. Prinzipiell stehen hier die Wege über zusätzliche Steuern und Abgaben und über eine Erhöhung der öffentlichen Verschuldung offen. Der Weg zusätzlicher Steuern ist dabei sicher nicht von vornherein auszuschließen, weil es zwar stimmt, daß Steuererhöhungen generell eine nachfragedämpfende Wirkung haben, das Ausmaß aber sehr nach der Art der Steuern und der Konjunkturlage differiert. Auf Details kann hier nicht näher eingegangen werden, aber insgesamt sind meines Erachtens für die Finanzierung einer expansiven Konjunkturpolitik nach wie vor gewisse Mög-

lichkeiten sowohl im fiskalischen wie auch im Gebühnereich gegeben.

Es besteht für mich aber kein Zweifel, daß diese Finanzierungsmöglichkeiten nicht ausreichend sind, um so mehr, als ja Rezessionsperioden gleichzeitig zu Steuerausfällen bei den einkommensabhängigen Steuern führen – was ja einen entsprechenden automatischen Stabilisatoreffekt ergibt, wenn man die Ausgabenseite unverändert läßt und durch erhöhte Verschuldung finanziert. Macht man dies nicht und versucht, die rezessionsbedingten Steuerausfälle durch Ausgabenkürzungen zu kompensieren, so begibt man sich exakt in jenen Teufelskreis, der über weitere Nachfrageausfälle zu weiteren Steuerausfällen führt und so fort.

Es wird also zweifellos eine expansive, vollbeschäftigungsorientierte Konjunkturpolitik zu einem erheblichen Teil über erhöhte Schuldenaufnahmen zu finanzieren sein, die über die bloße Finanzierung automatischer Stabilisatoreffekte des Steuer- und Sozialsystems hinausgeht. Dazu ein paar Zahlen:

#### Entwicklung von öffentlicher Verschuldung und Arbeitslosenraten in Österreich und der BRD Veränderung 1973/80 in Prozent

	BRD	Österreich
Verschuldung, Bund <sup>1</sup>	157	364
Verschuldung, öffentl. Sektor insgesamt <sup>2</sup>	118	247
Arbeitslosenrate absolut	200	19
	1,3/3,9	1,6/1,9

1) jeweils inkl. Bahn und Post

2) 1973–1979 Bund, Bahn, Post, Länder, Gemeinden.

Nun ist es natürlich nicht unproblematisch, aus einer so einfachen Gegenüberstellung weitgehende Schlüsse zu ziehen. Aber wenn man die Diskussion all ihrer theoretischen Feinheiten, Wens und Abers entkleidet, so bleibt meines Erachtens eine Aussage, die man sowohl in einer positiven wie negativen Version präsentieren kann: Die negative lautet, daß Vollbeschäftigungspolitik eben ihren Preis hat in Form höherer Verschuldung und daß man zu diesem Preis auch politisch stehen muß. Die positive Version besagt, daß die Bereitschaft zu zusätzlichen verschuldungsfinanzierten Konjunkturmaßnahmen zwar noch keine hinreichende, wohl aber eine notwendige Bedingung für Vollbeschäftigungspolitik darstellt.

Wie immer man es dreht, um diesen Zusammenhang kommt man nicht herum, und hier ist der Punkt, wo sich der politische Wille, wo sich die Zielentscheidung deklarieren muß. Es ist daher auch

nicht erstaunlich, daß die Frage nach den Grenzen der öffentlichen Verschuldung heute die wirtschaftspolitische Zentralfrage darstellt, wobei freilich, wie ich gezeigt habe, gerade die jüngste Diskussion in den USA hier eine beachtliche Kehrtwendung prominenter liberalkonservativer Ökonomen gezeigt hat.

Wenn man nun die Argumente gegen den Einsatz öffentlicher Verschuldung im einzelnen kurz betrachtet, so wäre das erste, daß eine Finanzierung finanziell nicht möglich ist. Das spielt weder für die Bundesrepublik Deutschland noch für Österreich eine Rolle, die beide auf den internationalen Kapitalmärkten ein ausgezeichnetes Ansehen haben und sich daher notfalls dort finanzieren können, wobei freilich aus volkswirtschaftlicher Sicht in der Regel eine inländische, geldnähere Finanzierung einer Konjunkturerpansion günstiger einzuschätzen ist.

Der zweite Einwand, der eine größere Rolle spielt, ist der der negativen Finanzierungseffekte staatlicher Verschuldung auf die privaten Investitionen. Diese Diskussion um Verdrängungseffekte läuft auf verschiedenen Ebenen: zum ersten in Form der direkten Verdrängung, d. h., daß Mittel, die der Staat aufnimmt, dann den Unternehmen nicht für ihre Investitionen zur Verfügung stehen. Es ist dies ein Problem, das schon in den 30er Jahren diskutiert wurde, das prinzipiell auch tatsächlich gegeben ist, aber eben gerade nicht relevant ist in den Perioden der Wirtschaftsschwäche und im speziellen der Investitionsschwäche. Ein zweiter Wirkungszusammenhang wird über den Einfluß auf die Zinssätze gesehen. Auch hier gilt, daß das prinzipiell zwar möglich ist, daß gerade für die gegenwärtige Konjunkturphase aber deutlich gilt, daß der Einfluß der Geldpolitik und der Einfluß des Auslandes hier bei weitem dominiert. Es haben daher auch empirische Untersuchungen, etwa der OECD, keine Hinweise für eine empirische, konkrete Relevanz eines Verdrängungseffektes gefunden.

Es bleibt als dritte Argumentationsebene eine in der heutigen Diskussion sehr beliebte, nämlich das Abstellen auf negative Erwartungen, die angeblich bei den potentiellen Investoren durch eine zusätzliche staatliche Verschuldung ausgelöst würden. Nun kann man sicherlich sehr scharfsinnige Modelle entwickeln, aus denen dann dieses Ergebnis herauskommt. Aber alle empirischen Erfahrungen zeigen, daß die von Unternehmen registrierte Nachfrageentwicklung ein viel stärkerer Investitionsimpuls ist, als sehr esoterische und weit in die Zukunft hineinreichende Gewinnmodelle nach dem Konzept der sogenannten Rationalerwartungen. Man kann daher zu-

sammenfassend sagen, daß es sowohl theoretisch wie empirisch als hinreichend erwiesen angesehen werden kann, daß eine verschuldungsfinanzierte Vollbeschäftigungspolitik tatsächlich expansiv wirkt, wobei der Grad der Wirkung dann sicher im Detail von der Gestaltung sowohl der Ausgabenseite wie der Finanzierung abhängt. Dabei ist hinzuzufügen, daß bei dynamischer Betrachtung eine solche Expansionspolitik ja zu einem erheblichen Teil selbstfinanzierend ist, da sie zu höheren Steuereinnahmen führt, während umgekehrt ihr Unterlassen zu einer dynamischen Verschlechterung der Einnahmenseite führt.

Gerade hinsichtlich der Finanzierungsseite spielt freilich speziell zu Beginn einer Expansionspolitik eine möglichst enge Integration zwischen Fiskal- und Geldpolitik eine zentrale Rolle. Im einzelnen wird es dabei keine allgemeingültigen Patentrezepte geben. Ich glaube aber, es wird jeder verantwortungsbewußten Notenbank bewußt sein, daß die Verabsolutierung eines Zieles oder eines wirtschaftspolitischen Ansatzes zu sozialen Kosten und zu sozialen Spannungen führen würde, die nicht nur wirtschaftspolitisch kontraproduktiv wären, sondern auch die Bereitschaft, der Notenbank im Rahmen eines demokratischen Systems eine gewisse Sonderstellung einzuräumen, stark reduzieren würde. Historische Beispiele dafür gibt es ja genug.

Ich habe mich mit der fiskalischen Seite der Konjunkturpolitik etwas länger beschäftigt, weil sie mir als wirtschaftlicher und politischer Angelpunkt für eine konkrete Vollbeschäftigungspolitik erscheint. Das heißt aber nicht, daß es nicht eine Reihe von anderen, wichtigen Maßnahmen gibt, die fördernd und ergänzend wirken. Dazu zählen etwa die Bereiche der Strukturpolitik, sowohl was die Faktoren Kapital wie Arbeit betrifft, Maßnahmen der Technologiepolitik, eventuell auch längerfristige Maßnahmen zur Reduzierung des Arbeitskräfteangebotes durch verschiedene Formen der Arbeitszeitverkürzung und schließlich der Bereich der Einkommenspolitik. Letztlich erscheinen mir aber zwei Aspekte als zentral für die politische Durchsetzbarkeit einer Vollbeschäftigungspolitik, für die Fähigkeit der Sozialdemokratie, das geistige Klima eines Landes aktiv zu gestalten, zu agieren und nicht nur zu reagieren.

Die Sozialdemokratie muß die Partei sein, die dem Vollbeschäftigungsziel tatsächlich Priorität gibt, d. h. die Partei, die unmittelbar Vollbeschäftigung anstrebt und nicht auf vage Hoffnungen in weiter Ferne vertröstet und die Partei, die auch klarstellt, daß sie sich im Falle von Zielkonflikten für das Ziel Vollbeschäftigung entscheiden wird. Eine solche Pro-

filierung als die Vollbeschäftigungspartei ist nicht nur als ein wirtschaftspolitischer Akzent zu sehen, sondern auch als gesellschaftspolitische Akzentuierung, weil eben klarzustellen ist, daß für Sozialdemokraten Vollbeschäftigung nicht nur ein wirtschaftspolitisches, sondern auch ein zutiefst humanistisches, gesellschafts politisches Anliegen ist. Ich glaube daher, daß das deutliche und konsequente Festlegen auf die Priorität der Vollbeschäftigung auch eine innerparteiliche Integrationswirkung verspricht, die für die politische Durchschlagskraft von erheblicher Bedeutung sein kann.

Der zweite Punkt, der damit eng verbunden ist, ist der, daß es natürlich nicht genügt, sich nur dem Ziel der Vollbeschäftigung zu verpflichten, sondern, daß man auch konkret die Perspektiven aufzeigen muß, wie man zu diesem Ziel gelangen will, daß man zeigen muß, daß etwas zu machen ist, daß Maßnahmen gesetzt werden, um einem Gefühl der Resignation und letztlich der Hoffnungslosigkeit entgegenzutreten.

Sicherlich hat sich der frühere technokratische

## **Reimut Jochimsen: Was wir zu tun haben, wissen wir schon lange Die Wirtschafts- und Beschäfti- gungspolitik für die nächsten Jahre**

*Reimut Jochimsen, 48, ist Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr in Nordrhein-Westfalen, war vorher Wissenschaftsminister, davor Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, von 1970 bis 1972 Planungsleiter im Bundeskanzleramt.*

Der große Ruck, der derzeit durch die sozialdemokratische wirtschaftspolitische Diskussion geht, ist erfreulich. Aber eigentlich Neues hat er nicht zu Tage gefördert. Ich halte dies für eine eher beruhigende Tatsache. Denn die Feststellung, daß unsere Einschätzung der Lage, unsere Grundüberzeugungen und unsere Handlungsstrategien im Grunde genommen geeignet sind, die gegenwärtige Krise zu meistern, sollte nicht gerade betrübt machen.

Wir wissen seit langem, daß in der Energiepolitik, in der Umweltpolitik und in der Förderung von technologischen Basisinnovationen die entscheidenden

Glaube an die absolute Steuerbarkeit des Wirtschaftsgeschehens, der übrigens von ideologisch fundierten Sozialdemokraten nie geteilt wurde, als Illusion erwiesen. Ebenso falsch und gesellschaftspolitisch noch viel gefährlicher aber ist der konservative Glaube, die Wirtschaft, wie Hayek es nennt, als quasi naturgesetzlich bestimmt zu sehen, als den Mechanismus einer unsichtbaren Hand, dem sich der Mensch anzupassen hat und dessen Opfer eben akzeptiert werden. Zwischen diesen Extremen hat die Sozialdemokratie einen Weg anzubieten, der nicht auf einfachen Wundermitteln aufbaut, sondern sich aus vielen pragmatischen Schritten zusammensetzt. Es ist dies der Weg, den die gute alte sozialdemokratische Schnecke zu nehmen hat, wobei in Zeiten besonderer Herausforderungen diese Schnecke ja auch einmal besondere Anstrengungen auf sich nehmen kann. Denn immerhin haben die Schnecken die Fähigkeit, auch sehr steile Wände hinaufzuklettern – und diese Fähigkeit, Hindernisse zu überwinden, sollten wir nicht ganz vergessen!

Auslösefaktoren für eine Belebung der Wirtschaftstätigkeit zu sehen sind. Wir wissen auch, daß von diesen drei Bereichen aus die Modernisierung unserer Volkswirtschaft angegangen werden muß. Was eigentlich hat uns bislang daran gehindert, es auch zu tun?

Ich glaube, daß inzwischen die Stimmung schlechter geworden ist als die Lage. Die Politik „Weg vom Öl“ und die Politik zur Förderung einer rationellen Energieverwendung war zum Beispiel viel effektiver, als wir selbst für möglich gehalten haben. Die Elastizität des Energiemarktes war auch größer, als dies jahrelang Prognosen und Analysen vorgeben wollten. Nur, wir haben dies wieder einmal zu spät bemerkt, hatten schon den Mut zur eigenen Courage verloren, als sich die Erfolge unserer Politik längst eingestellt hatten. Oder der Umweltbereich. Maßnahmen zur Verbesserung der Umwelt sind ein fester Faktor in der Skala der Investitionsanreize für viele Firmen geworden. Wir aber schrecken zurück vor den Nebelwänden, die mit großem Aufwand vor einer Neufassung etwa der „Technischen Anleitung Luft“ aufgerichtet werden, so als ob Umweltschutz nicht letztlich auch Unternehmen selbst zugute käme, die dafür investieren müssen. Da muß erst die Wirtschafts-

fachpresse erstaunt resümieren, daß Umweltinvestitionen ein ganz gewaltiger Markt sind, und schon fassen wir Mutlosen wieder mehr Mut und erkennen Erfolge unserer eigenen Politik.

Schließlich die Mikroelektronik. Da ist inzwischen über den Preisverfall bei diesen Bauelementen und ganzer Geräteeinheiten viel mehr geschehen, als mancher wahrhaben will. Mit mächtigen Schritten dringt die Elektronik, der Minicomputer in alle Lebensbereiche ein. Ein ungeheures Potential, wir merken es aber erst dann, wenn der Zug bereits fährt.

Wir wissen schon lange, daß von diesen drei Bereichen ein wesentlicher Impuls für den Strukturwandel der deutschen Wirtschafts- und Sozialstruktur ausgehen muß. Die dramatische Veränderung der Energiepreise in Relation zu den Preisen anderer Güter hat einen Prozeß ausgelöst, von dem ich hoffe, daß er rasch und zügig weiter abläuft. Die Politik „Weg vom Öl“ muß zu anderen Energien führen, zu der Energiequelle „rationelle Energieverwendung“ und zu der Energiequelle Kohle. Beide sind unbequem, nicht ohne weiteres erschließbar. Beide erfordern Investitionen, je eher desto besser. Gefährlich ist die gegenwärtig zu beobachtende Neigung, doch wieder abzuwarten, ob der Ölpreis nicht in Verbindung mit einem schwächer werdenden Dollar sich stabilisiert, vielleicht sogar wieder sinkt. Wozu Energieinvestitionen tätigen, wenn die anderen, die die Nerven behalten, beim Öl bleiben? Ich glaube, daß dies die gefährlichste Tendenz in der gegenwärtigen Anpassungssituation an den dramatischen Strukturumbruch ist. Deshalb müssen wir uns überlegen, ob wir diesen Prozeß nicht eher noch beschleunigen.

Etwa durch temporäre, gezielte Verteuerung der Energie Öl und Gas; um den Umstellungsprozeß auf andere Energieträger nicht abzubremsen und ihn im Gegenteil zu beschleunigen. Wir haben es eben nicht mit einer normalen Situation des strukturellen, technischen und sozialen Wandels zu tun. Wir müssen eben reagieren auf eine Veränderung von draußen, die quasi über Nacht eingetreten ist und an die anzupassen uns bis jetzt gelungen ist.

Energiepreisveränderungen als Investitionsauslöser sind eine auslösende Bedingung für einen Modernisierungsprozeß in der Volkswirtschaft, der unvermeidbar ist. Deshalb sind wir auf der richtigen Seite, wenn wir auf den Ausbau der Fernwärme setzen. Damit wird die eingesetzte Energie Kohle dreifach genutzt, zur Erzeugung von Wärme, zur Erzeugung von Strom und zur Entlastung der Umwelt. Wir bleiben auch noch Jahre auf der richtigen Seite, wenn

wir Investitionen zur rationellen Energieverwendung besonders fördern. In diesen Bereich müssen Investitionen gelenkt werden, je schneller und wirksamer desto besser.

Wir müssen der gefährlichen Neigung widerstehen, resistent zu werden gegen Energiepreisschocks. Nicht weil der nächste bestimmt kommt, sondern weil wir nicht auf den Leim der Schockenden gehen dürfen. Eine rasche Politik „Weg vom Öl“ und hin zur Kohle, hin zur rationellen Energieverwendung kann uns eine neue Qualität der Unabhängigkeit bringen. Deshalb liegt in der Geschwindigkeit unseres Anpassungsprozesses die eigentliche politische Leistung, nicht in der Anpassung als solcher. Niemand darf sich der Versuchung hingeben, in den neuen Energiepreisrelationen ein neues Gleichgewicht in den Preisrelationen zu anderen Gütern zu sehen, diese Dynamik ist noch nicht am Ende, und wir sind gut beraten, uns vor dem Selbstbetrug zu hüten.

Wir wissen auch schon lange, daß Investitionen in den Umweltschutz neue Investitionsanreize auslösen können. — Wer nicht will, daß die Deutschen von einem „Volk ohne Raum“ zu einem Volk ohne SO<sub>2</sub>-Freiraum werden, der muß auch hier durch neue Investitionen für eine ökonomische Beweglichkeit sorgen. In vielen Regionen scheitern heute Neuinvestitionen an der Bestandsgarantie für alte, die Umwelt über Gebühr beanspruchende Anlagen. Wenn es gelänge, einige alte Kohlekraftwerke auszumustern und durch neue zu ersetzen, dann könnte man sich bei eher noch geringerer Umweltbelastung mehr elektrische Leistung und mehr Wärme aus einem neuen Kraftwerk leisten.

Es kann kein wirtschaftliches Grundrecht auf Umweltverschmutzung durch überalterte Anlagen geben. Die Eigentumsordnung unserer Republik verpflichtet zum sozial verantwortlichen Gebrauch des Eigentums. Unsere politische Aufgabe ist es, diese Triebfeder für Neuinvestitionen, für die Entwicklung einer neuen, umweltschonenden Industriestruktur auszubauen und nach Kräften öffentlich zu fördern. Auch hier liegt in der Geschwindigkeit des technischen Wandels die eigentliche politische Brisanz und Dynamik. Wir müssen neue Wachstumsspielräume für die Volkswirtschaft dadurch eröffnen, daß alte Engpässe beseitigt werden. Schon heute ist es doch in vielen Regionen so, daß die alteingesessenen Umweltverschmutzer die neuen Wettbewerber mit besseren Produkten an der Ansiedlung hindern, weil die Belastbarkeit der Umwelt voll ausgeschöpft ist. Sozialdemokratische Aufgabe wäre es daher, durch strikte Gegenrechnung von Entlastungen und Bela-

stungen neue Handlungsspielräume für eine industrielle Entwicklung der Bundesrepublik zu schaffen. Weniger kann mehr sein, wenn dies heißt, weniger Umweltschädigung durch mehr Technik und höhere öffentliche Priorität.

Schließlich Basisinnovationen: Unsere Volkswirtschaft ist modernisierungsbedürftig. Wir wissen dies alle, weil es die selbstverständlichste Sache von der Welt ist. Eine Industriegesellschaft bleibt nun einmal nicht stehen, sie wandelt sich ständig mit ihren Maschinen, ihren Menschen und ihren Produkten und Bedürfnissen. Aber unser Feld ist die Welt. Wir können uns kaum wehren gegen Einflüsse aus dem Weltmarkt. Hohe Zinsen sind nicht nur durch Politik im Innern zu kompensieren, wenn sie von außen aufgezungen werden.

Wir können aber auch genau hier die Flucht nach vorn antreten und auf den Weltmärkten den Ausgleich für die negativen Einflüsse von draußen suchen. Handelsbilanzdefizite auf Grund weltweiter Energiepreisveränderungen können – wenn überhaupt – kurzfristig nur durch forcierten Export auf die Weltmärkte kompensiert werden. So ist der technologische Wandel, wie er sich weltweit vollzieht, der Maßstab für unsere eigenen Veränderungen. Und auch hier behaupte ich, wer diesen Wandel schneller vollzieht als andere, der gewinnt für sich den größten Handlungsspielraum und neuen Raum für gesellschaftlichen und sozialen Wandel. Wir müssen heraus aus der reaktiven Phase der bloßen Anpassung an technologische Veränderungen. Modernisierung der Volkswirtschaft heißt angstfrei und rasch in Technologien investieren, deren Auswirkungen auf die Beschäftigung zunächst unüberschaubar zu sein scheinen. Die Mikroelektronik, der Minicomputer sind dabei das Gegenteil von bedrohlicher Großtechnologie. Im Grunde eröffnen sie neue Partizipations- und Emanzipationsformen im industriellen Prozeß und im Dienstleistungsbereich. Auch hier wäre öffentliche Hilfe angebracht, um diesen Wandel schneller und zügiger in Gang zu bringen, als die zögerliche und von vielen Attentismen begleitete gegenwärtige Entwicklung hoffen läßt.

Ein derart auch noch öffentlich beschleunigter technologischer Wandel trägt die Gefahr in sich, soziale Aspekte einem höheren ökonomischen Gut zu opfern. Man muß diese Gefahr sehen und ihr begegnen. Es ist zunächst eine widersprüchliche These, in jener Wirtschaftspolitik die auf Dauer beschäftigungstabilisierende Politik zu sehen, die in Kauf nimmt, daß in der Schnelligkeit des technologischen Wandels rasch Arbeitsplätze wegfallen.

Sozialdemokraten haben eigentlich im Gegensatz zu konservativen politischen Strömungen immer ein ausgeglichenes Verhältnis zur technischen Moderne, zum Fortschritt als sozialem und gesellschaftlichem Motor der Veränderung gehabt. Einsicht und Verständnis für Prozesse, für Veränderungen hat uns Überzeugungskraft für unsere politischen Thesen gegeben.

Eine Überzeugungskraft, die wir genau jetzt verlieren könnten, wenn wir vor der Schnelligkeit des technologischen Wandels zurückschrecken. Die Elemente einer solchen Strategie, Humanisierung des Arbeitslebens, Qualifikation und Technologieförderung, wurden von uns entwickelt.

Wir müssen jetzt unsere traditionellen Stärken und unsere traditionellen Vorräte an Bewußtsein ausspielen. Die Verbindung einer Investitions- mit einer Qualifikationsstrategie, einer globalen mit einer stark dezentralen Wirtschafts- und Sozialpolitik kann neue Beweglichkeiten bringen.

Wir können nicht die Partei sein wollen, deren Wirtschafts- und Sozialpolitik Besitzstände und ruhende Gewißheiten garantiert. Wir müssen aber die Partei bleiben, die im sozialen und technischen Wandel Prioritäten setzt, rational begründet und einsichtig vermittelt. Deshalb trägt die Bildungspolitik einen wesentlichen Teil der Last dieses gesamtgesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Umstellungsprozesses.

Bürger sind mündig geworden, Gewerkschaften sind gleichberechtigte Partner in einer Wirtschaftsordnung geworden, die ihre Widersprüche, aber auch ihre Handlungsspielräume hat. Was wir zu tun haben, wissen wir schon lange.

## Anke Martiny: Der Kampf um Arbeit – Klassenkampf der nachindustriellen Gesellschaft?

*Die Bundestagsabgeordnete Dr. Anke Martiny, Jahrgang 1939, ist Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verbraucherpolitik der SPD-Bundestagsfraktion.*

### Beobachtungen

In diesen Monaten sind die Zeitungen und Zeitschriften voll von Berichten über Jugendunruhen, die – mal hier, mal dort – in Europa aufflammen, sich durch vielfältige Formen gesellschaftlicher Gegenreaktionen steigern, schließlich ersticken, aber nur wenig später an anderer Stelle erneut ausbrechen: Zürich, Berlin, Frankfurt, Nürnberg, Tokio, London, Liverpool, die Reihe ließe sich verlängern. Als eine von zahlreichen Ursachen, die als Gründe für diese Ausbrüche von Widerstand und Aggression genannt werden, gilt Zukunftsangst, und hier wiederum steht stark im Vordergrund die Frage, ob der junge Mensch eine sinnvolle und ihn auch ernährenden Arbeit finden wird.

Auf die direkt erlebte, regionale Ebene transponiert: Die beiden Sozialarbeiter des Jugendzentrums der großen Kreisstadt Freising in Oberbayern schilderten kürzlich, wie Jugendliche des ersten und zweiten Lehrjahres, die neben den Abschlußklassen der Hauptschulen zu ihren „Stammkunden“ zählen, ihre Situation am Beginn des Arbeitslebens empfinden: Sie fragen sich, ob das, was sie lernen und tun, überhaupt einen Sinn hat und ihnen „was bringt“ bis an das Ende ihres Berufslebens. Zum anderen erleben sie, daß ihre monatliche Entlohnung als „Azubi“ partout nicht reichen will für ihre Bedürfnisse, von deren Finanzierung sich die Eltern erstmals zurückziehen. Das, was sie sich finanziell leisten möchten, was ihnen – so wie ihre Generation erzogen wurde – auch zuzustehen scheint, ist auf keine Weise in Übereinstimmung zu bringen mit dem, was ihre Arbeit ihnen einträgt. Die Sozialarbeiter berichteten von verschiedenen Fällen, in denen diese Diskrepanz zum Aufkündigen eines Lehrverhältnisses geführt hat: „Leistungsverweigerung“ heißt dies modisch, Jobben, um kurzzeitig an mehr Geld zu kommen, heißt die Alternative.

Zweite Beobachtung: Allmonatlich kommt uns Josef Stingls sorgenvolle Miene ins abendliche Nachrichtenbild, und wir hören schon seit vielen Monaten, daß eine Steigerung der Arbeitslosigkeit zu ver-

zeichnen ist. Detaillierte Analysen werden vom Arbeitsministerium, von den Arbeitgeberorganisationen und den Gewerkschaften in aller Breite nachgeschoben. Seit 1979 geht der DGB von 4,3 Millionen neuzuschaffenden Arbeitsplätzen aus, die durch Innovation gefunden und für die investiert werden muß, wenn wir die Vollbeschäftigung wieder erreichen wollen. Im gesamten EG-Bereich, so die Experten, müßten es 17 Mio. Arbeitsplätze sein – vom Bedarf der Entwicklungsländer einmal ganz abgesehen.

Dritte Beobachtung: In welcher Branche man sich auch umsieht, welchen Dienstleistungsbereich man auch herausgreift, überall stellt man fest, daß die Jahre der großen Zuwächse, der Ausweitung, der Verbreiterung des Waren- oder Dienstleistungsangebotes vorbei sind: In der Automobilindustrie wundert man sich geradezu darüber, daß noch so viele Autos gekauft werden, beim Stahl, in der Agrarwirtschaft, im Handel sind entweder längst Überkapazitäten vorhanden oder – um auch Universitäten und Fachhochschulen nicht zu vergessen – eine weitere Ausweitung ist nicht zu finanzieren. Einzig in bestimmten Überwachungs- und Beratungsbereichen – bei der Materialprüfung oder der Lebensmittelüberwachung etwa oder bei der Erziehungs- oder Verbraucherberatung – sind auch in den Zeiten großer Personalausweitung Lücken geblieben, die zu schließen wären. Aber da streicht in Zeiten knappen Geldes der Rotstift am ehesten. Auf die Frage also, wo denn die zur Zeit arbeitslosen Menschen untergebracht werden könnten und in welchen Bereichen jene Investitionen lohnend wären, die uns der Vollbeschäftigung wieder näherbrächten, fallen die Antworten spärlich aus.

Vierte Beobachtung: Auf arbeitslose Menschen trifft man kaum je in größeren Gruppen, sondern sie scheinen nur als Individuen vorzukommen. Je nach dem politischen Standort oder der Tendenz der daraus zu ziehenden Folgerung kennt „man“ entweder jemanden, der völlig gesund, gut ausgebildet, sehr arbeitswillig, aber als Mittfünfziger/in unverschuldet arbeitslos geworden ist, oder man kennt jemanden, der sich unter Ausnutzung aller möglichen Tricks und Finessen zuschreiben läßt, was an Sozialleistungen nur denkbar ist in diesem Staat. Haß und Wut des arbeitenden Teils der Bevölkerung auf jene, die nicht arbeiten und gleichwohl Unterstützung erfahren, nehmen allem Anschein nach zu. Von einer Gegenreaktion der ohne eigenes Verschulden beschäftigungslos gewordenen Männer und Frauen wurde – zumindest bis jetzt – noch nichts wahrgenommen.

Fünfte Beobachtung: Der Zentralverband des

Deutschen Handwerks ließ kürzlich unter 2000 Männern, Frauen und Jugendlichen eine Umfrage nach den Motiven ihrer Berufswahl erstellen. Dabei nannten 76 Prozent die Sicherheit des Arbeitsplatzes an erster Stelle, für 58 Prozent nahm der „gute Verdienst“ den zweiten Platz ein, 50 Prozent fanden die soziale Absicherung besonders wichtig. Ganze 19 Prozent legten bei der Berufswahl Wert auf viel Freizeit. Eine „saubere, angenehme und interessante Arbeit“ (40 Prozent), daß man mit netten Leuten zusammenarbeitet (38 Prozent) und daß der Arbeitsplatz die Gesundheit schont (32 Prozent), nahmen einen höheren Rang ein. – Wenn das so ist: Wer hilft den unfreiwillig Arbeitslosen, mit der so wenig geschätzten Zwangsfreiheit fertigzuwerden?

### Analysen

In der Feststellung der Tatsache, daß das Gesamtvolumen gesellschaftlich verfügbarer Arbeit nicht beliebig auszuweiten ist, stimmen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen und das zuständige Ministerium für Arbeit und Sozialordnung durchaus überein. Alle Verantwortlichen erkennen auch, daß die Tendenz zu weiterer Rationalisierung fortbesteht und daß die Wettbewerbsfähigkeit der westlichen Industrieländer im Vergleich zu den Niedriglohnländern auch nur erhalten werden kann, wenn dem Streben nach weiterer Rationalisierung kein Riegel vorgeschoben wird.

Eine Analyse des gesellschaftlichen Hintergrundes dieser Problematik hat zu Beginn der 60er Jahre Hannah Arendt in ihrer „Vita Activa“ (München 1980) versucht: „Was uns bevorsteht, ist die Aussicht auf eine Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgegangen ist, also die einzige Tätigkeit, auf die sie sich noch versteht. Was könnte verhängnisvoller sein?“ Arendt beschreibt die historische Entwicklung, die von einer Arbeitsgesellschaft ausgeht, „die von den Fesseln der Arbeit befreit werden soll, und diese Gesellschaft kennt kaum noch vom Hörensagen die höheren und sinnvolleren Tätigkeiten, um derentwillen die Befreiung sich lohnen würde“. (S. 11f.)

Weniger ideengeschichtlich als politisch kommt André Gorz in einer Reihe von Aufsätzen zu ganz ähnlichen Ergebnissen: „Zehntausende von Robotern sind im Anmarsch. Arbeiter und Angestellte können zuhause bleiben. Was aber sollen sie dort tun?“ (Abschied vom Proletariat, Frankfurt 1980, S. 123) Gorz zitiert in seinem Aufsatz „Das goldene Zeitalter der Arbeitslosigkeit“ verschiedene Zukunftsanalysen, aus denen sich ergibt, daß in Folge der mikroelektronischen Revolution bis 1990 bis zu 4 Millionen

Deutsche arbeitslos werden können: „Wir stehen also am Ende der Epoche, in der menschliche Arbeit die Quelle allen Reichtums war. Seit 25 Jahren bahnt sie sich an, jetzt hat sie begonnen: die 3. industrielle Revolution.“ (S. 126)

Die Analyse von Gorz ist schonungslos: „Wenn allen zum Bewußtsein käme, daß es eigentlich keine Produktionsprobleme, sondern nur noch ein Distributionsproblem, d. h. das Problem der gerechten Verteilung des produzierten Reichtums und der gesellschaftlich notwendigen Arbeit auf die Gesamtheit der Bevölkerung, gibt, dann wäre die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Gesellschaftssystems gefährdet. Was würde aus der Arbeitsdisziplin, der Leistungsethik und der Wettbewerbsideologie, wenn jeder wüßte, daß es technisch möglich ist, immer besser zu leben und dabei immer weniger zu arbeiten, und daß das Recht auf ein ‚volles Gehalt‘ nicht mehr dem allein vorbehalten zu sein braucht, der auch ‚volle Arbeit‘ leistet?“ (S. 128)

Gorz arbeitet deutlich heraus, daß gerade Jugendliche die Brüche in der gängigen Argumentation empfinden und mit Irritation reagieren, weil sie spüren, daß im Arbeitsleben kaum sinnvoll zu füllender Platz für sie ist.

Daß Arbeit das letztlich sinnstiftende Element unserer Gesellschaft sei, betont in einem beachtenswerten Aufsatz auch Bernd Guggenberger. („Wenn der Gesellschaft die Arbeit ausgeht“, FAZ v. 31. 1. 1981) „Wir sind, ohne daß uns dies im Einzelfall bewußt wäre, bis in die Alltagskategorien unserer Selbst- und Weltdeutung hinein von der Arbeit und ihren Erfordernissen geprägt. Das Phantasieverdikt und die Denkverbote der Arbeitsgesellschaft greifen schon früh. Von der trockenzuliegenden Pinkelpuppe über den aseptischen Erste-Hilfe-Koffer bis zum Führerhaus im ferngelenkten Bagger – die Spielzeugwelt ist nur der billige Abklatsch der einseitig zugerüsteten Erwachsenenwelt, Spielen nur die Sandkastenvariante des Arbeitens und Konsumierens. Die Arbeitsgesellschaft duldet keine autonome Kinderwelt, keine arbeitsfreie Spielkultur.“

Ein Mehr an arbeitsfreier Zeit bedeutet vor solchem Hintergrund nicht zugleich schon ein Mehr an Gestaltungsfreiheit für den einzelnen, sondern eher noch größere Leere, noch tödlichere Langeweile, noch weniger Sinn und Ziel. Es ist kaum ein Zweifel möglich, daß die Arbeit und alles, was an organisierenden, verhaltensprägenden Impulsen von ihr ausgeht, letztlich die Korsettstangen bilden, welche diese Welt zusammenhalten. Was passiert, wenn ‚im Entschwinden der Arbeitsgesellschaft‘ (R.Dahren-

dorf) dieser ohnehin labile Außenhalt Stück für Stück entfällt, wenn die arbeitsbezogenen Erfahrungen und Tugenden ihren Organisationswert verlieren, ohne daß belastbare „postmaterialistische“ Ausweichtugenden und Erfahrungsbestände schon verfügbar sind?“

„Arbeit und Arbeitslosigkeit – Probleme unserer Zukunft“ heißt eine Studie des sozioethischen Ausschusses der Evangelischen Kirche im Rheinland, in der auch der Versuch unternommen wird, die gegenwärtige Situation zu analysieren und Ansätze zur Überwindung von Arbeitslosigkeit aufzuzeigen. Im analytischen Teil dieser Studie wird darauf hingewiesen, daß „die Folgen wirtschaftlicher Veränderungen und Störungen in erster Linie auf Kosten der einzelnen Arbeitnehmer ausgeglichen werden“. (S. 12) Die Gesellschaft drohe sich zunehmend in Arbeitende und Arbeitslose aufzuspalten.

In der Studie wird gefolgert: „Die gesellschaftliche Verteilung der Arbeit und Arbeitslosigkeit über den Arbeitsmarkt führt zu dem Ergebnis, daß vor allem die Schwächeren und weniger Leistungsfähigen abgehängt werden und die Ungleichheit der Lebenschancen von Arbeitsbesitzern und Arbeitslosen ständig wächst. Diese Entwicklung ist mit dem Anspruch des Sozialstaates auf die Dauer nicht vereinbar und stellt eine erhebliche Verletzung der sozialen Gerechtigkeit dar.“ (S. 16)

Freilich kommt auch diese Analyse zu dem Ergebnis, daß das in verschiedenen Länderverfassungen mit unterschiedlichen Worten garantierte „Recht auf Arbeit“ keine für das Individuum praktisch zu realisierende rechtliche Verbindlichkeit besitzt. Auch eine in das Grundgesetz einzubauende Formulierung, wie sie Ulrich Lohmann versucht (Zur rechtlichen Vereinbarkeit und wirtschaftlichen Realisierbarkeit eines Rechts auf Arbeit, in: M. Rath, Die Garantie des Rechts auf Arbeit, Göttingen 1974, S. 212 ff.), würde praktisch nicht weiterhelfen. Das „Recht auf Arbeit“ muß als politische Aufgabe gesehen und angegangen werden.

#### Folgerungen

Obgleich – zumindest was die wirtschaftlichen Tatbestände angeht – die Analysen ziemlich einheitlich sind, ist das Spektrum der daraus in der öffentlichen Diskussion abgeleiteten Folgerungen ziemlich breit. Der konservative Standpunkt findet sich bei Walter Althammer wiedergegeben („Ein Recht auf Arbeit“ oder „Vollbeschäftigung“? in: Beilage zu „Das Parlament“ 25/81, S. 3–14). Er preist die Leistungsfähigkeit der sozialen Marktwirtschaft bei

„geordneter Konjunkturlage“, die er durch Schuld der Bundesregierung gegenwärtig vermißt. Im übrigen aber ist das Instrumentarium, das er anbietet, identisch mit dem, was die Bundesregierung tut: konsumtive Staatsausgaben kürzen, investive erhöhen; über die Geldmengenpolitik Einfluß zu nehmen versuchen; aktive Arbeitsmarktpolitik betreiben durch arbeitsplatzschaffende Maßnahmen und die soziale Absicherung des Beschäftigungsrisikos; dabei aber zugleich der Versuch, Arbeitsunwillige von Unterstützungsleistungen auszunehmen. Daß alles so bleiben soll wie es ist, nur, bitte, unter einer CDU/CSU-Regierung, spiegelt Althammers Restümee wider, in dem er vor weiteren Eingriffen oder „theoretischen Ableitungen“ deutlich warnt.

Über das Bestehende hinaus gehen Forderungen der Gewerkschaften nach staatlichen Arbeitsbeschaffungsprogrammen, um die durch Rationalisierung verlorengangenen Arbeitsplätze durch neue auszugleichen. Obgleich die Bereiche, in denen diese neuen Arbeitsplätze zu schaffen wären, in ihren Konturen noch unscharf sind und obgleich keine Klarheit darüber besteht, woher das Geld für die notwendigen Investitionen kommen soll, wird die Forderung nach staatlichen Arbeitsbeschaffungsprogrammen breit unterstützt. So soll auch die Ausrichtung auf ein „qualitatives Wachstum“ zu neuen Arbeitsplätzen führen; eine auf das Sparen und Schonen von Energie, Rohstoffen und Umwelt gerichtete Politik wird, so meinen viele, Investitionen fördern, die schließlich neue Arbeitsplätze bringen.

Ebenfalls von der Arbeitnehmervertretung gehen Überlegungen aus, zu mehr Arbeitsplätzen dadurch zu kommen, daß die Regelarbeitszeit verkürzt wird. Hier werden mehrere Modelle diskutiert: Der Zeitpunkt des Renteneintritts könnte weiter herabgesetzt werden, einzelne Gewerkschaften haben dies in Tarifverträgen bereits verankert; man könnte den Jahresurlaub verlängern; man könnte schließlich auch die Wochen- oder Tagesarbeitszeit verkürzen.

Der Ansatz der täglichen Arbeitszeitverkürzung ist der einzige, der eine Verbesserung der Rollenverteilung zwischen Mann und Frau im Haushalt und bei der Kindererziehung zur Folge haben könnte; es ist auch der einzige Ansatz, der gewissermaßen eine solidarische Strategie für alle Arbeitnehmer ermöglicht. Alle anderen Überlegungen verschärfen nur den Konflikt zwischen den in bezahlter Arbeit Befindlichen und den zwangsweise zur unterstützten Nichtarbeit Verurteilten. Die Modelle von Teilzeitarbeit oder Job Sharing, so hilfreich sie für einzelne Personen sein können, führen eine Zersplitterung der Be-

beschäftigten herbei und erhalten die bestehenden oder schaffen sogar neue Gruppen von Benachteiligten ohne beruflichen Aufstieg. Überlegungen zur Arbeitszeitverkürzung bergen zur Zeit außerdem die Gefahr in sich, daß auf seiten der Beschäftigten die Schwarzarbeit noch größeren Reiz gewinnt, wodurch weitere Arbeitsplätze gefährdet sein könnten. Auf seiten der Arbeitgeber wächst durch solche Maßnahmen der Anreiz, Arbeit durch Überstunden erledigen zu lassen, ohne neue Arbeitsplätze bereitzustellen. Hier muß man also wohl grundsätzlicher – beim Verständnis von Arbeit schlechthin – ansetzen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat nach dem ersten Ölpreisschock und der darauf folgenden Krise in der Weltwirtschaft ihre Arbeitslosenstatistik dadurch „geschönt“, daß in starkem Umfang drei Maßnahmen ergriffen wurden: Ausländische Arbeitskräfte wurden in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt, ältere Arbeitnehmer vorzeitig in den Ruhestand befördert, und arbeitende Frauen animiert, an den heimischen Herd zurückzukehren. Dies wird in Zukunft nicht mehr ohne weiteres möglich sein.

Der erste und bisher allem Anschein nach einzige, der in Deutschland aus den sich abzeichnenden Entwicklungen praktische Konsequenzen zog, war der Berliner Sozialwissenschaftler Peter Grottian. Er entwickelte ein „Konzept und Szenario“, um für das Jahr 1981 und die folgende Zeit die Schaffung neuer Arbeitsplätze dadurch zu finanzieren, daß die Spitzenverdiener im öffentlichen und halböffentlichen Sektor bei den Tarifverhandlungen ein Jahr lang auf eine Gehaltserhöhung verzichten. Das Konzeptpapier lag Ende Januar 1981 in der Vorphase der Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes vor; 24 SPD- und 6 FDP-Bundestagsabgeordnete unterstützten die Initiative, außerdem die Evangelische Kirche, der katholische Sozialrechtler Oswald von Nell-Breuning und zahlreiche Einzelpersonlichkeiten, unter ihnen auch die CDU-Politiker Blüm und Remmers.

Unabhängig davon, ob Grottians Berechnungen – der einmalige Verzicht auf eine Gehaltserhöhung bei allen über 50 000 DM Jahresverdienst liegenden Beschäftigten im öffentlichen Dienst ergibt 1,5 Mrd. DM, und davon lassen sich 60 000 neue Arbeitsplätze schaffen – eine gerechte Grenze ziehen und richtig gerechnet sind, zielen die diesen Überlegungen zugrundeliegenden Gedanken in eine Richtung, die Unterstützung verdient: Grottian beklagt die Resignation und den hilflosen und zuweilen zynischen Konsens in der öffentlichen Diskussion um die angeblich leider nicht zu reduzierende Arbeitslosigkeit. Er bemängelt die Konzeptionslosigkeit, die Pau-

schalität des Spar-Arguments und das allzu starke Schielen auf den privatwirtschaftlichen Sektor, ohne daß politisch ausreichend ausgewertet worden wäre, welche beschäftigungspolitischen Möglichkeiten sich im öffentlichen oder halböffentlichen Sektor finden lassen. Er verweist auch darauf, daß „der politische, arbeitsmarktpolitische und gewerkschaftliche Solidaritätsbegriff“ verkümmert sei und fast nur noch „Solidarität der Beschäftigten“ meine. Arbeitslosengeld und Sozialhilfe wirkten entsolidarisierend.

Diese Darstellung ist ebenso richtig wie Grottians Feststellung, daß das „Verhältnis von Beschäftigten zu Arbeitslosen für einen Teil auch ein Generationenkonflikt“ sei. Aus diesem und weiteren Gründen fordert er, „die Koppelung von Einsparungen in den oberen Gehaltsgruppen mit dem positiven Effekt einer realen Arbeitsplatzvermehrung über die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst auf die politische Tagesordnung zu setzen“. Dabei kann er sich neue Arbeitsplätze durchaus auch im „Alternativ- und Selbsthilfesektor“ vorstellen (FR v. 18. 3. 81).

Obleich Grottians Initiative sehr sorgfältig und langfristig vorbereitet war und sich auf eine Repräsentativumfrage der Infratest-Sozialforschung vom Oktober/November 1980 abstützen konnte, derzufolge eine beachtliche Mehrheit der Befragten dafür war, einen Verzicht auf Gehaltssteigerung damit zu verknüpfen, neue Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst zu schaffen, war das Echo der Initiative nicht eindeutig positiv. In den Medien wurde überwiegend „transportiert“, daß die rechnerische Grundlage fehlerhaft sei; der positive Ansatz fand einen viel zu geringen Niederschlag.

Kritisch waren auch die Reaktionen aus den hauptsächlich betroffenen Gewerkschaften, ÖTV und GEW, sowie aus dem Bundesinnenministerium. All diese Interessenvertretungen reagierten wie Radio Eriwan; Im Prinzip ja, aber . . .

Aus meiner Sicht sprechen vier Argumente dafür, die Grottianschen Gedankengänge weiterzuverfolgen:

1. Wir werden die Arbeitslosigkeit kaum zurückdrängen können, und der Interessengegensatz zwischen denen, die Arbeit haben, und denen, die arbeitslos sind, wird immer massiver werden. Da der Staat auf die Privatwirtschaft hier keinen unmittelbaren Zugriff hat, muß er den öffentlichen Dienst als Instrument nutzen, um steuernd einzugreifen. Diese Überlegung liegt auf der Linie all derer, die sich für ein verfassungsmäßig garantiertes „Recht auf Arbeit“ einsetzen.

2. In weiten Bereichen unserer Gesellschaft blockieren die geburtenstarken Jahrgänge von 1937-1943

alle interessanten Positionen. Ganze Universitätsinstitute, Redaktionen, Industrieabteilungen sind von Menschen dieser Generation angefüllt, die vermutlich noch 15 – 20 Jahre auf ihrem Posten bleiben können. Die Gremien, in denen sie arbeiten, sind auf Nachwuchs aber dringend angewiesen – ohne ihm jedoch Raum und Entscheidungsmöglichkeiten bieten zu können, wenn nicht strukturelle Änderungen eintreten.

3. Das Beschäftigungsniveau in der Bundesrepublik Deutschland ist im Laufe des letzten Jahrzehntes nur ganz geringfügig angewachsen, im Unterschied zu europäischen und außereuropäischen Partnerländern, in denen der öffentliche Dienst erheblich ausgeweitet wurde, um die Arbeitslosigkeit zu verringern. Es ist unabweisbar, daß wir nach wie vor eine Reihe von Dienstleistungsdefiziten haben, in denen sich sinnvoll neue Arbeitsplätze schaffen lassen.

4. Wir erleben zur Zeit, daß die Generation der Frauen im Alter zwischen 30 und 40 Jahren, die die erste Frauengeneration ist, die sich in Deutschland jemals unbeeinträchtigt durch Ideologien, Krieg und Inflation beruflich hat entwickeln können, große Schwierigkeiten hat, sich entsprechend ihrer Vorbildung beruflich weiterzuentwickeln, weil die entsprechenden Positionen rar sind und damit eher Männern vorbehalten bleiben. Die Tatsache des geteilten Stellenmarktes ist nach wie vor unbestreitbar, denn der Anteil jener Stellen, die Männern und Frauen offenstehen, ist nicht größer als 10-15%. Diese Tatsache spricht für staatlich beeinflusste Frauenförderungspläne analog zu jenen in den Vereinigten Staaten nach Kennedy begonnenen „Affirmative Action Programmes“.

Grotians Überzeugung, daß eine Umorientierung des staatlichen Handelns im angedeuteten Sinne Folgen auch auf die Privatwirtschaft und die dort im Rahmen der Tarifabsprachen ausgleichenden Interessengegensätze haben wird, scheint mir unbestreitbar richtig. Auch die Studie des sozialetischen Ausschusses der Evangelischen Kirche im Rheinland kommt zu einem ähnlichen Ergebnis.

Natürlich bleibt die Frage, ob nicht auch dieser Ansatz letztlich zu kurz greift, weil er immer noch davon ausgeht, daß letztlich Arbeit dasjenige sei, wonach die Menschen streben. André Gorz leitet in seinem Buch „Abschied vom Proletariat“ schlüssig ab, daß die Art von Arbeit, die das voll entfaltete, hoch-effiziente kapitalistische Wirtschaftssystem anzubie-

ten hat, nicht länger dazu beiträgt, daß die in diesem System Beschäftigten ihre Arbeit als sinnvoll erleben; „Das neue nachindustrielle Proletariat findet in der Arbeit nicht allein keine Quelle möglicher Macht mehr, es erkennt darin vielmehr die Realität der Apparatemacht und seine eigene Nicht-Macht... Nichts gestattet die Prognose, diese vollständige Entfremdung der gesellschaftlichen Arbeit könne umgewendet werden.“ (S. 66) Gorz kommt zu folgendem Ergebnis: „Daher muß die vorrangige Aufgabe einer nachindustriellen Linken die maximale Erweiterung der autonomen Tätigkeiten sein, die ihren Sinn und ihren Zweck in sich selbst haben, innerhalb und vor allem außerhalb der Familie... Mehr als von freier Zeit hängt die Durchsetzung solcher Autonomie von der Dichte der konvivialen Mittel ab, die den Individuen zur freien Verfügung stehen, um etwas zu tun oder zu erzeugen, das an Kunst- oder Gebrauchswert gewinnt, wenn man es selber tut: Reparatur- und Eigenproduktionswerkstätten in Wohnhäusern, Stadtvierteln oder Gemeinden, wo jeder nach seiner Phantasie schalten und erfinden kann; Bibliotheken, Musik- und Videosäle; wilde Rundfunk- und Fernsehstudios; freie Verkehrs-, Kommunikations- und Austauschräume.“ (S. 80)

Ähnlich wie Hannah Arendt in ihrer philosophischen Ableitung zur „Vita Activa“, entwickelt Gorz den Gedanken, daß es darum gehen muß, andere Wertmaßstäbe zu entwickeln als die heteronom bestimmte Tätigkeit in der Gesellschaft. Eine dualistische Lösung muß gefunden werden: „Die Organisation eines diskontinuierlichen Gesellschaftszusammenhangs mit zwei getrennten Sphären, dessen lebende Rhythmik der Übergang von der einen zur anderen Seite inauguriert.“ (S. 87)

Dieses Zukunftsmodell zu realisieren, bedarf größerer Kraft als der eines einzelnen Berliner Sozialwissenschaftlers, einiger seiner Kollegen und etlicher Parlamentarier. Hieran werden die machtvollen gesellschaftlichen Gruppierungen der Linken in die kommenden Jahren Gedanken und Kraft verwenden müssen. Denn wenn es so ist, wie die Umfrage des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks ergeben hat, dann steht den Gorz'schen Einsichten zur Zeit noch ein individuelles und kollektives Verständnis von Arbeit entgegen, dessen politische Umgestaltung Zeit braucht. Lange werden uns die Computer aber nicht Zeit lassen.

## Elefantenhochzeit NG-Gespräch mit Klaus Bernhardt und Siegfried Maruhn

Das *umstrittenste* aktuelle Thema der Medienpolitik ist die geplante Fusion Springer-Burda, für die – nach eindeutiger Ablehnung durch das Bundeskartellamt – beim Bundeswirtschaftsminister eine Ausnahmegenehmigung, die sogenannte „Ministererlaubnis“ beantragt ist. *Die Neue Gesellschaft* hat ein Gespräch mit zwei liberalen Journalisten zu diesem Thema geführt: mit Siegfried Maruhn, dem Chefredakteur der (unabhängigen) größten deutschen Abonnenten-Zeitung, der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“, und mit Klaus Bernhardt, Chefredakteur des liberal-konservativen „Handelsblattes“.

Warum diese Gesprächspartner? Weil die Kritik der IG Druck und Papier oder eines sozialdemokratischen Medienpolitikers an diesem Vorgang sozusagen selbstverständlich wäre; darüber würde sich niemand wundern. Daß aber auch parteipolitisch gänzlich ungebundene, des bösen „Sozialismus“ unverdächtige Männer eine solche Fusion so scharf kritisieren, das ist bemerkenswert.

Warum dieses Thema? Weil die sozialliberale Koalition seit ihren ersten Tagen die Pressekonzentration bekämpft, lange Jahre die Pressefusionskontrolle groß schrie und massiv an Glaubwürdigkeit verlieren würde, wenn einer ihrer Minister diese Fusion genehmigte. In der Politik gibt es *symbolische* Handlungen; dies wäre eine.

NG: Wir können nicht ausschließen, daß im März dieses Jahres beim Wirtschaftsminister darüber entschieden wird, ob ein Zusammenschluß von „Springer“ und „Burda“ zu einem neuen Mediengiganten, trotz des negativen Bescheids des Bundeskartellamtes, doch noch erlaubt wird. Was wären denn die Hauptargumente, die gegen einen solchen Unternehmenszusammenschluß der beiden, gegen eine solche Elefantenhochzeit im Medienbereich sprechen? Was würde für andere Zeitungsunternehmen schlechter oder gefährlicher oder problematischer?

Klaus Bernhardt: Das Bundeskartellamt führt in seiner Untersuchung zu den einzelnen Bereichen, in denen sich eine Fusion von Springer und Burda in Richtung einer Marktbeherrschung auswirken würde, eine ganze Reihe von Bereichen an: Erstens, der Zusammenschluß läßt im Presse-Vertriebsmarkt das Entstehen einer marktbeherrschenden Stellung der Beteiligten und des Heinrich Bauer Verlages erwarten, wobei man wissen muß, daß das Kartellamt den Gesamtmarkt und dabei die übrigen Großen am Gesamtmarkt natürlich in die Betrachtungen einzubeziehen hat.

NG: Das heißt, Springer und Burda hätten nach einem Zusammenschluß ungefähr 32 % Marktanteil.

K. B.: Ja. Das ist das *Vertriebsargument* des Kartellamtes. Das zweite Argument war, daß der Zusammenschluß auch auf dem Anzeigenmarkt für Publikumszeitschriften die Entstehung einer marktbeherrschenden Stellung der Beteiligten des Heinrich Bauer Verlages und von Gruner + Jahr in ihrer Gesamtheit befürchten läßt. Der Anzeigenmarkt ist der Markt, von dem Zeitungen und Zeitschriften nun einmal letztendlich leben; nicht allein von Abonne-

ments und vom Einzelverkauf. Springer und Burda würden durch den Zusammenschluß mit einem Marktanteil von knapp 24 % zum führenden Anbieter auf dem Markt für überregionale Anzeigen in Publikumszeitschriften.

Der dritte Punkt ist, daß der Zusammenschluß nach Ansicht des Kartellamtes auf dem Markt des Tiefdrucks von Zeitschriften und Werbetrucksachen wiederum das Entstehen einer marktbeherrschenden Stellung von Springer/Burda und der Bertelsmann AG in ihrer Gesamtheit befürchten läßt.

Damit nicht genug: Das Kartellamt befürchtet vom Zusammenschluß eine Verstärkung der jetzt schon überragenden Stellung von Springer auf dem Programmzeitschriften-Markt.

NG: Das wären dann zusammen ungefähr 55 %, gemessen an den Vertriebs Erlösen, und fast 60 %, gemessen an den Brutto-Gesamterlösen.

K. B.: Das Kartellamt nennt als fünften Punkt die Befürchtung, der Zusammenschluß lasse auch eine Verstärkung der mit rd. 77 % überragenden Stellung von Springer auf dem Kaufzeitungsmarkt (Straßenverkaufszeitungen) erwarten. Und schließlich Punkt sechs: gleiches gelte für den Markt der Sonntagszeitungen, auf dem Springer mit etwa 95 % ja geradezu schon eine marktbeherrschende Stellung hat, nicht nur eine überragende, sondern eine marktbeherrschende.

NG: Aber die würde sich mit Burda nicht noch zusätzlich verstärken.

Siegfried Maruhn: Ja, das ist eher ein schwacher Punkt in der Argumentation. Denn Burda bringt auf dem Markt der Sonntagszeitungen oder der Programmzeitungen nichts hinzu. Ich glaube, da kann

man umgekehrt den anderen Verlegern einen Vorwurf machen, daß sie sich um diesen Markt nie gekümmert haben. daß sich in den letzten dreißig Jahren niemand gefunden hat, der auch in diesen Markt hineingegangen ist.

NG: Da müßte man eigentlich die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ als größte deutsche Abonnementszeitung fragen, ob sie nicht in diesen Markt hineingehen will.

S. M.: Die WAZ kann man bei diesem Vorwurf nicht ausschließen.

NG: Eine Frage an die Praktiker: Was halten Sie denn für die schlimmste Bedrohung, die durch eine solche Elefantenhochzeit entstände? Ist es der Anzeigenmarkt, der Ihnen Sorgen macht, oder liegt die Gefahr auf dem Vertriebssektor? Oder haben Sie andere medienpolitische Bedenken gegen eine Fusion Springer/Burda?

S. M.: Wahrscheinlich bin ich da der falsche Adressat, weil eine Zeitung wie die WAZ oder ein Verlag wie der unsere davon natürlich weniger betroffen ist, weil er eine starke regionale Stellung hat und eigentlich weder auf dem Gebiet der Publikumszeitschriften noch auf dem Gebiet der Programmzeitschriften mit Springer/Burda konkurriert.

Die Gefahr, die der Presse insgesamt droht, ist aber wohl die, daß im Vertriebsbereich und im Druckbereich Oligopole entstehen, die den Markt mit weitreichenden Folgen für die Zukunft beeinflussen und beherrschen können.

NG: Wie würde das im Vertriebssektor konkret aussehen? Wieso verändert sich etwas, wenn Burda und Springer gemeinsame Sache machen?

S. M.: Es ist ja so schon der Fall, daß der Presseanbieter, der eine große Auflage oder ein großes Angebot hat, am Kiosk oder im Vertriebswesen die Bedingungen diktieren kann. Er kann einerseits dem Vertrieb günstigere Bedingungen bieten, er kann andererseits versuchen, andere durch indirekten Druck auszuschließen. Das bekannteste Beispiel aus der Vergangenheit ist der „Blinkflir“-Fall, bei dem der Springer-Konzern mit seiner Marktmacht im Vertriebsbereich einen inhaltlich mißliebigen Konkurrenten vom Vertrieb praktisch ausgeschlossen hat. Und wenn sich zwei ohnehin schon starke Partner wie Springer und Burda auch noch zusammenschließen, vergrößern sich dabei natürlich die Möglichkeiten, die sie haben.

NG: Gab es nicht ein Angebot von Springer, u. U. im Vertriebsbereich im Falle eines Zusammenschlusses mit Burda irgendwelche Konzessionen zu machen?

K. B.: Aus den Unterlagen, die mir zugänglich sind,

kann ich das nicht entnehmen. Daß hier wichtige Konzessionen gemacht werden sollen, kann ich mir im Grunde auch nicht vorstellen. In der Branche glaubt man zu wissen, daß das Vertriebssystem von Springer sehr gut ist. Wir haben es mit einem eigenen Objekt einmal selbst erlebt, daß eine hervorragende Betreuung durch einen marktstarken Vertrieb auch der Auflage des Objektes zugute kommt. Man kann natürlich auf diese Art und Weise im Vertriebsbereich auch etwas gegen die Konkurrenz tun. Ich will Springer oder Burda nicht unterstellen, daß sie das tun würden; aber die Möglichkeit besteht und vielleicht auch die Versuchung.

NG: Wie müßte man sich die Veränderung auf dem Anzeigensektor durch eine Fusion vorstellen?

K. B.: Springer/Burda haben wohl ziemlich klar gesagt, daß heute im Bereich der „Printmedien“ zumindest der Anzeigenmarkt „ausgereizt“ sei, es sei eine Art von Gleichgewicht erreicht. Man muß also fragen, zu wessen Lasten würde es gehen, wenn dieses Gleichgewicht gestört würde? Wenn es beispielsweise erklärte Absicht und Politik des Hauses Springer ist, die Zukunft im Zeitungsbereich bei der im Mehrfarbdruck hergestellten Regionalzeitung, bei der farbigen Abonnementszeitung zu suchen, dann könnte man sich vorstellen, daß mit Kapitalkraft und Vertriebskraft, die zusätzlich über bessere Druckmöglichkeiten verfügt, natürlich auch die regionalen und lokalen Anzeigenmärkte empfindlich betroffen wären. Ich habe nicht für die Tageszeitungen regionaler Art und auch nicht gegen Wettbewerb zu sprechen. Der ist selbstverständlich eine gute Sache, und im Zeitungsgeschäft sollte er auch im regionalen Bereich herrschen. Allerdings unter fairen Wettbewerbsbedingungen!

S. M.: Ich sehe diese Gefahr eigentlich nicht in dieser Schärfe. Denn auch bei den Regionalzeitungen ist ein Bestreben, moderner und leistungsfähiger zu werden, durchaus festzustellen. Und das ist doch unabhängig von dem, was Springer macht.

NG: Wie ist das denn mit dem Anzeigenmarkt, Herr Maruhn, ist der Anzeigenmarkt der regionalen Tageszeitungen wirklich so regional, daß man Einflüsse von einem sehr starken und noch stärker werdenden Konzern nicht befürchten muß?

S. M.: Ich bin natürlich kein Anzeigenleiter, aber von außen her gesehen sieht es so aus, daß wir, die WAZ, eigentlich auf dem Anzeigengebiet nur wenig konkurrieren. Eine Ausnahme gibt es: das ist unsere Wochenendbeilage.

K. B.: Herr Maruhn, für den Bereich der WAZ mag dies alles gelten. Ich gehe aber von einer bestimmten



*Siegfried Maruhn, Klaus Bernhardt, Hans Schumacher, Peter Glotz (von links nach rechts)*

Formulierung von Springer/Burda aus: Danach läßt sich nicht bestreiten, daß die Pressenmärkte gesättigt sind. Und steigende Lohn-, Papier- und Energiekosten können nur teilweise auf Käufer und Anzeigenkunden abgewälzt werden; die Konjunktur- und die Streikanfälligkeit der Presse sind erwiesen. Ferner: Entscheidend für die künftige Entwicklung ist der strukturelle Wettbewerbsnachteil des gedruckten Wortes gegenüber Hörfunk und Fernsehen. – So ist es schon erstaunlich, mit welcher Konsequenz Springer bemüht ist, z. B. mit der Bild-Zeitung ins regionale Anzeigengeschäft hineinzukommen. Das ist sicherlich wettbewerbsfördernd im regionalen Bereich, aber dahinter steht auch noch kein fusionierter Großverlag Springer/Burda mit allen jenen Vorteilen, die das Kartellamt angeführt hat.

Sicher, sich der Bild-Zeitung im Wettbewerb zu stellen, ist eine hehre Aufgabe, aber ich weiß nicht, ob man dies bei regionalen oder lokalen Zeitungen, wenn sie doch so unter Druck stehen, wie von Springer/Burda angenommen, mit Aussicht auf Erfolg verlangen kann.

NG: Man muß hier sicher auch noch ein paar Worte zu den politischen Auswirkungen einer solchen Fusion sagen, denn aus den geschilderten wirtschaftlichen Konsequenzen folgen wiederum auch politische. Zumindest im Springer-Konzern wird die „verlegerische Aufgabe“ immer auch unter politischen Aspekten gesehen und auch künftig gesehen werden. Damit wären wir auch bei dem Argument, das man in Bonn z. Z. viel herumreicht. Burda werde, so kann man hören, gerade auf der politischen Ebene Springer mäßigen und eher auf einen zwar konservativen, aber doch eben nicht kämpferischen (oder doch nicht so kämpferischen) Konservativismus festlegen; sozusagen eine „Entschärfung“ des Springer-Konzerns auf dem Umweg über den Käufer Burda.

S. M.: Man kann davon ausgehen, daß die Vorliebe von Springer für die Fusion mit Burda unzweideutig von der Überzeugung genährt wird, einen zuverlässigen, konservativen Partner zu finden, der das (gemeinsame) Zeitungsimperium in der Weise fortführt, wie er, Springer, es sich vorstellt. Wenn man auch sicher davon ausgehen kann, daß (wenn Springer ein-

mal nicht mehr da ist) manches Bizarre, das jetzt in den Springer-Blättern zu lesen ist, dann nicht mehr zu finden sein wird, so wird sich in der konservativen Grundeinstellung des gesamten Konzerns mit Sicherheit nichts ändern; vielleicht wird sie etwas provinzieller, etwas spießiger. Bössartigerweise könnte man sagen, der Geist von Offenburg wird eben bis nach Hamburg vordringen.

**K. B.:** Ich denke, es ist im Grunde ein berechtigtes Anliegen von Herrn Springer, seine verlegerische Konzeption auch dann bewahrt sehen zu wollen, wenn er eines Tages nicht mehr an der Spitze stehen sollte. Damit hat nichts zu tun, ob man mit der Art und dem Tenor der Politik der verschiedenen Objekte des Hauses Springer einverstanden ist oder nicht. Springer ist sicherlich ein großer und manchmal auch ein großartiger Verleger, da gibt es gar keinen Zweifel. Man darf auch nicht unterschlagen, daß es keineswegs selbstverständlich ist, eine Zeitung wie beispielsweise „Die Welt“ Jahr um Jahr durchzuhalten, obwohl sie ja – was branchenbekannt ist – nicht gerade in kleinen roten Zahlen steckt.

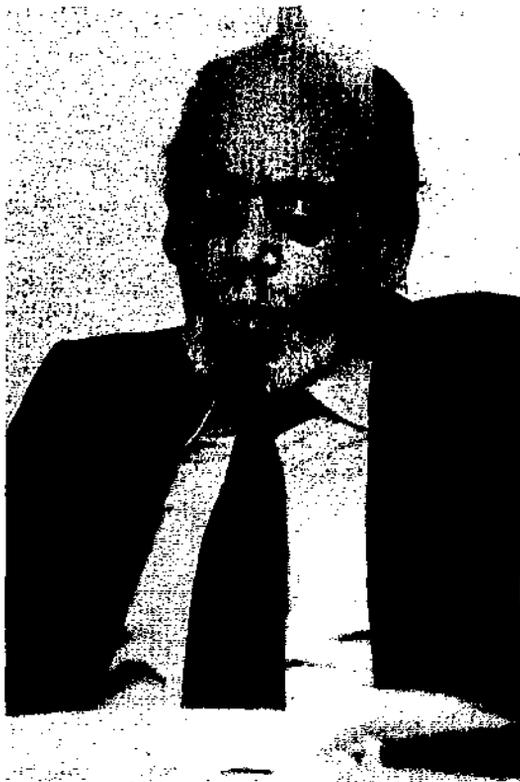
Aber die Frage bleibt, ob nur über eine Elefantenhochzeit die legitimen Interessen des Verlegers Springer gesichert werden können. Geht es nur, indem sich zwei Großverlage, zwei Großdrucker, zwei Medienelefanten zusammentun und weil Herr Springer meint, daß es nur sinnvoll sei, die nicht nur mit konservativer Geisteshaltung begabten, sondern auch mit großer Finanzkraft ausgestatteten Söhne Burdas mit einzuspinnen, um seine verlegerische Linie fortzusetzen?

Ich persönlich bin der Meinung, es geht ohne dieses Zusammengehen. Wir haben in der Tat am deutschen Pressemarkt so etwas wie ausbalancierte Meinungslagen. Im Grunde haben wir für jede vertretbare politische Richtung beispielsweise eine seriöse überregionale Tageszeitung: „Die Welt“, die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, die „Süddeutsche Zeitung“ und die „Frankfurter Rundschau“ und nicht zuletzt auch das „Handelsblatt“. Springer und seine „Welt“, Springers „Bild-Zeitung“ und Springers „Welt am Sonntag“ haben alle ihre Berechtigung, solange sie sich am Markt mit dem, was sie zu bieten haben, und mit der Meinungspolitik, die sie betreiben, durchsetzen lassen. Nur eben nicht auf Kosten eines derartigen Zuwachses an Ressourcen, wie er durch die Elefantenhochzeit Burda/Springer entstünde.

**S. M.:** In diesem Zusammenhang bringen Springer und Burda ein Argument in die Debatte ein, das wir noch nicht behandelt haben. Sie stellen zumindest die Frage, ob es nicht solch großer Zusammenschlü-

se im Pressewesen bedürfe, um sich gegen die Konkurrenz der elektronischen Medien, der gegenwärtigen wie der zukünftigen, zu behaupten.

**K. B.:** Dann muß man aber auch fragen: Was will denn Springer mit dem Geld machen, das er von Burda bekommen soll? Immerhin soll es sich nach der zuletzt bekanntgewordenen Zahl um 510 Millionen DM handeln. Ich könnte mir jedenfalls vorstellen, daß der Verkaufserlös auch dazu genutzt werden



soll, ebenfalls im Bereich der neuen Medien intensiv tätig zu werden. Und das verstärkt das Problem noch: Auf der einen Seite hätten wir durch die Fusion eine Stärkung der Druckmedien bei Springer/Burda, einen Machtzuwachs beim Vertrieb, bei Anzeigen, bei der Drucktechnik usw. Gleichzeitig hätten wir auf der anderen Seite eine Preissetzung von Kapital für Finanzierungen im Bereich der neuen Medien. Ich meine, man kann als Antragsteller beim Bundeswirtschaftsminister nicht auf zwei Hochzeiten gleichzeitig tanzen; auf der einen Seite sagen: Ich, Springer, ich will meine verlegerische Konzeption nicht gefährdet sehen; zweitens, ich will

mehr wirtschaftliche Absicherung für die Druckmedien erreichen, weil diese wegen der Konkurrenz u. a. mit den neuen Medien notwendig zu sein scheint. Gleichzeitig aber, wenn ich das alles habe, will ich auch in die neuen Medien hineingehen.

Die Finanzkraft, die sich durch eine Fusion mit Burda für Springer ergäbe, eröffnet Einstiegsmöglichkeiten und Finanzierungsmöglichkeiten, die m. E. nur ganz wenige andere heute in Deutschland noch haben.

S. M.: Das ist der eigentliche Einwand, denke ich. Hier entsteht ein riesiges Gebilde, ohne daß ein



wirklich zwingender Grund dafür vorliegt. Das Kartellamt hat ja recht überzeugend dargelegt, welche Bedenken auf den einzelnen Gebieten dagegen sprechen. Es findet aber keine aner kennenswerten Vorteile, die medienpolitisch oder wirtschaftlich oder sonstwie dafür sprächen, daß diese beiden Verlagsriesen sich zusammenschließen. Ich glaube, daß sind die beiden entscheidenden Gründe, die gegen diese Fusion sprechen.

NG: Nach der Argumentation Springer/Burda soll diese Ministererlaubnis für die Fusion gewährt werden, weil ein überragendes Interesse der Allgemeinheit gegeben sei. Springer und Burda arbeiten zuwei-

len zumindest unterschwellig mit dem Argument, daß bei einer Verweigerung der Erlaubnis der arme Herr Springer gezwungen wäre, seinen Konzern an einen ausländischen Partner zu verkaufen, und dann würde alles noch schlimmer.

S. M.: Na ja, das ist so ein Argument aus der Motte niste der deutschen Geschichte. Natürlich wäre es für viele störend, wenn ein englischer oder ein anderer ausländischer Pressekonzern sich auf dem deutschen Markt betätigen würde. Soviel ich weiß, gibt es das im Bereich der Presse bei uns noch nicht. Umgekehrt spielt aber bereits Burda beispielsweise eine große Rolle auf dem österreichischen Markt. Mich wundert, daß Springer nicht statt eines englischen Konzerns gleich einen Ölscheich als Drohung eingebracht hat, der bereit wäre, bei ihm einzusteigen.

K. B.: Ich empfinde das nur als eine Art von Drohgebärde gegenüber denjenigen, die jetzt noch zu entscheiden haben, ob diese Fusion Springer/Burda zustandekommen soll oder nicht. Es gibt im Verlagswesen und in der Industrie besondere Konstruktionen, wie man die ursprünglichen Ideen und Konzeptionen eines Unternehmers fortsetzen und erhalten kann.

Springer sagt, aus der sonstigen „pressefernen“ inländischen Wirtschaft habe sich niemand angeboten, um in seinem Sinne als Mehrheitsgesellschafter weiterzuwirken. Es sei zu befürchten, wenn sich einer anböte, er auf die Dauer nicht in der Lage sei, ein Grundkonzept durchzuhalten: Verlagsobjekte, die von der Meinungsbildung her dem Verleger wichtig erscheinen, aber keine Gewinne erbringen, doch weiterzuführen. Springer meint, ein Anteilseigner aus der Industrie würde unter dem Druck der Aktionäre nur noch nach dem Prinzip der Gewinnmaximierung verfahren.

Ich sehe das in dieser krassen Form nicht. Einmal stimmt es nicht, daß die „presseferne“ Wirtschaft tagaus, tagein nur nach dem Prinzip der Gewinnmaximierung operiert und ständig hereinholt, was zu haben ist; es wären nämlich viele Unternehmen schon pleite, wenn sie keine längerfristigen Strategien hätten. Zum anderen könnte man sich ja auch einmal Gedanken darüber machen, warum es beispielsweise über viele Jahre nicht gelungen ist, die Zeitung „Die Welt“ aus den roten Zahlen herauszubringen.

Herr Springer ist der Meinung, in dem Konzert der vielstimmigen deutschen Presse komme den Zeitungen des Hauses Springer ein spezifisches Gewicht auch insoweit zu, als sie nicht wegzudenken seien, ohne daß die Bandbreite des Meinungsangebotes

schweren Schaden nähme. Gerade wenn man zustimmt, daß Wichtiges fehlen würde, wenn bestimmte Springer-Objekte aus dem Markt herausfielen, weil sie nicht rentabel sind, muß man folgendes klar feststellen: das Haus Springer ist nicht marode, es ist nicht finanziell am Ende, es steht nicht vor dem Risiko, in gravierende rote Zahlen abzurutschen, hier liegt kein Sanierungsfall vor. Der Springer-Konzern insgesamt ist sehr wohl in der Lage, ein Objekt wie „Die Welt“ mit durchzuziehen. Ich sehe keinen wichtigen Punkt, der das Haus Springer dazu zwänge, einen Partner zu suchen, um die jetzt von ihm beige-steuerten Stimmen zum Gleichgewicht der Meinungsbildung aufrechtzuerhalten.

S. M.: Dem kann ich nur zustimmen. Es gibt natürlich bei den Produkten von Springer und Burda eini-



ge, ohne die man gut auskommen könnte. „Die Welt“ würde ich nicht dazu zählen. Sie ist sicher eine Stimme im Meinungsspektrum der deutschen Presse, die in dieser oder in einer anderen Form da sein müßte. Nur, wenn Springer beklagt, daß es schwer ist, dieses Blatt zu erhalten, dann muß man, glaube ich, auch sehen, daß ein wichtiger Grund dafür die Verlagspolitik gewesen ist, die diesem Objekt zuteil wurde, mit der Folge, daß in den letzten 25 Jahren ständig die Chefredakteure und die Linie gewechselt haben, daß aus diesem Grunde, glaube ich, „Die

Welt“ einmal die eine, einmal die andere Hälfte ihrer Leser jeweils verloren hat.

NG: Ist es nicht ein bißchen absurd, daß ausgerechnet während der sozialliberalen Regierungszeit und bei einem prononciert liberalen Wirtschaftsminister in Bonn ernsthaft die Frage diskutiert wird, ob eine negative Entscheidung des Kartellamtes durch eine Erlaubnis des Bundes auf allerdings völlig legalem, rechtlich geordnetem Weg unterlaufen werden könnte?

K. B.: Es scheint mir politisch wichtig zu sein, und zwar unter dem Eindruck von Vorgängen der jünge-



ren Vergangenheit und wahrscheinlich der näheren Zukunft, ob zwischen der sicherlich sehr wettbewerbsorientierten Einstellung des Bundeskartellamtes, die in anderen Fällen bis zur Kleinlichkeit gehen kann, und der Möglichkeit einer Dennoch-Erlaubnis durch den Bundeswirtschaftsminister eine zu große politische Distanz entsteht.

Ich könnte mir vorstellen, daß Graf Lambsdorff die anstehende politische Entscheidung nicht als Einzelkämpfer fällt, sondern das Thema im Kabinett zur Diskussion stellt. Aber im Grunde bleibt er nach dem Buchstaben des Gesetzes allein zuständig, und das ist vielleicht für jeden Minister in diesem Amt schlicht und einfach eine Überforderung. Denn im Fall einer Ministererlaubnis im Fusionsfall Springer/Burda geht es offensichtlich inzwischen mehr um politische Interessen und Maßstäbe als um die klaren Maßstäbe des Kartellgesetzes.



## Geschichte der Arbeiter- bewegung

### Johannes Rau: Sozialdemokraten im Kampf um die Freiheit

*Johannes Rau, geb. 1931, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, ist Mitglied des SPD-Präsidiums und des Parteivorstandes und Landesvorsitzender der SPD von Nordrhein-Westfalen.*

#### I.

Am schwärzesten Tag der deutschen Parlamentsgeschichte, dem 23. März 1933, als der deutsche Reichstag gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion dem Ermächtigungsgesetz Hitlers zustimmte, schloß Otto Wels seine Rede mit dem Gruß an „die Verfolgten und Bedrängten“. Otto Wels sah in ihrer Standhaftigkeit und Treue und in ihrem Bekennermut die Bürgschaft für „eine hellere Zukunft“. „Bekennermut“ ist ein Wort, das heute in unserer politischen Sprache kaum noch verwendet wird, es klingt unzeitgemäß. Aber für diejenigen, die nach diesem 23. März als Sozialdemokraten ihrer Überzeugung treu blieben, war dies nicht bloß ein Wort, es war der Stolz auf die eigene Überzeugung, deren Bekenntnis verboten war und verfolgt wurde. Sozialdemokraten waren in den 12 Jahren des Faschismus, die dem Ermächtigungsgesetz noch folgten, Staatsfeinde, und die Vernichtung der Sozialdemokratie war eines der erklärten Ziele der Nationalsozialisten. Und dieses meinten die Herren des Dritten Reiches todernst. Zehntausende von Sozialdemokraten wurden in den Gestapo-Kellern und Konzentrationslagern gequält, gefoltert und ermordet.

In seiner nicht gehaltenen Regierungserklärung, vorbereitet für den Fall eines erfolgreichen Putsches am 20. Juli 1944, faßt Karl Friedrich Goerdeler Begründung und Ziel auch des sozialdemokratischen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus zusammen: „Mit feierlichem Ernst lehnt die Reichsregierung den Gedanken des totalen Staates ab, der niemals auf die Zusammenfassung der nationalen Kräfte abzielt, der nicht bezweckt, aus der Vielfalt der gegebenen Kräfte, Strömungen und Stimmen eine höhere Einheit des Handelns zu formen, dessen Absicht

vielmehr nur ist, einer einzigen, ganz bestimmten Ton- und Denkart den rücksichtslosen Sieg über alle anderen Meinungen zu verschaffen und der die Ausrottung der Andersdenkenden und die Vernichtung der Minderheiten zum Ziele hat... Die Reichsregierung beginnt ihr Werk damit, daß sie die Staatsgewalt unter das Gesetz der Moral und des Rechtes stellt. Sie achtet die Persönlichkeit, die Familie, die religiösen Bekenntnisse, die Berufsverbände, die örtlichen Selbstverwaltungen und die freien Gewerkschaften, verlangt aber, daß sich alle dem Gemeinwohl verpflichtet fühlen“ (Annelore Leber/Freya Gräfin von Moitke: Für und Wider, München 1961, Seite 208).

Es ist die Tragik der ersten deutschen Demokratie gewesen, daß sich Konservative wie Karl Friedrich Goerdeler, Kirchenmänner wie Graf von Gahlen, Militärs wie Generaloberst von Beck und Sozialdemokraten wie Wilhelm Leuschner und Julius Leber nicht vor jenem unseligen 30. Januar 1933 zusammenfanden, um gemeinsam die erste deutsche Republik vor der braunen Pest zu retten, einen demokratischen Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929–33 zu finden, ohne deren millionenfaches Elend Hitlers Sieg nicht vorstellbar gewesen wäre. Erst nach der Vernichtung der demokratischen Republik erkannten die Konservativen auf der rechten und sogar die Kommunisten auf der linken Seite den Wert der republikanischen Freiheit und der Rechtsstaatlichkeit einer Demokratie, für die die Sozialdemokratie seit ihrer Gründung gekämpft hat.

#### II.

Der Kampf der deutschen Sozialdemokraten um die Freiheit des einzelnen und des Volkes begann mit der Gründung unserer Partei. Am Beginn des Weges der deutschen Sozialdemokratie stehen Intellektuelle wie Moses Heß, Friedrich Engels, Karl Marx und Ferdinand Lassalle, Arbeiter und Handwerker wie Wilhelm Weitling, Theodor York, Friedrich Wilhelm Fritzsche und August Bebel. Die Sozialdemokratische Partei verstand sich als Partei der arbeitenden Klassen, aber es waren von Anfang an nicht nur die Handwerker und Handarbeiter gemeint, sondern es ging darum, wie Ferdinand Lassalle es in seinem Arbeiterprogramm ausdrückte, daß das „Prinzip des Arbeiterstandes“ gerade nicht ein neues Privileg begründen sollte, nach dem in der Gesellschaft die Menschen geschieden würden. Ganz im Gegenteil: „Wer also die Idee des Arbeiterstandes als das herrschende Prinzip der Gesellschaft anruft, ... der stößt nicht einen die Klassen der Gesellschaft

spaltenden und brennenden Schrei aus; der stößt vielmehr einen Schrei der Versöhnung aus, einen Schrei, der die ganze Gesellschaft umfaßt, einen Schrei der Ausgleichung für alle Gegensätze in den gesellschaftlichen Kreisen, einen Schrei der Einigung, in den alle einstimmen sollten, welche Bevorzugung und Unterdrückung des Volkes durch privilegierte Stände nicht wollen.“ (Ferdinand Lassalle: Arbeiterprogramm. In: Reden und Schriften, München 1970, S. 49) Und Ferdinand Lassalle hat in diesem Zusammenhang auch ausgesprochen, daß wir alle für ihn Arbeiter sind: „Insofern wir nur eben den Willen haben, uns in irgendeiner Weise der menschlichen Gesellschaft nützlich zu machen.“

Im Zentrum sozialdemokratischen Politikverständnisses stand immer der Staat. Die politische Ordnung, die man wollte, umschrieb das Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der Partei August Bebels und Wilhelm Liebknechts, 1869 als den „freien Volksstaat“. Der freie Volksstaat war der Sache nach die demokratische Republik mit dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht für jedermann. Damit richtet sich die sozialdemokratische Staatsvorstellung gleichermaßen gegen die Liberalen, die, wie Ferdinand Lassalle es in seinem Arbeiterprogramm ausdrückte, den Staat darauf reduzieren wollten, „Raub und Einbruch zu verhüten“ (a.a.O., S. 55), wie in viel stärkerem Maße gegen den Obrigkeitsstaat des preußisch beherrschten Deutschen Reiches. In Preußen-Deutschland begann ja der Mensch bekanntlich erst beim Reserveleutnant, und die Staatsgeschäfte waren Angelegenheit der im Namen des Kaisers de facto unkontrolliert regierenden Bürokratie, die im Bunde mit dem Militär und den politisch-ökonomischen Cliquen des ostelbischen Großgrundbesitzes und der Schwerindustrie Deutschland einen Platz an der Sonne bei der imperialen Aufteilung Afrikas und Asiens erobern wollten. Für die politische Elite des deutschen Kaiserreiches war die Sozialdemokratie der innenpolitische Feind schlechthin. Bismarck versuchte, die sozialdemokratische Arbeiterbewegung mit einer Zangenbewegung zu vernichten: das Sozialistengesetz unterdrückte die politische Bewegung, und die 1881 einsetzende Sozialgesetzgebung versuchte, die begründeten Beschwerden der Arbeiterschaft über ihre ungesicherte Lage bei Invalidität und im Alter mit staatlicher Sozialpolitik zu beheben. Bismarcks konservative Politik beinhaltete aber bereits in der Sozialgesetzgebung ein Zugeständnis an den Kampf der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften um die Hebung der sozialen Lage der Arbeiterklasse. 1890 lief

das Sozialistengesetz aus, die SPD war zur stärksten deutschen Partei geworden.

Der erste Versuch, die Sozialdemokratie in Deutschland politisch zu vernichten, war gescheitert, die SPD als Partei und als Anwalt der Rechte und Interessen des arbeitenden Volkes hatte sich durchgesetzt. Seit 1890 ist die SPD in freien Wahlen immer die Partei geblieben, die von der Mehrheit der Arbeiter gewählt wurde und auf die die arbeitende Bevölkerung in Deutschland ihr Vertrauen und ihre Hoffnung gesetzt hat. Die Behauptung der Sozialdemokratie gegenüber den Verfolgungen und Schikanen durch Bismarcks Polizei war die Durchsetzung von realen Freiheitsrechten der Arbeiter und Handwerker, sich ihre Vertrauenspersonen in der Politik selber zu wählen und die staatliche Politik von der Gemeinde bis zum Reich aktiv mitzugestalten. In der Auseinandersetzung mit dem preußisch-deutschen Obrigkeitsstaat wuchs das sozialdemokratische Selbstvertrauen, daß es diese Partei sei, die die Zukunft gestalten werde. Die Verfolgungen der Sozialdemokraten im Dritten Reich haben die Erinnerungen überlagert an das, was Sozialdemokraten unter diesem Sozialistengesetz erlitten haben. Tausende von sozialdemokratischen Wählern und Mitgliedern verloren ihren Arbeitsplatz, sozialdemokratische Parlamentarier wie August Bebel wurden aus ihren Wohnorten vertrieben, und viele sozialdemokratische Aktivisten emigrierten nach Amerika. Helmut Schmidt hat vor einiger Zeit anlässlich eines Besuches in den USA daran erinnert, daß im 19. Jahrhundert viele deutsche Demokraten in den USA Zuflucht und eine neue Heimat fanden. Im 19. Jahrhundert waren es nicht nur die Demokraten und Revolutionäre der Revolution von 1848, sondern in den 80er Jahren waren es auch viele Sozialdemokraten, die wie Julius Vahlteich über den Atlantik auswanderten. August Bebel, diese Verkörperung des politischen Willens der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, hat in seiner Autobiographie seine Stimmung beschrieben, als er unter erniedrigenden Bedingungen aus Leipzig ausgewiesen wurde:

„Daß man uns wie Vagabunden oder Verbrecher ausgewiesen und ohne eine gerichtliche Prozedur von Weib und Kind gerissen hatte, empfand ich als eine tödliche Beleidigung, für die ich Vergeltung geübt, hätte ich die Macht gehabt. Kein Prozeß, keine Verurteilung hat je bei mir ähnliche Gefühle des Hasses, der Er- und Verbitterung hervorgerufen als jene sich von Jahr zu Jahr erneuernden Ausweisungen.“ (August Bebel: Aus meinem Leben, J. H. W. Dietz-Verlag, Bonn-Bad Godesberg, 2. Auflage 1976,

S. 171). Verfolgung, Diffamierung, kurz: der Staat als Repressionsmaschinerie, diese Erfahrungen der Sozialdemokraten im kaiserlichen Deutschland hatten tiefen Einfluß auf ihr Verhältnis zum Staat, abstrakt war unbestritten, daß der Zukunftsstaat Ökonomie, Bildung, soziale Sicherheit und Völkerverständigung ebenso zu organisieren habe wie die demokratische Beteiligung aller an der Gestaltung ihres Staates, konkret blieb aber den Sozialdemokraten bis auf Ausnahmen in einigen süddeutschen Ländern jede positive Erfahrung, wie denn nun staatliche Politik praktisch soziale Reformen bewerkstelligen könne und wie der Staat Garant der Freiheit des einzelnen und des Volkes werde, vor dem Ersten Weltkrieg versagt, und die abstrakte Hoffnung auf den Zukunftsstaat war gepaart mit der gegenwärtigen Feindschaft gegen den bestehenden Obrigkeitsstaat.

Herbert Wehner hat die ersten hundert Jahre der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1963 zusammengefaßt unter dem Stichwort des Ringens um den Staat. In knappen Sätzen hat Herbert Wehner sehr leise und aus einer tiefen Traurigkeit heraus die Ursachen genannt, an denen die erste deutsche Republik zugrunde ging: „Die Sozialdemokratie konnte den Staat weder als einen Obrigkeitsstaat noch als einen bloßen Verwaltungsstaat, weder als Pfründenstaat noch als einen Klassenstaat hinnehmen oder bejahen. Sie wollte, daß der Staat das soziale Ordnungsgefüge für alle Mitbürger werde. Aber sie hat es in ihrer Geschichte mit Gegnern zu tun gehabt, die das Standes- oder Klassenbewußtsein und -interesse über das Interesse und das Wohl des Staates und des ganzen Volkes stellten. Dabei gab es in einem entscheidenden Jahrzehnt dieses ersten Jahrhunderts eine verhängnisvolle Wechselwirkung zwischen denen, die das, was ich eben darlegte, von rechts, und denen, die es von links taten. Diese Wechselwirkung zermürbte – und an ihr ist schließlich die Weimarer Republik zerbrochen – den ersten Versuch einer freiheitlichen demokratischen Staatsordnung in Deutschland.“ (Herbert Wehner: Dieses unser Vaterland. Gedenksprache zur Hundert-Jahrfeier der SPD in Neuwied, 9. November 1963, in Hebert Wehner: Wandel und Bewährung, ausgewählte Reden und Schriften, Berlin 1981, S. 301)

Die Sozialdemokraten mußten in diesem Jahrhundert zweimal die politische Verantwortung für unser Volk übernehmen, wo diese Verantwortung verbunden war mit einer Konkursverwaltung zweier verlorener Kriege, die andere in Deutschlands Namen angezettelt hatten. Die Sozialdemokraten übernahmen diese Verantwortung, weil für sie die Freiheit im

politischen Leben und die Freiheit von sozialer Not keine abstrakten Ideale waren, sondern hier und heute tagtäglich für möglichst alle Menschen verwirklicht werden sollten. Es waren die vorketzernden und verleumdenden „Vaterlandslosen Gesellen“, die 1918 und 1945 die Gültigkeit der Zeile bewiesen, daß des Volkes ärmster Sohn auch sein getreuester ist. Von Karl van Berk kennen wir die Rede auf der ersten Betriebsversammlung der Duisburger Zeche Westende im Frühjahr 1945, ein bewegendes Dokument sozialdemokratischen Kampfes um die Freiheit, der für uns immer auch harte Arbeit gewesen ist, und die Sozialdemokratische Partei ist groß geworden, gerade weil sie eine Partei der arbeitenden Menschen gewesen ist, die die politische Gleichberechtigung aller Arbeitenden vertreten hat und für die gesellschaftliche Achtung jedes Arbeiters gestritten hat. Und dies kommt in den Sätzen von Karl van Berk zum Ausdruck: „Als 1918 Deutschland den Krieg verloren hatte, aber ein derartiges Chaos wie jetzt nicht herrschte, hatte Friedrich Ebert, der damalige Volksbeauftragte, einen Aufruf erlassen, in dem es am Schluß hieß, nur die Arbeit kann uns retten. Damals ist den Gewerkschaftern, die diesen Satz Eberts akzeptiert hatten, das höhrend von den Kommunisten vorgeworfen worden. Wir wollen diesen Zirkus nicht mehr wiederhaben, aber eines, Kameraden, kann ich Euch jetzt schon sagen: Für uns gilt die Parole, nur die Arbeit kann uns retten, wenn wir überhaupt mal wieder satt werden wollen. Tut mir leid, daß ich die erste Belegschaftsversammlung so anfangen muß, Kameraden. Ich will nicht von Blut, Schweiß und Tränen reden, es ist bitter, wir haben nichts, wir müssen sehen, daß unter diesen Umständen die Förderung wieder läuft.“ (Hans Dieter Baroth: Gebeutelt, aber nicht gebeugt, Köln 1981, S. 110 f.) In dieser Haltung gingen nach 1945 Zehntausende von Sozialdemokraten daran, den zerschlagenen deutschen Staat von unten her wieder aufzubauen, die Trümmer wegzuräumen und die Betriebe wieder in Gang zu setzen und dem Volk das Selbstvertrauen zu geben, daß es weitergehe in Deutschland.

Für diesen Neuanfang stand geradezu als Symbol Kurt Schumacher, der erste Vorsitzende der SPD nach den Krieg, der sich nach zehnjähriger KZ-Haft in seinen letzten Lebensjahren im Dienst an seinem Volk verzehrte. 1945 waren es die Sozialdemokraten, die diesem Volk wieder Hoffnung gaben. In seinem ersten Aufruf vom Sommer 1945 „Für ein neues, besseres Deutschland!“ formulierte Kurt Schumacher diese Hoffnung: „Das ganze deutsche Volk steht jetzt

vor der entscheidenden Frage seiner geistigen und politischen Neuorientierung. Viele möchten sich verdrossen von aller Politik abwenden. Aber jeder Atemzug, jede Handreichung beim einfachsten sachlichen Wiederaufbauwerk sind politisch, sind von dem Geiste und von den Absichten der Politik bestimmt. Die Sozialdemokratie ist die Partei der politischen, geistigen und wirtschaftlichen Befreiung des Volkes! Für uns demokratische Sozialisten ist die Demokratie ein unverrückbares und unverzichtbares Prinzip. Sie ist uns nicht und kann uns nicht sein eine Frage der taktischen Schlaueit oder der opportunistischen Angleichung. Weil die Gegner der Demokratie die Volkssouveränität mißachteten, weil sie eine Regierung zuließen, die sie nicht kontrolliert haben, wird Deutschland jetzt von anderen Mächten kontrolliert. Die Demokratie im neuen Deutschland darf sich nicht auf das Politische beschränken, sie muß das ganze gesellschaftliche und kulturelle Leben durchdringen, muß bis zur letzten Konsequenz die große Selbstverständlichkeit im Leben unseres Volkes werden.“ (Kurt Schumacher: Nach dem Zusammenbruch, Hamburg 1948, S. 11 f.)

Hier ist noch einmal zusammengefaßt, was neben der Anerkennung jeglicher Arbeit (und wir Sozialdemokraten wissen und sind davon überzeugt, daß das auch immer so bleiben wird, daß der Mensch die Umstände, in denen er leben will, hart erarbeiten muß) der zweite Kerngesichtspunkt sozialdemokratischer Staats- und Gesellschaftsvorstellung war: das Prinzip der Demokratie, das endlich auch in Deutschland zum selbstverständlichen gesellschaftlichen Gestaltungsprinzip werden sollte. In der Bundesrepublik haben die Sozialdemokraten überragenden Anteil daran, daß sie die erste funktionierende demokratische Republik auf deutschem Boden geworden ist, eine Leistung, die unsere Partei viel zu oft unter den Scheffel stellt, statt sie gegen besserwisserische Nörgelei selbstbewußt zu vertreten.

### III.

Voraussetzung der demokratischen Umkehr in den Teilen Deutschlands, wo es nach 1945 möglich war, war das Heldenepos des aus eigener Kraft sieglosen deutschen Widerstands gegen den Nationalsozialismus. Es war der Kampf um das andere Deutschland, den der deutsche Widerstand auch dann weiterführte, als er „realpolitisch“ unsinnig schien. Aber ich kann Gerhard Ritters geschichtsphilosophische Würdigung von Karl Goerdeler nur verallgemeinern für den deutschen Widerstand insgesamt. Gerhard Ritter schreibt: „Sind wir genötigt, Karl Goerdeler und sei-

ne politischen Freunde als reine Utopisten gleichsam abzuschreiben, als Männer, denen die echte Dämonie des Machtwillens und politischen Kämpfertums fehlte und deren Lebenskampf darum zuletzt geschichtlich belanglos blieb? Wem die Weltgeschichte als ein beständiges Ringen des Guten mit dem Bösen, Gottes mit dem Satan, erscheint, der kann auf keinen einzigen Kämpfer für die Sache des Guten, am wenigsten auf die echten Idealisten verzichten. Ihr Lebenskampf, auch wenn er äußerlich scheitert, ist niemals umsonst. Scheitern ist Menschenlos; Erfolg ist keinem zugesichert. Aber, daß gekämpft wird für die Sache des Guten auf jede Gefahr hin, auch in solchen Lagen, die dem Weltklugen als völlig aussichtslos erscheinen, einfach aus dem trotzigem DENNOCH des Pflichtbewußtseins – darauf kommt zuletzt alles an. Wo es an solchem Kämpfertum fehlt, das nach dem eigenen Leben nicht mehr fragt und das kein ‚aussichtslos‘ gelten läßt – da hat der Satan sein Spiel endgültig gewonnen.“ (Gerhard Ritter: Karl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, München 1964, S. 466 f.)

Es war nicht zufällig der von preußischer Pflichterfüllung durchdrungene Kurt Schumacher, der nach 1945 den politischen Aufbau- und Gestaltungswillen der deutschen Sozialdemokratie verkörperte und beanspruchte. Im Sommer 1945 zog Schumacher die Konsequenzen deutscher Politik, vor denen unser Volk 1945 stand; es war die Programmatik deutscher Selbstbesinnung und des Neuanfangs. Kurt Schumacher wies im Namen des anderen Deutschlands, im Namen der deutschen Nazi-Feinde, die als erste die deutschen Konzentrationslager bevölkerten, jene These von der Kollektivschuld aller Deutschen zurück, wie sie 1945 eifertig „frühere nationalistische Militaristen, die jetzt ein geistliches Gewand tragen“ (Kurt Schumacher: Konsequenzen deutscher Politik, in: Nach dem Zusammenbruch, S. 22), und Kommunisten abgaben: „Wenn aber diese Männer und Richtungen sich für berechtigt halten, ein Schuldbekennnis für die gesamte deutsche Nation auszusprechen, dann erklären wir ihnen, daß sie dazu nicht legitimiert sind. Mit dieser Methode dehnen sie ihren eigenen historischen Schuldanteil auf Menschen und Richtungen aus, welche die eigentlichen Gegenspieler des Nazismus gewesen sind und auch heute noch sind. Mit dem Worte von der Gesamtschuld beginnt eine große geschichtliche Lüge, mit der man den Neubau Deutschlands nicht vornehmen kann. Diese Exmilitaristen und Antidemokraten haben alle Veranlassung, sich an die Brust zu schlagen und ihre Schuld zu beklagen. Aber sie dürfen nicht sich und

ihr eigenes Verschulden hinter dem breiteren Rücken der Kämpfer für die Demokratie unehrlich verstecken. Soll nur jeder seinen Anteil an der Schuld bekennen und nicht so krampfhaft Mitschuldige suchen. Das geschieht ja doch nur, um sich selbst entschuldigen oder die eigene Schuld verkleinern und erklären zu können. Die Sozialdemokratische Partei hat vor 1933 unter den größten politischen Belastungen und Demütigungen gekämpft, um das Nazi-Unheil für Deutschland und die Welt zu vermeiden. Sie ist die Partei gewesen, die damals für dieses Ziel die eigentlichen politischen Opfer bis an den Rand der Selbstaufgabe gebracht hat ... Die Sozialdemokratische Partei kann und will nicht behaupten, daß ihr Kampf um die Gestaltung der Weimarer Republik in den Jahren 1918 bis 1933 ohne Fehler und personelle Versager gewesen ist. Aber das könnte schließlich keine Partei in keinem Lande der Welt von sich aussagen. In Deutschland waren die Fehler aller anderen Parteien größere und entscheidendere. Es waren grundsätzliche und bestanden in der verhängnisvollen Verkennung geschichtlicher Möglichkeiten und Notwendigkeiten. Die Bürgerlichen hatten die staatspolitische und die Kommunisten hatten die klassenpolitische Notwendigkeit der Demokratie nicht erkannt. Die Sozialdemokratische Partei ist die einzige Partei in Deutschland gewesen, die an der großen Linie der Demokratie und des Friedens ohne Konzessionen festgehalten hat. Darum kann nur sie allein von sich sagen, daß die Grundsätze ihrer Politik ihre Prüfung vor dem Richterstuhl der Geschichte bestanden haben. Alle anderen Richtungen in Deutschland sind mehr oder weniger schuld an dem Aufkommen des Nazismus, haben entweder seine geistigen und politischen Grundlagen oder seine praktischen und taktischen Voraussetzungen geschaffen. Neben der Sozialdemokratie käme als Partei der Abwehr nur noch das Zentrum in Frage ... Wenn die Sozialdemokratie jetzt den Anspruch auf die Führung beim Neubau des deutschen Staatswesens erhebt, dann tut sie das nicht aus einem selbstsüchtigen Parteimotiv. Sie denkt nicht daran, auch nur den Versuch zu machen, andere unbelastete und aufbauwillige Kräfte in Deutschland von dem Recht auf Mitgestaltung auszuschließen.“ (Kurt Schumacher: Konsequenzen deutscher Politik, S. 22-24)

Neben der Leistung des Wiederaufbaus kann die Sozialdemokratische Partei in dieser zweiten deutschen Republik eine große politische Leistung für sich verbuchen, und dies ist die Vertragspolitik mit der Sowjetunion, mit Polen, der Tschechoslowakei und schließlich die Milderung der Folgen der deut-

schen Teilung für die betroffenen Menschen. Was immer man im einzelnen an diesen Verträgen kritisieren mag, sie waren historisch notwendig, beglichen sie doch den noch ausstehenden Teil der Kriegsschuld der Nationalsozialisten, und sie waren ein Symbol unseres Willens zur Verständigung. Denn Freiheit gedeiht nur bei innerem und äußerem Frieden. Das Bild jenes Repräsentanten des anderen Deutschland sollte in unserem Gedächtnis bleiben, das Bild Willy Brandts, als er 1970 in Warschau am Denkmal des Ghetto-Aufstandes von 1943 niederkniete, eine Geste, die weltweit verstanden wurde als Achtung und Respekt vor den Millionen Opfern der nazistischen Ostlandpolitik und des antisemitischen Ausrottungsfeldzuges der Nationalsozialisten. Es blieb einigen Unionspolitikern und ihnen verbundenen Journalisten vorbehalten, diese staatspolitisch wichtige Geste zu verunglimpfen und zu verdächtigen.

#### IV.

Herbert Wehner hat 1963 in seiner Rede in Neuwied eine Feststellung oder besser: eine Grunderkenntnis von August Bebel aufgenommen, die dieser nach dem Sozialistengesetz formuliert hat, nämlich, „daß das wichtigste Recht der Arbeiter das Recht sei, sich in eigenen, freien Organisationen zusammenzuschließen und durch eigene, freie Organisationen zu wirken. Eine Erkenntnis, die auch heute noch richtig ist und die diejenigen, die älter geworden sind, denen die nachrücken und die dann neben uns stehen und uns schließlich dann bald überrunden, als wichtigste Erfahrung vermitteln müssen. Denn wenn die schaffenden Menschen vergessen würden, daß ihr wichtigstes Recht das Recht ist, sich in eigenen, freien Organisationen zusammenzuschließen, um durch sie zu wirken, dann würde – ohne daß sie es zunächst wüßten, woher es kommt – ein Recht nach dem anderen, dann würden Rechte, die durch dieses Recht überhaupt erst durchgesetzt werden konnten, verdorren, verwelken, abfallen. Das müssen wir den Jüngeren zu verstehen helfen, weil es in der Natur der Menschen liegt, das, was sie vorfinden, sozusagen als selbstverständlich anzusehen und noch nicht von Anfang an zu begreifen, unter wieviel Entbehrungen, mit wieviel Kraftaufwand und auch häufig mit wieviel Darben und Trotz es den anderen von unseren Vorgängern, von den Generationen vor uns, abgerungen werden mußte. Es ist nie etwas geschenkt worden in diesem Ringen um das Durchsetzen des Anspruchs auf staatsbürgerliche Gleichheit.“ (Herbert Wehner, a.a.O., S. 303)

Das Recht jedes Menschen, jedes Staatsbürgers, sich zu entscheiden, für welche politische Partei und damit für welche Lösungsentwürfe gesellschaftlicher Probleme auch immer, dieses Recht hat die Sozialdemokratische Partei, als sie es sich erkämpfte, für jedermann erkämpft. Die Sozialdemokratische Partei kann stolz darauf sein, daß sie es abgelehnt hat, ihre politischen Feinde einzukerkern, zu verfolgen und mundtot zu machen. Unter der politischen Verantwortung der SPD wurde niemals ein Konzentrationslager gebaut. Auf dem ersten Parteitag der SPD in Hannover 1946 beschrieb Kurt Schumacher den Zusammenhang von innerparteilichem Organisationsprinzip der SPD und der Demokratie, ein Grundsatz, der bis heute für uns Gültigkeit hat: „Die Demokratie ist für alle Schaffenden die beste Form ihres politischen Kampfes. Sie ist für uns als Sozialisten ebenso eine sittliche wie eine machtpolitische Notwendigkeit. Die Sozialdemokratie will die freiwillige Gefolgschaft aus eigener Erkenntnis und mit dem Recht der Kritik ihrer Anhänger.“ (Zit. n. Hermann Weber: Das Prinzip links, Dokument 95, Hannover 1973, S. 217). Es war jener Respekt vor den eigenen Grundsätzen und Überzeugungen, nämlich der demokratischen Selbstbestimmung der Arbeitenden, an der 1945 eine sozialistische Einheitspartei in Deutschland unter Einfluß der Kommunisten scheiterte.

Es ist dies das in unserer Partei nicht zu vergessende Verdienst Kurt Schumachers, diesen sozialdemokratischen Kampf um die Selbstbehauptung der Partei, damit Demokratie gesamtstaatlich möglich werde, gewonnen zu haben. In aller Klarheit hat er am 6. Mai 1945 auf der Gründungsversammlung des Ortsvereins Hannover im ersten Nachkriegsdokument der deutschen Sozialdemokratie folgende Einsicht formuliert: „Die Trennungslinie ist dadurch gezogen, daß die Kommunisten fest an eine einzige der großen Siegermächte und damit an Rußland als Staat und an seine außenpolitischen Ziele gebunden sind. Wir demokratischen Sozialisten dagegen gehen nicht von der Auffassung ab, daß wir uns nach den politischen und sozialen Notwendigkeiten der deutschen arbeitenden Klassen zu richten und von diesem Standpunkt aus die internationale Zusammenarbeit mit allen Arbeiterparteien der Welt zu betreiben haben, die dazu bereit sind. Wir können nicht und wollen nicht das autokratisch gehandhabte Instrument eines fremden imperialen Interesses sein.“

In diesen Gedanken kommt ein weiterer Zusammenhang des sozialdemokratischen Kampfes um die Freiheit in Deutschland zum Ausdruck, der der nationalen Selbstbestimmung und der Freiheit unse-

res Volkes, demokratisch über seine Zukunft zu entscheiden. Die Behauptung der politischen Freiheit hat die Bundesrepublik Deutschland in die West-Integration geführt, und es ist die NATO und das Bündnis mit den USA, die bis auf den heutigen Tag in Europa unsere Lebensform sichert, und es war die Einsicht in die Notwendigkeit des Ausgleichs mit der Sowjetunion in Europa, ohne die es keine dauerhafte Friedensordnung geben wird, die sozialdemokratische Bundeskanzler veranlaßt haben, Friedenspolitik auch und gerade mit dem Osten zu machen.

Auch in diesem Punkt der Selbstbestimmung des deutschen Volkes nach 1945 gab es eine Übereinstimmung mit dem Selbstbehauptungswillen der SPD als Partei. Die erste Manifestation des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen war die Urabstimmung der Berliner Sozialdemokraten am 31. März 1946 darüber, ob sie sich mit der KPD zur SED vereinigen sollten oder nicht. Bekanntlich wurde die Urabstimmung in den Ostsektoren von der Besatzungsmacht verboten, während sie in den Westsektoren der Stadt stattfinden konnte. Ohne das Ja der Westberliner Sozialdemokraten zu ihrer Partei und damit zu sich selber im März 1946 hätte Richard von Weizsäcker schwerlich 1981 seinen Senat bilden können.

Der Widerstand der Sozialdemokraten gegen den Nationalsozialismus hat in unserer Partei eine andere Tatsache aus dem Gedächtnis verdrängt, die wir ebensowenig vergessen dürfen. Am 23. April 1961 wurde auf dem Gelände des ehemaligen Nazi-Konzentrationslagers Sachsenhausen in der DDR eine „nationale Mahn- und Gedenkstätte“ eingeweiht; aus diesem Anlaß erinnerte seinerzeit der SPD-Pressedienst an zweierlei: „Die Ehrung der antifaschistischen Widerstandskämpfer ist eine edle Sache, eine Verpflichtung, die allen gegeben ist, die für Freiheit, Recht und Menschenwürde eintreten.“ Aber dann erinnert der Pressedienst zum zweiten daran: „Nach 1945 wurde es noch jahrelang unter ungefähr gleichen Bedingungen weitergeführt, diesmal als KZ der Kommunisten, in das unter anderem jene Sozialdemokraten geworfen wurden, die sich der Zwangsvereinigung ihrer Partei mit der KP entgegenstellten.“ Ungezählte wurden zur Flucht aus der SBZ und der späteren DDR genötigt. Tausende wurden verhaftet, und (wie es in einem Brief des Freundeskreises ehemaliger politischer Häftlinge aus den Reihen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von 1971 an das Zentralkomitee der SED heißt) mehr als 5000 Mitglieder und Funktionäre waren lange Jahre in Haft, über 400 von ihnen sind dabei

# Neu Frühjahr 1982



## Jetzt lieferbar

### **Widerstand und Exil der deutschen Arbeiterbewegung 1933-1945**

Grundlagen, Materialien  
und Seminarmodelle für  
die Erwachsenenbil-  
dung

Mit Beiträgen von  
Manfred Geis, Margrit  
Grubmüller, Ulrich  
Henke, Susanne Miller,  
Detlev Peukert, Horst  
Schmidt, Klaus  
Schönhoven und  
Ulrich Schüren

788 S. Brosch. 48,- DM

Nach einer langen  
Phase der einseitigen  
Konzentration auf den  
„bürgerlichen“ Wider-  
stand (Beispiel: 20. Juli)  
hat sich die Forschung  
seit Jahren zunehmend  
dem Arbeiterwiderstand  
zugewandt.

Im vorliegenden Curri-  
culum sind die Erkennt-  
nisse über diesen nach  
Zahl der Beteiligten und  
Opfer, aber auch nach  
politischer Bedeutung  
besonders wichtigen  
Teil der Widerstands-  
bewegung nun für die  
politisch-historische  
Bildung aufgearbeitet.

Die Kapitel gliedern  
sich in lernzielorien-  
tierte Zusammenfas-  
sungen, Leitfragen zu den  
Schwerpunkten, einen  
Darstellungsteil, Doku-  
mente, methodisch-  
didaktische Hinweise  
und Literaturhinweise.

### **Dov Ben-Meir Histadrut**

Die israelische  
Gewerkschaft

Mit einem Vorwort von  
Johannes Rau und  
einem Nachwort von  
Siegfried Bleicher

Hrsg. von Werner Plum  
310 S. mit 5 Abb.  
Brosch. 29,80 DM

Mit diesem Band wird  
die erste umfassende  
Darstellung der israeli-  
schen Arbeiterbewe-  
gung in deutscher  
Sprache vorgelegt. Der  
Autor schildert die Ge-  
schichte der Histadrut  
zum großen Teil aus  
eigener Anschauung  
als ihr Mitarbeiter in  
verschiedenen Funktio-  
nen. Er macht vor allem  
deutlich, daß die Hista-  
drut aufgrund ihrer an-  
deren historischen  
Wurzeln auch in der  
aktuellen Politik Israels  
eine andere, weit um-  
fassendere Rolle spielt  
als zum Beispiel euro-  
päische Gewerkschaften.

Dov Ben-Meir, 1927 in  
Polen geboren, wan-  
derte 1935 nach Israel  
aus und ist seit 1976  
Generalsekretär des  
Histadrut-Bezirks Tel  
Aviv - Jaffa und seit  
1981 Mitglied der  
Knesset.

### **Klaus Lindenberg (Hg.)**

**Lateinamerika**

Herrschaft, Gewalt und  
internationale Abhän-  
gigkeit

358 S. Brosch.  
29,80 DM

Herrschaft, Gewalt und  
internationale Abhän-  
gigkeit sind die Schlüs-  
selprobleme gegenwär-  
tiger lateinamerikani-  
scher Politik und bilden  
daher den inhaltlichen  
Schwerpunkt dieses  
Lateinamerika-Readers.  
Führende Vertreter der  
sozialwissenschaftli-  
chen Lateinamerika-  
Forschung legen hier  
eine Bestandsauf-  
nahme der Situation in  
Lateinamerika vor und  
äußern sich in Original-  
beiträgen sowohl zu  
theoretischen Fragen  
des Politikverständ-  
nisses als auch zu den  
wichtigsten Bestim-  
mungsfaktoren politi-  
scher Entwicklung.

Das Buch wendet sich  
zwar in erster Linie an  
Politikwissenschaftler,  
darüber hinaus aber  
auch an all diejenigen,  
die sich - etwa in Soli-  
daritätsaktionen - mit  
den aktuellen Konflik-  
ten dieser Region be-  
schäftigen.

### **Thomas Meyer Demokratischer Sozialismus**

Eine Einführung

(Reihe Praktische  
Demokratie). 128 S. mit  
zahlr. Schaubildern.  
Brosch. 9,80 DM

Mit Blick auf die Schu-  
len und die politische  
Erwachsenenbildung  
hat der Autor ebenso  
knapp wie umfassend  
das Selbstverständnis  
des Demokratischen  
Sozialismus heute in  
der Bundesrepublik  
skizziert.

Dabei stellt er die  
Grundwerte - Freiheit,  
Gerechtigkeit, Solidari-  
tät - in den Mittelpunkt  
und kommentiert an  
diesem Maßstab die ak-  
tuelle Programmatik und  
Politik der Sozialdemo-  
kratie. Historische Zu-  
sammenhänge bezieht  
er ein, soweit sie das  
Verständnis der aktuel-  
len Situation einer so  
traditionsreichen Bewe-  
gung erleichtern.

Umfang, Preis und vor  
allem die didaktische  
Aufbereitung des Stof-  
fes machen das Buch  
ebenso geeignet für den  
Unterricht wie für das  
einführende Selbst-  
studium.

## Verlag Neue Gesellschaft

Postfach 200 189 · 5300 Bonn 2

umgekommen. Wir Sozialdemokraten haben keinen Grund zu vergessen, daß in Deutschland unsere Partei zweimal vernichtet wurde, 1933 durch die Nationalsozialisten und 1946 in der sowjetischen Besatzungszone durch die Kommunisten.

## V.

Dieter Bossmann ließ 1976/77 in der ganzen Bundesrepublik Aufsätze schreiben mit dem Thema „Was ich über Adolf Hitler gehört habe“; die Ergebnisse waren so schlimm, daß sie internationales Aufsehen erregten. Wenn jemand auf die Idee käme, meinetwegen von den Juso-Hochschulgruppen ein Referat zu verlangen: „Was ich über Ernst Heilmann gehört habe“, so würden vermutlich vor allem leere Blätter abgegeben werden. Ernst Heilmanns Leidensweg endete 1940 im KZ Buchenwald. Der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende des preußischen Landtages blieb 1933 in Berlin, er lehnte es ab, Deutschland zu verlassen, er bekannte sich noch in der bewußt auf sich genommenen Verfolgung zu der Republik, die er unnachgiebig verteidigte, und zu der Partei, die er seit 1903 angehörte. Sein Lohn waren unaussprechliche Demütigungen. So berichtet Walter Pöfner, Autor des Tatsachenberichtes „Arztstreiber in Buchenwald“, daß „der SS-Führer Roedel zur Belustigung seiner Gäste dressierte Bluthunde auf Heilmann hetzte“ (Annelore Leber: Das Gewissen steht auf, Frankfurt 1960, S. 84).

Wenn man dann noch liest, daß beispielsweise der Landesjugendring Berlin „Stadtrundfahrten zu den Stätten der Arbeiterbewegung, des Faschismus und des Widerstandes“ veranstaltet, bei denen vor dem Reichstag nicht erwähnt wird, daß hier Philipp Scheidemann am 9. 11. 1918 die Deutsche Republik ausgerufen hat, und auch kein Wort darüber verloren wird, daß auf dem Platz der Republik vor dem Reichstag die gewaltigen Demonstrationen der Gewerkschaften und der demokratischen Parteien stattfanden, als West-Berlin mit der Blockade der Zufahrtswege durch die Sowjetunion ausgehungert werden sollte und Ernst Reuter zum Symbol dieses Kampfes um die Freiheit wurde, wenn man alles dies zusammenzieht, müssen wir uns selbstkritisch fragen, was wir in unserer Bildungspolitik falsch gemacht haben.

Wer die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und unseres Landes auch nur halbwegs unvoreingenommen betrachtet, der weiß, daß sozialdemokratische Politik und der Kampf um die Freiheit, der Kampf um die soziale und demokratische Republik, untrennbar miteinander verbunden sind. In diesem

Kampf gab es Niederlagen und mehr als eine verlorene Schlacht – die folgenreichste Niederlage war der Sieg Hitlers 1933. Wilhelm Hoegner, der kürzlich verstorbene große alte Mann der bayerischen Sozialdemokratie, hat 1937 das Ende der deutschen Sozialdemokratie und der Weimarer Republik, das er als Mitglied des Reichstages unmittelbar erlebt hat, beschrieben. Das Manuskript lag 40 Jahre in der Schublade, bevor es 1977 veröffentlicht wurde. Mit Hoegners „Flucht vor Hitler“ besitzt allein unsere Partei, soweit ich es überblicke, eine ungeschminkte und harte Selbstkritik ihres Versagens vor 1933. Hoegner beschreibt noch einmal den Hintergrund: „Aber die furchtbare Wirtschaftskrise seit 1930 rief bei den Deutschen die Erinnerung an die unendlichen Leiden der Inflation wach und ließ alle innen- und außenpolitischen Fortschritte unansehnlich, trüb und verächtlich erscheinen. Die innenpolitische Freiheit gar wurde immer mehr für nichts geachtet, als Freiheit des Blends, der Arbeitslosigkeit und des Freitodes ausgelegt. Knechtschaft mit Brot erschien jetzt vielen besser als Freiheit mit Not.“

Wilhelm Hoegner vergißt aber auch nicht das Klein-klein innerhalb der Partei zu erwähnen, das den Blick verstellte auf die Lage und die harten Entscheidungen, die sie unabweisbar von der politischen Führung der SPD forderte. Zu entschlossenen Taten konnte sich die Partei weder am 20. Juli 1932 aufraffen, als von Papen die Regierung Otto Braun in Preußen absetzte, noch wurde das Notwendige getan, um mittels einer energischen Koalitionspolitik die Hitlersche Kanzlerschaft zu verhindern. Hoegner beschreibt, wie alle politischen Kräfte damals gebannt aufeinander starrten und jeder glaubte, der andere werde die Nazis schon bremsen. Vor allem aber rechnete fast niemand mit der totalitären Entschlossenheit der Nazis, ihre politischen Gegner zu vernichten und die Republik mit Stumpf und Stiel auszurotten.

Wilhelm Hoegner bekennt sich zu seiner Mitverantwortung „für den Untergang meiner Partei. Als meine Hauptsünden bekenne ich, daß ich mich durch Rücksichten der Zuständigkeit, aus Abneigung gegen mögliche Quengeleien gewisser Parteibürokraten davon abhalten ließ, zu bürgerlichen Politikern zu gehen, ihnen die Größe der Gefahr zu schildern und mit ihnen gemeinsame Abwehrmaßnahmen zu besprechen. Nicht als ob ich mir einbilden würde, das Verhängnis hätte abgewendet werden können! Aber mein Gewissen würde ruhiger sein. So muß ich mich anklagen, mich gleich den anderen auf andere oder auf den blinden Zufall verlassen zu haben. So

darf auch der Politiker nicht handeln, der die Rolle des Glückes in der Geschichte kennt.“

Wir wissen, Geschichte wiederholt sich nicht, es sind immer andere Gefahren, die wir ebenso wie Herausforderungen zu meistern haben. Und die Antworten von gestern taugen nicht für die Krisen von heute oder morgen. Aber eines bleibt: Eine Partei, die ihre Geschichte vergißt, vergißt die Kraft, die in gesellschaftlichen Krisen Orientierung und Mut zur Gestaltung der Zukunft gibt. Denn die Fähigkeit, Hoffnung und Selbstvertrauen zu vermitteln, gründet sich außer auf Leistungen in der praktischen Politik des Tages vor allem auf die geschichtlichen Wurzeln der eigenen politischen Identität. Und hier ist der untrennbare Zusammenhang zwischen der immer neuen Selbstbehauptung der SPD als Partei und der nunmehr in ihren Händen liegenden Aufgabe, die persönlichen und politischen Freiheiten unseres Volkes zu sichern, zu bewahren und zu gestalten. Dieses ist das Vermächtnis des Freiheitskampfes deutscher Sozialdemokraten, namentlich das des sozialdemokratischen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus.



## KOMMUNAL POLITIK

### Hans-Jochen Vogel: Das Wohnquartier in der Stadterneuerung

---

*Dr. Hans-Jochen Vogel, Jahrgang 1926, ist Mitglied des SPD-Präsidiums und Vorsitzender der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus.*

---

Das folgende gibt meine Erfahrungen, nicht aber umstrittene Ansichten oder gar absolute Wahrheiten wieder. Ich bin mir durchaus bewußt, daß andere aufgrund anderer Erfahrungen zu anderen Schlußfolgerungen gelangen.

Das Problem der Stadterneuerung war für die kommunale Praxis bis Mitte der 60er Jahre kein Thema. Der Wiederaufbau und die Behebung der durch die Kriegszerstörung verursachten Wohnungsnot beherrschten den kommunalen Alltag. Die Überzeugung, man habe es auf lange Zeit mit einem stetigen Wachstum zu tun und dieses Wachstum sei auch wünschenswert, war allgemein.

Einzelne Städte begannen Anfang der 60er Jahre mit der Erarbeitung von Stadtentwicklungsplänen, die Leitvorstellungen über die bis zur Jahrhundertwende anzustrebende städtebauliche Ordnung des Gemeinwesens enthielten. Dabei richteten sich zunehmende Bedenken gegen die Hypothese der autogerechten Stadt. Diese Bedenken führten in einigen Städten zur Einrichtung leistungsfähiger Schienenschnellverkehrssysteme, zur Schaffung großer Fußgängerbereiche und zur Zusammenfügung von Wohnquartieren und Arbeitsplätzen in neuen Stadtteilen. Zur Frage der Stadterneuerung fanden sich nur allgemeine Aussagen.

Stärker in den Vordergrund rückte das Thema in der zweiten Hälfte der 60er Jahre, weil im Laufe der Zeit die sogenannten Substandard-Altbauwohnungen infolge ihres Alterungsprozesses und der steigenden Anspruchskriterien wuchsen und die großen Wohnungsbaugesellschaften das allmähliche Ende des herkömmlichen Wohnungsneubaus auf bisher nicht bebauten Freiflächen befürchteten. Eine zusätzliche Problematisierung ergab sich daraus, daß Dienstleistungsunternehmen, Banken, Versicherungen und

Wohnhäuser durch Bauten in Innenstadtrandbereichen Wohnnutzung verdrängten.

Diese Ansätze führten dazu, daß die Stadterneuerung zunächst mehr als eine Frage von Baumassen, Finanzvolumen und effektivitätssteigernden Instrumenten angesehen wurde. Unter diesen Aspekten und auch unter dem Gesichtspunkt der sogenannten Entmischung erschien die Flächenansanierung als das geeignetste Verfahren. Sie wurde als Fortsetzung des herkömmlichen Wohnungsbaus mit anderen Mitteln betrachtet. Aus den gleichen Gründen fanden die Modernisierung und die Instandsetzung zunächst geringere Aufmerksamkeit.

Im Einklang damit wurden die Sanierungsbedürftigen erst relativ spät entdeckt. Man war aus der Nachkriegszeit die Dankbarkeit und Anspruchslosigkeit derer gewohnt, die infolge der damaligen elementaren Wohnungsnot jede neue Wohnung für ein Geschenk hielten, und glaubte, Bewohner von Altbauwohnungen, denen man eine Neubauwohnung anbot, würden ebenso reagieren. Gleichzeitig unterschätzte man den Stellenwert des Sozialgeflechtes in den Altbaubereichen und den Stellenwert des vertrauten baulichen Erscheinungsbildes für die Wohnbezirks- und die Stadtidentität und die Möglichkeit, sich mit Wohnbezirk und Stadt zu identifizieren. Auch blieben die Mitwirkungsmöglichkeiten der Betroffenen lange unbefriedigend. Sie gerieten gerade auch dadurch in die Rolle von Bedrängten, die sich anderen Interessen fügen sollten, während sie eigentlich hätten diejenigen sein müssen, die ihrerseits auf eine Verbesserung ihrer Wohnverhältnisse drängten.

Andere allgemeine Ursachen traten hinzu. So z. B.

- irriige Annahmen über die Wohnbedürfnisse der Wohnungssuchenden und deren rasche Veränderung. So etwa auch über die Wohnbedürfnisse der ausländischen Mitbürger und der jungen Generation und über das Entstehen neuer Lebens- und Wohnformen;
- Meinungsverschiedenheiten über die Bedeutung des Wohnumfeldes und über seine richtige Gestaltung im Rahmen der Stadterneuerung;
- die Mängel unseres Bodenrechts. Das Bodeneigentum ist unverändert mit ungerechtfertigten Privilegien ausgestattet, die eine vernünftige Stadtentwicklung über Gebühr erschweren;
- die Mängel unseres Steuer- und Subventionsrechtes, das bei Sanierungen und Modernisierungen zu sehr auf die Interessen der Geldanleger und zu wenig darauf abstellt, ob die sich nach Durchfüh-

rung der jeweiligen Maßnahmen ergebenden Mieten für die Betroffenen tragbar sind;

- die unzureichende Synchronisation der Förderung der Wohnungserneuerung und der Erneuerung der Infrastruktur im Wohnumfeld;
- die Überschätzung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Gemeinschaft. Die Kostenmiete pro neugebaute Sozialwohnung stieg innerhalb der letzten zehn Jahre im Bundesdurchschnitt von ca 6,65 auf 16,- DM pro Quadratmeter. Damit konnten die öffentlichen Haushalte nicht Schritt halten.

Diese Faktoren bewirkten, daß die Ergebnisse der Stadterneuerung in vielen Fällen den Erwartungen nicht entsprachen und daß der Stadterneuerungsprozeß teilweise überhaupt nicht zum Stillstand kam. Die äußeren Kennzeichen dieses Zustandes sind unter anderem:

- die Verdrängung der Ursprungsbevölkerung,
- die Ersetzung gewachsener alter durch künstlich erscheinende neue Substanz,
- ein Mangel an Vielfalt,
- ein wachsender Widerstand der Betroffenen,
- ein wachsender Koordinierungsbedarf durch Korrektur- und Ergänzungsprogramme,
- die Verlängerung der Planungs- und Finanzierungsverfahren,
- häufige Planungsänderungen,
- sinkende Neubauzahlen und eine zunehmende Zahl von leerstehenden Wohnungen.

Die Hausbesetzungen haben den krisenhaften Zustand des Stadterneuerungsprozesses in das allgemeine Bewußtsein gehoben und den Druck zur Behebung der aufgetretenen Mängel verstärkt. Es handelt sich dabei um eine Erscheinungsform eines viel umfassenderen Protestes gegen Auswüchse des ökonomischen Prinzips, bei dem die von der Protestbewegung gestellten Fragen noch mehr Aufmerksamkeit verdienen als ihre zum Teil widersprüchlichen und auch unpolitischen Antworten. Die Herausforderungen dieser Protestbewegung muß die Politik annehmen. Die Polizei hat nur die Aufgabe, das staatliche Gewaltmonopol zu verteidigen, nicht aber politische Defizite auszugleichen.

Die - zum Teil schon eingeleiteten - Korrekturen der bisherigen Stadterneuerungspolitik sollten sich auf folgende Punkte konzentrieren:

- Umkehr der Prioritäten: Instandsetzung vor Modernisierung, Modernisierung vor Abriß und Neubau;
- Übergang zu kleineren Planungs- und Durchführungseinheiten: Dezentralisierung der Wohnungs-

baugesellschaften;

- mehr Spielraum für Eigeninitiative, Selbsterhaltung und genossenschaftliche Aktivitäten;
- Wiederaufnahme konkreter Vorschläge zur Reform des Bodenrechts, insbesondere zur Abschöpfung leistungsloser Bodenwertsteigerungen;
- Verhinderung von Luxusmodernisierung und primär an der Erlangung maximaler steuerlicher Vorteile orientierter Neubauaktivitäten;
- Abbau des Programm- und Vorschriftenwirrwarrs.

Alles das ist wichtig, aber es ist noch nicht der Kern der Sache. Der Kern der Sache ist die Frage nach dem Maßstab und die Frage nach unserem Stadtverständnis. Denn Konzepte für die Stadterneuerung setzen Beurteilungsmaßstäbe voraus, die letzten Endes nur aus den Vorstellungen abgeleitet werden können, die der Beurteilende vom Wesen und der Würde des Menschen, vom Sinn des menschlichen Daseins und von der richtigen Ordnung der menschlichen Gesellschaft besitzt. Man kann sich an diesen Fragen nicht vorbeizwängen oder sie ins Unbewußte verdrängen und sich mit technischen, quantitativen Antworten zufrieden geben. Städte sind steingewordene Gesellschaftspolitik. Aus den Grundrissen, aus der Struktur der Städte kann man Wertordnungen ablesen. Vielleicht nicht die, die zur Zeit ihrer Errichtung in den Verfassungs-urkunden aufgeschrieben waren und in Feierstunden gepriesen wurden, aber jedenfalls die, die tatsächlich praktiziert worden sind. Ich bin nicht sicher, was künftige Generationen aus dem Städtebau der letzten 20, 30 Jahre in unseren Metropolen – und nicht nur dort – ablesen werden. Aber für die Stadt des Jahres 2000 – und von diesem Zeitpunkt trennen uns nur noch 18 Jahre – brauchen wir die Maßstäbe jetzt.

Was soll Vorrang haben? Der Mensch und die Entwicklung seiner Persönlichkeit oder die Optimierung der Bodenrente? Die Vielfalt der Landschaft,

Bebauung privater und öffentlicher Funktion oder einförmiger Stadtbrei? Die flächenfressende Straße oder die flächensparende Schiene? Die verkehrsberuhigte Fläche, in der Fußgänger und Kinder Vorrang haben, oder die als Durchfahrtsweg fehlgenutzte Wohnstraße, die zugleich noch mit parkenden Fahrzeugen verstopft ist? Die nach einem gemeinsamen Willen gestaltete Stadt oder die Addition vieler, in sich vielleicht sogar schlüssiger Zufälligkeiten? Die Stadt als Persönlichkeit oder die perfekte, aber anonyme und beliebig austauschbare Stadtmaschine?

Hier liegt der Kern unserer gemeinsamen Sache. Und hier müssen wir uns Rechenschaft über die Ziele ablegen, die unsere Gesellschaft nicht in Sonntagsreden oder bei Festakten, sondern in der Realität verfolgt. Rechenschaft vor allem über die Beurteilungsmaßstäbe, nach denen die einzelnen Gruppen und Verbände in der Realität des täglichen Lebens über falsch und richtig, gut und schlecht entscheiden. Sind das in der Wirklichkeit des Lebens tatsächlich die Wertvorstellungen unserer Verfassung oder die Grundwerte, denen wir uns nach dem Wortlaut fast aller Parteilprogramme verpflichtet fühlen? Ich zweifle daran. Adorno schreibt dazu in seinen *Minima Moralia*: „Die naiv unterstellte Eindeutigkeit der Entwicklungstendenz auf Steigerung der Produktion ist selber ein Stück jener Bürgerlichkeit, die Entwicklung nach einer Richtung nur zuläßt, weil sie von der Quantifizierung beherrscht, der qualitativen Differenz feindlich ist. Vielleicht wird die wahre Gesellschaft dieser Entfaltung überdrüssig und läßt aus Freiheit Möglichkeiten ungenutzt, anstatt unter irrem Zwang auf fremde Sterne einzustürmen.“ Meine Erfahrung spricht dafür, daß wir uns nicht nur mit einer Vielzahl noch so wichtiger Details, sondern mit diesen grundsätzlichen Fragen auseinandersetzen und nach den Folgerungen suchen sollten, die sich daraus für unsere Städte ergeben.



## **Michael Müller/Paul Saatkamp: Das „Irrenhaus“ wird nicht mehr akzeptiert Situation der Jugend und Identität der Partei**

*Michael Müller, Jahrgang 1948, ist Vorsitzender des Jugendwohlfahrtsausschusses der Stadt Düsseldorf und Geschäftsführer der SPD-Ratsfraktion. Von 1973–1978 war er stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungsozialisten in der SPD.*

*Paul Saatkamp, Jahrgang 1935, ist Direktor des Jugendamtes Düsseldorf, Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt Niederrhein, Mitglied des Bundesvorstandes der AWO, Vorsitzender des Fachausschusses der AWO, Mitglied des Bundesjugendkuratoriums und Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe.*

In der „Stellungnahme“ zu der Gedenkrede des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt für Willi Eichler in NG 12/81, hat der stellvertretende Vorsitzende der Grundwertekommission, Richard Löwenthal, eine Einschätzung zur aktuellen Situation der SPD, ihrer sozialen und programmatischen Identität und zur Zukunft der Partei gegeben. Dabei zieht der Autor seine Schlußfolgerungen aus Erscheinungsformen, die zum Teil den Jugendprotest ausmachen, und konstatiert daraus eine harte Scheidelinie zwischen sogenannten „Aussteigern“ und den programmatischen und organisatorischen Aufgaben für die SPD als aufgeklärte Organisation zur Humanisierung der arbeitsteiligen Industriegesellschaft. Nach Löwenthal sind sich vermeintlich ausschließende Positionen und Interessen zwischen den „Aussteigern“ und der Masse der Berufstätigen aller Art das Hauptproblem für die Identitätsfindung der SPD.

In eklatanter Weise vernachlässigt der Autor wesentliche Fakten, die die heutigen Probleme in der Standortbestimmung der SPD und der Einschätzung des Jugendprotestes ausmachen:

- Das Scheitern des vorherrschenden Politikmodells ist offenkundig, es stößt an ökonomische und ökologische Grenzen.

- Der Widerspruch zwischen programmatischem Anspruch und praktischer Erfahrung mit sozialdemokratisch verantworteter Politik ist vielfach erfahrbar und ist gerade auch innerhalb der Partei Ursache vieler Probleme.
- Die völlige Fehlinterpretation der sicherlich bisweilen problematischen Erscheinungsformen des Jugendprotestes als ein generelles „Aussteigertum“.

Es ist fatal, wenn einige Erscheinungsformen ohne umfassende Analyse und Wertung ihrer Ursachen und Zusammenhänge als Begründung für eine parteipolitische Strategie dienen, die faktisch zur Abnabelung der SPD von der aktiven Jugend und damit auch von einer entscheidenden Wählergruppe führt. Damit werden leider nur allzu gängige Vorurteile verstärkt, ohne daß die Partei zur notwendigen selbstkritischen Aufarbeitung kommt. Es ist deshalb notwendig, Ursachen und Motive des Jugendprotestes herauszuarbeiten, um von daher Schlußfolgerungen für die Arbeit der Partei zu ziehen.

Obwohl die heutige Jugendgeneration ein sehr breites Spektrum an sozialen und kulturellen Formen und unterschiedliche Erscheinungsbilder bietet, wird oft verallgemeinend von einer „Krise der Jugend“ gesprochen. Auch wenn der Begriff „Krise“ eine Frage des Standortes ist, so ist es dennoch berechtigt, von der Jugend insgesamt zu sprechen, weil hinter der Fülle der Erscheinungsformen des Jugendprotestes bei allen Unterschieden im einzelnen eine wesentliche Grundströmung sichtbar wird. Die aktuellen Probleme und die Entwicklungstendenzen unserer Gesellschaft, die sich aus dem beschleunigten Vergesellschaftungsprozeß, der Zentralisierung der Güterproduktion, der Verdinglichung der Lebenswelten, der Verallgemeinerung und Gleichschaltung von Deutungsmustern und einem grundlegenden Wandel der kulturellen Werte ergeben, werden von der Jugend besonders deutlich gesehen und als dringend veränderungsbedürftig empfunden. Das Verhältnis des Menschen zu sich selbst, zur Gesellschaft und zur Natur ist tiefgehend gestört. Dies erzeugt zum einen existenzielle Angst, Zukunftsangst, und führt zum anderen zu einer Suchbewegung nach anderen Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Dies hat nichts mit „Endzeitstimmung“ oder „Aussteigen aus der Verantwortung“ zu tun, vielmehr stellt sich die Frage, welche politische Organisation humane Alternativen zeigt und durch ihre praktische Politik glaubhaft angeht. Wo die gewachsenen Wertbezüge der Menschen durch die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen

infrage gestellt und verdrängt werden, kommt dem Verhalten der Jugend besondere Bedeutung zu. Denn sie markiert heute die Schnittstelle der gesellschaftlichen Gegenwart mit der Weichenstellung für die Zukunft. Somit finden die Problemstellungen unserer Gesellschaft in dem Verhalten der Jugend ihren spektakulären Ausdruck. Es ist gleichzeitig auch Ausdruck der Veränderungen.

Die Probleme des sozialen Organismus unserer Gesellschaft dürfen nicht allein in der Momentaufnahme spektakulärer Erscheinungsformen gesehen werden. Denn auch die sich herausbildende Gegenbewegung ist über Jahre gewachsen und hat sich aus dem Zusammenhang einer längeren Entwicklung gebildet. Gemeint ist die übergreifende gesellschaftliche Tendenz einer zerstörerischen Produktionsweise, die die sozialen Funktionen des Menschen und der Natur unterordnet und bedroht. Dieser „Exterminismus“ der Industriegesellschaft ist eine vorherrschende Tendenz unserer Zeit. Sie wird in allen gesellschaftlichen Bereichen deutlich: In dem irrealen weltweiten Wetttrüben, in der ungezügelter Entfaltung des Energiezuwachses, in der Zerstörung natürlicher Zusammenhänge, in der Versiegelung der Erdoberfläche, in der Isolierung der Menschen und in der Entwertung schöpferischer Arbeit.

Auch wenn die Gegenbewegung bislang nur in einzelnen Aktionen und Teilbereichen auftritt, so darf sie nicht isoliert oder als bornierte Einpunktbewegung gesehen werden. Sie wird im zunehmenden Maße bestimmt und zusammengehalten von einer fundamentalen Kritik einer Gefährdung der menschlichen Natur. Es geht nicht mehr „nur“ um eine Kritik an der Formbestimmtheit der gesellschaftlichen Ordnung, sondern um eine Gegenposition zu der übergeordneten Entwicklungstendenz der Selbstzerstörung der hochentwickelten kapitalistischen Industriesysteme. Für die Jugend stellt sich die Frage der Emanzipation des Menschen umfassender als in der ökonomischen Kritik einer „abstrakten“ und „entfremdeten“ Lohnarbeit. Sie reagiert hierauf ohne eine fertige Erklärung mit praktischer Kritik in verschiedenen Aktionsfeldern. Es ist die Suche nach dem Sinn und dem Selbst des menschlichen Lebens, um das – wie Erich Fromm es nennt – „weltumspannende Irrenhaus“ zu beseitigen, in dem Vernichtung der Menschen durch Atomwaffen: „Verteidigung“, Zerstörung der Lebensumwelt: „Wachstum“ und Arbeitslosigkeit: „technologischer Fortschritt“ heißt. Den Trägern dieses politischen Systems und ihren verteidigenden Erklärungsmustern begegnet die Jugend mit zunehmendem Mißtrauen und

Ablehnung. Die Spielregeln und Sachzwänge des „Irrenhauses“ werden nicht mehr akzeptiert. Dieses Verständnis darf nicht – wie es oft von konservativer Seite geschieht – mit sogenannter Technikfeindlichkeit oder – wie es Löwenthal tut – mit totalem Rückzug aus der arbeitsteiligen Industriegesellschaft gleichgesetzt werden, denn die Kritik an den Fehlentwicklungen des Industriesystems und Forderungen nach alternativer, sozial und human ausgerichteter Produktivkraftentfaltung ist berechtigt.

Die heutige Jugend hat nicht die vornehmliche Erfahrung der Knappheit und des großen Mangels an materiellen Gütern gemacht. Sie leidet an einem „neuen Mangel“, weil der sogenannte Fortschritt gesellschaftlich zerstörerisch zu werden beginnt, die sozialen Entfaltungschancen abbaut und zu einer Einengung von Lebensfreude und Zukunftshoffnungen führt.

Es lassen sich bei dieser Grundtendenz 4 Bereiche der Krisenerscheinungen feststellen:

1. *kulturelle/psychische,*
2. *nationale/historische,*
3. *ökonomische/ökologische und*
4. *militärische/politische Krisendimensionen.*

Schwerwiegend sind die *kulturell/psychischen Krisenerscheinungen*, die besonders in einem Mangel an sozialen Beziehungen und solidarischem Konsens in unserer Gesellschaft ihren Ausdruck finden. Der Einzelne wird von zwei entgegengesetzten Tendenzen betroffen. Zum einen wird er von der Verdinglichung in Waren, Medien, Organisationsformen und geteilten Arbeitsfunktionen bedroht und zum anderen wird er durch eine Vergesellschaftungstendenz der Lebensbeziehungen gleichgeschaltet und entwertet. So muß er beispielsweise einerseits am Arbeitsplatz wie ein Rädchen funktionieren, seine Beziehungen zu Gesellschaft und Staat werden anonymer und bürokratischer, andererseits wird ihm in seiner vermarkteten Freizeit das Leben als breite Auswahl und als Genuß von Waren- und Dienstleistungsangeboten hingestellt.

Die bürokratische und allumfassende Warengesellschaft kann aber wesentliche Lebensinhalte – wie Intensität, Beziehungen, Liebe, soziale Verantwortung – nicht geben und bedroht diese Werte. Die Versorgung von Dienstleistungen und Waren hat sich immer stärker auf alle Lebensbereiche erweitert, ohne daß sie tatsächlich humane und soziale Erlebnis- und Entfaltungsmöglichkeiten gibt. Andererseits steigen Druck und Belastungen in der zerteilten Arbeitswelt und machen den Ausgleich in einer verplanten, reglementierten und kontrollierten Alltags-

welt immer weniger möglich. Ausbruchversuche sind da nur allzu folgerichtig.

### Kulturbruch

Hinzu kommt der Sinnverfall traditioneller kultureller Symbole und Werte, der sowohl in der Vermarktung und Bürokratisierung der großen bürgerlichen Kulturapparate, im Zerfall der Sozialstrukturen wie auch in der unkritischen Übernahme oder totalen Ablehnung kultureller Muster und Werte der unaufgearbeiteten eigenen Vergangenheit seine Ursache hat.

Der Kulturbruch wird bei der Jugend durch das Zusammentreffen der begründeten Kritik an den historisch gewachsenen kulturellen Traditionen und durch den Zweifel an der Gültigkeit der vorherrschenden Wertmuster (z. B. Konsum, Fortschritt, Leistungsbegriff) verschärft. Es entsteht – wie Peter Glotz es nennt – eine zweite Kultur, die in der Gesellschaft neben dem traditionellen Kulturverständnis entsteht. Vor allem Jugendliche suchen ihr eigenes Leben und ihre eigene Kultur. Die Quellen des kulturellen Erfindungsprozesses reichen von kollektiven Märgen, über Einflüsse fremder Kulturen bis zur Umsetzung der Wünsche und Sehnsüchte der eigenen Kindheit.

Es gibt aber nicht nur diese Zurückbesinnung auf einen stärker narzißtisch geprägten Sozialcharakter, die kulturelle Verunsicherung kann auch zu einem gefährlichen Verlangen nach „Autoritätsstrukturen“ in bestimmten religiösen Gruppen oder politischen Vereinigungen führen. Diese psychische, soziale und kulturelle Entwurzelung läßt sich nicht durch Erlaß, Polizeimaßnahmen oder „von oben“ lösen.

Die gesellschaftlichen Probleme haben auch eine *nationale/historische Krisendimension*, die mit dem vorigen Bereich eng verbunden ist. Die unverarbeitete eigene Vergangenheit, von der die Jüngeren entweder wenig wissen oder die von den Älteren verdrängt wird, hat verschiedene, auch aktuelle Auswirkungen.

Die eigene nationale, geschichtliche Tradition, die Werte des Bürgertums, besonders auch der Arbeiterschaft, die Gründe für die Spaltung Deutschlands sind in der Nachkriegszeit der Bundesrepublik verdrängt und kaum vermittelt worden. So fehlen z. B. Erfahrungen und Einschätzungen ebenso über antifaschistische Strömungen wie über die Aufbauleistung im Nachkriegsdeutschland. Gerade aber diese Erfahrungen wären heute wichtig. Außerdem erweist sich das Fehlen einer demokratischen nationalen und europäischen Identität bei der zunehmend weltweiten

Polarität zwischen den beiden vielfach moralisch diskreditierten Supermächten USA und UdSSR für die eigene Interessenbestimmung als problematisch.

Der Bericht „Global 2000“, der die Zukunftsperspektiven verschiedener Fachrichtungen zusammenfaßt, die Aussagen des Clubs of Rome, die zunehmenden Nord-Süd-Spannungen, weltweite Verteilungsgerechtigkeiten, die ungezügelter Rohstoffausbeutung, die Vernichtung ökologischer Kreisläufe, die Auswirkungen der technologischen Entwicklung auf die Arbeitsplatzbedingungen und das demokratische Gemeinwesen, die Gefahren der Energiesteigerungen und die weltweite Wachstumskrise sind Stichworte für die *ökologisch-ökonomische Krise*, die radikales Umdenken erforderlich macht. Die SPD – ebenso wie die Gewerkschaften – programmatische Aussagen zu einem qualitativen Wachstum gemacht, die weitgehend Papier geblieben sind. Besonders aber die Jugend ist bereit, völlig neue Wege zu gehen und lehnt die traditionellen Politikkonzepte ab. Sie setzt für die Lösung der Fragen nicht ihre Hoffnung stellvertretend auf politische Organisationen, sondern ist bereit, Initiativen zu ergreifen und sich selbst einzubringen. Durch die geringer werdenden sozialen Integrationsmöglichkeiten und bei einem Abbau sozial-staatlicher Ausgleichleistungen wird sich diese Reaktion auf die Krisenerscheinung weiter verstärken. Aus dieser Haltung bei kritischer Selbstbetrachtung der eigenen Politik ein generelles „Aussteigertum“ zu unterstellen, ist weit gefehlt.

Der *militärische Unsinn* einer ständig wachsenden atomaren Rüstung mit mehrfacher Vernichtungskraft des gesamten Erdballs und die Beschleunigung des Rüstungswettlaufs, der heute bereits, wo die Kriege „vorbereitet“ werden, gigantische Summen an menschlichen und materiellen Ressourcen verschlingt, ist für die Jugend nicht mehr einsichtig. Sie will die Sicherung des Friedens nicht militärstrategischen Überlegungen überlassen, sondern fordert eine Durchbrechung der Kette von Vor- und Nachrüstung, die die Gefahr der Selbstvernichtung eines großen Teils der Menschheit ständig erhöht.

Auch der zunehmend ritualisierte und zentralisierte Ablauf von politischer Willensbildung und Entscheidung, die Unterordnung unter die „Sachzwänge“; die Entleerung der „öffentlichen Sprache“ und der Funktionsverlust der Parlamente bedingen bei großen Teilen der Jugend die Ablehnung der Parteien. Die Vorwürfe gehen von Funktionärstum über Karriereverfall bis hin zur Klage über die Mut- und Phantasielosigkeit der Politik bei der Durchbrechung sogenannter Sachzwänge. Besonders stark ist die Kri-

tik gegenüber der SPD, weil mit deren programmatischen Ansätzen und Zielen viel Sympathie verbunden war. Aber der Widerspruch zur praktischen Politik, die vielfach nur als Sachverwalter der ökonomischen Zwänge fungiert und jetzt auch noch ihre soziale Ausgleichsfunktion abbaut, ist offenkundig und enttäuschend. Von daher wird die Suche nach neuen Wegen auch auf die Träger der Politik selbst erweitert.

Diese Entleerung der Politik kann auch nicht durch appellierende Forderung nach starker Organisation, Solidarität und Toleranz und nach Geschlossenheit beseitigt werden, wie beispielsweise Anke Fuchs auf dem Eichler-Symposium meinte (s. NG 12/81). Der Konflikt sitzt tiefer, denn es geht konkret um die Politik selbst, nicht um die Prinzipien ihrer Vertretung und Durchsetzung.

Die Jugend befindet sich in einer Suchsituation. Diese Suchbewegung zielt auf eine sinnvolle, selbstbestimmte Arbeit, die einen kooperativen Charakter hat, sinnvolle Produkte erzeugt und zugleich eine Suche nach einem anderen sozialen Umgang der Menschen untereinander und mit der Natur ist. Diese Suchbewegung schließt Scheitern und Neuanfänge ein, sie erfordert Mut und Verständnis. Die Jugend stellt nicht aus einem fertigen Theorieverständnis heraus die Gesellschaft infrage, sie will vor allem Freiräume haben und bei ihrer Suche in Ruhe gelassen werden. Sie verteidigt nicht dieses oder jenes symbolisch besetzte Gelände oder Haus, sie verteidigt vielmehr ihr Experiment und leistet damit Widerstand gegen die fortschreitende Bedrohung der Lebenswelt.

Wer dieses Verhalten als ein generelles Aussteigen aus unserer Gesellschaft interpretiert, irrt: Vielmehr werden aus einem sehr (sozial-)reformerischen Verständnis heraus neue, verallgemeinerungsfähige Lebensmodelle gesucht, die mehr Gemeinsinn, Humanität und Lebensinhalt erfüllen. Gerade wir Sozialdemokraten sollten diese Entwicklung zu undogmatischer sozialistischer Theorie und Praxis nicht ausgrenzen, sondern als hoffnungsvolle Chance für eine breite Reformbewegung sehen. Anders als bei der mehr studentisch geprägten Jugend der 60er und frühen 70er Jahre zählen breite Theorieansätze und deren gesellschaftspolitische Ableitung wenig. Was gefragt ist, ist die Bereitschaft zur Aktion gegen eine Entwicklung, die betroffen macht und Gegenwehr herausfordert. Dabei gehen die Artikulationsformen von witzigen Comics über doppelt negierende Widersprüche bis hin zum Einsatz körperlicher Gewalt als radikalster Form der Gegensprache.

Diese durch Sprache und durch radikale Aktion zum Ausdruck gebrachte Ablehnung der vorherrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse ist fast immer verbunden mit einem sehr reformistischen Verständnis für die Entwicklung alternativer Lebenszusammenhänge. So steht vielfach direkt neben der aggressiven Zerstörung der Symbole der Gesellschaft die praktische soziale Hilfe in der Nachbarschaft und für sozialschwache Gruppen. Es gibt kein Verständnis von egoistischer Interessendurchsetzung. Die aktiven Träger dieser neuen „Jugendbewegung“ setzen sich vor allem aus folgenden Gruppen zusammen:

- Jugendliche, die eine Vielzahl von persönlichen Problemen haben, z. B. keinen Schulabschluß, Probleme mit den Eltern, keinen Job;
- Jugendliche aus gutbürgerlichen Familien, die aber mit Problemen nicht fertig werden und keine sozialen Bindungen erfahren haben;
- moralisch und ethisch sehr kritisch engagierte Gruppen, vielfach aus dem kirchlichen Bereich;
- Engagierte, die aus politischen Alternativen, wie den Grünen oder Bürgerinitiativen kommen;
- Einzelkämpfer in den traditionellen Jugendverbänden, die ihren Verband verändern wollen.

Diese Jugendlichen kann man nicht durch einzelne Aktionen parteipolitisch vereinnahmen. Ebenso wenig zählt ein opportunistisches Hinterherlaufen. Gefragt sind vielmehr

- Glaubwürdigkeit in der praktischen Politik;
- Toleranz und Offenheit gegenüber Versuchen alternativer Lebensweisen und
- Gesprächsbereitschaft zu den Jugendlichen und Ernstnehmen ihrer Fragestellungen.

Die SPD muß dabei sehen, daß ein Auffangen und Integrieren der Jugendlichen durch spätere, halbherzige Kompromisse nicht mehr möglich ist. Die Distanz zu allen Parteien wächst und gefährdet besonders bei der SPD mittelfristig die Regierungsfähigkeit. Auch wenn diese Gruppen immer weniger in traditionellen parteipolitischen Organisationsüberlegungen denken und vorrangig die Sachauseinandersetzung sehen, so wachsen und verfestigen sich doch auch alternative organisationspolitische Forderungen.

*Es wird Zeit, daß die SPD eine selbstkritische jugendpolitische Bilanz zieht.* Dabei haben wir u. a. festzuhalten, daß

- der vielgepriesene „Dialog mit der Jugend“ sich bisher in Phrasen erschöpfte, um jetzt in Kürzungen der finanziellen Mittel für die Jugend zu enden;
- die überfällige Reform des Jugendhilferechts nach

- 10jähriger halbherziger Diskussion gescheitert ist; das Jugendbildungsgesetz nach 10jähriger Ankündigung nicht verwirklicht wurde;
- 250 000 registrierte arbeitslose Jugendliche (real etwa 450 000) hingenommen werden;
- der Anteil der Arbeiterkinder bei den Studenten seit 1975 (20%) jährlich um 1 Prozent zurückgeht (1980 = 15%);
- wir die politische Bildung im schulischen und außerschulischen Bereich stark vernachlässigt haben;
- unsere Politik, die sich oft nur an pragmatischen und wahltaktischen Zwängen orientiert, junge Menschen, die sich an inhaltlichen Werten orientieren wollen und müssen, eher abstößt als anzieht.

Eine Politik, die sich nicht um die Jugend kümmert, kann nicht erwarten, daß sich die Jugend um diese Politik kümmert. Daraus ergeben sich folgende Aufgaben für die SPD:

#### *Den sozialen Dialog führen*

Die politische Sozialisation der traditionellen sozialdemokratischen Wählerschichten und der Jugendbewegung ist zwar in ihren Erscheinungsformen völlig kontrovers, bei den inhaltlichen Zielsetzungen ergeben sich aber Übereinstimmungen und Verbindungen. Eine Frontstellung wäre in der Sache falsch und für die Politik gefährlich. Deshalb kommt der SPD auf der Basis ihrer Programmatik, ihrer historischen Erfahrungen und ihrer reformerischen Zielsetzungen eine wichtige Vermittlerrolle zu.

Das bedeutet keine Aufgabe der originären Interessenvertretung der Arbeitnehmer, sehr wohl macht es aber auch Kritik an verkrusteten bürokratischen und konservativen Politikauffassungen in der Arbeitnehmerschaft notwendig. Es gilt, den politischen Ansatz - so wie dies programmatisch in einer Reihe von Beschlüssen bereits festgelegt ist - zu erweitern, um das Bündnis zu sichern.

#### *Die Erscheinungsformen erkennen, aushalten und verstehen lernen*

Ohne alles zu entschuldigen muß die SPD die Probleme der Jugendlichen verstehen lernen. Es gilt zu ermuntern, an der Suchbewegung festzuhalten, die Motive für das Handeln zu ergründen und eine Art „Mittlerfunktion“ zwischen Jugend und Gesellschaft zu übernehmen.

#### *Freiräume schaffen*

Die SPD muß den Jugendlichen eine Chance geben, damit diese in einer verplanten und reglementierten Lebenswelt partielle Freiräume gestalten kön-

nen. Der experimentellen Jugendarbeit kommt dabei besondere Bedeutung zu, um überschaubare soziale Strukturen schaffen zu helfen, in denen kommunikative und soziale Verbindungen (Netze) entstehen und Felder für neue Wege gegeben sind. Dazu gehört beispielsweise die Bereitstellung von Mitteln für selbstverwaltete Einrichtungen und unreglementiert Zuschußvergabe an Alternativgruppen.

#### *Sich selbst verändern*

Durch die praktische Politik muß die Jugend erfahren und erleben, daß auch die SPD über die Kultur- und Gesellschaftskrise betroffen ist und sich mit ihr ernsthaft auseinandersetzt. Dazu gehört mehr Mut und Phantasie in der Politik ebenso wie klares Ausdiskutieren von Problemen. Die Zeit verkleisternder Scheinkompromisse und taktischer Vereinbarungen ist vorbei.

#### *Die Jugendgesetzgebung verbessern*

Es kommt auch darauf an, die gesetzlichen Bedingungen für eine offene und selbstverantwortliche Jugendarbeit zu stärken. Dazu gehört vor allem die überfällige Reform der jugendgesetzlichen Bestimmungen. In den öffentlichen Haushalten dürfen nicht die Gelder des Jugendetats einseitig zugunsten der Wohlfahrtsverbände und zulasten unorganisierter Jugendarbeit umverteilt werden. Im Gegenteil müssen die Mittel für die experimentelle Jugendarbeit und zur Unterstützung nicht gebundener Träger gesichert und ausgeweitet werden. Auch die Eigenständigkeit von Initiativen und Gruppen ist zu stärken. Ebenfalls dürfen die Mittel für jugendpflegerische Maßnahmen, die Betreuung von Jugendlichen und Kindern aus sozialen Brennpunkten und für internationale Begegnungen (z. B. Polen) nicht eingeschränkt werden.

#### *Die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen*

Besondere Wichtigkeit hat die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, um nicht das Gefühl der Überflüssigkeit in der Gesellschaft zu verstärken. Die Programme und Maßnahmen sollen dabei auch die Bedürfnisstrukturen der Jugendlichen insofern berücksichtigen, daß soziale und kollektive Nachbarschaftsarbeit gefördert wird.

Letztlich muß auch die eigene Jugendorganisation gestärkt und nicht diszipliniert werden, damit sie im Sinne dieser Jugendpolitik aktiv werden kann. Ebenfalls hat die SPD die Aufgabe, sozialkulturelle (Vorfeld-)Organisationen zu stärken. Dazu gehören Falken, Arbeiterwohlfahrt wie auch kulturelle Gruppen und Vertreter.

## Ulrich Lang: Bemerkungen zu den Thesen Richard Löwenthals

*Der Studiendirektor Ulrich Lang, geb. 1933, MdL in Baden-Württemberg, ist Mitglied des Parteirates der SPD und der Kommission für politische Bildung beim Parteivorstand.*

### I.

Richard Löwenthal hat mit seinen sehr zugespitzten Fragen und Thesen die Grundlage für eine Diskussion geliefert, für die es in der SPD offenbar einen Bedarf gibt. Jedenfalls ist dies aus der Lebhaftigkeit zu schließen, mit der diese Diskussion aufgenommen wurde. Der Landesverband Baden-Württemberg hat die aufgeworfenen Probleme seit längerer Zeit erörtert, und es sah so aus, als ob die Meinungsbildung über Löwenthals Alternativen hinausgekommen sei. Die lebhaften bundesweiten Stellungnahmen lassen aber vermuten, daß dies nicht so ist.

### II.

Eine Reihe der Thesen Richard Löwenthals müssen voll unterstützt werden: Eine Partei, die sich nur darauf beschränkt, kontrovers zu diskutieren, eine Partei, die in wesentlichen Fragen der Gesellschaft kein klares Profil hat, oder die dieses klare Profil zwar hat, aber nicht in der Lage ist, es der Öffentlichkeit zu vermitteln, hat keine Chance, verstanden und vom Wähler akzeptiert zu werden. Auch der Feststellung ist ohne Einschränkung zuzustimmen, daß jede Art von Aussteigerphilosophie niemals Grundlage sozialdemokratischer Politik werden kann. Aussteigerpositionen sind, auch wenn sie im Einzelfall subjektiv ehrenwerten Motiven entspringen mögen. Fluchtpositionen. Eine Partei, die sich derartige Überlegungen zu eigen machte, hörte auf, Verantwortung für diese Gesellschaft zu übernehmen; sie kündigte den ihr vom Grundgesetz gegebenen Auftrag auf; sie hörte auf, eine politische Partei zu sein. Endlich ist auch der dritten Festlegung Löwenthals – und diese ist wohl inhaltlich die entscheidende – voll zuzustimmen, daß die SPD ihre Positionen in einer und für eine in hohem Maße arbeitsteilige Industriegesellschaft beziehen muß.

Diese arbeitsteilige Gesellschaft negieren zu wollen, wäre Flucht vor der Wirklichkeit. Sie beseitigen zu wollen, würde unvermeidlich zu wirtschaftlichen und damit sozialen Katastrophen unübersehbaren Ausmaßes führen. Ohne die Arbeitsteilung würden darüber hinaus nicht nur die Probleme der Bundes-

republik, sondern der ganzen Welt unlösbar. Daß die Politik des Ausstiegs aus der Industriegesellschaft in der Bundesrepublik niemals mehrheitsfähig wäre und deshalb nur autoritär durchgesetzt werden könnte, sei nur am Rande vermerkt.

Daß die überzeugenden Thesen in einen Zusammenhang mit den Bemühungen um Integration großer Gruppen gerückt wurden, kann allerdings zu schweren Mißverständnissen führen. Zumindest erweckt Löwenthal den Eindruck, als ob er alle Gruppen, die kritische Fragen an die Folgen der Arbeitsteilung und der Großtechnologie stellen, als gesprächsunfähig abweisen wolle, wenn sie auf diese Fragen Antworten geben, die von der SPD nicht akzeptiert werden können. Es wäre aber verhängnisvoll, wenn sich die SPD mit dem Hinweis auf falsche Antworten auch schon von richtigen Fragestellungen distanzierte. Niemand wird ernstlich bestreiten können und wollen, daß die fortschreitende Arbeitsteilung auch zu einer fortschreitenden Entfremdung des Menschen gegenüber seiner Arbeit führt. Welche verwüstenden Folgen die Zerstückelung der Arbeit und der Arbeitsabläufe für den einzelnen hat, muß hier nicht weiter ausgeführt werden. Vor allem aber hat die Arbeitsteilung eine zunehmende Entfernung des Menschen von den politischen Entscheidungsprozessen zur Folge. In dem Maße, in dem technisch hochentwickelte Gesellschaften den einzelnen nur mit einem schmalen hochspezialisierten Sachverstand an der Gestaltung des Gesamtdaseins beteiligen, ist es erforderlich, zunehmend übergreifende Organisationssysteme zu schaffen, die den Beitrag des einzelnen in ein funktionierendes Gesamtsystem einbauen.

Diese Organisationssysteme, meistens mit dem negativ besetzten Begriff „Bürokratien“ bezeichnet, werden für den einzelnen unvermeidlich immer undurchschaubarer. Die eigentliche Ursache des derzeitigen Jugendprotestes und der Politikverdrossenheit der Mehrheit der Bevölkerung liegt nach meiner Überzeugung darin, daß der einzelne die Notwendigkeit solcher übergreifenden Systeme und die Richtigkeit der Ergebnisse der darin zustande gekommenen politischen Entscheidungen kaum mehr durchschauen und damit akzeptieren kann. Je weniger aber der einzelne die zwingende Notwendigkeit solcher Entscheidungen begreift, desto weniger ist er auch in der Lage, solche Entscheidungen persönlich mitzuvollziehen, und bereit, sie demokratisch mitzuverantworten.

Die Folge ist, daß die Schere zwischen dem abnehmenden Problembewußtsein großer Teile der Bevöl-

kerung und den tatsächlichen Problemen sich zunehmend öffnet. Welche psychologischen Folgen es hat, daß die Grundausstattung jedes einzelnen mit Wasser, Wärme oder Nahrungsmitteln dem direkten Zugriff des Individuums völlig entzogen und in die Verfügung anonymer Verteilapparate gelegt wurde, ist wohl kaum ausgelotet. Bürger, die aus Sorge um ihren spezialisierten Arbeitsplatz eine latente oder offene Ausländerfeindschaft entwickeln, sind überfordert, wenn sie einen Zusammenhang zwischen weltweiter Arbeitsteilung, offenen Grenzen und offenen Arbeitsmärkten herstellen sollen, und sei es nur im Raum der Europäischen Gemeinschaft. Für wichtige politische Fragestellungen, wie etwa die regionale Strukturpolitik, gibt es weder eine Lobby noch eine Diskussion in der Bevölkerung, weil diese Fragen im Problemkatalog des einzelnen Bürgers nicht auftauchen. Damit wächst die Gefahr, daß den tatsächlichen politischen Entscheidungen immer mehr die demokratische Legitimation entzogen wird.

Aus dieser Problemlage haben weite Teile der sogenannten Grünen oder Alternativen eine in sich schlüssige, aber gleichwohl unhaltbare Konsequenz gezogen. Sie fordern, daß diese negativen Folgen der Arbeitsteilung dadurch beseitigt werden, daß großtechnologische Strukturen aufgehoben und die Produktionsbedingungen unserer Gesellschaft alternativ organisiert werden. In der Konsequenz kommen sie dann dazu, daß die gesamte Großtechnologie abgelehnt wird. Wenn man diese Ablehnung für falsch hält, genügt es nicht, sich zu der Unvermeidbarkeit der Arbeitsteilung und damit der Großtechnologie zu bekennen. Erforderlich ist eine Diskussion darüber, wie der einzelne Bürger befähigt wird, mit den Folgen der Arbeitsteilung fertig zu werden. Es ist hier nicht der Ort, im einzelnen darzustellen, wie dies möglich ist. Jedenfalls kommt es darauf an, daß alle Anstrengungen unternommen werden, einerseits jede weitere vermeidbare Arbeitsteilung nach Möglichkeit zu unterlassen und andererseits die als Folge der Arbeitsteilung unvermeidlichen Organisationssysteme für den einzelnen Bürger mitbestimmungsfähig zu machen.

Wenn es nun die Aufgabe ist, unter den Bedingungen einer hochgradig arbeitsteiligen Gesellschaft Demokratie zu ermöglichen, dann ist dies wohl eine der entscheidenden Herausforderungen gerade an die SPD am Ende dieses Jahrhunderts. Diese Aufgabe ist aber nur in einem umfassenden Diskussionsprozeß mit all denen lösbar, die die negativen Folgen der Arbeitsteilung erkennen und überwinden wollen. Dazu sind dann auch Gespräche mit denen, die auf

diese Herausforderung falsche Antworten geben, notwendig. Vor allem aber wäre es nicht sinnvoll, zwischen denen, die über die Lösung desselben Problems nachdenken, unüberbrückbare Schranken zu ziehen.

Die apodiktischen Formulierungen von Löwenthal und seine kritischen Bemerkungen über mögliche Integrationsversuche sind aber auch aus einem anderen Grunde mindestens mißverständlich. Löwenthal könnte so verstanden werden, als ob er der Meinung sei, es gäbe ein für allemal gültige und unabänderliche sozialdemokratische Positionen über die Organisationsform der Arbeit in dieser Gesellschaft.

Diese Befürchtung ist an einigen Sätzen Löwenthals zu belegen: „Die Sozialdemokratie ist ein Produkt der Industriegesellschaft und ein Vorkämpfer der Demokratie in Staat und Gesellschaft. Sie kann mit denen, die die moderne Welt für einen weltgeschichtlichen Irrweg halten, keinen Kompromiß schließen: Sie muß klar sagen, daß die menschenwürdige Versorgung der Milliarden Menschen, die heute die Erde bevölkern, ohne die Industriegesellschaften und ihre berufliche Arbeitsteilung unmöglich und daß alle Alternativen dazu reaktionäre Utopien sind.“ (NG 12/81, S. 1087).

Man möchte diesen Sätzen zunächst zustimmen, weil sie sicher eine für heute richtige Situationsbeschreibung abgeben, obwohl sie in ihrer Immobilität für die oben beschriebene Aufgabe wenig hilfreich sind. Wie problematisch das mit diesen Formulierungen Gemeinte jedoch ist, wird aus dem weiteren Zusammenhang deutlich. Löwenthal führt den Gedanken zu dem einleuchtenden Satz weiter: „Partizipation heißt Teilnahme, Beteiligung an einem größeren Ganzen.“ Im Anschluß daran endet aber die Überlegung in folgender Formulierung: „Das Recht ist, ebenso wie die Arbeitsteilung, eines der grundlegenden Bindemittel der Gesamtgesellschaft. Und wer in seiner Grundhaltung aus dieser aussteigt, wird leicht auch jenes gering schätzen.“

In dieser Formulierung ist die Arbeitsteilung geradezu in den Rang eines Grundwerts emporgehoben. Thomas Meyer hat vor kurzem darauf hingewiesen (NG 9/81, S. 829 ff), daß die Zahl der Grundwerte nicht zwingend mit der Trias Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität erschöpft sein müßte. Sicherlich gibt es eine Nähe zwischen Arbeitsteilung und Solidarität, weil nämlich Arbeitsteilung Solidarität herausfordert. Die gesamte Passage läßt aber eigentlich gar keine andere Interpretation zu als die, daß Partizipation, d. h. Beteiligung an einem größeren Ganzen, erst durch die Arbeitsteilung ermöglicht wird. Wenn

dies gemeint sein sollte, dann müßte dem doch entschieden widersprochen werden. Es scheint deshalb zweckmäßig, daran zu erinnern, daß etwa der OR '85 sehr viel kritischer über Arbeitsteilung redet. Dort wird sie nämlich nicht als „grundlegendes Bindemittel der Gesamtgesellschaft“ bezeichnet, sondern eher als notwendiges Übel beschrieben. OR '85, 1.5: „Diese Probleme sind nicht naturgegeben, sondern vom Menschen selbst erzeugt und daher auch grundsätzlich lösbar. Sie sind weitgehend Ausdruck eines grundlegenden Problems unserer Gesellschaft: Die gesellschaftlichen Lebensverhältnisse, die sich die Menschen im arbeitsteiligen Zusammenwirken in ihrer Geschichte selbst geschaffen haben und täglich aufs neue schaffen, haben sich gegenüber den Menschen verselbständigt. Sie stehen ihnen als eine übermächtige und scheinbar kaum zu verändernde Wirklichkeit gegenüber. Darüber hinaus durchkreuzen die Handlungen der arbeitsteilig zusammenwirkenden Menschen ihre eigenen Absichten. Die Ergebnisse ihres gemeinsamen Handelns gewinnen den Charakter objektiver Entwicklungen, die sich mit scheinbar naturgesetzlicher Notwendigkeit, wie von einer fremden Macht bestimmt, über die Köpfe der Menschen hinweg vollziehen.“

Auch der OR '85 spricht von der Unvermeidbarkeit der Arbeitsteilung, aber – wie dann OR '85 1.9 zeigt – nicht in einem positiven Zusammenhang, sondern im Zusammenhang mit den „Grenzen, die grundsätzlich überhaupt nicht überschritten werden können: ... Die materielle Existenz der Menschheit kann nur durch Arbeit erhalten werden, und dies erfordert eine hochentwickelte, durch die Technik vermittelte gesellschaftliche Arbeitsteilung“. Die Arbeitsteilung ist damit gerade nicht ein positiver Wert, sondern eine der kritischen Grenzbedingungen, derentwegen der demokratische Sozialismus eine ständige Aufgabe ist, die sich auf die jeweils neuen gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen, unter denen er zu verwirklichen ist, einzustellen hat. Dies heißt aber, daß auch sozialdemokratische Antworten, die sich auf die Folgen der Arbeitsteilung beziehen, unter den jeweiligen Bedingungen ständig fortentwickelt werden müssen. Eine derartige Fortentwicklung ist aber nur im Gespräch möglich. Auf diesem Hintergrund sind Erwägungen zu Integrationsmöglichkeiten dann gefährlich, wenn sie die Notwendigkeit einer solchen Diskussion begrenzen oder in Frage stellen. Die SPD würde ihrer eigenen Geschichte untreu, wenn sie ihren Meinungsbildungsprozeß statisch und nicht mehr dynamisch sähe.

### III.

Die Thesen von Löwenthal sind aber auch, einmal abgesehen von der innerparteilichen Situation, unter dem Gesichtspunkt zu sehen, welchen Stellenwert sie im gesamtgesellschaftlichen Meinungsbildungsprozeß der Bundesrepublik haben könnten. Die Diskussion in der Gesellschaft der Bundesrepublik ist charakterisiert durch eine starke Ghettoisierung der Meinungsbildung. Peter Glotz hat die Lage unter der Überschrift „Antagonistische Kooperation, der belagerte Staat“ sehr eindrucksvoll beschrieben (NG 10/81, S. 864 ff).

Ich verweise auf diesen Aufsatz im Zusammenhang deswegen, weil hier die besondere Herausforderung der Situation in der Bundesrepublik in fast dramatischer Weise deutlich wird. Er hat die aus dem Sachverhalt sich ergebende Überlegung, wie unregierbar der Staat ist, immerhin mit einem Fragezeichen und nicht mit einem Ausrufezeichen versehen. Aber gerade seine positiven Folgerungen zeigen die Problematik aller möglichen Lösungen. „Der Staat muß zuweilen zwischen den Linien operieren“ ist eine der sicher richtigen Konsequenzen aus der ghettoisierten Diskussion in der Bevölkerung. Dieses Zwischen-den-Linien-Operieren führt zu politischen Kompromissen, die allerdings, worauf Peter Glotz nicht ausdrücklich hinweist, den Nachteil haben, daß sie aus der jeweiligen Sicht der isoliert diskutierenden Gruppen immer unbefriedigende Kompromisse sind. Welche Schwierigkeiten mit der zweiten Konsequenz, nämlich einer Konfliktlösung durch antagonistische Kooperation der Interessengruppen gegeben sind, wird ausführlich erläutert. Nach meiner Überzeugung liegt das Problem auch hier darin, daß die zustande gekommenen Lösungen zufällig sind und so, wie sie zustande gekommen sind, von den einzelnen Gruppen nicht gewollt waren. Auch bei diesem Gedankengang werden wir also auf die fehlende demokratische Legitimation hingewiesen. Für die Zukunft der Demokratie ist aber gerade entscheidend, daß die einzelnen Gruppen insofern kooperationsfähig bleiben, als sie zwar nicht notwendigerweise zu denselben Ergebnissen kommen, aber doch wenigstens dieselben Probleme im Auge haben.

Gerade wegen der vorher beschriebenen Undurchschaubarkeit politischer Entscheidungen neigen immer stärkere Gruppen dazu, sich auf einfache Fragestellungen und Antworten zurückzuziehen, mit der Folge, daß immer mehr Positionen von großen Gruppen bezogen werden, die völlig konsensunfähig sind gegenüber anderen in anderen Gruppierungen eingenommenen Positionen.

Die Gefahr ist verhältnismäßig groß, daß bei Hausbesitzern und Hausbesetzern, bei Ökonomen und Ökologen, bei Jungen und Alten, bei Pazifisten und Aufrüstern nicht nur in sich unvereinbare Antworten gegeben werden, sondern daß darüber hinaus mangels Einfühlungsvermögen in die jeweils unterschiedliche Interessen- und Meinungslage auch schon jedes Gespräch sinnlos oder gar unmöglich geworden ist. Dies muß in der Konsequenz dazu führen, daß die politisch unvermeidlichen Kompromisse zwischen den apodiktisch vorgetragenen Positionen der ghettoisierten Meinungsbildung von keiner dieser in sich geschlossenen Gruppierungen mehr mitgetragen werden. In dieser beginnenden Entwicklung liegt die eigentliche Ursache für die um sich greifende Parteienverdrossenheit. Gerade die Tatsache, daß der SPD Mitglieder im gleichen Maße nach rechts wie nach links davonlaufen, beschreibt diese Situation. Die Schwierigkeit liegt nun darin, daß es in dieser polarisierten Diskussion keine Gruppe gibt, die deutliche Mehrheiten hinter sich hat. Die Gefahr ist, daß eine immer kleinere Zahl von politischen Entscheidungsträgern Entscheidungen trifft, die eigentlich von überhaupt keiner Gruppe in der Gesellschaft mehr wirklich mitgetragen werden. In dieser Lage könnten politische Parteien dazu neigen, und mindestens die Grünen, die Alternativen und die FDP sind dieser Gefahr auch erlegen, nur noch eine bestimmte Gruppierung der Gesellschaft als Zielgruppe zu verstehen und als Klientel zu begreifen. Damit hören sie aber auf, eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Auch eine derartige Entwicklung müßte die Demokratie mittelfristig in außerordentliche Schwierigkeiten bringen.

Die Durchsetzung einer einzelnen dieser polarisierten Positionen müßte notwendigerweise zum Ende jeden Grundkonsenses in dieser Gesellschaft führen. Weil dies so ist, kommt es darauf an, daß gerade politische Parteien die vorhandenen Konflikte in sich aufnehmen, ausdiskutieren und zum tragfähigen Konsens bringen. Außer der SPD, den Gewerkschaften und vielleicht einzelnen Teilen der Kirche ist zur Zeit keine Gruppierung erkennbar, die noch bereit und in der Lage wäre, die Konflikte aufzunehmen und ausdiskutieren. Die Union ist nach ihrer ganzen Tradition dazu nicht in der Lage und schweigt sich an den Kontroversen vorbei. Sie zieht sich angesichts dieser Herausforderung darauf zurück, möglichst jeder Gruppe das anzubieten, was sie zu hören wünscht, und im übrigen in der Praxis der Politik eine von diesen Aussagen unabhängige sogenannte pragmatische Politik zu machen. Dieses führt sie

jetzt aber in dem Maße immer mehr ins Dilemma, wie angesichts der ökonomischen Rahmenbedingungen heute keine „Politik-des-alles-Rechtmachens“ mehr möglich ist. Nach ihrem eigenen Selbstverständnis kann die SPD eine solche Politik nicht machen. Sie würde ihre ureigene Identität preisgeben, die in ihrer Kraft zur gesellschaftlichen Innovation, zum kontrollierten Wandel liegt. Die Geschichte der SPD zeigt, daß sie es immer als ihre Aufgabe verstanden hat, die die Menschen umtreibenden Probleme in sich aufzunehmen und ausdiskutieren. Wenn die SPD nun aufhören sollte, sich dieser Aufgabe zu stellen, ist nicht zu erkennen, wer in dieser Gesellschaft noch dazu beitragen sollte, den gesamtgesellschaftlichen Grundkonsens aufrecht zu erhalten.

An dieser Stelle wäre der Einwand möglich, daß ein derartiges Selbstverständnis der politischen Meinungsbildung dazu führen müsse, daß die SPD in die Situation eines reinen Diskussionsvereins komme, in dem zwar die gesellschaftlichen Konflikte aufgenommen und ausdiskutiert würden, aber eine erkennbare Gesamtkonzeption, eine deutliche klare Linie nicht mehr sichtbar werde.

Dieser Gefahr muß in der Tat begegnet werden. Es ist die Aufgabe der SPD, nicht in einem Zustand der Diskussion zu verharren, sondern diese zu eindeutigen Ergebnissen zu führen. Dies ist zweifellos schwieriger als das Formulieren von Dogmen; aber billiger ist unter den gegebenen politischen Umständen Politik in der Bundesrepublik für eine verantwortungsbewußte Partei nicht zu haben. Im übrigen müßte jeder andere Versuch die SPD auch unter rein taktischen Gesichtspunkten selbst ins Ghetto führen. Wenn die SPD etwa dahin kommen sollte, in der gesellschaftlich kontroversen Diskussion nicht mehr in den verschiedenen ghettoisierten Bereichen um Anhänger zu werben, müßte sie selbst notwendigerweise ins Ghetto geraten; denn sie hätte dann nur die Möglichkeit, einem der verschiedenen Blöcke, aber eben auch einem wiederum nicht mehrheitsfähigen, sich anzuschließen. Nur der Versuch, auch bei den Gruppen um Überzeugung zu werben, deren Antworten jetzt von Sozialdemokraten möglicherweise abgelehnt werden müssen, kann die SPD auf die Dauer tatsächlich mehrheitsfähig machen.

#### IV.

Der beschriebene Weg, auch mit kritischen Gruppen konsensfähige und klare Positionen zu erreichen und mit diesen mehrheitsfähig zu werden, ist zweifellos schwierig. Die Partei bezahlt dafür einen nicht

unproblematischen Preis. Sie leidet verständlicherweise, aber mehr als gut ist, unter der Schwierigkeit dieser Diskussion. Notwendig wäre, daß die Partei insgesamt dazu mehr Selbstvertrauen bekommt und auch gelegentliche Meinungsverschiedenheiten mit größerer Gelassenheit als etwas Nützlichem und für diese Gesellschaft Hilfreichem versteht. Eine gewisse Wehleidigkeit, mit der die Partei die Schwierigkeiten dieser Diskussion loswerden will, muß überwunden werden. Es gibt eine verständliche, aber nichtsdestoweniger gefährliche Sehnsucht nach einfachen Antworten und nach einer Harmonie mit der „schwelgenden Mehrheit“.

Die Thesen von Löwenthal sind dann gefährlich, wenn sie dieser möglichen Fluchtbewegung in eine politisch leicht überschaubare Welt Vorschub leisten. Ich kann und will Richard Löwenthal nicht unterstellen, daß er dies beabsichtigt hat; aber auf dieses mögliche Mißverständnis muß jedenfalls aufmerksam gemacht werden.

## Bernd Schoppe: Mehrheitsfähigkeit setzt Integrationsfähigkeit voraus

*Der Diplomsociologe Bernd Schoppe, Jahrgang 1943, ist Referent für Wählerforschung beim SPD-Parteivorstand.*

Die Diskussion um Identität und Mehrheitsfähigkeit der SPD geht häufig von fragwürdigen Voraussetzungen aus, bzw. sie wird zu oft mit politisch wenig aussagekräftigen Begriffen und zu selten auf der Grundlage empirischer Fakten geführt. Im folgenden sollen aus der Sicht der Wählerforschung einige Thesen formuliert werden, die zu einer Versachlichung der notwendigen Diskussion führen könnten.

1. Die SPD hat an unterschiedliche politische Gruppierungen Wähler verloren. Dabei ist die Abwanderungsquote zur CDU/CSU (13 % der SPD Wähler 1980) doppelt so hoch wie die zu den „Grünen“ (5–6 %) und zur FDP (5–6 %). Diese Zahlen des „Infratest“-Instituts gelten für den Zeitraum Juni bis November 1981.

Der Prozentsatz der enttäuschten SPD-Wähler liegt mit 41 % naturgemäß höher als der Prozentsatz der Abwanderer. Die SPD liegt damit hinter der CDU/CSU (22 %), aber noch vor der FDP, die mit

## V.

Richard Löwenthal hat auf wichtige und unverzichtbare sozialdemokratische Positionen aufmerksam gemacht. Er hat insbesondere klar herausgestellt, welche Positionen die SPD in der jetzigen Situation keinesfalls einnehmen kann. Dies ändert aber nichts daran, daß er mit seinen Thesen nach meiner Überzeugung an der eigentlichen Aufgabenstellung der SPD am Ende dieses Jahrhunderts vorbeigegangen ist. Sein Bekenntnis zur Arbeitsteilung und zur Industriegesellschaft scheint zu undifferenziert. Die entscheidende Frage ist nicht, ob wir die Arbeitsteilung akzeptieren, sondern ob wir ihr Ausufern noch im Griff haben und wie wir die Menschen befähigen wollen, die Folgen der Arbeitsteilung zu bewältigen. Diese Frage ist deshalb mit so großem Nachdruck an die SPD zu stellen, weil nach ihrer Geschichte und ihrem Selbstverständnis außer der SPD keine andere politische Partei in der Lage ist, darauf zureichende Antworten zu geben.

47 % enttäuschter Wähler am schlechtesten abschneidet (November '81).

Die Arbeitnehmer (Ausnahme leitende Angestellte und Beamte) sind unter den „enttäuschten“ SPD-Wählern nicht stärker vertreten als unter der SPD-Wählerschaft insgesamt. Vergleicht man die Sozialstruktur der „enttäuschten“ SPD-Wähler '81 mit der Struktur der SPD-Wählerschaft 1980, so ergeben sich keine großen Unterschiede: Weder Arbeiter noch Angestellte noch Beamte (bis gehobener Dienst) sind unter den „enttäuschten“ SPD-Wählern überproportional repräsentiert.

2. Die vorliegenden empirischen Daten legen nahe, durch eine Verstärkung des eigenständigen sozialdemokratischen Profils in wichtigen Politikbereichen die Hemmschwelle für einen Wechsel zu anderen Parteien bei den eigenen Anhängern zu erhöhen. Diese Strategie bietet sich u. a. aus zwei Gründen an:

- ▷ Es ist der Opposition kaum gelungen, sich inhaltlich so zu profilieren, daß ihr heute wesentlich mehr Wähler als früher die Lösung anstehender Probleme zutrauen würden.
- ▷ Wenn fast 50 % der Wahlbevölkerung bei allen abgefragten politischen Problembereichen entweder keiner Regierung mehr Lösungsmöglichkeiten zutrauen oder keine Unterschiede zwischen Regierung und Opposition mehr wahrnehmen und da-

her beiden in gleicher Weise die Lösung der Probleme zutrauen, ist das einerseits ein Indiz für ein weitverbreitetes Ohnmachtsgefühl vieler Menschen als auch andererseits ein Anzeichen für eine erhebliche Profilschwäche der Parteien.

▷ Je stärker sich aber im Bewußtsein der Bevölkerung Unterschiede der Parteien bei der Problemlösung einbrennen, um so geringer ist die Hemmschwelle für einen Wechsel zu einer anderen Partei.

3. Mehrheitsfähigkeit sozialdemokratischer Positionen setzt voraus, daß sie integrationsfähig für verschiedene soziale Gruppen bzw. (präziser gesagt) für verschiedene politische Einstellungsmuster ist. Die SPD hat mit dem Godesberger Programm die Konsequenz aus dieser Erkenntnis gezogen und sie hat z. B. mit der Integration vieler kritischer Jugendlicher in den 60er Jahren die Wahlen 1969 und 1972 gewonnen. Es ist richtig: Die heutigen Anforderungen an eine Integrationspolitik sind andere als die der 60er Jahre. Sowohl die ökonomischen Rahmenbedingungen als auch die Jugend sind anders als damals. Reformen können nicht mehr aus wirtschaftlichen Zuwächsen finanziert werden, und große Teile der Jugend haben ein anderes Politikverständnis als die politisch engagierte Jugend der 60er Jahre.

Auch andere soziale Gruppen haben Veränderungsprozesse quantitativer wie qualitativer Art durchgemacht. Der „Berufstätige 1982“ unterscheidet sich von dem Berufstätigen der 50er Jahre ganz erheblich.

4. Die Rückbesinnung auf „Stammwähler“ oder auf „Berufstätige“ als Alternative zu den „Nicht-Berufstätigen“ bzw. „Aussteigern“ hilft bei der Frage nach der Mehrheitsfähigkeit und der Identität der SPD nicht viel weiter.

▷ „Stammwähler“ reichen zur Mehrheit nicht aus. Nur 27–28 % der Wahlbevölkerung sind SPD-Stammwähler in dem Sinne, daß sie bei Bundestagswahlen bisher immer diese gewählt haben und aktuell auch keinen Grund sehen, diese Präferenz zu ändern.

Dabei sind diese „Stammwähler“ nicht identisch mit jenen Parteianhängern, die „auf jeden Fall ihre Partei“ wählen. Nach Untersuchungen des Infratest-Instituts bezeichnet sich nur jeder vierte Wähler insgesamt in diesem Sinne als „überzeugter Anhänger“ einer Partei, wobei die SPD deutlich schwächer abschneidet (9 %) als die CDU/CSU (15 %).

▷ Nur 50 % der Wähler sind berufstätig, nur 16 % sind Arbeiter. 20 % der Wahlbevölkerung sind nicht berufstätig. Der Rest sind Auszubildende und Pen-

sionäre.

▷ Und schließlich: ca. 20 % der Wahlbevölkerung können sich persönlich vorstellen, bei irgendeiner Wahl (sei es eine Kommunalwahl, eine Landtagswahl oder eine Bundestagswahl) einmal den „Grünen“ die Stimme zu geben.

Das Sinus-Institut hat ermittelt, daß 11,3 % der Wohnbevölkerung ab 16 Jahren dem „neuen Jugendmilieu“ mit seiner Betonung immaterieller Werte des Lebens (Lebensqualität, Selbstverwirklichung in der Arbeit, Mitmenschlichkeit, Kommunikation) und seltener Kritik am Leistungs- und Konkurrenzdenken angehören.

Diese Zahlen rücken die Größenordnung des Problems „Stammwähler“ und „Berufstätige“ zurecht. Eine Politik, die sich auf diese Gruppen beschränken würde, könnte keine Mehrheiten erringen. Zum anderen zeigen die Zahlen über das „neue Jugendmilieu“, daß man selbst hier nicht mehr von „Randgruppen“ sprechen kann, zumal dieses Milieu nach den empirischen Untersuchungen Zulauf aus allen Schichten und Berufsgruppen der Bevölkerung erhält. Sie ist eine Wählergruppe, mit der zu rechnen sein wird.

5. Die politische Aussagekraft traditioneller sozio-demographischer Kategorien (z. B. Beruf, Alter) nimmt ab angesichts des Zuwachses anderer sozio-kultureller Einflüsse.

Eine politische Strategie, die sich vor allem auf solche sozio-demographisch definierten Gruppen konzentriert, greift zu kurz, da sie eine einheitliche Bewußtseinslage dieser Gruppen annimmt, die faktisch nicht gegeben ist.

So zeigen die empirischen Daten z. B., daß die Kategorie „berufstätig“ als Unterscheidungskriterium zwischen sozialdemokratischen Anhängern und „grünen Aussteigern“ gänzlich ungeeignet ist. Der Anteil der Berufstätigen unter der Anhängerschaft von SPD und „Grünen“ ist fast identisch (50 % der SPD-Anhänger – 48 % der Grünen-Anhänger). Dagegen sind die Nicht-Berufstätigen unter der SPD-Anhängerschaft sogar wesentlich stärker vertreten als bei den „Grünen“ (23 % der SPD-Anhänger – 14 % der Grünen-Anhänger).

6. Die Abkoppelung eines großen Teils der Anhängerschaft von Grünen bzw. Alternativen oder der Angehörigen des oben beschriebenen „Jugendmilieus“ als arbeitsunwillige „Aussteiger“ ist schon aufgrund dieses Befundes falsch. Wenn z. B. in Bayern ca. 60 % der unter 25jährigen Probleme der Arbeitslosigkeit und die schlechten Berufsaussichten als vorrangige Themen nennen, dann wird deutlich: Es gibt

in der Jugend nicht so sehr ein „Aussteigerproblem“, sondern eher ein „Einsteigerproblem“. Viele wollen etwas tun, aber sie erhalten keine Gelegenheit dazu. 7. Richtig ist, daß sich die Einstellung zur eigenen Arbeit unter den Bedingungen der arbeitsteiligen Industriegesellschaft verändert hat. Dies zeigt sich zwar bei den Angehörigen des neuen „Jugendmilieus“ besonders deutlich – es beschränkt sich aber keineswegs nur auf diese Gruppe, sondern geht quer durch alle Beschäftigungsgruppen.

Zwar haben Angehörige des „Jugendmilieus“ eine besonders große Distanz zur eigenen Arbeit, weil die Realisierung ihrer persönlichen Ansprüche an den Beruf (Selbstverwirklichung, Menschlichkeit, Vielfalt) meist nicht gelingt und sie die Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit um so stärker erfahren – aber auch für die übrige Mehrheit der berufstätigen Jugendlichen reduziert sich unter den heutigen Bedingungen der Stellenwert der Arbeit auf ein Mittel zum Zweck, wächst die Kritik an der arbeitsteiligen Industriegesellschaft und steigt die Sympathie für neue Lebensformen. So haben Untersuchungen des Sinus-Instituts ergeben,

▷ daß über 50 % der jungen Arbeiter Verständnis

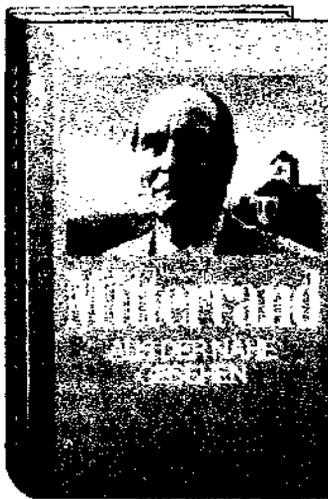
haben für Leute, die „mehr tun, wozu sie gerade Lust haben“;

- ▷ daß 53 % der 16- bis 25jährigen Industriearbeiter meinen, „Arbeit ist etwas, womit ich mein Geld verdiene, mehr ist es eigentlich nicht“ (dem stimmen auch 42 % der gleichaltrigen ausführenden und qualifizierten Angestellten zu);
- ▷ daß  $\frac{2}{3}$  der 16- bis 25jährigen in *allen Berufsgruppen* die Devise „Genießen und möglichst angenehm leben“ akzeptieren.

Zu ähnlichen Ergebnissen gelangt die Shell-Studie „Jugend '81“: Danach rechnen 95 % der 15- bis 24-jährigen Jugendlichen nicht mit einer „sorgenfreien Zukunft“, 78 % nicht mit „mehr Gleichheit unter den Menschen“. 66 % erwarten nicht, daß die Menschen „wieder sozialer“ werden. Dagegen glauben 76 %, daß „Technik und Chemie die Umwelt zerstören“. 57 % meinen, daß die Menschen „total durch Computer kontrolliert werden“. 61 % sind davon überzeugt, daß sich die Menschen „immer mehr isolieren und nur noch an sich selbst denken“.

Solche Zahlen machen deutlich: Kritik an der Industriegesellschaft, stärkere Distanzierung vom traditionellen Arbeitsethos und Orientierung auf nicht-

## Das Porträt des französischen Staatspräsidenten – François Mitterrand: seine Aufgaben und Ziele in der Partei; sein Standpunkt und seine politische Entwicklung.



Helko Engelkes  
**Mitterrand - Aus der Nähe gesehen**  
336 Seiten, zahlreiche Abbildungen,  
gebunden, 29,80 DM

Engelkes schildert den französischen Staatspräsidenten aus seinem direkten Erleben während der letzten Jahre.

François Mitterrand  
**Sieg der Rose**  
Meine Aufgaben und Ziele.  
288 Seiten, gebunden, 29,80 DM

In »Sieg der Rose« vermittelt François Mitterrand seine Ideen, Aufgaben und Ziele in der Partei und in der politischen Entwicklung Frankreichs.

**ECON**

Postfach 9229  
4000 Düsseldorf 1



In jeder Buchhandlung

materielle Werte sind kein Randgruppenphänomen, sondern dies hat als Grundstimmung große Teile der berufstätigen Jugendlichen erfaßt.

8. Der Werte- und Bewußtseinswandel beschränkt sich nicht mehr auf die Jugendlichen, sondern erstreckt sich ebenso – wenn auch nicht in der gleichen Stärke – auf die älteren Arbeitnehmer.

Auch für die älteren Industriearbeiter ist die Arbeit immer weniger ein Wert an sich. Während 1953 noch 50 % aller Berufstätigen die eigene Arbeit als interessant bewerteten, waren es 1979 nur noch 38 %. Zwar neigen ältere Arbeitnehmer eher dazu, sich resignativ mit den Bedingungen ihrer Arbeit abzufinden, aber dies hat kaum etwas mit einer Befürwortung der Konsequenzen industrieller Arbeit zu tun.

Nach jüngsten Repräsentativumfragen vertreten immerhin schon 30 % der über 25jährigen Arbeiter, Angestellten und Beamten (bis gehobener Dienst) die Ansicht, daß „materieller Besitz belastet und die persönliche Freiheit einschränkt“. Wenn darüber hinaus 10 % aller abhängig Beschäftigten dieser Altersgruppe sogar „alles hinschmeißen und abhauen“ würden, dann wird deutlich, daß die überkommenen Werte der arbeitsteiligen Industriegesellschaft auch bei den Arbeitnehmern der mittleren und älteren Generation brüchig werden. Eine Einteilung unserer Gesellschaft in „junge Aussteiger“ und „ältere Anhänger“ der arbeitsteiligen Industriegesellschaft geht an den Realitäten der Bundesrepublik vorbei.

9. Als Fazit der empirischen Untersuchungen läßt sich feststellen: Der Versuch eines Integrationskurses gegenüber den sich an neuen Werten orientierenden jungen Menschen steht nicht im Gegensatz zu einer

an den Interessen der Arbeitnehmer sich orientierenden Politik.

▷ Zum einen gibt es hinsichtlich des politischen Problembewußtseins Berührungspunkte zwischen den vor allem jugendlichen Anhängern der Grünen und den SPD-Anhängern. Sie stimmten bei der Nennung der vier wichtigsten politischen Aufgaben in drei Punkten überein: der Friedenssicherung, der Schaffung von Lehrstellen und der Behebung der Arbeitslosigkeit.

▷ Noch wichtiger aber ist, daß der im „neuen Jugendmilieu“ festzustellende Wertewandel bis in die „Stützen“ der Industriegesellschaft reicht (und bei den Jugendlichen bis zu den Auszubildenden).

Für eine Einschätzung der längerfristigen Chancen eines Integrationskurses gegenüber diesen Gruppen sind diese Berührungspunkte wichtiger als punktuelle Unterschiede zu aktuellen politischen Problemen. Der Ansatzpunkt gegenüber solchen Gruppen muß nicht sein, daß man schon die gleichen Antworten auf diese Probleme hat, sondern daß man ähnliche Fragen stellt.

Die Absage an einen Integrationskurs gegenüber diesen Gruppen aufgrund angeblich unvereinbarer Unterschiede zwischen sozialdemokratischen Anhängern und diesen Gruppen findet jedenfalls in den empirischen Daten keine Stütze.

---

\*) „Berufstätige“ lt. Infratest-Definition: alle Deutschen über 18 Jahren, die in Privathaushalten tätig sind (nicht Soldaten, Ausländer, mithelfende Familienangehörige und Personen, die in „Anstaltshaushalten“ tätig sind).

## Richard Löwenthal: Übereinstimmungen und Grenzen

*Prof. Dr. Richard Löwenthal, Professor für Politische Wissenschaften mit dem Hauptinteressengebiet Außenpolitik, Jahrgang 1908, ist stellvertretender Vorsitzender der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD. Er beschäftigt sich seit Jahrzehnten mit der Theorie des demokratischen Sozialismus. Von seinen zahlreichen Veröffentlichungen wurde insbesondere das unter dem Autorennamen Paul Sering erschienene Werk „Jenseits des Kapitalismus“ (Februar 1947) politisch wichtig. Eine Neuauflage erschien 1977 im J. H. W. Dietz Verlag. S. a. seinen Beitrag in NG 12/81.*

Mein Artikel in NG 12/81 und meine Thesen zu Identität und Zukunft der Sozialdemokratie haben zu einer erfreulich lebhaften Diskussion unter Sozialdemokraten geführt, die mir wichtiger ist als das – gewiß nicht unwichtige – Beho in den Medien. Dabei sind von der Seite meiner Kritiker bedenkenswerte Argumente, aber auch eine erstaunliche Fülle von Mißverständnissen zutage gefördert worden. Ein Teil dieser Mißverständnisse ist, wie ich zugeben muß, durch die thesenhafte Verkürzung mancher meiner Formulierungen zu erklären. Andere freilich zeugen von einer allzu geringen Bereitschaft, selbst einen kurzen Text sorgfältig zu lesen, wenn man gegen ihn polemisieren will.

## Der weitere Krisenrahmen

Am wertvollsten scheinen mir die Argumente, die das Identitätsproblem der SPD, das zuerst von Willy Brandt (s. a. NG 12/81) und dann von mir aufgeworfen wurde, in den weiteren Rahmen der krisenhaften Veränderungen unserer Industriegesellschaften im letzten Jahrzehnt stellen, wie das vor allem Klaus v. Dohnanyi getan hat. Ich bin wie er überzeugt, daß das Sichtbarwerden der Grenzen des Wachstums auf einem endlichen Planeten und des Ausmaßes der Gefährdung unserer natürlichen Umwelt zusammen mit der Erschütterung des Weltwährungssystems und den strukturellen Verschiebungen der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung die Bedingungen unserer wirtschaftlichen Entwicklung grundsätzlich verändert haben; ich selbst habe diese Auffassung seit einer Reihe von Jahren in vielen Veröffentlichungen vertreten. Das ist auch der Grund, warum ich die Vorstellung einer Rückkehr zu „neok Keynesianischer“ globaler Kaufkraftschaffung, wie sie Karl Kühne vorschlägt, für unrealistisches Wunschdenken halte: In einer Welt begrenzter Ressourcen und vorwiegend struktureller Probleme reicht monetäre Globalsteuerung zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit nicht aus, sondern muß durch strukturpolitisch gelenkte Investitionen ergänzt werden. In diesem Sinne halte ich die Vorschläge der Hauff-Kommission für Investitionen, die sich an Zielen etwa der Energieersparnis und der alternativen Energien, der Umweltentgiftung und der Verkehrsberuhigung orientieren, für wegweisend, auch wenn ich manchen pauschalen Formulierungen im einleitenden Teil dieses Kommissionsberichts mit Bedenken gegenüberstehe.

Ich bin also weit davon entfernt, zu glauben, die von mir geforderte grundsätzliche Bejahung der arbeitsteiligen Industriegesellschaft genüge, um den Fortfall der früheren Bedingungen für deren Expansion zu ersetzen: Konkrete Maßnahmen für das, was Erhard Eppler „selektives Wachstum“ nennt, sind nötig, um nicht nur das einstige blinde Maximalwachstum zu ersetzen, sondern das heutige ungewollte Nullwachstum mit seiner Massenarbeitslosigkeit zu vermeiden. Entsprechend geht Bruno Richter (NG 1/82) in die Irre, wenn er ausgerechnet mit einem „vulgärmarxistischen metaphysischen Fortschrittsbegriff“ vorwirft, der alles Bestehende als vernünftig rechtfertigen will. Ich habe schon vor einer Reihe von Jahren als Mitverfasser der ersten Schrift der Grundwertekommission, die nicht zufällig „Die Grundwerte in einer gefährdeten Welt“ betitelt war, auf die Notwendigkeit hingewiesen, den geschichtlich widerlegten Glauben an eine Automatik des

humanen Fortschritts durch den kämpferischen Willen zur Durchsetzung solchen Fortschritts in einer gefährdeten Welt zu ersetzen.

## Welche Industriegesellschaft?

Es ist mir offen gestanden schwer verständlich, warum eine ganze Reihe von Kritikern mir entgegenhält, daß die arbeitsteilige Industriegesellschaft in ihrer heutigen Form kein wünschenswertes, geschweige denn ein ausreichendes Ziel der Sozialdemokratie sein könne. Sie alle scheinen überlesen zu haben, daß ich in meiner These 4 geschrieben habe: „Die Sozialdemokratie will die Industriegesellschaft fortentwickeln und vermenschlichen – sie will sie nicht verteufeln oder abbauen, da sie weiß, daß ohne ihre Leistungen die Milliardenbevölkerung unseres Planeten nicht existieren könnte.“ Die arbeitsteilige Industriegesellschaft ist also überhaupt kein Ziel – wenigstens nicht für die Länder, die sie haben. Sie ist „nur“ die Voraussetzung für die Erreichung aller weitergehenden Ziele der Sozialdemokratie. Aber da die Notwendigkeit dieser Voraussetzung heute von „alternativen“ Phantasten bestritten wird, mußte ich an sie erinnern. Ich stimme insbesondere Philip Rosenthal (NG 1/82) voll zu, wenn er eine ganz andere Beteiligung der arbeitenden Menschen am „Sagen und Haben“ fordert, als sie in der bestehenden Industriegesellschaft besteht – und ich füge die Forderung nach einer wirksameren öffentlichen Kontrolle über die Richtung ihrer Weiterentwicklung und nach einer wesentlichen Verkürzung der Arbeitszeit zur Sicherung der Vollbeschäftigung bei verlangsamtem Wachstum hinzu.

## Ökonomie und Ökologie

Die meisten Mißverständnisse hat, offenbar durch meine eigene Schuld, meine allzu verkürzte These 2 über die notwendige Entscheidung zwischen dem Vorrang der Lebensfähigkeit unserer Industriegesellschaft und der maximalen Beschäftigung ihrer Mitglieder, oder der nichtindustriellen Lebensformen und der absoluten Verhinderung ökologischer Schäden, ausgelöst. Man hat ihr die Formulierung der Hauff-Kommission entgegengestellt, daß „auf die Dauer und gesamtgesellschaftlich betrachtet“ das ökologisch Vernünftige auch das ökonomisch Vernünftige sei. Aber auch diese Formel ist zu verkürzt. In der langfristigen Großplanung kann sie zur Geltung kommen, und es ist ja gerade das Verdienst des Hauff-Berichts, daß er Richtlinien für eine solche Planung entwickelt. Aber daneben gibt es immer wieder Einzelkonflikte, bei denen z. B. das Interesse

eines einzelnen Betriebes und der in ihm Beschäftigten gegen das Interesse der Anwohner eines Flusses steht, der durch seine Abwässer verseucht wird; oder in denen umgekehrt das Interesse der lokal durch die Rodung eines Waldstücks Betroffenen gegen ein Projekt von überregionaler ökonomischer Bedeutung steht. In beiden Fällen steht die gesamtgesellschaftliche Betrachtung gegen ein begrenztes lokales Interesse – das eine Mal auf der ökologischen, das andere Mal auf der ökonomischen Seite. Ich bin für den Primat der Betrachtung vom gesamtgesellschaftlichen Standpunkt in beiden Fällen: nicht zufällig hat Volker Hauff sich – gewiß nicht leicht, aber doch eindeutig – für die Startbahn West entschieden.

#### Wer sind die „Aussteiger“?

Es ist mir nicht eingefallen, alle „Grünen“ als Aussteiger zu bezeichnen: Ich habe in meinem Artikel ausdrücklich anerkannt, daß Teile der Grünen nicht nur in Bürgerinitiativen, sondern auch in der Kommunalpolitik konstruktive Mitarbeit leisten. Erst recht habe ich nicht Teile der Sozialdemokratie mit diesem Begriff gemeint, wie Björn Engholm (NG 1/82) zu glauben scheint: Ich kenne keine sozialdemokratischen Aussteiger. Ich habe von Menschen gesprochen, die sich weder in die berufliche Arbeitsteilung noch in die Prozesse der Willensbildung in unserer repräsentativen Demokratie einfügen wollen. Aber die gibt es – und es sind nicht nur „Ökofreaks und Fixer“, wie Dr. Weder (NG 1/82) schreibt.

Sie sind auch keine verschwindende Minderheit. Dohnanyi hat natürlich recht, daß ihre Zunahme die Folge einer gesellschaftlichen Entwicklung ist, die auf mehrfache Weise von Katastrophen bedroht ist – vom Atomkrieg, von unwiederbringlicher Umweltzerstörung, von der Bevölkerungsexplosion in der Dritten Welt. Aber das Aussteigertum ist nicht eine konstruktive Reaktion, die diese Gefahren durch politischen Einsatz in der Demokratie bannen will, sondern eine Fluchtreaktion der Abwendung von der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Nicht weil ich ein Bild von der Industriegesellschaft als einer „heilen Welt“ habe, wie mir Dietrich Sperling (NG 1/82) unterstellt, sondern gerade weil ich diese Gefahren sehe, aber überzeugt bin, daß sie nur innerhalb der Industriegesellschaft und innerhalb der Demokratie abgewendet werden können, halte ich das Aussteigertum für einen gefährlichen Irrweg. Darum erfüllt mich auch mit besonderer Sorge, daß ein Mann wie Björn Engholm nicht nur die Aussteiger als „Suchende“ verteidigt, was sicher auf die Motive vieler von ihnen zutrifft, sondern die Masse der eingegliederten

Berufstätigen der Einfügung in die „angepaßte“ oder – wie es einmal hieß – „formierte Gesellschaft“ anklagt. Ich frage mich mit Bestürzung, wie wohl die Erziehungsziele eines Bildungsministers aussehen, der normale Mitarbeit in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung mit Anpassertum und unsere Demokratie mit Ludwig Erhards Traum von der „formierten Gesellschaft“ gleichzusetzen scheint!

#### Dialog – mit welchen Argumenten?

Weil ich auf die Grenzen der Integrationsmöglichkeiten der Sozialdemokratie hingewiesen habe, haben einige Kritiker den Schluß gezogen, ich hielte den „Dialog“ mit der kritischen Jugend für unnötig. Tatsächlich habe ich nicht nur in meinem Artikel die Bedeutung der Diskussion mit der Friedensbewegung unterstrichen, von der ich ausdrücklich hervorhob, daß sie quer durch die Generationen und die sozialen Schichten hindurchgeht. Ich habe auch die konstruktive Mitarbeit von Teilen der „grünen“ Bewegung und die Notwendigkeit und Möglichkeit der sachlichen Diskussion mit ihr ausdrücklich anerkannt, und habe an dem jüngsten Bericht der SPD-Grundwertekommission über „Arbeiterbewegung und Bewußtseinswandel“ aktiv mitgearbeitet, der sich ausdrücklich zum Ziel setzt, Argumente für eine solche Diskussion bereitzustellen. Ich habe mich aber – wie ich glaube, nicht ohne Erfolg – zugleich bemüht, in diesem Bericht auch die Grenzen klarzustellen, an denen der grundsätzliche Standpunkt der Sozialdemokratie in solchen Diskussionen kompromißlos vertreten werden muß.

Es sind dieselben Grundsätze, die ich auch, zugleich mit dem Erscheinen meines Artikels in der *Neuen Gesellschaft*, in einem Beitrag über den „Dialog“ im „Vorwärts“ vom 10. 12. hervorgehoben habe. Drei von ihnen habe ich schon im Vorstehenden erneut begründet: Der erste betrifft die Unentbehrlichkeit der Industriegesellschaft als Voraussetzung einer Lösung der Über-Lebensprobleme der heutigen Menschheit, bei aller Notwendigkeit ihrer Weiterentwicklung und Vermenschlichung im Sinne sozialdemokratischer Vorstellungen. Der zweite betrifft die Unannehmbarkeit eines Nullwachstums als Alternative zu dem früheren wahllosen Maximalwachstum und die Notwendigkeit strukturpolitisch geleiteter Nettoinvestitionen als Grundlage stabiler wirtschaftlicher Entwicklung. Der dritte ist die Unersetzlichkeit der beruflichen Arbeitsteilung als Grundlage der zur Bewahrung eines menschenwürdigen allgemeinen Lebensstandards notwendigen Produktivität, so sehr wir uns bemühen müssen, die damit verbun-

dene Einengung des Lebenshorizonts durch Verkürzung der Arbeitszeit, durch erleichterte Umschulungsmöglichkeiten und durch Humanisierung des Arbeitsprozesses und Überwindung sinnlösender Arbeitserlegung erträglich zu machen.

#### **Der Vorrang der demokratischen Verhältnisse**

Doch es gibt für die Sozialdemokratie noch einen vierten unverzichtbaren Grundsatz, der in dieser Diskussion verteidigt werden muß; die rechtliche Begrenzung der lokalen „Selbstbestimmung der Betroffenen“ in Fragen, in denen die Gesamtgesellschaft betroffen ist, durch den Vorrang der verfassungsmäßigen Mehrheitsentscheidungen der frei gewählten Organe unserer repräsentativen Demokratie. Lokale Selbstverwaltung und freiwillige Solidarität sind gewiß wertvoll und notwendig, um das Funktionieren der staatlichen Organe zu ergänzen und ihre Beziehungen zu den Bürgern menschlicher zu gestalten; doch sie können nur in einem jeweils rechtlich abgegrenzten Bereich tätig werden. Sobald sie das höhere Recht demokratisch legitimierter staatlicher Organe im Namen von Minderheiten außer Kraft zu setzen versuchen, untergraben sie mit der Grundlage der allgemeinen Ordnung auch die Grundlage, die sie selbst als Minderheiten schützt, und öffnen den Weg durch die Anarchie zur Gewaltherrschaft.

Die Genossen des Unterbezirksvorstandes Paderborn (NG 1/82) argumentieren am Problem vorbei, wenn sie meinen, es sei ein Merkmal der Demokra-

tie, rechtskräftige Mehrheitsentscheidungen in Frage zu stellen, wenn die Bedingungen sich ändern. Gewiß sind Mehrheitsbeschlüsse keine ewigen Wahrheiten – aber für die Revision von rechtskräftigen Mehrheitsbeschlüssen gewählter staatlicher Organe sind in aller Regel eben nur dieselben Organe zuständig und nicht jede lokale Gruppe, die sich als „betroffen“ erklärt: Die staatliche parlamentarische Entscheidung muß in der Demokratie den Vorrang haben, wo immer die rechtliche Zuständigkeit anzeigt, daß die Interessen des Ganzen betroffen sind.

Ich schließe mit den Schlußworten meines erwähnten „Vorwärts“-Artikels: Nur eine Argumentation, die sich nicht scheut, den kritischen Jugendlichen eine derart offene Gegenkritik gegenüberzustellen, kann ihre Achtung gewinnen, weil sie ihnen die Achtung erweist, ihre eigenen Argumente ernstzunehmen ... Die Rückgewinnung breiter, unserer Gesellschaft entfremdeter Schichten wird nicht nur viel Geduld in der Argumentation, sondern viel Zeit und vor allem eindrucksvolle praktische Erfolge in der Lösung unserer wirtschaftlichen und sozialen Probleme (beginnend mit dem Beschäftigungsproblem!) erfordern ... Aber wir müssen mit der klaren Herausstellung unserer eigenen Position beginnen. Der Verzicht auf Klarheit im Bemühen, sich durch Verwaschenheit populär zu machen, ist der sichere Weg zum Mißerfolg.

## **Gerhard Jahn: Entscheidung in den Ländern**

*Der frühere Bundesjustizminister Gerhard Jahn, Jahrgang 1927, ist Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion und Präsident des Deutschen Mieterbundes e. V. Beiträge in NG 9/75, 8/76, 6/78, 8/79, 1/80 und 9/81.*

In diesem Jahr stehen Landtagswahlen an, deren Ausgang auch die Regierung von SPD und FDP in Bonn berührt,

- ▷ am 21. März 1982 in Niedersachsen,
- ▷ am 6. Juni 1982 in Hamburg,
- ▷ am 26. September 1982 in Hessen,
- ▷ am 10. Oktober 1982 in Bayern.

Landtagswahlen entscheiden auch über das Kräfteverhältnis im Bundesrat. SPD- bzw. SPD/FDP-regierte Länder haben derzeit insgesamt 15 Stimmen im Bundesrat. Es entfallen davon auf Bremen und Hamburg 3, Hessen 4 und Nordrhein-Westfalen 5 Stimmen. CDU-, CSU- bzw. CDU/FDP-regierte Länder haben heute 30 Stimmen. Es entfallen davon auf Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen 5, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein 4 und das Saarland 3 Stimmen, insgesamt also 26 Stimmen. Hinzu kommen 4 Stimmen Berlins, das jedoch kein Stimmrecht bei Beschlüssen mit Außenwirkung hat.

Ich habe wiederholt auf die ernststen verfassungspolitischen Bedenken hingewiesen, die sich daraus ergeben, daß die CDU- und CSU-regierten Länder zunehmend den Bundesrat als Blockadeinstrument zur Fortsetzung der Politik der Opposition im Bun-

destag mißbrauchen (vgl. so z. B. NG 1/81, S. 59–62). Diese Auseinandersetzung muß weiter die politische Diskussion um den Verfassungsauftrag bestimmen. Allerdings muß damit gerechnet werden, daß die CDU- und CSU-regierten Länder – entgegen der in der Verfassung beschriebenen Rolle des Bundesrates als Ländervertretung – weiterhin jede Gelegenheit nutzen, um mit ihrer Mehrheit im Bundesrat politische Opposition gegen den gewählten Bundestag und die von ihm getragene Bundesregierung zu betreiben.

Mehr als die Hälfte der Gesetzesbeschlüsse des Deutschen Bundestages bedürfen der förmlichen „Zustimmung“ des Bundesrates. In der 8. Wahlperiode des Bundestages lag der Anteil der als zustimmungsbedürftig verkündeten Gesetze bei 53%. Diese Gesetze können mit „einfacher Mehrheit“ (21 von 41 Stimmen im Bundesrat) blockiert werden.

Die zunehmend gerade von jungen Menschen beklagte „Reformunfähigkeit“ unserer Gesellschaft findet in diesem zunehmend parteipolitischen Spannungsverhältnis zwischen Regierungskoalition im Deutschen Bundestag und der CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat eine wichtige Ursache. Bedeutende gesetzgeberische Reformvorhaben, die der Zustimmung des Bundesrates bedürften, drohen so bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt oder in den Mühlen des Gesetzgebungsverfahrens zermahlen zu werden.

Viele, nicht nur junge Menschen fragen zum Beispiel, wie es denn mit der Neuordnung des Prüfungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer wird. Bei diesem zustimmungsbedürftigen, Gesetzesvorhaben der SPD/FDP-Koalition stehen sich zwei offenbar schwer zu vereinbarende Grundauffassungen gegenüber, die in der letzten Wahlperiode zum Scheitern des Gesetzentwurfs führten und uns nunmehr erneut vor große Schwierigkeiten stellen.

Aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 13. April 1978 hatte sich der Bundestag erneut mit der Frage zu beschäftigen, in welcher Weise das Anerkennungsverfahren für Kriegsdienstgegner (nach Art. 3 GG) geregelt werden soll. Die CDU/CSU verfolgt dabei das Ziel, die Länge des Zivildienstes mit 18 Monaten so weit auszudehnen, daß sie einer Bestrafung gleichkommt (siehe Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 3. Juli 1980, BT Drs. 8/4382).

Die SPD-Bundestagsfraktion lehnt dies ausdrücklich ab. Die Koalitionsfraktionen des Deutschen Bundestages arbeiten nach Kräften an einer tragfähigen Lösung, die einerseits dem grundrechtlichen Schutz der Kriegsdienstgegner Rechnung trägt und die ande-

rerseits die Zustimmung einer Mehrheit des Bundesrates finden kann.

Eine schwierige Lage herrscht auch bei nicht zustimmungsbedürftigen, sogenannten „einfachen“ Bundesgesetzen. Bei diesen Gesetzen kann der Bundesrat mit der einfachen Mehrheit von 21 Stimmen den Vermittlungsausschuß anrufen. Dem Vermittlungsausschuß gehören 22 Mitglieder an. Sie werden je zur Hälfte vom Bundestag und vom Bundesrat gestellt. Die elf Sitze der Seite des Bundesrates teilen sich auf in sieben, die den CDU-, CSU- und CDU/FDP-regierten Ländern zustehen (Berlin hat im Ausschuß volles Stimmrecht) und vier, die von den SPD- und SPD/FDP-regierten Ländern gestellt werden. Die elf Mitglieder des Bundestages sind von den Fraktionen entsprechend ihrer Stärke entsandt. Es entfallen fünf Sitze auf CDU/CSU, fünf auf die SPD, einer auf die FDP. Erstmals seit 1969 hat damit – seit dem Regierungswechsel in Berlin – die CDU/CSU auch im Vermittlungsausschuß eine Mehrheit von 12 : 10 Stimmen.

Unter diesen Umständen ist es für die Koalitionsfraktionen noch schwieriger geworden, befriedigende Ergebnisse im Vermittlungsausschuß zu erzielen. Immer häufiger muß ein im Vermittlungsausschuß mit Mehrheit zustandekommender sogenannter „Einigungsverfahren“ mit der Mehrheit der Koalition im Deutschen Bundestag zurückgewiesen und damit der ursprüngliche Gesetzesbeschluß bekräftigt werden.

So war es kürzlich bei der im 19. Strafrechtsänderungsgesetz zur Entscheidung stehenden Frage, wann frühestens bei lebenslanger Freiheitsstrafe der Straftat zur Bewährung ausgesetzt werden kann. Die Koalitionsfraktionen sahen die Mindestverbüßungsdauer – angelehnt am internationalen Recht – bei 15 Jahren. CDU/CSU wünschten darüber hinaus zu gehen. Die Bundesrats-Mehrheit legte „Einspruch“ ein, der von der Bundestags-Mehrheit nur mit „absoluter Mehrheit“, d. h. mindestens 249 Stimmen zu überwinden war. Nur mit dem entschiedenen Festhalten am einmal beschlossenen Gesetz konnte dieses Reformgesetz schließlich in Kraft treten.

In der 8. Wahlperiode des Deutschen Bundestages (1976–1980) hat der Bundesrat in insgesamt 69 Fällen den Vermittlungsausschuß angerufen. Bei 15 Gesetzen wurde die „Zustimmung versagt“, wobei sechs Gesetze nach Vermittlungsverfahren in abgeänderter Fassung verkündet werden konnten; aber die übrigen neun Gesetze waren auf diese Weise – zumindest für die 8. Wahlperiode – gescheitert. Das betraf – die 4. Novelle zum Bundessozialhilfegesetz, – das Gesetz zur Durchführung der Gemeinsamen

### Marktorganisation,

- das 1. Strafvollzugsfortentwicklungsgesetz,
- das Jugendhilfegesetz,
- das Volkszählungsgesetz 1981,
- das Krankenhausfinanzierungsgesetz,
- das Verkehrslärmschutzgesetz,
- das Künstlersozialversicherungsgesetz,
- das Staatshaftungsgesetz.

Bei sieben Gesetzen der 8. Wahlperiode legte der Bundesrat „Einspruch“ ein, der in fünf Fällen vom Deutschen Bundestag zurückgewiesen wurde, bei zwei Gesetzen (lebenslange Freiheitsstrafe und Abschaffung des § 88 a; beide als Strafrechtsänderungsgesetz) konnte in der 8. Legislaturperiode der Einspruch nicht mehr zurückgewiesen werden.

Auch wenn einige der vorgenannten Gesetze inzwischen vom 9. Deutschen Bundestag erneut eingebracht, zum Teil zu einer Einigung mit dem Bundesrat gebracht und verabschiedet worden sind, wird zunehmend deutlich: Die gegenwärtigen Kräfteverhältnisse zwischen Bundestag und Bundesrat erfordern eine erhebliche politische Verständigung zwischen Bundestags- und Bundesrats-Mehrheit bei allen zustimmungsbedürftigen Gesetzen. Bei den nicht zustimmungsbedürftigen Gesetzen kann die CDU/CSU-Bundesratsmehrheit vom Deutschen Bundestag – wenn es im Vermittlungsausschuß nicht zu einer tragfähigen Einigung kommt – nur mit der „Kanzlermehrheit“ überwunden werden.

Diese Tatsachen müssen im Hinblick auf die in diesem Jahr bevorstehenden Landtagswahlen zur Kenntnis genommen werden. Wenn es gelänge, die absolute Mehrheit der CDU in Niedersachsen zu brechen, dann verfügten die übrigen mit absoluter CDU- bzw. CSU-Mehrheit regierten Länder nicht schon aus eigener Kraft über die Mehrheit im Bundesrat. Die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein im Frühjahr 1983 könnten der sozial-liberalen Koalition in Bonn zusätzliche Möglichkeiten zu ausgewogenen Mehrheitsverhältnissen im Bundesrat bringen.

Wenn aber demgegenüber der CDU in Hamburg oder in Hessen die Regierungsverantwortung zufiele, dann würden CDU/CSU im Bundesratsplenium mit 29 bzw. 30 Stimmen (ohne die vier Stimmen Berlins) die Grenze zur Zweidrittel-Mehrheit von 28 Stimmen überschreiten. Dies hätte für die Durchsetzungsfähigkeit der sozial-liberalen Koalition in Bonn schwerwiegende Folgen. Wird nämlich ein Einspruch vom Bundesrat mit einer Zweidrittel-Mehrheit eingelegt, „so bedarf die Zurückweisung durch den Bundestag einer Mehrheit von zwei Dritteln, mindestens

der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages“ (Art. 77 Abs. 4 GG). Es müßte also sowohl die Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl des Bundestages als auch die Zweidrittel-Mehrheit der Abstimmenden erreicht werden. Eine Zweidrittel-Mehrheit der Koalition könnte – angesichts der in einem solchen Fall zu erwartenden vollständigen Teilnahme der Mitglieder des Bundestages an der Abstimmung – kaum erzielt werden. In dieser Lage wäre die Regierungskoalition nicht nur – wie bisher – bei zustimmungspflichtigen Gesetzen auf die Verständigung mit den CDU- bzw. CSU-regierten Ländern angewiesen, sondern auch bei den „einfachen“, nicht-zustimmungsbedürftigen Gesetzen. Die „Hürde Bundesrat“ wäre für die sozial-liberale Koalition aus eigener Kraft nicht mehr zu überwinden. Mit anderen Worten: Nichts liefe mehr ohne das Einverständnis der Union. Kein Gesetz, auch kein Haushaltsgesetz, wäre gegen die Bundesratsmehrheit vom Deutschen Bundestag zu verabschieden. Zugleich wüchse dem Vermittlungsausschuß ein Maß an politischer Verantwortung zu, das weit über den ursprünglichen Verfassungsauftrag hinausginge. Mit Recht ist in den vergangenen Wochen im Deutschen Bundestag gerügt worden, daß der Vermittlungsausschuß bei dem Verfahren über die Haushaltsstrukturgesetze seine Zuständigkeit durch Eingriffe in laufende Gesetzgebungsvorhaben bis an die Grenze des Zulässigen und in verfassungspolitisch bedenklicher Weise in Anspruch genommen hat. Das war aber ein Preis für die endliche Einigung.

Eine noch größere CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat und damit auch im Vermittlungsausschuß aber machte diesen endgültig zu einem Allparteien-Überparlament in den Fällen, in denen Entscheidungen unausweichlich sind, aber nur zustandekommen können, wenn im Bundestag und Bundesrat die jeweiligen Mehrheiten sich verständigen können.

So weit darf es nicht kommen. Die in freier Wahl im Jahre 1980 zustandekommene Mehrheit der sozial-liberalen Koalition würde so durch die Hintertür ihres Mandates beraubt. Wir Sozialdemokraten werden deshalb alle Kräfte zu mobilisieren haben, um die sozialdemokratische bzw. sozial-liberale Regierungsverantwortung in Hamburg und in Hessen zu festigen. In Niedersachsen in diesem Jahr, in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein im kommenden, muß ein Regierungswechsel angestrebt werden, damit der am 5. Oktober 1980 mit einem großen Vertrauensbeweis der Bevölkerung versehenen Regierungskoalition in Bonn die Durchsetzung ihrer Politik weiterhin möglich bleibt.



## Martin Schmidt (Gellersen): „Hessisches Agrar-Reformmodell“ eine Utopie?

*Der Diplolandwirt Dr. R. Martin Schmidt, Jahrgang 1914, ist SPD-MdB, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes und Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft beim SPD-Parteivorstand.*

In die Diskussion um die Reform der EG-Agrarpolitik hat sich der Staatssekretär im Hessischen Landwirtschaftsministerium, Jörg Jordan, mit einem Beitrag eingeschaltet (NG 12/1981, S. 1125 bis 1130), der nicht unbeantwortet bleiben kann. Die Entwicklung wird sich nicht so sehr mit der von ihm angestellten Analyse beschäftigen, wohl aber mit der Bewertung des ökonomischen Befundes sowie mit den Schlußfolgerungen und den hessischen Politikalternativen. Dabei wird insbesondere nach der Konsistenz der Überlegungen und nach den Realisierungschancen zu fragen sein.

In dem genannten Beitrag beklagt Jordan den ökonomischen Zwang zur Verbesserung der Produktivität, dem auch die Landwirtschaft unterworfen sei, was zur Ausdehnung der landwirtschaftlichen Nutzfläche<sup>\*)</sup>, zur Veränderung der Landschaftsstruktur und vor allem zur zunehmenden Verwendung von ertragssteigernden Betriebsmitteln geführt habe. Darüber hinaus kritisiert er den von ihm als verteilungspolitisch ungerecht empfundenen, die landwirtschaftlichen Großbetriebe begünstigenden Einsatz von öffentlichen Mitteln in der EG-Agrarmarkt- und Preispolitik. Jordan tritt dafür ein, die „gezielte Entleerung des ländlichen Raumes nach der Devise ‚Wachse oder Weiche!‘ aufzugeben und den allgemeinen Rückzug aus den ländlichen Gebieten zu beenden“.

Als Politikalternativen sieht Jordan zum ersten richtigerweise eine marktwirtschaftlich orientierte

Anpassung der EG-Agrarmarkt- und Preispolitik vor (Einfrieren von Preisen oder Lockerung von Absatzgarantien bis zur Herstellung des Marktgleichgewichts). Zum anderen sollen die dadurch freiwerdenden öffentlichen Mittel für flächenbezogene Einkommensübertragungen, insbesondere für kleine Landwirte (einschließlich Nebenerwerbslandwirte) in den benachteiligten Gebieten der Mittelgebirgsregionen verwendet werden. Als spezielle Ziele seines Reformmodells nennt Jordan die Erhaltung möglichst vieler landwirtschaftlicher Arbeitsplätze, die Sicherung der ökologischen Lebensgrundlagen sowie die Stabilisierung der Siedlungsstrukturen auch in abgelegenen ländlichen Räumen.

### Zur Systemkritik

Erste Fragezeichen müssen hinter Jordans Kritik am Zwang zur Produktivitätssteigerung hinter seine Auseinandersetzung mit der Devise „Wachsen oder Weichen“ gesetzt werden, worunter sich in beiden Fällen nichts anderes als eine zumindest versteckte Ablehnung der strukturellen Anpassung in der Landwirtschaft verbirgt. Vorausgeschickt sei, daß die Gewinnung von Nahrungsmitteln in der Landwirtschaft immer noch ein wirtschaftlicher Vorgang ist und somit ökonomischen Gesetzmäßigkeiten unterliegt. Das ist in aller Welt so. Hieran Kritik zu üben wäre durchaus gerechtfertigt, wenn Produktivitätssteigerungen oder nach Jordan „Wachsen oder Weichen“ dazu führen, daß immer größere, womöglich als Kapitalgesellschaften geführte Mammutbetriebe immer mehr bäuerliche Betriebe verdrängen und sie um ihre Existenzgrundlage bringen. Das ist aber bis auf minimale Ausnahmen keineswegs so. Schließlich ist unsere Landwirtschaft immer noch bäuerlich strukturiert, was z. B. unschwer an dem anhaltenden Rückgang von Fremdarbeitskräften oder an dem alles andere als exorbitant zu bezeichnenden Einkommen selbst in den größeren bäuerlichen Betriebsbereichen abzulesen ist.

Es ist aber eine bäuerliche Landwirtschaft, die auch, wie jeder andere Wirtschaftszweig, mit der allgemeinen Einkommensentwicklung Schritt halten will. Die Ergebnisse dieses Bemühens bezeichnet man als Strukturwandel, was ebenfalls keine exklusive Erfindung der Landwirtschaft ist. Wie er sich die künftige landwirtschaftliche Einkommensentwicklung vorstellt, sagt Jordan selbst dort nicht, wo er sein alternatives Beihilfen-System im Detail beschreibt. Aus dem Gesamtzusammenhang seiner Ausführungen wird jedoch deutlich, daß er mit flächengebundenen Einkommensübertragungen eine einkommens-

<sup>\*)</sup> Die landwirtschaftliche Nutzfläche nahm in Hessen in der Zeit von 1950–1980 um ca. 260 000 ha = 25 % ab.

orientierte Agrarpreispolitik ersetzen und den Strukturwandel aufhalten will. Hier aber hört der Spaß auf: Wer glaubt, bei den in der EG geltenden ökonomischen Rahmenbedingungen den Strukturwandel aufhalten zu können, stürzt die Landwirtschaft insgesamt entweder ins Elend oder bringt sie in Abhängigkeit von jährlich wachsenden öffentlichen Transferzahlungen und damit von politischen Entscheidungen, die hinsichtlich des Umfangs weder wirtschafts- und finanzpolitisch noch agrarpolitisch vertretbar sind und nicht einmal den Hauch der Realität besitzen.

So richtig, wenn auch unvollständig, Jordans Analyse der EG-Agrarpolitik ist, so sehr muß doch verwundern, daß er nicht etwa die hohe Belastung der Bundesrepublik durch den EG-Haushalt beanstandet, sondern vielmehr seine Kritik darauf konzentriert, daß vom EG-Markordnungssystem am meisten die unter günstigen Produktionsbedingungen wirtschaftenden Großbetriebe profitieren. Dagegen hätten die kleineren Familienbetriebe in den ungünstigen Lagen den geringsten Nutzen aus diesem kostspieligen System. Jordan sieht darin zumindest eine der Ursachen für die zunehmenden Einkommensunterschiede innerhalb der Landwirtschaft, die er an Hand von Zahlen aus dem Agrarbericht der Bundesregierung belegt. Dies würde Jordan aber dann nicht stören, wenn diese Einkommensunterschiede nicht das Ergebnis des mit Steuermitteln finanzierten Marktordnungssystems wären.

Daß es Einkommensunterschiede in der Landwirtschaft wie in allen anderen Wirtschaftsbereichen und Berufsgruppen gibt, ist eine Binsenweisheit, die auch Jordan nicht bestreitet. Was aber nun den Kausalzusammenhang zwischen Marktordnungssystem und landwirtschaftlichen Einkommensunterschieden angeht, so sollte der Staatssekretär einmal die Frage prüfen, welche Einkommensverteilung und welche landwirtschaftliche Struktur wir hätten, wenn dieses Marktordnungssystem abgeschafft würde – wenn also die Landwirtschaft zu den gleichen Wettbewerbsbedingungen wirtschaften müßte wie mittelständische Unternehmer im gewerblichen Bereich. Dieses Alternativszenarium würde uns sicher nicht nur noch größere Einkommensunterschiede bescheren (weil die Produktivität der Arbeitskraft in größeren bäuerlichen Betrieben größer ist und das unterste Viertel oder Fünftel der Betriebe noch tiefer in die Verlustzone geriete), sondern es würde auch zu einer vollkommenen Umstrukturierung der Landwirtschaft hin zum industriell betriebenen Großbetrieb führen.

Da aber niemand vorschlägt, das Agrarmarktsystem total abzuschaffen, werden wir weiterhin mit diesen Einkommensunterschieden leben müssen, auch wenn sie uns unter sozialen Gesichtspunkten nicht besonders gefallen. Zum Trost für Staatssekretär Jordan sei angemerkt, daß die von ihm plakatierten 56 000 DM Einkommen je Familienarbeitskraft für das bestgestellte Viertel der Betriebe die Gesamtentlohnung für den Einsatz von Arbeit, Kapital und Unternehmertätigkeit darstellen und in der Größenordnung etwa dem Gehalt eines Oberamtsrates im Hessischen Landwirtschaftsministerium entsprechen.

### Zum hessischen Reformmodell

Der Kern des „hessischen Reformmodells“ besteht darin, den Landwirten direkte flächengebundene Beihilfen als „Leistungsabgeltungen“ für die kleinen Vollerwerbs- und Nebenerwerbsbetriebe zu zahlen. „Das sollte regionalisiert, also vorwiegend auf Mittelgebirgslagen konzentriert, mit zunehmender Fläche degressiv gestaltet ... und ökologisch differenziert werden.“ Welche „Leistungen“ da „abgegolten“ werden sollen, bleibt ziemlich diffus. Offenbar meint Jordan Leistungen im Bereich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, an anderer Stelle spricht er auch von regionaler Entwicklung. In jedem Falle wären dies reine Länderaufgaben. Und er bleibt auch den Beweis dafür schuldig, daß nur die kleinen Voll- und Nebenerwerbsbetriebe besondere gesellschaftspolitische Arbeit leisten.

Zunächst einmal darf das offensichtlich unbegrenzte Vertrauen von Jordan auf die politisch-administrative Machbarkeit eines Systems von regionalisierten und degressiven Flächenbeihilfen hervorgehoben werden, das nach seiner Auffassung noch durch weitere Differenzierungen je nach individueller Bewirtschaftungsform nach ökologischen Gesichtspunkten kompliziert werden sollte. Offenbar liegen dem Hessischen Landwirtschaftsministerium keinerlei Erfahrungen über die Gewährung anderer „Leistungsabgeltungen“ vor, wie sie etwa die Nichtvermarktungsprämien für Milch und Abschlachtprämien darstellen. Jordans Auffassung, „die verwaltungsmäßige Durchführung und Kontrolle erscheint nach den Erfahrungen mit dem Aufwertungsausgleich über die Fläche nicht übermäßig problematisch“, zeugt jedenfalls von ungetrübtter Unkenntnis.

Wenig Kenntnis und wenig Erfahrung mit dem menschlichen Tun und Lassen verraten auch die Ausführungen, die sich mit den angeblich positiven Folgewirkungen des „Reformmodells“ befassen. So sollen die Flächenbeihilfen den begünstigten Land-

wirt dazu bewegen, von einer Intensivierung seiner Produktion abzusehen. Dies könnte doch nur wohl dann stimmen, wenn die derzeitigen und künftigen Einkommensansprüche des Landwirts durch die Flächenbeihilfen mehr oder weniger vollständig befriedigt würden. Die Transferzahlungen müßten also dynamisiert werden und nach wenigen Jahren eine Dimension annehmen, die außerhalb jeder Finanzierungsmöglichkeit läge.

Vollkommen utopisch aber ist es, wenn Jordan annimmt, die Flächenbeihilfe werde die „Anreize zur ständigen Produktivitätssteigerung“ vermindern, „da die Gewährung der Leistungsabgeltungen produktionsneutral“ erfolge. Zwar wird der eine oder andere Landwirt wie eh und je aus Unkenntnis oder sonstigen persönlichen Gründen darauf verzichten, ihm produktivitätssteigernde Mittel oder Techniken (z. B. ertragsreichere Getreidesorten oder energiesparende Anbauverfahren) einzusetzen. Es spricht aber nicht das geringste dafür, daß die große Mehrheit der Landwirte freiwillig auf Einkommensverbesserungen verzichtet, nur weil sie auf ergänzende Flächenbeihilfen zurückgreifen kann.

An dieser Stelle fehlt bei Jordan eine Folgewirkung, auf die er nun unbedingt hätte aufmerksam machen müssen. Bei knappen Boden- und Pachtangeboten verteuern Flächenbeihilfen unmittelbar Grundstücks- und Pachtpreise, behindern die strukturelle Anpassung (was von Jordan wahrscheinlich gewollt ist) und fließen im Ergebnis dem Grundeigentümer als zusätzliche Bodenrente zu (was Jordan wahrscheinlich nicht will).

Unerfindlich bleibt auch die Ansicht von Jordan, daß „flächengebundene Leistungsabgeltungen in strukturschwachen Gebieten die Wirtschaftskraft“ verstärken. Flächenbeihilfen haben diese Wirkung genau so gut oder genau so wenig wie beispielsweise die jährliche Anhebung der Gehälter und Bezüge für Kommunalbeamte, die in strukturschwachen Gebieten wohnen und arbeiten. Von einer Verstärkung der regionalen Wirtschaftskraft kann man hingegen nur dann sprechen, wenn es gelingt, durch ein überregionales Angebot von Gütern und Dienstleistungen zusätzliches Einkommen für die betreffende Region zu mobilisieren. Auf die Landwirtschaft bezogen würde dies eine Steigerung der regionalen Produktion bedeuten, was Jordan mit seinem Modell offensichtlich nicht verfolgt.

Kritische Fragezeichen sind noch gegen eine ganze Reihe von sonstigen Wirkungen oder Hoffnungen zu setzen, die sich Jordan von seinem Reformmodell verspricht. So wie es z. B. falsch ist, die Aufgabe

eines landwirtschaftlichen Betriebes mit der Abwanderung der landwirtschaftlichen Bevölkerung aus ländlichen Räumen in direkten Kausalzusammenhang zu setzen („Wachsen oder Weichen“ kann in aller Regel nur sektoral, nicht regional gesehen werden), so ist es auch falsch, sich von der Erhaltung der landwirtschaftlichen Betriebe die Umkehrung des Abwanderungsprozesses aus den ländlichen Räumen zu versprechen. Die Zusammenhänge sind in Wirklichkeit sehr viel differenzierter, als sie in Jordans Beitrag zum Ausdruck kommen. Ebenso wäre zu fragen, ob die mit einer Flächenbewirtschaftung gekoppelte „Landschaftspflege“ generell durch Leistungsabgeltung in Form von flächengebundenen Beihilfen honoriert werden muß. Vorsorglich darf aus der Sicht des Bundes angemerkt werden, daß solche Vergütungen, wenn nicht über die Kurtaxe, aus Steuermitteln der Länder aufzubringen wären. Eine verlockende Möglichkeit, Hessen wieder nach vorne zu bringen!

#### Zur EG-Problematik

Unkenntnis und mangelndes Durchblickvermögen werden vor allem dort deutlich, wo Jordan sein Reformmodell aus „durch Wegfall der bisherigen Überschußfinanzierung der EG zur Verfügung stehende(n) Mittel(n)“ bezahlen will. Dabei mag dem hessischen Staatssekretär noch nachgesehen werden, daß er sich Gedanken über die Verwendung der überreichlichen Bundesmittel macht. Hingegen sollte er folgendes zur Kenntnis nehmen:

1. Ziel der Bemühungen von Bundesregierung und der sie tragenden Parteien ist es keineswegs, irgendwelche EG-Mittel für landwirtschaftliche Einkommenstransfers oder zur Bestreitung von reinen Länderaufgaben (s. „Landschaftspflege“, „Erhaltung von wertvollen Biotopen“ usw.) freizumachen, sondern

- zu verhindern, daß mehr als 1 % der MWST-Bemessungsgrundlage abgeführt werden muß,
- durch Umstrukturierung im EG-Haushalt zu erreichen, daß künftige Ausgleichsleistungen zugunsten der einseitig belasteten Nettozahler (Bundesrepublik und Großbritannien) sowie neue EG-politische Aktivitäten im geltenden Rahmen des EG-Haushalts finanziert werden können.

Beides bedingt, daß die Ausgaben für die EG-Agrarpolitik künftig weniger steigen als die eigenen Einnahmen der EG.

2. Die Idee, bei der gegenwärtigen ökonomischen und politischen Konstellation weitergehen und die EG-Agrarpolitik in Richtung einer Null-Lösung bewegen zu können, ist vollkommen unreal. Da einerseits die Gemeinschaft bei fast allen Agrarprodukten

einen Selbstversorgungsgrad von deutlich über 100 % hat, andererseits kein Weg erkennbar ist, die Aufnahmemöglichkeit des EG-Marktes für ein noch immer steigendes Angebot an Nahrungsmitteln zu erhöhen, werden wir nach wie vor mit Überschüssen leben müssen. Zur Diskussion stehen nur das Ausmaß, d. h. vor allem die Zuwächse, sowie Kostenhöhe (z. B. Exporterstattungen) und Kostenanlastung (z. B. Erzeuger-Mitverantwortung) bei der Überschußverwertung.

3. Die EG-Agrarmarkt- und Preispolitik ist seit jeher das wesentliche Instrument der landwirtschaftlichen Einkommenspolitik. Auch wenn das Sozialdemokraten am allerwenigsten zu verantworten haben, bleibt es dennoch eine Realität. Bundesregierung und SPD haben sich im Interesse der übergeordneten europäischen Ziele dafür ausgesprochen, diese Einkommensfunktion mit der marktwirtschaftlichen Ausgleichsfunktion der Preispolitik besser abzustimmen. Sie haben sich nicht dafür ausgesprochen, die Einkommenspolitik zu renationalisieren, so vernünftige Gründe es dafür auch geben mag. Denn Renationalisierung der Einkommenspolitik würde unweigerlich Kompensationsforderungen größten Ausmaßes der mehr agrarisch strukturierten Nettoempfängerländer nach sich ziehen.

Das „hessische Reformmodell“, das auch als generelles Preis-Belhilfen-System bezeichnet werden kann, ist daher unter heutigen Bedingungen nur denkbar, wenn es EG-weit eingeführt und zumindest überwiegend aus EG-Haushaltsmitteln finanziert wird. Abgesehen davon, daß hierfür nicht die geringsten administrativen Voraussetzungen in den meisten Mitgliedstaaten bestehen, daß Betrügereien Tür und Tor geöffnet würden, wäre es die Bundesrepublik, die den Löwenanteil der finanziellen Lasten auf sich zu nehmen hätte.

#### Abschließende Bemerkung

Über Jordans „hessisches Modell zur Reform der EG-Agrarpolitik“ kann man getrost zur Tagesordnung übergehen. Es fände nicht einmal in der Bundesrepublik Deutschland eine reelle Chance der Verwirklichung, geschweige denn in der EG. Der Vorschlag ist eine Utopie.

Sozialdemokratische Agrarpolitik ist im Kern im Godesberger Programm skizziert. Die dortigen Aussagen sind auch heute noch gültig und wegweisend. Wer sie ersetzen oder ergänzen will, der darf nicht mit ideologischen Scheuklappen den Problemen unserer Zeit zu Leibe rücken wollen.



## Werner Volkmer: Die Sozialen Demokraten in Großbritannien – eine Partei der rechten Mitte?

*Der Diplompolitologe Dr. Werner Volkmer, geb. 1943, früherer Mitarbeiter beim Deutschen Dienst BBC London, der Washington Post (London Office) und der Berliner Stimme, arbeitet heute als freier Journalist.*

Die Gründung der Partei der Sozialen Demokraten (SDP) in Großbritannien im März 1981 und die dann folgende Entwicklung sind das Aufregendste, was im Parteiensystem des Landes seit Anfang der 30er Jahre zu beobachten ist, als Ramsay MacDonald die Labourpartei vorübergehend gespalten hatte. (S. dazu den Artikel von Léa Hamon in NG 4 und 5/81; Red.) Bisher ist jedoch nur wenig über die SDP bekannt – in welche politische Richtung sie zielt, wie diese Partei von der Mitgliederstruktur her aussieht und welche organisatorische Struktur sie hat. Dies kann auch kaum anders sein bei einer Partei, die erst wenige Monate alt ist und sich ständig weiterentwickelt. Einige Anhaltspunkte sind jedoch vorhanden.

#### Organisation

Anfang Dezember 1981 hatte die SDP nach eigenen Angaben 70 000 Mitglieder und gewann pro Woche 1000 neue Mitglieder hinzu. Der Mitgliedsbeitrag betrug £ 9-00, der auch per Kreditkarte gezahlt werden kann. Von 1982 an ist der Mitgliedsbeitrag auf £ 11-00 angehoben worden, wovon erstmals £ 3-00 bei den Gebietsparteien bleiben, die bisher leer ausgegangen sind.

Die *Parteizentrale* residiert im Londoner Regierungsviertel Westminster, 4 Cowley Street, wo 24 hauptberufliche Funktionäre und zahlreiche freiwillige Helfer arbeiten. Die gesamte Parteimitgliedschaft ist zentral von einem Computer erfaßt, wodurch die direkte Kontaktaufnahme der Parteizentrale mit dem einzelnen Mitglied erleichtert werden soll.

Die *Gebietsorganisationen* (area parties) der SDP umfassen bis zu 10 traditionelle Wahlkreise. Sie sind

in *Regionalorganisationen* (regional committees) zu sammengefaßt, womit das Streben der SDP nach einer Dezentralisierung Großbritanniens zum Ausdruck gebracht werden soll. Die Regionalparteien bestätigen die von den Gebietsparteien gewählten Kandidaten für das Unterhaus und für das Europäische Parlament. Sie wählen ferner ihre eigenen Repräsentanten in den *Rat der Sozialen Demokratie* (Council for Social Democracy).

Der Rat ist das „Parlament“ der SDP und zählt 400 Mitglieder, die von den Gebiets- und den Regionalorganisationen auf jeweils zwei Jahre gewählt werden. Frauen sollen mindestens ein Drittel der Ratsmitglieder stellen. Der Rat, eine Art institutionalisierter Parteitag, tritt mindestens dreimal im Jahr zusammen und legt die Politik der Partei fest. Den Vorsitz führt der *Präsident*, der von den gesamten Mitgliedern der SDP in einem Parteireferendum auf zwei Jahre gewählt wird; drei Amtszeiten sind zulässig. Der Präsident repräsentiert die Partei nach außen und führt auch den Vorsitz im *Nationalkomitee* (Partei Vorstand). Das Nationalkomitee ist für die SDP-Organisation außerhalb des Parlaments verantwortlich. Ihm gehören einfache Mitglieder (die national gewählt werden), Vertreter der Regionalorganisationen, Unterhausabgeordnete, Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Vertreter des House of Lords, der Jugendorganisation und der Kommunalpolitik an. Jede vertretene Gruppe wählt ihre eigenen Vertreter. Die Wahlzeit beträgt zwei Jahre, für Unterhausabgeordnete ein Jahr. Der *Parteiführer* gehört dem Komitee qua Amt an und steht dem wichtigen *Politischen Unterausschuß* vor.

Der Politische Unterausschuß ist die eigentliche politische Zentrale der SDP. Er erarbeitet alle politischen Grundsatzserklärungen (die vom Rat nach Aussprache unter der Mitgliedschaft verabschiedet werden) und auch die Wahlplattformen der Partei. Wieder ist der Rat der Sozialen Demokratie das letztlich verantwortliche Gremium.

Der Parteiführer, der Kandidat für das Amt des Premierministers und Chef der Unterhausfraktion ist, wird auf Vorschlag von mindestens 15 Unterhausabgeordneten von der Fraktion gewählt. Der Rat stimmt dann über die Entscheidung der Fraktion ab. Weist der Rat die Entscheidung der Fraktion zurück, findet ein „Parteireferendum“ statt. Traditionell ist das Amt des Parteiführers in den britischen Parteien das einflußreichste und wichtigste Amt. Der Parteiführer hat entscheidenden Einfluß auf die Mitglieder des Schattenkabinetts oder der Regierung, er macht und zerstört Karrieren. Aus diesem Grund ist der

Wahlmodus des Parteiführers in der SDP heftig umstritten. Der radikaldemokratische Flügel unter Shirley Williams ist auch hier für die Wahl durch ein „Parteireferendum“ wie beim Präsidenten der Partei.

Um der Mitgliedschaft schließlich eine direkte Mitwirkungsmöglichkeit bei Beschlußfassungen der Partei zu geben, soll eine *Konsultative Versammlung* von Fall zu Fall vom Nationalkomitee einberufen werden. Dort können alle Mitglieder alle ihnen wichtigen Themen unverbindlich diskutieren. („Draft Constitution of the SDP“, London, 1981. Kurzfassung abgedruckt in „The Guardian“, 23. 9. 1981.)

Die drei wichtigsten Abweichungen von der Organisation der anderen etablierten Parteien sind die Zusammenfassung mehrerer Wahlkreise in Gebietsorganisationen als unterste Parteiebene, die Wahl von Funktionären und Kandidaten für öffentliche Ämter durch „Parteireferenda“ sowie die Aufteilung der Parteiführung in ein Präsidentenamt und die Funktion eines Parteiführers. Die Aufteilung in Präsidentenamt und die Position eines Parteiführers mag sachlich durchaus gerechtfertigt sein. Sie reflektiert jedoch auch die Rivalität zwischen Roy Jenkins und Shirley Williams, die als Gründungsmitglieder der Partei zusammen mit Bill Rodgers und David Owen zur Zeit die kollektive Parteiführung bilden. Bis zum Wahlsieg Shirley Williams in Crosby galt allgemein, Roy Jenkins hätte größere Chancen, zum Parteiführer gewählt zu werden, wenn die Wahl nach dem Statutenentwurf durchgeführt würde. Ein Referendum der Parteimitglieder, wie es Shirley Williams und David Owen wünschen, so hieß es, wäre für Shirley Williams vorteilhaft. (Vgl. „The Times“, 24. 11. 1981.)

In einer Meinungsumfrage von Opinion Research Ltd. für das kommerzielle britische Fernsehen stellte sich jedoch heraus, daß 52 % der befragten Parteimitglieder Roy Jenkins als Führer wünschten, gegenüber 27 %, die sich für Shirley Williams aussprachen. (Teilweise abgedruckt in „The Times“, 30. 11. 1981; die Umfrage wurde unter 10 000 SDP-Mitgliedern durchgeführt, von denen etwas mehr als 5500 antworteten.) Dennoch wird es keineswegs leicht sein, Shirley Williams auf das mehr repräsentative Präsidentenamt zu verdrängen. Nachdem sie seit dem 26. 11. 1981 wieder einen Unterhaussitz innehat, macht sie sich als Sprecherin der Partei für wirtschaftliche Fragen im Unterhaus einen Namen, der von immerhin 35 % der befragten Parteimitglieder als Programm verstanden wird, nämlich als Programm einer radikal-sozialistischen Partei, wobei „radikal“ nicht mit extrem verwechselt werden darf.

### **Politisches Programm**

Ein Sonderparteitag der SDP wird im Februar über das Statut abstimmen und im März wird dann ein Referendum aller SDP-Mitglieder darüber befinden. Erst danach kann ein den Statuten entsprechendes und verbindliches Parteiprogramm erarbeitet werden. Dies bedeutet jedoch keineswegs, daß die SDP bisher ohne jede politischen Vorstellungen existiert hätte.

Als die SDP am 26. März 1981 offiziell gegründet wurde, veröffentlichten die vier Gründungsmitglieder ein 12-Punkte-Programm, das eine gewisse Grundrichtung festlegt. Danach ist die Einführung des Verhältniswahlrechts die wichtigste Forderung der SDP. In der Wirtschaftspolitik sehen die Parteigründer als ihr vorrangigstes Ziel an, die gegenwärtige Mischung von verstaatlichter und privater Industrie beizubehalten, eine Gewinnbeteiligung der abhängig Beschäftigten einzuführen, Mitbestimmung in der einen oder anderen Form zu verwirklichen, kooperative und kommunale Unternehmen mit Gewinnbeteiligung zu schaffen, ein Lehrlingsystem zu entwickeln, das modernen Anforderungen entspricht, und den Ölreichtum des Landes für Investitionen in neue Industriezweige zu verwenden. Ein Bekenntnis zur Marktwirtschaft („the unrivalled capacity of market forces to create wealth“) geht einher mit der Forderung nach einer gerechteren Verteilung des Erwirtschafteten.

Der „National Health Service“ soll verbessert, das Wohnungsbauprogramm erweitert und die Ausgaben für Bildung erhöht werden. Umweltfragen und der Gleichberechtigung der Frau sollen größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Ein Bekenntnis zur NATO, zur Europäischen Gemeinschaft, zu multilateraler Abrüstung und zur Verantwortung gegenüber der Armut in der Dritten Welt ergänzen diese innenpolitischen Programmpunkte.

Die Neigung der Sozialen Demokraten, ihre gegenüber anderen Parteien des Landes demokratischere Orientierung zu betonen, verleiht einer Meinungsumfrage, die nach Shirley Williams Wahlsieg in Crosby angestellt wurde, großes politisches Gewicht. Eine Partei mit einem derart radikaldemokratischen Bekenntnis, wie es sich in den „Parteireferenden“, die geplant sind, ausdrückt, kann die Ergebnisse solcher Umfragen nicht einfach ignorieren, jedenfalls nicht, ohne ihr selbstgeschaffenes „demokratischeres“ Image in Frage zu stellen. Deshalb sind die gegebenen Antworten in der bereits zitierten Opinion-Research-Umfrage von politischer Sprengkraft für die Sozialen Demokraten. Hier zeigt sich, daß Roy Jenkins' Bekenntnis, er wolle keine Neuaufgabe der Labourpartei mit der SDP schaffen, mehr ist als parteipolitische Polemik. Im Gegensatz zu Shirley Williams und David Owen wollen der „geistige Vater“ der SDP und die Mehrheit der Parteimitglieder eine Partei gemäßiger rechter Orientierung.

### **Haltung der SDP-Mitglieder zu wichtigen politischen Fragen**

	Dafür (in %)	Dagegen (in %)
Austritt aus der Europäischen Gemeinschaft	7	92
Einkommenspolitik	89	9
Einkommenspolitik mit gesetzlichen Zwangsmaßnahmen	60	38
Staatliche Investitionshilfen für bestimmte Industrien	79	19
Einseltige Abrüstungsmaßnahmen	22	76
Gesetzliche Mitbestimmung von Arbeitern in der Geschäftsleitung	73	25
Begrenzung der Gewerkschaftsrechte	72	24
Erhaltung des status quo im Verhältnis zwischen privater und verstaatlichter Industrie	72	26
Beibehaltung der sozialen Vorrangstellung der Privatschulen	28	72
Regionalparlamente für die englischen Regionen	31	67
Verbot des „closed shop“	67	31
Senkung der Steuervorteile für Hypothekendarlehen	32	64
Regionalparlamente für Schottland und Wales	56	41
Vermögenssteuer	63	34
Steuererhöhungen zur Finanzierung höherer Staatsausgaben	55	41

*Weekend World Programme, Thames Television 29. 11. 1981, teilweise abgedruckt in „The Times“, 30. 11. 1981.*

Die hier sich widerspiegelnden politischen Erkenntnisse müssen im Rahmen der britischen Gesellschaft gesehen werden, um sie besser einordnen zu können. Als „rechts“ gilt die scharfe Frontstellung gegen die Gewerkschaften, als „linksreformerisch“ der Zweifel am Status der privaten Schulen (etwas irreführend „public schools“ genannt).

Ein deutlicher Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist in den Antworten zur Steuererhöhung für weitere Staatsausgaben, Entziehung von Steuervorteilen für Hypothekeneinhaber und zur Einführung einer Vermögenssteuer enthalten. Dank ihrer sozialen Stellung haben die meisten SDP-Mitglieder Eigenheime. Daher sind sie gegen den Eintrag von Steuervorteilen für Hypothekeneinhaber. Das soziale Engagement reicht knapp dazu aus, sich für Steuererhöhungen auszusprechen, um die von der Partei angestrebten Reformen bzw. die Rückkehr zur „vorkonservativen Zeit“ zu finanzieren (55 % zu 41 %); andererseits hoffen weit mehr SDP-Mitglieder, daß nicht sie, sondern „die Reichen“ die Zeche zahlen müssen. Daher der größere Enthusiasmus für die Einführung der Vermögenssteuer (63 %) als für eigene Steuernachteile (32 %) bei den Hypotheken.

Die Attraktivität der SDP für ihre Mitglieder und die Wähler besteht darin, daß diese Partei keine politischen Extreme verfolgt. In der Opinion-Research-Umfrage gaben 22 % der Parteimitglieder an, der SDP beigetreten zu sein, weil damit das Zweiparteiensystem aufgebrochen werden könnte, 19 % gaben an, weil es sich um eine Partei der Mitte handele, 17 % nannten die Polarisierung der beiden etablierten großen Parteien als Grund und 15 % die Linksdrift der Labourpartei. In einer Frage aber nahmen die SDP-Mitglieder eine Position ein, die weit rechts von dem liegt, was sich die Parteiführung vorstellt: Dies ist ihre Haltung gegenüber den Gewerkschaften und in der Einkommenspolitik.

Eine der bitteren Erfahrungen britischer Politiker der vergangenen zehn Jahre ist es, daß eine Einkommenspolitik nur mit dem Konsens der Gewerkschaften durchzuführen ist, nicht gegen ihren Willen. Die konservative Regierung Heath hatte von 1971 bis 1973 versucht, die Kraft der Gewerkschaften durch Gesetze und den Gerichtsweg zu beschneiden und wurde durch den Bergarbeiterstreik 1973/74 zum Gang zur Wahlurne gezwungen, den sie prompt verlor. Jim Callaghan, der mit der Labour-Regierung in der zweiten Hälfte der 70er Jahre versuchte, durch Lohnabsprachen mit der Gewerkschaftsführung („social contract“) die Wirtschaft in den Griff zu bekommen, scheiterte an der Ungeduld der Gewerkschaf-

ten. Sie lehnten schließlich weitere Lohnbeschränkungen ab, und nach einem miserablen Streikwinter 1978/79 verlor James Callaghan die Unterhauswahlen. Es ist noch zu früh, das Schicksal der Thatcher-Regierung in dieses Schema einzuordnen. Soviel jedoch kann gesagt werden: der Wählertrend ist eindeutig – weg von der Konservativen Partei.

Die Sozialen Demokraten wollen nun zu 60 % eine gesetzliche Einkommenspolitik durchsetzen. Roy Jenkins hat seine eigenen Vorstellungen während seines Wahlkampfes in Warrington und später auf der rollenden SDP-Konferenz (5., 7. und 9. Oktober in Perth, Bradford und London) dargelegt. Danach soll die Regierung eine Richtlinie für Lohnerhöhungen bekanntgeben, die widerspiegeln soll, was die Nation sich leisten kann. Die zwischen Gewerkschaften und Unternehmen ausgehandelten Löhne und Gehälter sollen dann mit einer Steuer belastet werden, sobald sie über den von der Regierung festgelegten Satz hinausgehen. Diese Mehreinnahmen des Fiskus würden dann am Ende des Jahres wieder der Industrie in Form von Ermäßigungen ihrer Versicherungsbeiträge zufließen. Völlig ignoriert hat Roy Jenkins dabei, daß der öffentliche Sektor in den letzten Jahren weit größere Einkommenserhöhungen hat durchsetzen können als die Beschäftigten der Privatindustrie. Jenkins blieb die Antwort auf die Frage schuldig, wie er eine Konfrontation mit den Bergarbeitern, den Gasarbeitern oder den Elektrizitätsarbeitern zu vermeiden oder ihr zu begegnen gedenkt. (Vgl. „Financial Times“, 10. 10. 1981)

An den bisher vorliegenden Grundzügen der Politik der Sozialen Demokraten sind zwei Dinge abzulesen. Trotz zahlreicher gemäßigter politischer Vorstellungen, die dem Wählerwillen offenbar entsprechen, und trotz sozialreformerischer Ansätze fehlt es der SDP an einem Konzept, das für Großbritannien typische und verheerende Klassendenken, das „them and us“, zu beenden. In der zentralen Frage des Verhältnisses zu den Gewerkschaften hat die SPD nicht mehr zu bieten als die Regierung Thatcher, die ebenfalls mit Finanzstrafen, allerdings im öffentlichen Sektor, die Lohnentwicklung kontrollieren will. Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der SDP unterscheiden sich, wenn überhaupt, nur geringfügig von denen der Labour-Regierungen zwischen 1974 und 1979, die damit ebenso gescheitert sind, wie die Tories unter Thatcher wahrscheinlich scheitern werden. Der zweite Faktor, der sich klar aus den politischen Vorstellungen der Mitglieder herauschält, ist, daß es sich bei der SDP um eine Partei handelt, die Mittelstandscharakter hat und dem linken Flügel der

Tories wohl nähersteht als der Sozialdemokratie. Dies wird durch Umfrageergebnisse über die Sozialstruktur und politische Herkunft der SDP-Mitglieder bekräftigt.

### Soziales Profil

Rund ein Drittel der SDP-Mitglieder haben bisher Labour gewählt, ein weiteres Drittel die Liberalen und ein Viertel die Konservative Partei; 67% haben bisher keiner Partei angehört (Opinion Research-Umfrage). Nach einer Umfrage unter den Delegierten des SDP-Parteitag im Oktober von BBC Newsnight, einer Fernsehsendung (9. 10. 1981, teilweise abgedruckt in „The Guardian“, 10. 10. 1981), sind es 55,6%. Nach eigenen Angaben waren von den 527 SDP-Delegierten, die von Newsnight erfaßt wurden, 47,8% Angehörige des höheren Managements, Rechtsanwälte, Ärzte, Grundstücksmakler u. ä.; Beamte und Lehrer (einschließlich Universität) waren 17,8%; Pensionäre 9,9%; Arbeiter fanden sich 8,9% unter den Delegierten, weiter 5,5% Hausfrauen und 4,7% selbständige kleine Geschäftsleute. Schließlich waren 1,8% der Delegierten arbeitslos. 68,8% waren Männer und 31,2% Frauen.

Die Opinion-Research-Umfrage ändert und ergänzt diese Zahlen nur unwesentlich. Danach sind 57% der SDP-Mitglieder in Managementpositionen und Mittelstandsberufen gegenüber 16% im Bevölkerungsdurchschnitt. Arbeiter sind nur 7% der Mitglieder gegenüber einem nationalen Durchschnitt von 53%. Dem unteren Mittelstand (Büroangestellte und Verkaufspersonal) gehören 10 Prozent an gegenüber 22% der Bevölkerung. Über die Hälfte der Mitglieder ist unter 45 Jahre alt, wobei die stärkste Altersgruppe von den 25-34jährigen gestellt wird.

### Resümee

Die SDP ist nach diesen Zahlen die Partei des erfolgreichen jungen Mannes, der zwischen 25 und 35 Jahre alt ist, Universitätsbildung hat, ein Eigenheim besitzt und mit Kreditkarte bezahlt. Die politi-

schen Vorstellungen des SDP-Mitglieds sind von der Vorstellung geprägt, daß die Gewerkschaften die Hauptschuld an der gegenwärtigen wirtschaftlichen Misere tragen, sozialpolitische Maßnahmen zwar wünschenswert sind, aber nicht zu teuer werden dürfen, jedenfalls nicht für die SDP-Mitglieder selbst. In der Parteiorganisation will das SDP-Mitglied so oft wie möglich befragt werden, wenn Entscheidungen getroffen werden, lehnt aber eine gewisse politische Manipulation nicht ab, z. B. wenn es beim Parteiprogramm und bei Wahlplattformen nur zur Konsultation der Mitglieder kommt.

Die Labourpolitiker und die Konservativen tun die SDP und ihre Erfolge nicht mehr als normale Erscheinung, als Protesterscheinung nach zweijähriger Regierungszeit ab. (Vgl. Denis Healey, „Consensus and the SDP“, in „New Socialist“, Nov./Dec., 1981, p. 26 f. Ein hervorragender Vergleich der SDP mit Oswald Mosleys „New Party“ Anfang der 30er Jahre findet sich übrigens bei Ben Pimlott, „When the party's over“, in „New Socialist“, Sept./Oct. 1981, S. 63 ff. Für die Befürchtungen der Tories siehe „The Times“, 26. 10. 1981.) Selbst ein zur-Mitte-Rücken von Labour und Konservativen wird nicht verhindern können, daß die SDP zusammen mit den Liberalen bei den nächsten Unterhauswahlen wahrscheinlich das Zünglein an der Waage sein wird. Nach den gegenwärtigen Wahlergebnissen und Meinungsumfragen könnte die SDP zusammen mit den Liberalen durchaus eine Regierung bilden. Die Frage, die sich für diese beiden Parteien stellt, sobald das Verhältnismahlrecht durchgesetzt worden ist, ist, ob sie sich zu einer demokratisch-liberalen Partei zusammenschließen oder getrennte Wege gehen werden. Beides wird nach dem, was bisher über die SDP bekannt ist, nicht zu einer sozialistischen oder sozialdemokratischen Alternative zu den beiden etablierten und extreme Positionen einnehmenden Parteien führen. Die SPD scheint auf dem Weg von einer Protestpartei zu einer Mittelstandspartei zu sein.



## Europäische Gemeinschaft: Warnung vor Einmischung in Polen

**Geme wird in den Medien darüber berichtet, wenn europäische Sozialisten untereinander uneins sind, seltener, wenn sie sich gemeinsam für eine Sache einsetzen.**

So war in den letzten Wochen in deutschen, italienischen und französischen Blättern sehr viel zu lesen über die „Verstimmung unter den westeuropäischen Sozialisten“ und die Vorwürfe italienischer und französischer Parteiführer der Sozialisten und Sozialdemokraten an die SPD und ihren Vorsitzenden Willy Brandt, in seiner Eigenschaft als Präsident der Sozialistischen Internationale (SI), zu leisererischer auf die Vorgänge in Polen reagiert zu haben.

Hier wäre es interessant und korrekt gewesen, in der Presse auch etwas darüber zu berichten, daß die Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament etwa zum gleichen Zeitpunkt, an dem Willy Brandt seine Erklärung für die SI abgab, mit großer Mehrheit eine Position vertrat, die mit dieser Erklärung übereinstimmt. Sie wurde auch von den französischen Sozialisten mitgetragen und fand Eingang in die mit großer Mehrheit verabschiedete Entschließung des EP.

Einem gemeinsamen Antrag von Sozialisten, Christdemokraten, Konservativen, Liberalen und Gaullisten folgend, dem auch die italienischen Kommunisten zustimmten, verurteilte das EP am 18. 12. nach der nächtlichen Dringlichkeitsdebatte die in Polen getroffenen Maßnahmen – Kriegszustand, Militärrat und Verhaftungswelle. Es forderte die Aufhebung des Kriegszustands und die sofortige Freilassung der Verhafteten sowie die Wiederherstellung der bürgerlichen und gewerkschaftlichen Freiheiten, „damit alle lebenswichtigen Teile der polnischen Gesellschaft sich erneut in Freiheit an der Suche nach einer polnischen Lösung der Krise beteiligen können“.

Jede Einmischung von außen lehnte das EP ab: es sei einzig und allein die Sache des polnischen Vol-

kes, über seine Zukunft frei zu bestimmen. Dem polnischen Volk solle die EG jede nur mögliche Nahrungsmittelhilfe zukommen lassen. Voraussetzung sei allerdings, daß diese Hilfe frei und gerecht an all diejenigen verteilt werde, die ihrer am meisten bedürfen.

In der Aussprache erinnerten Klaus Hänsch und Olaf Schwencke, SPD-MdEP's, daran, daß erst die Politik der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa auch den Polen zu gewissen Freiheiten verholfen habe, und wandten sich daher gegen jede Form der Scharfnacherei und Unehrllichkeit. „Polen braucht unsere verlässliche Solidarität der Hilfe auf allen Gebieten, nicht maßlose Reden.“

Jiri Pelikan, Exil-Tscheche und heute italienischer sozialistischer Abgeordneter im Europäischen Parlament, warnte „als einer, der selbst vor Jahren ein solches Regime ertragen mußte“, davor, diejenigen, die selbst die politischen Tragödien erleiden mußten, moralische Lektionen erteilen zu wollen. Er stellte fest, daß es sich bei den Geschehnissen in Polen zwar nicht um einen Eingriff von außen gehandelt habe; aber für Sozialisten sei die Aufhebung der bürgerlichen Freiheiten und Unterdrückung, unter welchem Vorwand auch immer, nie eine „interne Angelegenheit, die man unwidersprochen hinnehmen“ könnte.

Mehr moralische Glaubwürdigkeit hätten die Forderungen der Westeuropäer allerdings, so Jiri Pelikan, „wenn die gleichen Grundsätze der Freiheit und des Gewaltverzichts auf alle Länder Anwendung finden, ohne ideologische Unterschiede und ohne bestimmte Situationen für interne oder propagandistische Zwecke nutzen zu wollen – sei es in Polen, in der Türkei, in Afghanistan oder in Chile, in der Tschechoslowakei oder in El Salvador“.

Pelikan gab als Sprecher der Sozialistischen Fraktion aber zu bedenken, daß weder Scharfnacherei noch passive Indifferenz den Polen helfen könne. Auch Appelle, die auf Einhaltung der Helsinki-Schlußakte nur im Bereich der Beziehungen zwischen den Staaten drängen, reichten nicht aus. Es gehe um die Helsinki-Punkte: Menschenrechte, gewerkschaftliche Freiheiten, Informationsfreiheit und Freizügigkeit im Innern und nach außen. Daher erhebe das EP konkrete Forderungen. Das polnische Volk müsse in dieser schweren Stunde wissen, daß seine Stimme, sein Wunsch nach mehr Freiheit und Gerechtigkeit in Straßburg gehört würden. „Ohne Freiheit in Polen ist Europa nicht demokratisch und frei.“

Auch Willy Brandt hat seinem Bedauern über all

das Ausdruck gegeben, was es an „Phrasendrescherei in diesem Zusammenhang gibt und an Ersatzheldentum – als ob man durch starke Worte und möglichst entleerte Formeln bei uns irgendjemandem in Polen helfen könnte“. Daß die innenpolitischen Auseinander-

setzungen der italienischen und französischen Sozialisten mit den großen kommunistischen Parteien in diesen Ländern Grund und Hintergrund des Unmuts bestimmter Parteiführer sein mögen, ist unschwer zu erraten. *Elfi Schöner (Luxemburg)*

## Belgien: Stahlindustrie krankt weiter

In Belgien zittert man vor dem „Kinsey-Report“, erwartet painliche Enthüllungen, die für große Teile der Bevölkerung verhängnisvolle Folgen haben und möglicherweise auch die erst knapp zwei Monate im Amt befindliche Regierung Martens ins Wanken bringen könnten.

Keine Angst, es geht nicht um das Sexualverhalten der Belgier, und Kinsey ist auch nicht ein Epigone des längst verblicheneren amerikanischen Fragebogen-Auswerters, sondern – wesentlich schlimmer für die Belgier – die amerikanische Wirtschaftsprüfungs- und Consultinggesellschaft McKinsey, die zur Zeit eine Analyse der Lebensfähigkeit und Zukunftsaussichten der wallonischen Stahlindustrie anfertigt.

Auftraggeber dieser Analyse ist die Europäische Gemeinschaft. Von den McKinsey-Ergebnissen wird entscheidend mit abhängen, ob die oberste europäische Kontrollbehörde das gesamte Restrukturierungsprogramm für die belgische Stahlindustrie genehmigt. Im Berlaymont, dem Brüsseler Sitz der EG-Kommission, setzt man offensichtlich wenig Vertrauen in die treuerzigen Versicherungen der Belgier. Hinzu kommt, daß der für die Stahlindustrie zuständige EG-Vize, Graf Davignon, selbst Belgier ist und auf Rückversicherung bedacht sein muß. Da es um ein Milliarden-Projekt geht, nämlich die Restrukturierung und Sanierung des erst im letzten Jahr zusammengeschmiedeten Stahl-Giganten Sambre-Cockerill, ist die Vorsicht der Kommission verständlich.

Noch hält McKinsey, dessen letzte Studie über die belgische Stahlindustrie vier Jahre zurückliegt, mit den neuesten Erkenntnissen hinter dem Berg. Doch schon machen die wildesten Gerüchte die Runde, tragen zur Anheizung des seit Verkündung des Martensschen Austerität-Programms ohnehin gereizten sozialen Klimas bei. Denn was bisher durchsickerte von den Untersuchungsergebnissen, von den durch die Computer gejagten Alternativrechnungen auf-

grund der verschiedenen von belgischer Seite eingebrachten Optionen, das stimmt gewiß nicht heiter – im Gegenteil. Die Stahlreviere von Lüttich und Charleroi, erst rund ein halbes Jahr unter einem gemeinsamen Unternehmensdach vereint und mit einer geplanten Kapazität von 8,5 Millionen Jahrestonnen an sechster Stelle unter Europas Stahlschmieden, haben allen Grund zu ersten Befürchtungen. Denn das Gutachten empfiehlt den Abbau von zusätzlich 3000 bis 4000 Arbeitsplätzen – über die ohnehin vorgesehene Reduzierung um 5000 hinaus – und stellt im übrigen auch das mühsam ausgehandelte Gleichgewicht zwischen beiden Teilen von Sambre-Cockerill in Frage, ist also geeignet, regionale Rivalitäten wieder aufleben zu lassen. Auch das muß einkalkuliert werden im belgischen Wirtschaftsleben: Es gibt nicht nur die Spannung zwischen flämisch- und französischsprachigen Belgiern, sondern auch ein Konkurrenzdenken in den Regionen selbst, geschärft derzeit noch durch die Befürchtung, wirtschaftliche Nachteile zu erleiden.

Im Grunde werden jetzt Ängste bestätigt, die schon im Juni 1981 beim Zusammenschluß beider Unternehmen geäußert wurden: Aus zwei Kranken könne man nicht einfach einen Gesunden machen. Denn in Lüttich und in Charleroi arbeiten je zwei Hochofenwerke, je zwei Stahlwerke und zusammen drei Wärmebreitbandstraßen, und das, obwohl in den letzten zehn Jahren bereits Dutzende von Hochofen und Walzstraßen stillgelegt wurden. Und es soll noch weiter rationalisiert werden nach einem Programm, das die Nippon Steel Corporation im Auftrag des belgischen Konzerns ausgearbeitet hat. Weitere Reduzierung der Konverter, Strangguß statt Blockstahl, so lautet in groben Zügen das Konzept, das bis 1985 ausgelegt ist und in diesem Zeitraum eine Verringerung der Belegschaft von 26000 auf 21000 vorsieht. Schon dieser Abbau von Personal und Kapazität rief einen empörten Aufschrei hervor – verständlich in einem Land, dessen Arbeitslosigkeit mit an der europäischen Spitze liegt; in Wallonien beträgt sie sogar über 20 Prozent. Und jetzt die Forderung der

Mckinsey-Studie, die Kapazität noch weiter herunterzuschrauben auf 6,5 Millionen Jahrestonnen und weitere Tausende von Arbeitsplätzen zusätzlich zu opfern.

Schon gärt es wieder bei den Gewerkschaften, aber nicht nur dort. Die Bevölkerung Walloniens hatte bei der vorgezogenen Parlamentswahl am 8. November ohnehin für eine andere als die jetzt in Brüssel regierende christdemokratisch-liberale Mehrheit votiert, sieht sich darüber hinaus auch durch die Zusammensetzung des Kabinetts Martens nicht ausreichend repräsentiert. Zusätzliche Vertrauenseinbußen, im südlichen, französischsprachigen Landesteil erlitt der Flame Martens, weil er nicht in der Lage war, seine Versprechungen für Wallonien einzuhalten. Die finanzielle Sanierung von Sambre-Cockerill mit Hilfe der belgischen Banken blieb bisher ebenso in der Schwebe wie die Genehmigung der Europäischen Gemeinschaft für das Sanierungskonzept.

Beides – das Ja der EG und die Finanzspritze des Staates – ist unerlässlich für das Überleben und für die Gesundung des kranken Stahlriesen an Maas und Sambre. Die Schwierigkeiten bei der Gemeinschaft

liegen in dem vor Jahresfrist selbstgegebenen Subventionskodex für die Stahlindustrie, der vor allem auf deutsches Drängen zustande kam. Zusätzliche Begrenzung und strenge Zweckbindung der Beihilfen machen den Genehmigungsprozeß kompliziert. Die Aufbringung der Mittel angesichts einer immer reservierteren Haltung der großen Banken ist eine ebenso hohe Hürde für den notorisch bankrotten belgischen Staat. Denn der bis 1985 befristete Finanzierungsplan für Sambre-Cockerill erfordert rund 80 Milliarden Franken, über 4 Milliarden Mark. Das entspricht etwa einem Jahresumsatz des Unternehmens. Mehr als 3 Milliarden Mark wurden seit 1975 bereits in die damals getrennten Unternehmen Cockerill und Sambre-Triangle gesteckt. So ist es auch erklärlich, daß heute mehr als 80 Prozent des Grundkapitals in der Hand des Staates sind. Der belgische Steuerzahler, der auch weiterhin für die wallonische Stahlindustrie Opfer bringen muß, kann wenigstens davon ausgehen, daß er sein Geld praktisch in „Volkseigentum“ investiert.

*Wolf-Dietrich Stahnke (Brüssel)*

## Dänemark: Haltung der Versöhnung

Die Wahlniederlage der Sozialdemokratie am 8. Dezember hat zu überraschenden Konsequenzen geführt: die Sozialdemokraten sind wieder an der Regierung.

Die Verhandlungen bei der Königin noch vor Neujahr erbrachten keine parlamentarische Mehrheit, weder für die Sozialdemokraten und die Linksparteien noch für die sechs bürgerlichen Parteien. Die (linkliberalen) „Radikalen“ mit ihren neun Mandaten enthielten sich. Ergebnis: Auf Anker Jörgensen als Staatsminister entfielen mehr Stimmen als auf Henning Christophersen von Venstre (Lib.).

Ein Leitmotiv der Verhandlungen war für die Sozialdemokraten, die Sozialistische Volkspartei in die Verantwortung einzubinden, d. h. den Sozialdemokraten eine Möglichkeit zu eröffnen, später einige Mandate von der Linken wiederzuerobert. Dies gelang aber nicht, da die „Radikalen“ nichts mit der Sozialistischen Volkspartei zu tun haben wollten.

Wegen der künftigen Entwicklung sind diese Verhandlungen für eine Beurteilung der politischen La-

ge dennoch interessant. Die Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit der drei Parteien konzentrierten sich auf Steuerfragen, die Reform der Investitionspolitik, das Öl in der Nordsee und die Stadtsanierung.

Das Ergebnis dieser Verhandlungen war für die sozialdemokratischen Unterhändler nicht zufriedenstellend. Deshalb wurde der sozialdemokratischen Folketingfraktion empfohlen, in die Opposition zu gehen. Eine Zweidrittel-Mehrheit der Fraktion sprach sich jedoch für einen erneuten Versuch aus, die sozialdemokratische Regierung fortzuführen. Dieser Zwiespalt ist aus den unterschiedlichen Auffassungen der Möglichkeiten zu erklären, aus der Opposition heraus sozialdemokratisch zu arbeiten. Die Mehrheit meinte, daß die Politik der Partei letzten Endes dieselbe sei, ob die Sozialdemokraten sich nun in der Opposition oder in der Regierung befinden, während die Führer eine Notwendigkeit zu sehen glaubten, ein klareres sozialdemokratisches Profil wiederaufzubauen – mit der gebotenen Rücksichtnahme auf ihre politische Verantwortung. Einige Kreise innerhalb der Partei hofften auf eine „reine“ sozialdemokratische Opposition, fanden aber unter den namhaften sozialdemokratischen Politikern keinen Anhang.

# **Kleine Vandenhoeck-Reihe: Geschichte**

---

## **Gerhard Schormann · Hexenprozesse in Deutschland**

1981. 140 Seiten, DM 14,80 (Kleine Vandenhoeck-Reihe 1470)

Hexenprozesse hat es gegeben, zeitweilig in großer Zahl, sie waren schrecklich: das ist allgemeines historisches Wissen. Aber was wissen wir über die Hexenprozesse wirklich? Der Band gibt einen Überblick über den Stand der Forschung, eine Zusammenfassung der Kenntnisse und offenen Fragen.

---

## **Reinhard Spree**

### **Soziale Ungleichheit vor Krankheit und Tod**

Zur Sozialgeschichte des Gesundheitsbereichs im Deutschen Kaiserreich. 1981. 209 Seiten mit 23 Tab., DM 18,80 (Kleine Vandenhoeck-Reihe 1471)

Gesundheit, Krankheit und Tod sind nicht zu allen Zeiten gleich und nicht unabhängig von sozialen Unterschieden in einer Gesellschaft. Reinhard Spree beschreibt Formen sozialer Ungleichheit im Gesundheitsbereich und deren Wandel in Deutschland während des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Erfasst wird ein wichtiges Stück Sozialgeschichte: des Gesundheitswesens, der Krankheit und der Medizin.

---

## **Florian Tennstedt**

### **Sozialgeschichte der Sozialpolitik in Deutschland**

Vom 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg. 1981. 240 Seiten, DM 20,80 (Kleine Vandenhoeck-Reihe 1472)

Florian Tennstedts Buch ist eine Geschichte der sozialen Sicherung in Deutschland vom merkantilistischen Wohlfahrtsstaat bis zum Ende des Kaiserreichs. Die Probleme der Existenzsicherung für die armen Bevölkerungsschichten, die Veränderung der Produktionsweisen und die alltäglichen Lebens- und Arbeitsverhältnisse werden ebenso dargestellt wie die Maßnahmen der Gemeinden und des Staates von der »Armenpflege« bis zur »Arbeiterpolitik«.

---

## **Otto Hintze · Beamtentum und Bürokratie**

Herausgegeben und eingeleitet von Kersten Krüger. 1981. 163 Seiten, DM 16,80 (Kleine Vandenhoeck-Reihe 1473)

Der Band enthält drei klassisch gewordene Studien Otto Hintzes zur Geschichte der Verwaltung. Die historischen Analysen arbeiten Grundzüge und Traditionen des Beamtenwesens heraus, die noch für die aktuelle Diskussion aufschlußreich sind. Inhalt: Der Beamtenstand / Der Commissarius und seine Bedeutung in der allgemeinen Verwaltungsgeschichte / Die Entstehung der modernen Staatsministerien.

---

**Vandenhoeck & Ruprecht · Göttingen und Zürich**

Dies alles lief auf eine neue sozialdemokratische Minderheitsregierung ohne Beteiligung anderer Parteien hinaus. Und am 12. Januar wurde das neugewählte Folketing mit einer Rede von Anker Jørgensen eröffnet, die in weiten Passagen deutlich von einer Haltung der Versöhnung bestimmt ist. In seiner Rede sagte Anker Jørgensen, die Wahl sei zwar eine deutliche sozialdemokratische Niederlage, aber damit noch kein Sieg für die Rechtskräfte gewesen. Die Regierung werde deshalb versuchen, eine Mehrheit für wesentliche Elemente des sozialdemokratischen Regierungsprogramms zu finden.

Das oberste Ziel der Regierung sei die Überwindung der Beschäftigungskrise, die jetzt über 300 000 Arbeitslose produziert hat. Deshalb sei eine Reform der Investitionspolitik erforderlich. In diesem Zusammenhang legt die Regierung das Schwergewicht auf die Baubranche und den Landwirtschaftssektor, den Sozialen Wohnungsbau, Schaffung von Wohnraum für junge Leute, Energiesparmaßnahmen und die Stadtsanierung, die bisher auf Eis gelegt war. Für die Landwirtschaft beabsichtigten die Sozialdemokraten neue Mittel bereitzustellen. Eine nachhaltige Verbesserung der Lage wolle die Regierung für jugendliche Arbeitslose durch ein Beschäftigungs- und Ausbildungsprogramm erreichen.

Ideologisch wichtig ist ein Abschnitt über „gesellschaftliche Wirtschaftssolidarität“, die Formulierung aber ist „schwach“: „Die Regierung will die Möglichkeiten einer solchen Reform untersuchen.“ Es handelt sich um eine Reform der Vermögensbildung. Die Verteilung der Profite soll auf Fonds unter Arbeiterkontrolle erfolgen, um Einfluß auf die Firmen und ihr Wirtschaftsgebaren nehmen zu können.

Noch wichtiger, realistisch gesehen, ist ein Abschnitt über die notwendige Zusammenarbeit im Folketing. Wesentliche Grundzüge der Politik der Regierung dürften allgemeine Zustimmung finden. Zunächst steht das Budget auf der Tagesordnung. Deshalb ist eine Zusammenarbeit mit den „Radikalen“ nun unumgänglich. An mehreren Fronten ist eine Annäherung der Standpunkte zwischen Sozialde-

mokraten und „Radikalen“ eingeleitet worden – in Sachen Finanzierungsreform (s. a. NG 12/81) scheint ein Kompromiß gefunden worden zu sein, der nicht auf eine Zwangsordnung hinausläuft. Gerade dieses Problem war einer der Gründe für die vorgezogene Wahl am 8. Dezember gewesen. Auf längere Sicht arbeitet man auf eine Reform der Kapitalertragssteuer hin. Gegenwärtig gibt es noch einen erheblichen Unterschied zwischen den Zinsen, die tatsächlich ausgezahlt werden, und den Zinsen, die als zu versteuerndes Einkommen gelten. Große Steuerrabatte werden den ersteren eingeräumt, da sie Fonds und anderen Institutionen gehören, so daß enorme Summen nicht versteuert werden. Darüber kann möglicherweise Einigkeit erzielt und eine Änderung herbeigeführt werden.

Innerhalb der Sozialdemokratie steht eine Analyse der „Profilfrage“ bevor. Einen Anstoß dazu hat die Stellvertretende Vorsitzende, Inge Fischer Möller, gegeben, indem sie bemerkte, daß ständig Kompromisse geschlossen worden seien, zu oft ohne eine Markierung der ursprünglichen sozialdemokratischen Zielsetzungen, nachdem Einigkeit erreicht ist. Die Sozialdemokraten sind aber gerade darauf angewiesen, ihren Wählern verständlich zu machen, daß es eine klare sozialdemokratische Linie gibt.

In der Frage der Auseinandersetzung mit den Volkssozialisten gibt es taktische Differenzen. Inge Fischer Möller wünscht keinen „Krieg“, sondern eine „positive“ Politik auf der Grundlage der sozialdemokratischen Ideologie; es gibt aber auch Politiker, bei denen vielleicht die Vernunft dem Zählen unterliegt, d. h. auch in Zukunft muß mit bürgerlichen Parteien zusammengearbeitet werden.

Die Frage, die wohl am meisten gestellt wird, betrifft die Lebensdauer der Regierung. Wenn sie kurz ausfällt, beginnen die Verhandlungen aufs neue – ohne Neuwahlen, wie sie für Anker Jørgensen noch möglich waren. Dann setzen sich die Schwierigkeiten des Parteiensystems fort.

*Bent Christensen (Kopenhagen)*

## **Frankreich: Außenpolitische Motive**

Die Außenpolitik der sozialistischen Regierung Frankreichs steht zwar in gaullistischer Tradition, setzt aber einige interessante neue Akzente – vor allem im Verhältnis zur Sowjetunion.

Wirft man, z. B. aus Anlaß der dramatischen Ereignisse in Polen die Frage auf, wie es mit der Außenpolitik des sozialistischen Staatschefs François Mitterrand bestellt ist, welchen Motiven sie gehorcht, auf welcher Strategie sie beruht, so kommt zunächst der Begriff „Kontinuität“ in den Sinn. Denn niemand zweifelt daran, daß die sozialistische Regierung zwar

im politischen Bündnis der atlantischen Allianz bleiben, aber nicht daran denken wird, sich ihren militärischen Strukturen zu unterwerfen. Denn wie de Gaulle und dessen Nachfolger, Pompidou und Giscard d'Estaing, ist Mitterrand davon überzeugt, daß sein Land eine besondere „Mission“ in Europa und in der Welt zu erfüllen habe, daß es nicht nur, wie objektiv angenommen werden darf, eine mittlere Macht im Weltgeschehen sei, sondern universell wirksam werden müsse. Es ist hier nicht der Platz, auf die historischen Gründe einzugehen, die die Grundlage für diesen Glauben – oder diese Illusion – bilden; aber niemand stellt in Frankreich in Abrede, daß hier eine Motivation wirksam ist, die man eventuell als irrational bezeichnen kann, die aber im Laufe der Zeit einen politischen Ausdruck gefunden hat und somit auch zu einer Realität geworden ist.

Die „force de frappe“ etwa, die autonome Nuklearstreitkraft, deren Existenz und Weiterentwicklung auch zu einem sozialistischen Credo geworden ist, nachdem sie – lange ist es her – von den meisten Sozialisten sehr kritisch beurteilt wurde, hat aus französischer Sicht auch einen sehr realen Sinn: den nämlich, einen Hebel zu bewahren, der es Frankreich unter Umständen gestatten könnte, auf den Bündnispartner in Washington in einer kritischen Situation Einfluß zu nehmen, ihn eventuell vor gefährlich erscheinenden Initiativen zu warnen. Der zweite politische Aspekt: die autonome Nuklearstreitkraft soll als Signal gegenüber der Sowjetunion und ... der Bundesrepublik Deutschland gelten; Moskau soll bedeutet werden, daß im Herzen Europas eine Macht existiert, die entschlossen ist, gegenüber expansionistischen Gelüsten eine entschlossene Haltung einzunehmen; und Bonn soll verständlich gemacht werden, Paris werde nicht akzeptieren, daß die Bundesrepublik Deutschland in Europa „autonome Ziele“ anstrebt, die dazu angetan sein könnten, das politische Gleichgewicht zu verändern.

Kontinuität also, aber auch unterschiedliche Akzente, die seit dem Wahlsieg der Sozialisten recht deutlich geworden sind. Zunächst, was die Haltung gegenüber den Vereinigten Staaten betrifft. Aus zahlreichen Gründen, bei denen der ideologische Faktor eine nicht unerhebliche Rolle spielt, ist François Mitterrand, der faktisch die Außenpolitik des Landes bestimmt, zu der Überzeugung gelangt, daß der westlichen Politik gegenüber der Dritten Welt andere, neue Impulse gegeben werden müssen, wenn nicht Lateinamerika, Asien und Afrika dem Chaos oder dem sowjetischen Einfluß – oder beidem – unterliegen sollen. Daher die verschiedenen französischen

Initiativen, die darauf abzielen, zu einer Veränderung der „terms of trade“ gegenüber den Entwicklungsländern zu gelangen; daher auch die Anerkennung der „Befreiungsfronten“ in Salvador (gemeinsame Initiative mit Mexiko); und daher auch die Waffenlieferungen an Nicaragua, die in diesem Falle nicht als „Geschäft“, sondern als der Versuch betrachtet werden, durch eine westliche Initiative dem sowjetischen Einfluß in dieser Region zu begegnen. Alles in allem stimmen diese Initiativen mit der von der Sozialistischen Internationale eingenommenen Haltung überein.

Akzentverschiebung auch, was die Politik gegenüber der Sowjetunion betrifft: Mitterrand und die meisten französischen Sozialisten scheinen zu der Überzeugung gelangt zu sein, daß die Großmacht im Osten, weit davon entfernt, eine „konservative“ Politik zu betreiben, die nur ihre Einflußsphäre bewahren soll, überall in der Welt darauf abzielt, ihre Positionen zu erweitern. Die Invasion in Afghanistan wird dafür ebenso als ein Beispiel betrachtet wie Äthiopien, Angola und andere Regionen Afrikas, wo nach Pariser Auffassung die sowjetischen Stützpunkte mit Hilfe der Kubaner (oder der DDR) ausgebaut werden.

Die „Akzentverschiebung“ ist hier klar: während Giscard d'Estaing nach der Invasion in Afghanistan sofort den Kontakt mit Moskau suchte und in Warschau mit Breschnew zusammentraf, hat François Mitterrand, schon vor der Errichtung der Militärdiktatur in Polen und noch stärker danach, eine sehr kritische Distanz gegenüber der Sowjetunion bewahrt: Außenminister Cheysson war trotz Moskauer Bemühungen nicht dazu zu bewegen, der Sowjetunion einen offiziellen Besuch abzustatten.

Die französische Haltung gegenüber Polen ist damit auch schon zum Teil erklärt, wenn auch darüber hinaus in Betracht gezogen werden muß, daß aus spezifischen historischen Gründen zwischen der französischen und der polnischen Bevölkerung eine besondere Verbundenheit existiert. Aber Frankreich hat in diesem Falle – sieht man von der anfänglichen Äußerung Cheyssons ab, daß „wir nichts tun werden“ – wie eine Macht reagiert, die in der „indirekten sowjetischen Intervention“, wie es ein Minister formulierte, den Moskauer Imperialismus am Werke sah. Daher die Solidarität mit der amerikanischen Haltung. Daher auch die recht strenge Kritik der französischen Öffentlichkeit (von der Regierung viel sanfter zum Ausdruck gebracht) an der bundesdeutschen Reaktion, die als „weich“ und „lau“ empfunden wurde.

Daß sich hinter dieser Kritik gewisse Einschätzungen verbergen, die einer kritischen Prüfung kaum standhalten, versteht sich am Rande. Aber es ist eine Tatsache, daß führende französische Sozialisten (ebenso wie beispielsweise der bekannte liberale Soziologe Raymond Aron) der Auffassung sind, hinter der „laschen“ Haltung der Bundesrepublik Deutschland verberge sich – historisch gesehen – ein politisches Kalkül. Am krassen hat es wohl Jean Popere, „Nr. 2“ der Sozialistischen Partei, zum Ausdruck gebracht, als er erklärte, die Hypothese eines „Kuhhandels“ zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik – Wiedervereinigung gegen „Neutralisierung“ Deutschlands – sei nicht auszuschließen, was „im Klartext die Finnlandisierung Deutschlands bedeuten würde...“

Seinerseits hat Raymond Aron im Zusammenhang mit der Errichtung der Militärdiktatur in Warschau erklärt, daß die frühere Politik Frankreichs, die darin bestanden habe, „privilegierte“ Beziehungen zu Moskau herzustellen, ebenso gescheitert sei wie die Ostpolitik, um dann hinzuzufügen: „Nach fünfzehn Jahren Entspannungspolitik... weiß die Bundesrepublik Deutschland nicht mehr, zu welcher der beiden Welten (der östlichen oder westlichen) sie gehört, von welcher der beiden sie mehr fürchtet oder erhofft.“

Diese beiden Aussagen erscheinen uns als typisch für eine sehr verbreitete Haltung, von der man allerdings nicht weiß, ob Mitterrand selbst sie in dieser Schärfe teilt. Aber diese Haltung muß um so mehr als eine in unterschiedlicher Stärke immer wieder zum Zuge kommende Komponente der französischen Politik erscheinen, als sich in der französischen Öffentlichkeit, insbesondere in den im Lande einflußreichen Intellektuellenkreisen, in den letzten zehn Jahren eine bedeutsame Wende vollzogen hat: die französische „Intelligentsia“, die von den 30er bis in die 60er Jahre hinein dem Phänomen des Kommunismus mit mehr oder minder großer Sympathie begegnete, hat sich, vor allem unter dem Eindruck der in Prag einrollenden sowjetischen Panzer, zu einer Position hinentwickelt, die in Paris als „anti-totalitär“ bezeichnet wird; zu einer Position, die jede sowjetische Initiative als gefährlich und als geeignet betrachtet, den Widerstandswillen der Europäer zu untergraben. In diesem Zusammenhang wird die Bundesrepublik Deutschland als „schwaches Kettenglied“ betrachtet, auch wenn Helmut Schmidt sich („Doppelbeschuß“) ebenfalls in einer bestimmten Situation für die Stationierung der Pershing-Raketen in Europa eingesetzt hat, wie es Mitterrand

von vornherein selber tat. Die großen Friedensdemonstrationen in der Bundesrepublik haben in Paris den Eindruck erweckt, daß sie in erster Linie gegen die USA gerichtet waren und „objektiv“ der sowjetischen Strategie („Finnlandisierung“) nutzen.

Zweifellos hat bei der entschiedenen Stellungnahme der französischen Regierung anläßlich der Ereignisse in Polen auch ein innenpolitisches Moment – wenn auch mehr am Rande – eine Rolle gespielt: es galt die KPF, die sich weigerte, den militärischen Staatsstreich zu verurteilen und die Freilassung der verhafteten Gewerkschafter zu fordern, in die Enge zu treiben und sie noch mehr zu isolieren, als es gegenwärtig schon der Fall ist. Das ist wohl mit Erfolg geschehen: kein einfaches Unternehmen, wenn man die Tatsache berücksichtigt, daß die KPF mit vier Ministern in der Regierung vertreten ist...

Bleibt die Frage, welche europäischen Konsequenzen die Pariser Regierung aus ihren Analysen der sowjetischen und der amerikanischen Strategie zu ziehen gedenkt. Zwei „Linien“ scheinen sich, wenn auch noch sehr ungenau, abzuzeichnen. Die eine – Premierminister Pierre Mauroy hat in dieser Beziehung einige Andeutungen gemacht – könnte darin bestehen, die in der Vergangenheit so oft beschworene europäische Einigung mit einem realen und lebendigen Inhalt zu versehen, eventuell nicht nur auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, sondern auch auf militärischer Ebene: eine Neuaufgabe (wenn auch in anderer Form und in einer unterschiedlichen Situation) jener „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“, die in den 50er Jahren von Frankreich zu Fall gebracht wurde? Dieser Gedanke wird in Paris von ernstzunehmenden Politikern und Vertretern der Armee durchaus in Erwägung gezogen, mit dem mehr oder minder klar formulierten Gedanken, daß allein eine solche Politik, mit mehr oder weniger großen Beschneidungen der jeweiligen nationalen Souveränität, die Sicherheit Europas garantieren und eventuelle deutsche „Initiativen“ bremsen könnte.

Die zweite „Linie“ entspricht der, die wir eingangs erwähnten: sie beruht auf der gaullistischen Idee von der vollen Aufrechterhaltung der nationalen Souveränität, eben auf dem Gedanken der „Mission“ Frankreichs. Es ist heute schwer abzusehen, welche Politik sich schließlich durchsetzen wird. Jedenfalls geht aus dieser skizzenhaften Darstellung der Motivationen der französischen Außenpolitik wohl schon hervor, daß diese nicht eben leicht zu fassen ist: um so weniger, weil noch spezifische Interessen Frankreichs im Mittelmeerraum und in Afrika hinzu kommen.

*Gustave Stern (Paris)*

## Griechenland: Eigener Weg

**Andreas Papandreu** PASOK-Regierung glaubt das Sozialisierungsproblem auf denkbar einfache Weise lösen zu können: Die staatlich kontrollierten Banken werden Mehrheitsaktionäre der überschuldeten Unternehmen.

In den ersten Tagen des neuen Jahres verkündete Premierminister Papandreu das neue Wirtschaftsprogramm, das seine Regierung zu verwirklichen anstrebt. Dieses Programm ähnelt etwas dem französischen Wirtschaftsprogramm Pierre Mauroys, unterscheidet sich von ihm jedoch in einigen Aspekten, die den Besonderheiten der griechischen Wirtschaft Rechnung tragen.

Wie das französische hat auch das griechische Programm die Gesundung der Wirtschaft zum Hauptziel. Die Mittel und die Maßnahmen, mit denen dieses Ziel erreicht werden soll, sind verschieden, weil das griechische Programm den strukturellen Problemen die herausragende Bedeutung zumißt – und nicht den Problemen der Arbeitslosigkeit, die in Griechenland mit etwa 3 % noch relativ niedrig liegt.

Der Kampf gegen die Inflation – 23 bis 25 % im Jahre 1981 – ist eine der obersten Prioritäten, aber die griechische Regierung will dabei keine monetaristischen Methoden anwenden, sondern ihr Ziel durch Reformen der Infrastruktur der griechischen Wirtschaft erreichen. „Wir glauben nicht an den Monetarismus“, hob Papandreu hervor. „Wir glauben, daß die Inflation entscheidend getroffen wird mit den Mitteln der Reform der Produktionsstruktur, wie wir sie planen, und nicht durch eine restriktive Beschränkung des Kreditvolumens.“

Äußerst wichtig im Kontext des neuen Programms ist der Stellenwert der Nationalisierung oder – wie die Regierung sie zu bezeichnen vorzieht – „Sozialisierung“ bestimmter privatwirtschaftlicher Unternehmen. In dieser Frage verfolgt die griechische Regierung ihren eigenen Weg, der teilweise durch die Struktur der griechischen Industrie vorgezeichnet ist, so daß man von einem „griechischen Sozialisierungsmodell“ sprechen könnte.

Eines der strukturellen Hauptprobleme der griechischen Industrie ist die dünne Kapitaldecke vieler Unternehmen. Das Verhältnis von Eigenkapital zu Fremdkapital beträgt in vielen Fällen 1 zu 4, nicht selten sogar 1 zu 8. Die Ursache dafür liegt in der Leichtigkeit, mit der in der Vergangenheit Unternehmen Kredite erhielten und diese verwenden konnten. Sehr häufig wurden diese Kredite nicht zur Verbesse-

rung der Produktionskapazität des jeweiligen Betriebes, sondern ausschließlich zu Spekulations- und Profitzwecken der Eigentümer außerhalb ihrer Firmen eingesetzt.

Der griechische Staat als Hauptbesitzer der großen griechischen Banken, die wiederum den Löwenanteil der Kredite an die griechischen Unternehmen vergaben, hat daher eine günstige Ausgangsposition, um die Kontrolle über diese Unternehmen zu erlangen. Die Darlehen, die die Unternehmen von den Banken erhalten haben, werden – in Form von neuen Anteilen – in Eigenkapital umgewandelt. Diese neuen Anteile werden von den Banken unter Verzicht auf die Rückzahlung der Darlehen übernommen. In einem Unternehmen mit einem Eigen-/Fremdkapital-Verhältnis von 1 zu 4 bedeutet diese Transaktion, daß 80 % des neuen Gesamtkapitals über die Kontrolle durch die (staatlichen) Banken vom Staat kontrolliert werden. Dies ist der Hauptansatz des „griechischen Sozialisierungsmodells“. Es bietet einige beträchtliche Vorteile: Der Staat erhält die Kontrolle über einige Schlüsselsektoren oder -unternehmen in wichtigen Industriezweigen (Bergbau, Metall, Reedereien), so daß er seine Wirtschaftspolitik leichter ausführen kann. Gleichzeitig verbessert er die Struktur dieser Unternehmen, die wegen der hohen Darlehen, die ihre Inhaber aufgenommen hatten, eine schwere finanzielle Bürde zu tragen hatten.

Andererseits bleiben die früheren Eigentümer als Mit-Besitzer und behalten ihre Managerfunktion, so daß ihre beträchtliche Erfahrung nicht verloren geht. Schließlich wirft diese Art der Sozialisierung keinerlei zusätzliche Belastungen für den Staatshaushalt auf, da sie das Problem der Entschädigung der Eigentümer umgeht.

Als weiterer Schritt zur gesellschaftlichen Kontrolle von Schlüsselindustrien wird die Mitbestimmung eingeführt, und zwar durch die Bildung von Aufsichtsräten, in denen die Alteigentümer entsprechend ihrem Kapitalanteil in den „neuen“ Unternehmen vertreten sein werden. Ebenfalls vertreten sein werden die Arbeitnehmer dieser Betriebe, die kommunalen Behörden und die Regierung. Aufsichtsräte sollen ebenfalls in den Betrieben folgender Sektoren eingeführt werden: Reedereien, Stahlindustrie, Zementindustrie, Kunstdüngerindustrie und Eisenbergbau, wobei diejenigen unter ihnen, die unproblematisch sind, d. h. ein gutes Eigen-/Fremdkapital-Verhältnis haben, nicht sozialisiert werden.

Weitere wichtige Maßnahmen erstrecken sich auf die Einführung von Umweltschutznormen für Industrieanlagen, die Einführung einer Vermögenssteuer,

die Indizierung der zu versteuernden Einkommen (d. h. die Anpassung der Steuerfreibeträge entsprechend der Inflationsrate) und die Preis- und Kostenkontrolle über einige Schlüsselprodukte. Als Schlüsselprodukte gelten Endprodukte, die eine wichtige Rolle für den Warenkorb der Verbraucherhaushalte spielen, sowie Rohstoffe und Halbprodukte für die Industrie.

Erstaunlich vielleicht: die griechische Regierung, obgleich nicht als besonders „proeuropäisch“ betrachtet, führt keinerlei protektionistische Maßnahmen zum Schutz heimischer Produkte durch, wäh-

rend die „proeuropäische“ französische Regierung solche Maßnahmen getroffen hat und Premierminister Mauroy wiederholt die Wichtigkeit der „Wiedereroberung unseres Binnenmarktes“ betont hat. Dies zeigt, daß die griechische Regierung sehr realistisch vorgeht und in erster Linie die langfristige ökonomische Effizienz im Auge hat. Und die Wirtschaftsexperten der Regierung, allen voran Premierminister Papandreu und Koordinationsminister Lazaris, wissen sehr wohl, daß Effektivität und Wettbewerb im Inneren und nach außen nicht voneinander zu trennen sind.

*Artemis Kyrtazis (Athen)*

## Großbritannien: Ein Element von Zwang

Mit einem groß angekündigten Berufsausbildungsprogramm will die konservative britische Regierung ihre Wahlichancen für 1983 verbessern. Doch seine Wirksamkeit ist bereits jetzt fraglich.

Extrem niedrige Temperaturen vor einigen Wochen haben die Aufmerksamkeit von den extrem hohen Arbeitslosenzahlen zeitweise etwas abgelenkt – vor allem von der besorgniserregenden Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit. Die Zahlen sind niederschmetternd: Bei den unter Zwanzigjährigen ist die Arbeitslosigkeit viermal so hoch wie während der letzten Rezession von 1972/73. Seit die Konservativen in der Regierungsverantwortung stehen, ist die Zahl der Arbeitslosen unter 18 Jahren um über 125% gestiegen. Und die Zukunft sieht alles andere als rosig aus: Die nationale Beschäftigungspolitische Kommission hat die Prognose aufgestellt, daß mindestens 50% der Schulabgänger im Sommer auch noch 12 Monate später ohne Beschäftigung sein werden. Überdies zeichnet sich zunehmend ab, daß es in einigen Landstrichen künftig überhaupt keine Beschäftigungschancen mehr geben wird.

Dies sind in der Tat erschreckende Aussichten, und es wäre erfreulich, wenn man davon ausgehen könnte, daß gerade sie die Regierung zu ihren jüngsten Maßnahmen zur Verbesserung der Berufsausbildung bewegen haben. Verglichen etwa mit Frankreich oder der Bundesrepublik, ist die Leistungsfähigkeit des britischen Berufsbildungswesens immer reichlich dürftig gewesen. In der letzten Zeit hat sich dieser Zustand sogar noch verschlechtert. Die Zahl der abgeschlossenen Lehrverträge lag 1980/81 um

ein Fünftel niedriger als 1978/79. Weniger Jugendliche – nur 16000 – konnten 1981 eine Lehrlingsausbildung antreten als zu irgendeiner anderen Zeit, seit dies überhaupt statistisch erfaßt wird.

Das plötzlich erwachte Interesse der Regierung schien zunächst so etwas wie einen merklichen Sinneswandel anzudeuten. Oder, wie zynische Interpreten des vorgelegten Sonderplans meinen, es handelte sich um einen politischen Schachzug, der darauf zielte, die Arbeitslosenzahlen noch vor der nächsten Wahl zu senken.

Der vorgelegte Jugendausbildungsplan baut auf dem bereits bestehenden „Youth Opportunities Scheme“ (YOPS) auf, das meist nur für sechs Monate Gelegenheiten bietet, Berufserfahrungen zu sammeln. Die Details des neuen Plans müssen zwar noch abgesegnet werden, aber er scheint alle minderjährigen Schulabgänger (doch keine im Alter von über 16 Jahren) bis Mitte 1983 zu erfassen und soll nur 12 Monate in Kraft sein. Nach Ablauf dieser Zeit soll ein Erfahrungsbericht erstellt werden. Die einjährige Ausbildung erstreckt sich auf Eignungsbewertung, Grundausbildung und erst danach auf beschäftigungsrelevante Ausbildung, sowohl inner- wie außerbetrieblich.

Auf heftige Kritik ist der Plan bereits jetzt gestoßen. Erstens kann er keine abgeschlossene Berufsausbildung ersetzen, die sowohl dem Land als auch den jungen Menschen nützt. Es handelt sich in dieser Hinsicht lediglich um eine Fortschreibung des alten Programms. Zweitens wird die Ausbildungsbeihilfe lächerlich gering sein – nur 15 £ die Woche 1983, verglichen mit den 25 £ pro Woche, die Auszubildenden nach dem YOPS-Plan gegenwärtig zustehen!

Drittens wird es ein Element von Zwang geben: Die Nichtteilnahme an der Ausbildung könnte zur Kürzung der Sozialleistungen oder gar zu ihrem befristeten Entzug führen. Darüber haben sich namentlich die Gewerkschaften empört. Der neue Plan wird eine Milliarde £ kosten – eineinhalbmals so viel wie der alte. Es ist unschwer zu erraten, warum die Regierung bezichtigt wird, das Problem der Berufsausbildung nicht ganz so ernst zu nehmen.

Die Berufsausbildung hält die jungen Menschen nicht nur von den Arbeitslosenstatistiken fern, sondern auch von der Straße. Der Untersuchungsbericht über die Brixtoner Oster- und Sommerkrawalle (s. a. NG 8/81) wurde unmittelbar vor der Ankündigung des Ausbildungsprogramms veröffentlicht, und es dürfte Mrs. Thatchers Aufmerksamkeit nicht entgangen sein, daß die Arbeitslosigkeit als einer der beiden ursächlich zugrundeliegenden Faktoren erkannt wurde. Der andere war die Rassendiskrimi-

nierung, die als eine „lokal begrenzte, unausrottbare Seuche, welche unsere Gesellschaft unterminiert“, sofern nicht Gegenmaßnahmen getroffen würden, betrachtet wurde. Alles in allem fiel der Bericht Lord Scarmans, jenes vorzüglichen Richters, der die Untersuchung leitete, überraschend gründlich aus.

Obgleich es schwerfällt, daran zu glauben, wird es Frühling, und mit ihm kommt das große Jahresbudget. Schon kursieren Gerüchte über eine geplante maßvolle Reflation. Jetzt, da die Labour Party ihre Schwierigkeiten überwunden hat (obgleich der gute Wille erst noch seine Bewährungsprobe bestehen muß), werden die Konservativen außerordentlich hart zu arbeiten haben, um ihre enttäuschten Anhänger vor der nächsten Wahl zurückzugewinnen. Statistische Kosmetik an den Arbeitslosenzahlen und ein gewisses Maß an Reflation sind bloß die ersten Schritte.

*Elizabeth Hartley-Brewer (London)*

## **Irland: Unangenehme Konsequenzen**

**Mit ihrer prinzipiellen Zustimmung zu den Steuerreformplänen des Koalitionspartners, Fine Gael, hat sich die Labour Party Ärger mit ihrer eigenen Klientel eingehandelt. Werden die Wahlversprechungen zum Sprengsatz für die Koalition?**

Am Beginn des neuen Jahres steht die politische Arbeiterbewegung Irlands vor einer Reihe entscheidender Herausforderungen. Die Art und Weise ihrer Bewältigung wird den künftigen Kurs und die Zukunftsaussichten der Labour Party bestimmen, zumal einige dieser Probleme auch bei den irischen Sozialisten äußerst umstrittene Punkte sind.

Die bei weitem größten Herausforderungen stellen sich auf wirtschaftlichem Gebiet: Irland steht vor der düsteren Realität von über 130 000 Arbeitslosen (11% der Erwerbstätigen), von riesigen Defiziten in der Zahlungsbilanz und in den öffentlichen Haushalten sowie von einer wirtschaftlichen Stagnation auf allen Gebieten. Die Regierung sieht sich in dem Dilemma, die Notwendigkeit neuer Arbeitsplätze, besonders für die wachsende Zahl von Jugendlichen im Lande, mit dem dringend erforderlichen Maß an Zurückhaltung bei den öffentlichen Ausgaben und der Kreditaufnahme in Einklang zu bringen.

Unglücklicherweise haben sich die Schwierigkeiten

der Regierung aufgrund der politischen Entwicklung seit den Wahlen im Juni 1981 erheblich verschärft. Im Wahlkampf hatte die Fine Gael Party, Seniorpartner der Koalition, äußerst weitreichende Versprechungen bezüglich einer Steuerreform gemacht: So sollte vor allem der Grundsteuersatz auf 24% gesenkt und für Hausfrauen ein Steuerfreibetrag in Höhe von ungefähr £ 10 pro Woche eingeführt werden. Mit diesen Versprechungen hatte sich Fine Gael einen deutlichen Umschwung in der Wählergunst gesichert, der schließlich – so jedenfalls ihre eigene Einschätzung – den Regierungswechsel ermöglichte. Die Labour Party hingegen hatte ihren Wahlkampf auf der Grundlage eines geschlossenen Programms geführt, das mit Rücksicht auf die Beschäftigungskrise keinerlei steuerliche Konzessionen vorsah. Dieses Programm hatte denn auch nachhaltigen Einfluß auf die Wahlergebnisse Labours.

Als Fine Gael und Labour nach der Wahl Koalitionsverhandlungen aufnahmen, vermochte die Labour Party aufgrund der gegebenen Kräfteverhältnisse (Fine Gael 65 Mandate, Labour nur 15) nur geringfügige Korrekturen an den Steuerreformvorschlägen des Partners anzubringen. Der Labour-Sonderparteitag gab dem Steuerpaket seinen Segen und damit der Parteiführung, die nachhaltig auf eine Ablösung der alten Fianna Fail-Administration durch eine Koalitionsregierung drängte, freie Hand.

Wie sich mittlerweile abzeichnet, hätte diese Zustimmung zum Steuerpaket jedoch einige höchst unangenehme Konsequenzen für die Labour Party und ihre Anhängerschaft im ganzen Land.

Es ist nunmehr klar, daß die Neuordnung des Steuersystems nur durch eine massive Verlagerung von der direkten auf die indirekte Besteuerung finanziert werden kann. Dies hätte nicht nur unmittelbare Auswirkungen auf die mit über 23% ohnehin schon erschreckend hohe Inflationsrate, höhere indirekte Steuern würden auch die Arbeitnehmer mit niedrigerem Einkommen und die vielen ärmeren Leute im Lande hart treffen – von der wachsenden Zahl von Arbeitslosen ganz zu schweigen. All das summiert sich zu einem ernsten Problem für die Labour Party.

Die Gewerkschaften haben bereits Widerstand gegen das Steuerprogramm bzw. gegen die Erhöhung der indirekten Steuern angekündigt. Der irische Gewerkschaftskongress hat sich ebenso gegen die erklärte Absicht der Regierung gewandt, das hohe Haushaltsdefizit innerhalb von nur vier Jahren abzubauen, weil dadurch deflationäre Auswirkungen auf die Beschäftigungslage unvermeidlich wären. Der Präsident der größten Gewerkschaft des Landes stellte kürzlich fest, „daß es falsch ist, Haushaltsdefizite auf Kosten von Arbeitsplätzen auszugleichen, da dies keinerlei soziale, moralische oder erkennbare wirtschaftliche Berechtigung haben kann“.

Die Führung der Labour Party hat bereits ihre Besorgnis über die Lage zum Ausdruck gebracht. Der Parteivorsitzende und Vizepremier, Michael O'Leary, hat den Vorschlag unterbreitet, das Steuerpaket nur schrittweise zu verwirklichen und den zeitlichen Rahmen für den Abbau des Haushaltsdefizits zu strecken. Noch weiter ging Labour-Minister Barry Desmond, als er ausdrücklich forderte, das Projekt Steuerreform ganz fallen zu lassen: „Angesichts des für 1982 erwarteten Steueraufkommens“, sagte er im Rundfunk, „kann die Regierung nicht ein Steuerpaket wie dieses einbringen. Was nützt ist nicht eine niedrigere Steuerquote, sondern die Sicherung der vorhandenen Arbeitsplätze.“

Der Ausgang dieser Auseinandersetzung ist noch

ungewiß. Sollte es der Labour Party gelingen, einige einschneidende Veränderungen an den Steuervorschlägen Fine Gaels durchzusetzen, wäre dies ein ansehnlicher Erfolg für den kleineren Koalitionspartner. Ein Scheitern dieser Bemühungen wird zu steigenden Preisen, zu verstärkter Arbeitslosigkeit und zu einer politischen Konstellation führen, in der Labour mit Sicherheit das Nachsehen haben würde. Es handelt sich also auch um eine koalitionspolitische Grundsatzfrage.

Aber die Probleme erschöpfen sich nicht in den Haushaltsschwierigkeiten. Sie alle wurzeln in der Beschäftigungskrise. Die registrierte Arbeitslosigkeit hält zur Zeit eine Rekordhöhe, die Zahl der Entlassungen steigt ebenso alarmierend wie die der Pleiten alteingesessener Unternehmen. Ausnahmslos alle Sektoren und alle Regionen sind von weiterem Arbeitsplatzverlust bedroht. Zu Optimismus gibt es kaum Anlaß.

Der Druck auf die Labour Party wächst. Ein führender Gewerkschafter hat es in einer Deutlichkeit ausgesprochen, die nichts zu wünschen übrig läßt: „Wenn nicht bald energische und phantasievolle Schritte in Richtung auf eine vorausschauende Planung unternommen werden, wird die Arbeitslosigkeit in diesem Land weiter ansteigen. Es ist an der Zeit, daß die Regierung der Nation sagt, was sie auf dem Gebiet der Wirtschaftsplanung vorhat und welche positiven Maßnahmen zur Wiederbeschaffung von Arbeitsplätzen sie einzuleiten gedenkt.“

Es ist klar, daß, wenn die Regierungspolitik keine Hoffnung auf Fortschritte an der Arbeitslosigkeitsfront bieten kann, die gesamte Arbeiterbewegung bereits die Ansätze der Koalition als inakzeptabel ablehnen wird. Ohne Zweifel: 1982 ist für die irische Labour Party ein Jahr der Entscheidung und historischen Bedeutung.

*Tony Brown (Dublin)*

*Bei Redaktionsschluß erreichte uns die Meldung, daß die irische Koalitionsregierung bei der Abstimmung über den Haushalt mit nur einer Stimme unterlegen ist. Am 18. Februar finden Neuwahlen statt. Red.*

## Italien: Endgültiger Bruch?

Über das Thema Polen ist es zu einer bisher beispiellosen Fehde zwischen der KPI und dem großen Bruder in Moskau gekommen. Verstärkt suchen Italiens Kommunisten den Dialog mit europäischen Sozialisten.

Die Vorgänge in Polen sind auch in Italien zu einem der beherrschenden Themen geworden. Besonders die Kommunistische Partei sah sich im Zentrum des Interesses, was sie einen „Ernstfall“ ähnlich wie nach der Entzauberung des „Prager Frühlings“ voraussehen ließ. Die KPI hatte, schon bevor die polnische Entwicklung ihre dramatische Zuspitzung erfuhr, kurz vor Weihnachten noch einmal ihre Autonomie gegenüber Moskau bekräftigt. In einem Dokument des Vorstandes waren damals folgende Thesen zu lesen:

- ▷ Die Oktoberrevolution hat ihre vorwärtstreibende Kraft verloren und markiert das Ende einer Epoche.
- ▷ Der „Sozialismus“ (Anführungszeichen von Berlinguer!), wie er im Osten verwirklicht worden ist, braucht eine Periode der Erneuerung und der demokratischen Entwicklung.
- ▷ Als Gesprächspartner in Westeuropa muß ein „neuer Sozialismus“ entstehen, der untrennbar an die Werte und Prinzipien von Freiheit und Demokratie gebunden sein muß.

Das Thema Polen war naturgemäß auch zentraler Punkt der Beratungen, zu denen das Zentralkomitee der KPI in der zweiten Januarwoche zusammentrat. Berlinguer konnte die Mehrheit des ZK hinter sich vereinigen. Die Einmütigkeit ging sogar so weit, daß die Presse Italiens nur einen einzigen „Falken“ ausmachen zu können glaubte: Armando Cossutta aus Mailand, der einzige namhafte Vertreter im Parteivorstand, der Moskau die Stange gehalten hatte. Die KPI-Zeitung „l'Unità“ hatte in der ersten Januarwoche ein Sondervotum Cossuttas veröffentlicht, dem die „Nr. 2“ der Partei, der KPI-Fraktionschef im Senat, Alessandro Natta, postwendend in den Spalten des Parteiblattes antwortete.

Auf der Seite Berlinguers waren diesmal auch namhafte KP-Politiker zu finden, die im allgemeinen im anderen Lager stehen, so der frühere Kammerpräsident Pietro Ingrao und der Fraktionschef in der Kammer, Giorgio Napolitano. Ingrao fand sich – von verbalen Courtoisien an die Adresse Moskaus einmal abgesehen – immerhin zu folgenden Formulierun-

gen bereit: „Jenes System hat sich nicht auf den Füßen gehalten, gerade im Hinblick auf die Produktionsstruktur und die Beziehungen zwischen einem Staat, der sich als der Arbeiterklasse und dem Sozialismus verpflichtet bezeichnet, und der Arbeiterklasse, so wie sie leibt und lebt.“ Auch Napolitano fand sich auf dieser Linie wieder: er suchte mehr das Gemeinsame der westeuropäischen Linken als das, was Kommunisten und Sozialisten in prinzipiellen Fragen voneinander trennt. „Es geht darum, sich mit dem ‚sowjetischen Modell‘, mit der ‚Ideologie‘ sowie mit den unterschiedlichen Erfahrungen, die einerseits die Kommunistischen Parteien und andererseits die Führungsgremien der UdSSR gemacht haben, auseinanderzusetzen und uns so zum Sprecher der europäischen Linken, zu der wir gehören, zu machen – zugunsten von Konzeptionen und Veränderungsstrategien, die auf dem unauf lösblichen Zusammenhang von Demokratie und Sozialismus aufbauen.“

Napolitano hatte schon im Sommer für Aufregung gesorgt, als er (chiffriert) Berlinguer vorhielt, er betreibe im Grunde keine konkrete Politik, sondern lasse es sein Bewenden damit haben, „den besonderen Charakter“ der KP im italienischen Parteienspektrum hervorzuheben. Die daran sich entzündende Debatte war seinerzeit recht folgenlos abgebrochen worden.

Das Thema Polen hat in der Sozialistischen Internationale zu Diskussionen geführt, die hoffentlich deutlich haben werden lassen, daß der Aktionspielraum dieser „Arbeitsgemeinschaft autonomer Parteien“ (SI-Präsident Willy Brandt) relativ weit gesteckt ist und den Führern der einzelnen Parteien die Möglichkeit zur Formulierung der eigenen Positionen läßt. Daß sich SI-Vizepräsident und PSI-Generalsekretär Bettino Craxi mit der kurz vor Weihnachten aus London verbreiteten Stellungnahme des Sekretariats der Internationale nicht einverstanden erklären mochte, ändert nichts an der Tatsache, daß die italienischen Sozialisten und die deutschen Sozialdemokraten in der grundsätzlichen Bewertung der polnischen Krise einer Meinung sind. Jedenfalls hat ein Meinungsaustausch auf Spitzenebene in den Tagen nach Neujahr Entscheidendes zur Klärung beigetragen. Eine begrüßenswerte Erklärung kam auch im Bereich der Gewerkschaften zustande, wo der Generalsekretär der größten, kommunistisch geführten Gewerkschaft CGIL, Luciano Lama, Wert darauf legte, die Position der SPD zu Polen kennenzulernen, noch bevor sich der CGIL-Vorstand zu diesem Thema äußerte. Dies ist ein absolutes Novum.

*Holger Quiring (Rom)*

## Luxemburg: Ein Morgen- und ein Abendstern

Wie in den meisten Ländern bleibt die Politik in Luxemburg weiterhin vornehmlich Männersache. Dennoch haben sich einzelne Frauen wichtige Positionen erkämpft, wobei sie meistens ein größeres Durchsetzungsvermögen bewiesen als die Vertreter des angeblich so starken Geschlechtes.

Im Parlament sind unter den 59 Abgeordneten zwar nur sechs Frauen auszumachen, und im Staatsrat (eine Art Senat) kommt auf 21 Räte eine einzige Frau. Doch an wichtigen Schaltstellen findet man öfters eine Frau. So stand Lydie Schmit, die derzeitige Vorsitzende der Sozialistischen Fraueninternationale, fünf Jahre lang an der Spitze der Luxemburger Sozialistischen Arbeiterpartei. Auch die (liberale) Demokratische Partei wird zur Zeit von einer Frau geführt, nämlich von Colette Flesch, gleichzeitig Regierungsvize, Außen- und Wirtschaftsminister.

Der neue Star unter den Frauen in der Politik heißt jedoch Lydie Polfer, Rechtsanwältin, 29 Jahre alt und seit Jahresbeginn neuer Bürgermeister der Hauptstadt Luxemburg. Lydie Polfer ist eine politische Senkrechtstarterin wie aus dem Bilderbuch. Vor zweieinhalb Jahren noch war sie dem breiten Publikum völlig unbekannt und trat selbst in der Demokratischen Partei kaum in Erscheinung. Bei den Parlamentswahlen vom Juni 1979 wurde sie von ihrer Partei gewissermaßen als Verlegenheitslösung aufgestellt. Ihr Vater, Camille Polfer, war wegen seiner Beliebtheit in Sportlerkreisen bei allen Wahlen der letzten Jahre ein Zugpferd der Liberalen gewesen, und da Vater Polfer aus Gesundheitsgründen nicht mehr kandidieren wollte, sollte Tochter Polfer die Lücke auf der Liste der DP ausfüllen helfen. Die Spekulation ging auf, denn genügend Wähler hielten dem Markennamen Polfer die Treue, wodurch die Tochter sich so gut auf der DP-Liste klassierte, daß sie nach der erneuten Regierungsbeteiligung ihrer Partei ins Parlament nachrutschte. (In Luxemburg müssen die Regierungsmitglieder ihr Abgeordnetenmandat abgeben.)

Als dann Gaston Thorn aus der luxemburgischen Regierung ausschied, um den Vorsitz der EG-Kommission in Brüssel zu übernehmen, kam in der Demokratischen Partei das Postenkarussell ins Drehen. Die hauptstädtische Bürgermeisterin, Colette Flesch, wurde Außenminister, und ihr Nachfolger im Bürgermeisteramt hieß Camille Polfer. Dieser vergaß seine gesundheitlichen Sorgen und kandidierte bei

den Kommunalwahlen vom letzten Oktober erneut, diesmal gemeinsam mit seiner Tochter. Vater Polfer klassierte sich auf der DP-Liste für den hauptstädtischen Gemeinderat als erster, und seine Tochter eroberte den zweiten Platz. Dritter wurde Jean Hamilius, ehemaliger Minister und Europaparlamentarier und, vor allem, Sohn des langjährigen hauptstädtischen Bürgermeisters Emile Hamilius, womit erneut bewiesen ist, daß die Luxemburger ein dynastisches Verhältnis zur Macht haben ...

Die Sozialisten legten zwar bei der Wahl in der Hauptstadt zu, und die beiden Schöffentratsparteien, Liberale wie Christlich-Soziale, ließen Federn, doch beschlossen die beiden bürgerlichen Parteien, ihre Koalition in der Hauptstadt (wie in der Regierung) fortzusetzen. Wenige Tage nach der Wahl erlitt jedoch Vater Polfer einen schweren Schlaganfall, von dem er sich wohl nie mehr richtig erholen wird. Die DP-Gremien gaben daraufhin der Tochter Polfer den Vorzug vor dem Sohn Hamilius, der Koalitionspartner gab seinen Segen dazu, und seit dem 1. Januar residiert in der Gemeinde Luxemburg Frau Lydie Polfer, die mit ihren 29 Jahren der wohl jüngste Bürgermeister sein dürfte, der je einer europäischen Hauptstadt vorstand.

Derweil der Stern der Lydie Polfer aufgeht, ist der Stern einer weiteren Bürgermeisterin ins Zwielicht geraten. Astrid Lulling, ehemalige sozialistische Abgeordnete und treibende Kraft bei der Spaltung der LSAP im Jahre 1971, konnte zwar ihr Bürgermeisteramt in der Gemeinde Schiffingen knapp gegen die sozialistische Liste um Lydie Schmit verteidigen. Doch ihre sozialdemokratische Partei erlitt überall sonst völligen Schiffbruch, so daß der Vorsitzende der SdP, Fernand Georges, kundtat, er wolle dem nächsten Kongreß seiner Organisation die Auflösung der Partei vorschlagen.

Frau Lulling hatte schon Verhandlungen zum Übertritt in die Christlich-Soziale Volkspartei aufgenommen, als plötzlich die Affäre GTL platzte. Es handelt sich um eine Baugesellschaft, deren Vorstand Frau Lulling zeitweilig angehörte und die vor allem die meisten Aufträge in Frau Lullings Gemeinde einheimste. Die Baugesellschaft brach jedoch zusammen, und da Verdacht auf betrügerischen Bankrott besteht, wurde ihr Geschäftsführer inhaftiert und ermittelt die Staatsanwaltschaft. Bei diesen Ermittlungen stieß man auf eine Rechnung in Höhe von 300 000 Franken, welche das Privathaus der Frau Lulling betraf, jedoch über ein Konto eines Sozialen-Wohnbau-Projektes der Firma GTL bezahlt wurde. Auch soll Frau Lulling Beraterhonorare kassiert ha-

# Neu Frühjahr 1982

## Jetzt lieferbar



**Udo Achten (Hg.)**

**Süddeutscher Postillon**

Redaktion: Eduard Fuchs  
u.a.

280 S., davon 222 S. schwarz/  
weiße, 32 S. mehrfarbige  
Abb. Mit einem beigelegten,  
vollständig faksimilierten  
Heft. Brosch. 29,80 DM

Der bisher nur als Leinen-  
band lieferbare Faksimile-  
Querschnitt durch den „Süd-  
deutschen Postillon“ steht  
nun als preisgünstige bro-  
schierte Sonderausgabe zur  
Verfügung.

„Empfohlene Bücher“: „Der  
,Postillon‘ war eine sozial-  
demokratische Gründung,  
und sein Spott über Mili-  
tarismus und Bigotterie, Be-  
hördenwillkür und Fürsten-  
prunk hatte eine dement-  
sprechend klare Tendenz.  
Gerade diese Tendenz läßt  
die Karikaturen und Witze  
des ‚Postillon‘ heute noch  
zeitgemäß erscheinen, sind  
doch Ausbeutung und poli-  
tische Unterdrückung zeit-  
lose Themen . . . Der ‚Postil-  
lon‘ hat als eines der ersten  
deutschen Blätter schon zu  
Beginn der 90er Jahre des  
vorigen Jahrhunderts den  
Vierfarbendruck eingeführt  
und brachte es darin bald zu  
beachtlicher Farbenpracht,  
die das grafische Arrange-  
ment von Udo Achten gut  
in Szene setzt.“

**Richard Löwenthal/Patrik  
von zur Mühlen (Hg.)**

**Widerstand und Verweige-  
rung in Deutschland  
1933-1945**

319 S. mit 8 S. Abb. Brosch.  
25,- DM

Das breite Spektrum politi-  
scher Opposition gegen die  
NS-Diktatur - vom „unpoli-  
tischen“ Nonkonformismus  
Einzelner über den aktiven  
Kampf von Gruppen wie  
Gewerkschaftern bis zur be-  
waffneten Konspiration in  
Wehrmacht und Staatsappa-  
rat - in seiner Gesamtheit  
zu zeigen, ist Anliegen die-  
ses Sammelbandes.  
Dabei werden die Heraus-  
geber dem Doppelsinn von  
„Geschichte“ als wissen-  
schaftlicher Disziplin und  
erzählter Begebenheit ge-  
recht, indem sie jeweils ne-  
ben die Beiträge namhafter  
Historiker Berichte noch  
lebender Widerstandskäm-  
pfer gestellt haben.

Die Themen: Gewerkschaf-  
ter/Sozialdemokraten/Kom-  
munisten/Christen/Der  
Umsturzversuch auf breiter  
Front/Jugend/Innere Emi-  
gration und intellektuelle  
Opposition/Widerstand hin-  
ter Stacheldraht/Deutscher  
Widerstand im besetzten  
Europa.

**Sicherheitspolitik contra  
Frieden?**

Ein Forum zur Friedensbe-  
wegung  
223 S. Brosch. 14,- DM

„Erziehung und Wissen-  
schaft“: „Die Dokumenta-  
tion des von der SPD am  
27. August 1981 veranstal-  
ten ‚Forums Frieden‘. Gibt  
die argumentative Breite der  
aktuellen Diskussion um  
Frieden und Abrüstung  
wieder.“

„antimilitarismus informa-  
tion“: „Die Basis der Frie-  
densbewegung kann jetzt  
nachlesen, was ihre gelade-  
nen Repräsentanten der SPD  
zu sagen hatten und wie die  
SPD bzw. die in ihr vertre-  
tenen unterschiedlichen Strö-  
mungen reagierten: der hier  
angezeigte Band enthält das  
vollständige Wortprotokoll  
des Forums . . . Der Text (ist)  
interessant und lebendig.  
Ergänzt wird das Ganze um  
eine umfangreiche Samm-  
lung von Dokumenten und  
Materialien, auf die im Laufe  
der ganztägigen Debatte Be-  
zug genommen wurde, und  
um nützliche Erläuterungen  
der Fachbegriffe.“

# Verlag J.H.W. Dietz Nachf.

Postfach 200 189 · 5300 Bonn 2

ben, die ihr als öffentlicher Auftraggeber dieser Firma nicht zustanden. Frau Lulling bestreitet selbstverständlich diese Vorwürfe und behauptet, nichts davon gewußt zu haben, daß die Firma GTL eine Rechnung ihres Privathauses beglich. Wie dem auch sei, die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft laufen

weiter, und der Innenminister hat seinerseits eine administrative Untersuchung gegen Frau Lulling eingeleitet, deren politische Zukunft deshalb mit entsprechenden Fragezeichen behaftet ist.

*Robert Goebbels (Luxemburg)*

## **Niederlande: Die Schuld liegt nicht nur bei der Partei**

**Die niederländischen Arbeitnehmerorganisationen fühlen sich von Arbeitsminister Den Uyl verprellt. Die Spannungen zwischen Partei und Gewerkschaft sind unübersehbar geworden.**

Joop den Uyl, Vorsitzender der Partij van de Arbeid, ist es in seiner Eigenschaft als Minister für Arbeit und Soziales gelungen, die Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaft ernsthaft zu stören. Die Verstimmung ist jetzt schon so weit gediehen, daß etwa 200 Gewerkschaftsfunktionäre damit gedroht haben, die Partei zu verlassen, und seriöse Stimmen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung die Gründung einer neuen Arbeiterpartei befrworten.

Was hier ins Rollen gekommen ist, hat zwar in erster Linie mit bestimmten Maßnahmen des sozialistischen Ministers zu tun, es scheint damit aber auch die Spitze eines im Laufe der letzten 10 bis 15 Jahre stark gewachsenen Eisberges von Problemen in den Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaft sichtbar geworden zu sein. Dabei geht es einerseits um Probleme, wie es sie auch in anderen modernen Industriestaaten gibt, andererseits um spezifisch niederländische Erscheinungen.

Anlaß zu der Aufregung der Gewerkschaften waren zwei von Den Uyl innerhalb eines Monats getroffene Maßnahmen: Erstens hat er Anfang Dezember in die Lohnentwicklung eingegriffen, wozu er aufgrund eines Lohngesetzes von 1970 die Möglichkeit hat. Zwar hat er die Tarifautonomie nicht völlig aufgehoben, aber doch erheblich eingeschränkt. Die Gewerkschaften waren darüber deshalb so empört, weil Den Uyls PvdA seinerzeit opponiert hatte, als die vorige Regierung ebenfalls zweimal in die Lohnentwicklung eingriff, und daher also implizit eine andere Politik in Aussicht gestellt hatte. Den Uyl sah sich übrigens zu diesem Eingriff gezwungen, als klar geworden war, daß die Tarifpartner auf nationaler Ebene

ne zu überhaupt keiner Einigung kommen konnten und die Tarifverhandlungen auf betrieblicher Ebene Lohnzuwächse zu erbringen drohten, die die Erreichung der übrigen Regierungsziele (Bekämpfung der Inflation, Finanzierung der Sozialversicherungen, die an die Löhne gekoppelt sind, usw.) gefährdet würden.

In diesem Punkt war die Führung der Gewerkschaften Den Uyl für sein Auftreten vermutlich noch heimlich dankbar, weil sie sich ohne Hilfe von außen des Drucks von der Gewerkschaftsbasis immer weniger zu erwehren versteht. Die Wirtschaftskrise und der Mißbrauch im Sozialversicherungsbereich hat die Solidarität derjenigen, die noch Arbeit haben (die Aktiven), mit denjenigen, die keine (mehr) haben (die Inaktiven), erheblichen Belastungen ausgesetzt. Radikale Gewerkschaftsbasis und Unternehmer treffen sich hier zunehmend im selben Lager.

Aber Den Uyls zweite Maßnahme wird ihm wahrscheinlich auch von der Gewerkschaftsführung selbst übel genommen. Jedenfalls ist die Aufregung unter den Kadern und in den Betrieben groß. Den Uyl hat nämlich vorzuschlagen gewagt, das Krankheitsgesetz dahingehend zu ändern, daß die Arbeitnehmer im Krankheitsfalle nicht mehr 100% ihres Lohnes ausbezahlt bekommen sollen, sondern nur noch etwa 87%. Vorteile aus dieser Gesetzesänderung werden vor allem die Arbeitgeber, aber auch der Staat ziehen. Den Uyl zielt mit dieser Maßnahme erstens auf Einsparungen im Staatshaushalt, zweitens auf ein Zurückdrängen des stark angestiegenen Krankenstandes (1953 noch 3,5%, jetzt schon über 10%), damit drittens auf eine Dämpfung der Lohnkosten für die Betriebe und viertens – sein wichtigstes Argument – darauf, die drohende Abkoppelung der Sozialversicherungen von der Lohnentwicklung zu vermeiden. Wichtigster Kritikpunkt der Gewerkschaften ist, daß Den Uyl in die in Tarifverhandlungen erworbenen Rechte eingreife und damit die Gewerkschaftsfreiheit unterminierte.

Noch ist nicht völlig abzusehen, was sich daraus

entwickeln wird, aber es ist nicht auszuschließen, daß die Gewerkschaften gegen diese Politik eines sozialistischen Führers Streiks organisieren werden. Das wäre ein historisches Novum und ein Symbol für das Auseinanderwachsen von Partei und Gewerkschaftsbewegung. Früher wäre so etwas völlig undenkbar gewesen, aber damals waren Partei und Gewerkschaft auch viel enger miteinander verflochten.

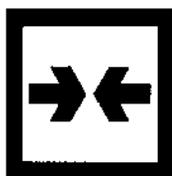
Seit etwa 15 Jahren hat sich das jedoch geändert: Die Partei hat sich für die schnell wachsende „neue Mittelklasse“ geöffnet, die zwar lohnabhängig ist, sich aber durch ihr höheres Qualifikationsniveau von der alten Arbeiterklasse ziemlich stark unterscheidet und auch oft auf andere Werte orientiert ist. Diese neuen Gruppen (oft Jugendliche) haben sich in der Partei ganz breit gemacht und sowohl personell als auch in der ideologischen Orientierung die alten Kader der Arbeiterpartei überflügelt. Das heißt also, daß die Partei jetzt z. B. für den Druck aus der Friedens- und Umweltschutzbewegung empfänglicher ist als für den aus den Gewerkschaften.

Das ist aber nicht nur Schuld der Partei. Hier gibt es auch gewisse „Verantwortlichkeiten“ auf seiten der Gewerkschaftsbewegung. Seit die sozialistischen

Gewerkschaften sich entschieden, ein Zusammengehen mit den konfessionellen Gewerkschaften anzustreben (was 1981 mit der Fusion von NVV und dem katholischen NKV vorläufig abgeschlossen ist), haben sie sich ziemlich bewußt von der Partei abgewandt, damit die konfessionellen Gewerkschaften keinen Grund zur Ablehnung haben sollten. Die Realisierung der Gewerkschaftseinheit hatte also Priorität. Zwar blieb die Partei die „natürliche Verbündete“ der Gewerkschaftsbewegung, aber direkte gemeinsame politische Anstrengungen gab es immer weniger. Nur auf Führungsebene gibt es recht enge Kontakte zwischen Den Uyl und dem Gewerkschaftsvorsitzenden Wim Kok. Das aber hat das Auseinanderwachsen nur verdecken, nicht jedoch verhindern können.

Es könnte also sein, daß die Gewerkschafter aus diesem Konflikt die Konsequenz ziehen werden, die Politik der Partei nicht anderen zu überlassen. An einer Wiederannäherung zwischen Partei und Gewerkschaft dürfte in dieser schweren Zeit von Wirtschafts- und Gesellschaftskrise wahrscheinlich beiden höchst gelegen sein. Aber es könnte auch ganz anders kommen.

*Marnix Krop (Amsterdam)*



**KRITIK**

**Histadrut. Die israelische Gewerkschaft.**

Von Dov Ben-Meir

Mit einem Vorwort von Johannes Rau und einem Nachwort von Siegfried Bleicher. Hrsg. von Werner Plum, Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1982, 310 S., DM 29,80

Dov Ben-Meir, 1927 in Polen geboren, gehört heute zu den führenden Gewerkschaftlern Israels. Seine Veröffentlichung über die Histadrut ist zuerst

1979 in Israel erschienen. Die jetzt vorgelegte und von Werner Plum herausgegebene deutsche Fassung des Buches ist jedoch nicht eine einfache Übersetzung des hebräischen Textes. Dieser Text wurde um eine biographische Einleitung von rd. 30 Seiten ergänzt, die das Ergebnis eines mehrtägigen Gesprächs bzw. Interviews des Herausgebers mit dem Autor des Buches ist. Im übrigen wurde der Text der ursprünglichen Fassung für die deutsche Ausgabe neu geordnet und überarbeitet, mit dem Ziel, ihn insgesamt für ein deutsches Lesepublikum verständlicher und lesbarer zu machen. Man darf dem Herausgeber Werner Plum bescheinigen, daß diese Aufgabe gelungen ist. Zusammen mit der

Einleitung von Johannes Rau und dem Nachwort des Vorsitzenden des DGB-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen, Siegfried Bleicher, ist so ein Buch entstanden, das als Einführung in die gewerkschaftlichen Probleme Israels in besonderer Weise geeignet ist. Man erfährt zunächst etwas über den Mann, der dieses Buch geschrieben hat. Das ist nicht unwichtig, denn persönliches Schicksal und politisches Schicksal sind in Israel in einer Weise verknüpft, die man in ihrer ganzen Intensität begriffen haben muß, um Reaktionen israelischer Bürger oder israelischer Politik, die uns überzogen oder unverständlich erscheinen, richtig einordnen zu können. In den folgenden Kapiteln des Bu-

ches beschränkt sich Dov Ben-Meir nicht auf eine enge Betrachtung gewerkschaftlicher Probleme. Nach einer historischen Einführung behandelt er ideologische und organisatorische Herausforderungen der Gegenwart, die Schwierigkeiten in Führung und Mitgliedschaft der Histadrut und schließlich die Rolle des zionistischen Sozialismus im Rahmen der internationalen Arbeiterbewegung.

Der dritte Teil des Buches ist dann der Organisation der Histadrut im engeren Sinne gewidmet und schließlich folgt eine Darstellung der vier Säulen der Gewerkschaftsarbeit, nämlich die Gewerkschaft im inneren Sinne, die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen, die Organe der gegenseitigen Hilfe und die Erziehungs- und Kulturarbeit der Histadrut. Ein von Werner Plum besorgtes Literaturverzeichnis über die neuere deutschsprachige Literatur zu den Problemen Israels runden das Buch ab.

Siegfried Bleicher schreibt in

seinem Nachwort, die deutsche Gewerkschaftsbewegung trete für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker ein. „Dieses Selbstbestimmungsrecht legitimiert die staatliche Existenz Israels, aber auch eine zufriedenstellende Lösung des Palästinenserproblems. Die Gewerkschaften verdrängen nicht das Palästinenserproblem, sie warnen aber jedermann davor, beide Augen zuzudrücken, wenn es darum geht, daß viele arabisches Länder immer noch die Vernichtung Israels anstreben. Ohne unhaltbare Vergleiche anstellen zu wollen, geben wir unseren israelischen Freunden nicht den Rat des politischen Alles oder Nichts. Wir wissen am besten, daß eine Politik der Brechstange nicht zu einem guten Ende führt. Besonders die Histadrut als eine der Keimzellen des Staates Israel sollte in ihrer Politik gegenüber der bürgerlichen Regierung in ihrem Lande verdeutlichen, daß die Interessen der Palästinenser als Volk in eine dauerhafte Frie-

denslösung im Nahen Osten einbezogen und berücksichtigt werden müssen.“ Es ist verständlich, daß Dov Ben-Meir auf diese internationalen Fragen der israelischen Politik nur am Rande eingeht. Um so deutlicher nimmt er zu den Problemen der arabischen Bevölkerung innerhalb des Staates Israel Stellung. Hier steht er ebenso wie in der Problematik der eingewanderten „orientalischen Juden“ die Hauptaufgaben der israelischen Gesellschaft für die Zukunft. Er unterstreicht die Gefahr, daß die außenpolitischen Ambitionen in Richtung eines Groß-Israel die Lösung dieser Probleme eher erschweren als erleichtern werden. Man kann nur hoffen, daß es gemäßigten Politikern wie Dov Ben-Meir, die im übrigen die Interessen Israels mit Nachhaltigkeit und Geschick vertreten, gelingen wird, dieses Land wieder auf den Weg zu führen, der seinen und den Interessen der Weltgesellschaft gerecht wird.

*Martin Knoll*